

RT DE: News, Analyse und Meinung

Digest April 2023

Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse	40
Meinung	88

News

Streit um Höhlenkloster in Kiew: Metropolit Pawel nach eigenen Angaben unter Hausarrest

<https://gegenzensur.rtde.life/europa/166737-streit-um-hoehlenkloster-in-kiew/>

01.04.2023

Der Konflikt um das weltberühmte Höhlenkloster in Kiew eskaliert weiter. Der Sicherheitsdienst der Ukraine hat den Wohnsitz des Klostervorstehers durchsucht. Metropolit Pawel steht nach eigenen Angaben unter Hausarrest. In dem Land laufen gegen Priester Dutzende Strafverfahren.

Der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU hat am Samstag den Wohnsitz des Vorstehers des weltberühmten Kiewer Höhlenklosters durchsucht. Das Gebäude wurde von der Polizei umstellt. Metropolit Pawel teilte dem Nachrichtenportal Vesti.ua mit, dass er unter Hausarrest gestellt worden sei. Er werde verdächtigt, Menschen zum "interreligiösen Zwist" angestachelt und Materialien verbreitet zu haben, die "Russlands Aggression gegen die Ukraine" rechtfertigen würden. Der Geistliche bestritt diese Vorwürfe.

Am Samstag sollte ein Gericht in Kiew über Sicherheitsmaßnahmen für Pawel entscheiden. Bei der Anhörung beschwerte sich der Geistliche jedoch über seinen gesundheitlichen Zustand. Er fühle sich übel, da sein Blutzuckerwert gefallen sei. Das Gericht vertagte die Sitzung daher auf den kommenden Montag. Der Geistliche konnte das Gerichtsgebäude anschließend verlassen.

Der schon mehrere Monate andauernde Konflikt zwischen den rund 220 Mönchen der Ukrainisch-orthodoxen Kirche und der Leitung des architektonischen Museums war Ende März eskaliert, nachdem die Museumsleitung den unbefristeten Pachtvertrag mit den Klosterbewohnern aufgekündigt hatte. Das Kultusministerium in Kiew ordnete an, dass die Geistlichen die religiöse und historische Stätte zum 29. März zu verlassen haben.

Als Alternative bot Minister Alexander Tkatschenkow den Mönchen an, in die im Jahr 2018

gegründete Orthodoxe Kirche der Ukraine zu wechseln. Diese weigerten sich allerdings, ihr Kloster zu verlassen. Am 30. März hinderten sie und mehrere Gläubige eine Kommission daran, das Eigentum des wichtigen architektonischen Denkmals zu inventarisieren. Die Situation wiederholte sich am Freitag. Es kam zu einzelnen Zusammenstößen vor der Klostermauer. Die Mönche reichten eine Klage gegen die Aufkündigung des Pachtvertrags ein. Die erste Anhörung wurde für den 26. April anberaumt.

Obwohl sich die Ukrainisch-orthodoxe Kirche nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges vom Moskauer Patriarchat losgesagt hat, verdächtigt die Regierung in Kiew sie der anhaltenden Zusammenarbeit mit Russland. Nach jüngsten Angaben des Inlandsgeheimdienstes SBU sind seit dem Jahr 2022 strafrechtliche Ermittlungen gegen 61 Priester der Ukrainisch-orthodoxen Kirche eingeleitet worden. Sieben von ihnen wurden bereits verurteilt. Der ukrainische Inlandsgeheimdienst vermeldete mehr als 40 Abschirmeinsätze im geistlichen Milieu. Fast 250 Geistlichen wurde die Einreise in die Ukraine verboten. 17 Vertreter der Ukrainisch-orthodoxen Kirche wurden mit Sanktionen belegt.

* * *

Lawrow im Gespräch mit "Prensa Latina" aus Kuba zur Ukraine: "Wir hatten keine Wahl"

<https://gegenzensur.rtde.life/international/166758-lawrow-im-gespraech-mit-prensa/>

02.04.2023

Russlands Außenminister Sergei Lawrow erklärte im Interview mit der kubanischen Nachrichtenagentur Prensa Latina hinsichtlich der Militäroperation in der Ukraine, dass Russland keine Wahl gehabt habe. Lawrow äußerte sich auch zu den Folgen der westlichen Sanktionen und den Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten.

Im Exklusivinterview mit der kubanischen Nachrichtenagentur *Prensa Latina* erklärte Russlands Außenminister Sergei Lawrow hinsichtlich der Militäroperation in der Ukraine, dass es für Russland keine Alternative gegeben habe, nachdem alle Versuche zurückgewiesen wurden, eine politische Lösung, zum Beispiel durch die Umsetzung der Minsker Abkommen, zu erreichen. Neben dem Ukraine-Konflikt erörterte der Minister auch Themen wie die Konfrontation mit westlichen Sanktionen, die Beziehungen zu den afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten und insbesondere die Verbindungen mit Kuba.

Prensa Latina: Herr Minister, welches waren die Leitlinien der Arbeit der russischen Diplomatie seit Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine?

Sergei Lawrow: Die Vorgaben und Ziele der militärischen Sonderoperation wurden vom russischen Präsidenten Wladimir Putin in seiner Rede im Februar vergangenen Jahres klar definiert und sie bleiben unverändert bestehen.

Wir konnten die Linie des Westens nicht länger hinnehmen, der wieder einmal entschieden hat, die Nazi-Theorie und -Praxis zu wählen, um den Krieg zu erklären, diesmal einen hybriden Krieg gegen die Russische Föderation.

Der Krieg wird vom ukrainischen Militär auf Befehl des Kiewer Regimes geführt. Aber wie die ukrainischen Führer selbst sagen: Wenn es keine kontinuierliche Lieferung von mehr und mehr Angriffswaffen gibt, wird die Ukraine verlieren.

Dies ist ein sehr bezeichnendes Eingeständnis, das bedeutet, dass der Westen direkt an diesem

Konflikt beteiligt ist.

Ohne den Westen wäre er seit Langem beendet. Der Krieg hätte längst beendet werden können, die Bedrohungen, unter denen die gesamte russischsprachige russische Bevölkerung des Landes, das sich Ukraine nennt, seit Beginn des Staatsstreichs 2014 lebt, hätten beseitigt werden können. In dem Land, in dem der Unterricht in russischer Sprache seither verboten ist, ebenso wie die Verwendung der Sprache im Alltag, gar nicht zu reden von der Schließung der Kommunikationsmedien.

Und natürlich wurde dieses Regime vom Westen nicht nur benutzt, um alles Russische zu zerstören, das in der ganzen Geschichte dieser Gebiete und in der modernen Ukraine immer existiert hat. Sondern auch, um direkte Bedrohungen der Sicherheit der Russischen Föderation mit der Einrichtung von Militärbasen und anderen Infrastrukturen der Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO) in der Ukraine zu schaffen.

Wir hatten keine andere Wahl, nachdem alle unsere Versuche zurückgewiesen wurden, eine politische Lösung zu erreichen, zunächst durch die Umsetzung der Minsker Abkommen und dann im Dezember 2021 durch die Aushandlung eines Abkommens mit den USA und der NATO über gegenseitige Garantien, die gleichbedeutend mit der unteilbaren Sicherheit beider Parteien waren.

Ich denke daher, dass alle, die sich mehr oder weniger für das interessieren, was geschieht und die mehr oder weniger objektiv sind, sehr gut verstehen, was auf dem Spiel steht. Und was uns angeht – wir haben nichts zu verbergen.

Wir kämpfen für die Sicherheitsbedingungen für unser Land, die in den vergangenen 30 Jahren vom Westen fortlaufend zerstört wurden, vor allem von den USA, die alle Verträge im Bereich der strategischen Stabilität ignoriert haben.

Und wir kämpfen im Rahmen der speziellen Militäroperation für das Schicksal dieser Menschen, denen das Kiewer Regime öffentlich gedroht hat, sie zu vernichten. Es hat sie zu Terroristen erklärt. Und wir schützen das Schicksal dieser Menschen; wir schützen ihre Rechte in voller Übereinstimmung mit der UN-Charta, mit den internationalen Konventionen.

Wir verteidigen ihr Recht, selbst zu bestimmen, wie sie weiterhin in den Gebieten leben wollen, die seit Jahrhunderten ihren Vorfahren gehörten.

Diese Ausübung des Selbstbestimmungsrechts hat es bekanntermaßen bereits 2014 auf der Krim und im vergangenen Jahr in der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk, in den Regionen Saporoschje und Cherson gegeben. Dies ist also eine Realität, die niemand ignorieren kann.

Prensa Latina: Russland ist mit einem umfangreichen Wirtschaftskrieg konfrontiert, aber selbst im Westen scheint man das Scheitern dieser Strangulierungspolitik zu begreifen. Vielleicht versuchen sie deshalb, andere Länder in Lateinamerika, Afrika und Asien unter Druck zu setzen, sich dieser Politik anzuschließen. Was können Sie uns dazu sagen?

Sergei Lawrow: Diese Politik ist gescheitert, genauso wie der Plan des Westens gescheitert ist, Russland drastisch zu schwächen und ihm eine strategische Niederlage auf dem Schlachtfeld zuzufügen.

Nun, dazu kommt noch, dass eine immer größere Zahl westlicher Söldner auf den Schlachtfeldern der Ukraine ihr Ende findet.

Sie haben Recht, drei Viertel aller Staaten der Welt, vor allem in Asien, Lateinamerika, Afrika, haben sich den Sanktionen nicht angeschlossen. Ständig erpressen sie diese Länder, drohen ihnen, die Finanzierung einzustellen, bereiten ihnen Probleme, Kredite vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zu bekommen.

Sie fordern, dass die Länder in der UNO und anderen internationalen Organisationen für die Resolution zur Verurteilung der Russischen Föderation stimmen. Und das geschieht auch. Aber wir wissen, mit welcher skrupellosen, buchstäblichen Gangstermethoden diese Stimmen sehr oft zustande kommen. Wir wissen das sehr gut. Sie erpressen alle mit dem Vorhandensein von Bankkonten in den USA und der Tatsache, dass die Kinder der Botschafter bestimmter Persönlichkeiten im Westen studieren.

Das kann man nicht Diplomatie nennen. Das ist reine Erpressung unter der Gürtellinie. An so etwas kann ich mich nicht einmal aus Zeiten des Kalten Krieges erinnern.

Aber drei Viertel des Planeten, eine Gruppe von Ländern, die wir als Weltmehrheit bezeichnen, die diese Schritte oft nicht befürworten, wenn sie abstimmen, schließen sich den Sanktionen nicht an und werden dies auch nicht tun.

Immer mehr Nationen beginnen zu begreifen, dass es in einem bestimmten Moment gefährlich sein kann, das Spiel des Westens mitzuspielen und ihm blindlings zu folgen.

Niemand weiß, wer im nächsten oder übernächsten Jahr von den US-Amerikanern als Bedrohung, als Objekt des Angriffs, der Isolierung eingestuft wird, und wessen Bestrafung bei den Präsidentschaftswahlen oder den Zwischenwahlen zum Kongress eine positive Rolle spielen könnte.

Bei den US-Amerikanern ist alles an ihre eigenen egoistischen Interessen geknüpft. Jüngst fand ein weiterer Demokratie-Gipfel statt, der von Präsident Joe Biden ausgerichtet wurde. Aber der Kreis der Gäste ist sehr, sehr bezeichnend. Es gibt keine klaren Kriterien.

Dort ist das einzige Kriterium die Loyalität, nicht so sehr zur US-amerikanischen Demokratie, als zur derzeitigen Demokratischen Partei der USA.

Was die Sanktionen betrifft, ja, selbstverständlich haben wir gewisse Schwierigkeiten, aber wir überwinden sie, zum Erstaunen derjenigen, die den Zusammenbruch der russischen Wirtschaft und den Zusammenbruch des Landes prophezeit haben.

Aber Präsident Putin hat mehr als einmal eine detaillierte Bewertung der von der Regierung unternommenen Anstrengungen und der Ergebnisse abgegeben, die zur Überraschung vieler im Westen und sogar einiger Experten in Russland erreicht wurden. Darüber hinaus schafft unsere Diplomatie aktiv die Voraussetzungen dafür, dass diese Bemühungen so wirksam wie möglich sein können.

Wir beteiligen uns insbesondere an den Verhandlungen zwischen unseren Institutionen und ihren ausländischen Partnern über den Aufbau von Mechanismen, die vom Westen unabhängig sind, sowie über die Lieferung von Produkten und deren finanzielle Absicherung.

Ich kann sagen, und ich muss es sagen, dass wir uns bei dieser Arbeit vom Beispiel Kubas inspirieren lassen, das seit vielen Jahrzehnten unter den absolut illegalen US-Sanktionen lebt, die gegen den klaren politischen Willen der überwältigenden Mehrheit der Mitgliedsländer der

Vereinten Nationen aufrechterhalten werden, mit Ausnahme von drei oder vier, die nicht unabhängig sind.

Und von Jahr zu Jahr wird diese Position bestätigt – unter völliger Missachtung seitens der USA.

Prensa Latina: Sie sprachen kürzlich auf dem Ministertreffen der G20-Gruppe in Neu-Delhi über die Stärkung des Integrationsmechanismus der Gemeinschaft der lateinamerikanischen und karibischen Staaten (CELAC). Könnten Sie uns diese Idee näher erläutern und uns auch etwas über die Perspektive der Zusammenarbeit Russlands mit Lateinamerika sagen?

Sergei Lawrow: Was die Entwicklung der CELAC und die Stärkung der Integrationsprozesse betrifft, so kommentieren wir einfach das, was wir beobachten, was die lateinamerikanischen und karibischen Länder selbst tun.

Wir begrüßen die Wiederbelebung des Geistes der regionalen Solidarität in der CELAC nach einer Periode der Ruhe, um es so zu nennen, und des Desinteresses einiger lateinamerikanischer Länder an ihrer Arbeit.

CELAC wird wieder zur vorrangigen Vereinigung, die nun von allen lateinamerikanischen und karibischen Ländern als entscheidendes Instrument zur Förderung ihrer kollektiven Interessen bei der Schaffung einer multipolaren Welt betrachtet wird.

Seit 2013 gibt es im Rahmen von CELAC einen Mechanismus für Treffen zwischen russischen Ministern und dem CELAC-Quartett, aber aufgrund der Einschränkungen durch die Pandemie wurde er in den letzten Jahren nicht umgesetzt.

Nun hoffen wir, diese Praxis wieder aufzunehmen und wir spüren ein gegenseitiges Interesse, auch seitens der Regierung von St. Vincent und den Grenadinen, die jetzt das regionale Gremium leitet.

Ich bin sicher, dass dies eine sehr vielversprechende Kooperation ist, vor allem jetzt, da Führungspersonlichkeiten aufgetaucht sind, die sich sehr für die Stärkung der Gemeinschaft einsetzen.

Unter dem Gesichtspunkt der Interessen Lateinamerikas und der einzelnen Länder der Region haben Sie mich daran erinnert, dass das Thema CELAC bei einem Treffen mit Journalisten am Rande des G20-Gipfels angesprochen wurde.

Ich glaube, dass die CELAC als Organisation, wenn es Konsens gibt, durchaus für eine ständige unabhängige Teilnahme an der G20-Gruppe in Frage kommen könnte, unter den gleichen Bedingungen, wie wir jetzt die Afrikanische Union dazu eingeladen haben.

Mir scheint, dass dies die Prozesse der Multipolarität in den Diskussionen widerspiegeln wird, die unter der Schirmherrschaft der G20 stattfinden.

Prensa Latina: Kuba und Russland, beide einseitigen Strafmaßnahmen seitens der USA unterworfen, arbeiten in mehreren Bereichen eng zusammen. Wie sehen Sie die Perspektive der Entwicklung dieser Verbindungen und der strategischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern?

Sergei Lawrow: Ja, die Art unserer Beziehungen wird als strategische Partnerschaft bezeichnet. Aber das ist eine sehr trockene Charakterisierung. Sie gehen selbstverständlich viel tiefer, sie sind in den menschlichen Beziehungen, in der Sympathie zwischen unseren Völkern verwurzelt. Und

natürlich werden sie sich weiterentwickeln.

Schließlich kooperieren wir seit vielen Jahrzehnten, unter denselben Sanktionen, unter Bedingungen, wo auf jede mögliche Art und Weise versucht wurde, sich in unsere Beziehungen einzumischen und Schwierigkeiten zu machen.

Wir haben also bereits Mechanismen und Fähigkeiten entwickelt, um Ergebnisse zu erzielen, trotz der restriktiven Maßnahmen des Westens.

Und jetzt entwickeln wir, wie ich bereits sagte, mit all unseren Freunden, mit allen Partnern, neue Ansätze zur Schaffung von Lieferketten, neue Ansätze zur Finanzierung, zu Banktransaktionen, die in keiner Weise von den Launen der USA abhängig sein werden.

Im Übrigen wollen sich nicht nur die meisten Länder des Globalen Südens von diesen Launen befreien, sondern auch einige europäische. Sie begreifen, dass sie benutzt werden, auch im Rahmen des SWIFT-Systems.

Die europäischen Länder sehen, was ihren Ökonomien in einer Situation geschieht, in der sie gezwungen sind, nicht nur den Krieg, sondern auch den Alltag in der Ukraine zu finanzieren.

Und dies wegen der Unfähigkeit des Regimes in Kiew, das selbst zu tun und irgendetwas in dieser Richtung zu unternehmen.

Wir sehen, wie Europa seine Wettbewerbsvorteile verliert und gezwungen war, auf preisgünstiges russisches Gas zu verzichten. Allgemein nähert sich Europa der Deindustrialisierung und die Unternehmen wandern in die USA ab.

All dies wird sozusagen nicht vergebens sein und eine Neubewertung dessen, was geschieht, hat bereits begonnen, selbst in den Köpfen europäischer Politiker.

Falls es Politiker gibt, die immer noch nichts im Kopf haben, dann bin ich überzeugt, dass die Bevölkerungen in Europa sie daran erinnern und versuchen werden, ihnen einen Sinn für die Realität zu verschaffen.

Das Gespräch führte der Prensa Latina-Chefkorrespondent in Moskau, Germán Ferrás Álvarez.

Übersetzt von Olga Espín.

Die lateinamerikanische Nachrichtenagentur Prensa Latina (PL) wurde am 16. Juni 1959 in Havanna, Kuba, gegründet – knapp sechs Monate nach dem Sieg der Revolution. Zu den ersten Mitarbeitern gehörten unter anderem Gabriel García Márquez (Kolumbien) und Rodolfo Walsh (Argentinien). PL war das erste lateinamerikanische Kommunikationsprojekt von internationaler Reichweite mit einer alternativen Vision der regionalen Realität.

* * *

Ermittlungen zu den amerikanischen Biolaboren: "Tödliche Gefahr für die Menschheit"

<https://gegenzensur.rtde.life/international/166844-ermittlungen-zu-amerikanischen-biolaboren-toedliche/>

03.04.2023

Der Betrieb amerikanischer Biolabore in der Ukraine ist ein Verstoß gegen die Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer Waffen und Toxinwaffen (Biowaffenkonvention). Zu diesem Schluss kam der russische Parlamentsausschuss, der das Biowaffenprogramm Washingtons untersuchte.

Die militärisch-biologische Aktivität der Vereinigten Staaten in der Ukraine war ein Verstoß gegen das Biologiewaffenübereinkommen (BWÜ). Zu diesem Ergebnis gelangte die russische Parlamentskommission zur Untersuchung der Tätigkeit amerikanischer Biolabore.

"Die Schlussfolgerungen, zu der unsere Kommission gekommen ist, sind in erster Linie Verstöße seitens der Ukraine und der Vereinigten Staaten ... gegen die grundlegenden Normen des BWÜ. Ohne den vollständigen Verlust der Souveränität und des externen Managements durch die Vereinigten Staaten wären diese Verstöße in der Ukraine nicht möglich gewesen."

Das sagte die Co-Vorsitzende der Kommission und stellvertretende Sprecherin der russischen Staatsduma, Irina Jarowaja.

Ihren Worten nach, wurde im Zuge der Ermittlungen festgestellt, dass in der Ukraine militärische Anlagen der USA und der NATO unter dem Deckmantel von Biolabors eingerichtet wurden. Die Schaffung solcher Einrichtungen außerhalb des eigenen Territoriums erlaube es Washington, genetische und biologische Experimente an Menschen durchzuführen, ohne dabei gegen US-Gesetze zu verstoßen und ohne Furcht vor der amerikanischen Öffentlichkeit, sagte die Duma-Abgeordnete.

"Die Vorteile, die sich die Vereinigten Staaten dadurch verschafft haben, und der Verstoß gegen das BWÜ, den die Vereinigten Staaten begangen haben, zielen darauf ab, ungehindert biologisches und genetisches Material sammeln zu können, und Experimente durchzuführen, nicht nur an Tieren, sondern auch an Menschen. Wir haben Beweise für solche Experimente an ukrainischen Soldaten."

Diese Studien wären darauf ausgerichtet, Washington einen militärisch-biologischen Vorteil gegenüber anderen Staaten zu verschaffen, stellte Jarowaja klar.

Ferner erklärte die Co-Vorsitzende der Kommission:

"Unsere Kommission ... im Verlauf der Bearbeitung strategischer Dokumente der Vereinigten Staaten, hat wiederholt die Schlussfolgerung bestätigt, dass alle strategischen Dokumente und die Tätigkeiten der paramilitärischen Strukturen der Amerikaner direkt auf die Erlangung eines militärisch-biologischen Vorteils ausgerichtet sind. Ihr enormes Interesse gilt dem künftigen Schauplatz etwaiger militärischer Operationen. In diesem konkreten Fall wurde die Ukraine als zukünftiger Kriegsschauplatz angesehen."

"45 Militärprogramme"

Irina Jarowaja erinnerte in ihrer Rede daran, dass die Umsetzung des militärisch-biologischen Projekts der USA im postsowjetischen Raum fast unmittelbar nach dem Zusammenbruch der UdSSR im Jahr 1991 begann.

Unter dem Deckmantel eines biomedizinischen Programms schuf Washington ein Netz von Labors auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion, um besonders gefährliche Infektionen zu erforschen, die zu einer Verschlechterung der epidemiologischen Situation im Lande führen

könnten. Eine besondere Beachtung schenkte das Pentagon den heimischen Sammlungen von Mikroorganismen, wobei die Ausfuhr dieser nach Amerika auf verbrecherische Weise erfolgte, erklärte die Co-Vorsitzende der Kommission.

Die Politikerin wies darauf hin, dass die militärisch-biologische Erschließung des postsowjetischen Raums durch die Vereinigten Staaten mit der Unterzeichnung von Kooperationsabkommen einherging, die wissentlich diskriminierend für diese Staaten waren. Sie fügte hinzu, dass sich solche Bio-Objekte der Amerikaner nicht nur in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, sondern auch im Nahen Osten, Südostasien und Afrika befinden.

Eine aktive Rolle in diesen Prozessen spiele die vom Pentagon kontrollierte Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA), die im Jahr 2014 eine Sonderabteilung im Bereich Biotechnologie eingerichtet habe, erklärte Jarowaja.

"Momentan arbeitet die DARPA an über 45 militärischen Programmen, von denen 14 die synthetische Biologie anwenden ... Eine Reihe von militärischen Biologieprogrammen wird von den CIA-Strukturen umgesetzt", betonte sie.

Dabei seien an militärischen und biologischen Projekten der USA nicht nur das Pentagon und die US-Geheimdienste, sondern auch ihnen angeschlossene Unternehmen beteiligt, so Irina Jarowaja. Insbesondere haben die Vereinigten Staaten etwa 400 Labors mit dualem Verwendungszweck geschaffen. Mithilfe der dort gewonnenen Forschungsergebnisse können die Amerikaner die Ausbreitung von Epidemien kontrollieren, fügte die Politikerin hinzu.

"Vernichtung der ukrainischen Souveränität"

Die Ukraine nimmt laut Jarowaja einen besonderen Platz in den militärisch-biologischen Bestrebungen der USA ein. Nach der Desintegration der Sowjetunion startete Washington ein groß angelegtes biomedizinisches Programm auf dem Territorium dieses Landes. So wurde im Jahr 1993 zwischen den USA, Kanada, Schweden und der Ukraine ein Abkommen zur Errichtung eines Zentrums für Wissenschaft und Technologie in der Ukraine geschlossen, dem sich fünf Jahre später auch die EU-Länder anschlossen.

Im Jahr 2005 bekam dieses Programm einen Entwicklungsschub, als die neue Führung des Landes, die infolge der "Orangen Revolution" an die Macht kam, unter dem Druck der Vereinigten Staaten ein Abkommen mit Washington unterzeichnete, das bewusst diskriminierender Natur war. Darin wurde die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verhinderung einer Verbreitung von Pathogenen, Technologien und des Know-hows, das für die Entwicklung biologischer Waffen verwendet werden könnte, vereinbart.

Im August 2008 wurde schriftlich der Plan zur technischen Unterstützung des ukrainischen Gesundheitsministeriums zwischen dem Amt für staatliche sanitär-epidemiologische Kontrolle der Ukraine und dem Leiter der Abteilung für Bedrohungsminderung der US-Botschaft vereinbart, und im Oktober 2009 wurde das Konzept zur Umsetzung des Programms zur Verringerung der biologischen Bedrohung unterzeichnet, erinnerte Irina Jarowaja.

Der Präsident Wladimir Janukowitsch hatte versucht, die Aktivitäten der US-Biolabore in der Ukraine einzuschränken. In den letzten Tagen seiner Präsidentschaft, im Januar 2014, wurde der Werchowna Rada (Parlament) ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Stationierung viraler biologischer Labors durch ausländische Staaten verboten hätte. Doch die Annahme dieses Dokuments wurde durch den Putsch, der von den USA unterstützt wurde, verhindert, so Irina Jarowaja.

Der stellvertretende Vorsitzende machte darauf aufmerksam, dass zu den ersten Beschlüssen der neuen "Maidan"-Regierung von Arsenij Jazenjuk die vorzeitige Beendigung des staatlichen Zielprogramms für Biosicherheit und biologischen Schutz der Ukraine gehörte.

Irina Jarowaja fügte hinzu:

"Auf Druck der Vereinigten Staaten hat die Ukraine damit ihre biologische Souveränität vollständig aufgegeben. Nach der verfassungswidrigen Machtergreifung von 2014 wurde auch der sanitäre und epidemiologische Dienst mithilfe der USA reorganisiert und bereits im Jahr 2017 vollständig liquidiert. Das System der ärztlichen Überwachung und der Impfpflicht der Bevölkerung wurde abgeschafft."

Dabei hält die Politikerin die Ausführungen Washingtons über den Zweck einer solchen Zusammenarbeit mit Kiew für unhaltbar.

Die stellvertretende Vorsitzende der Duma unterstrich:

"Wir haben mehr als einmal gehört und in offiziellen (Dokumenten, Anm. d. Red.) der Vereinigten Staaten gelesen, dass alle Bemühungen der USA bezüglich der Ukraine angeblich darauf abzielten, die sogenannten negativen Folgen der Aktivitäten der USSR zu beseitigen. Allerdings liegen uns offizielle Dokumente der Ukraine selbst vor, die im Rahmen des BWÜ vorgelegt wurden und einen offiziellen Status haben, und aus denen eindeutig hervorgeht, dass es auf ukrainischem Hoheitsgebiet niemals biologische Kampfstoffe oder Komponenten gegeben hat."

Nach Auffassung der Kommission besteht kein Zweifel daran, dass die militärisch-biologische Erschließung der Ukraine von vornherein einen aggressiven, paramilitärischen Charakter hatte und sich gegen die Interessen der Russischen Föderation richtete.

Irina Jarowaja ergänzte:

"Die Vereinigten Staaten haben sich das Recht gesichert, die epidemiologische Situation in der Ukraine im eigenen Interesse zu steuern. Trotz des Erlangens der aufgeführten Exklusivrechte durch die USA wurde keines davon für die humanitäre Versorgung der ukrainischen Bevölkerung eingesetzt. Des Weiteren bildet die Erlangung dieser Rechte die Grundlage für die Einflussnahme und die verdeckte Einwirkung auf das gesundheitliche und epidemiologische Wohlergehen der Ukraine im negativen Sinne."

Die Duma-Abgeordnete sagte außerdem, dass die Kommission einen Abschlussbericht über die Aktivitäten der amerikanischen Biolabors an beide Kammern des russischen Parlaments zur Begutachtung geschickt hat. Zum Bericht wird am 12. April von der Staatsduma und dem Föderationsrat beraten.

"Eine bakteriologische Waffe vorzubereiten"

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Aktivitäten des US-Militärs im Bereich der Biowaffen zuvor vom Verteidigungsministerium der Russischen Föderation in mehreren Briefings detailliert beschrieben wurden.

Insbesondere hat das Ministerium mitgeteilt, dass über 30 Labors in der Ukraine tätig waren, die im Rahmen des militärisch-biologischen Programms der USA an gefährlichen Krankheitserregern

gearbeitet haben.

Außerdem veröffentlichte das russische Verteidigungsministerium eine Liste mit US-amerikanischen und ukrainischen Staatsangehörigen, die an den Aktivitäten der Biolabors beteiligt waren. Dieser Liste ist zu entnehmen, dass einige Schlüsselpersonen des Biowaffenprogramms mit der Demokratischen Partei der USA in Verbindung stehen.

Wladimir Winokurov, Professor an der Diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums, meint, die militärisch-biologischen Aktivitäten der Vereinigten Staaten in der Ukraine und anderen postsowjetischen Ländern seien gegen Russland gerichtet.

Ein Analyst erläuterte in einem Gespräch mit RT:

"Durch den Einsatz biologischer Waffen ist die Vernichtung eines Teils der Menschheit in einer beliebigen Region der Welt leicht zu erreichen, ohne dass nukleare oder andere Waffen eingesetzt werden müssen. Die USA betrachten Russland als eine zentrale Bedrohung für sich selbst. Dies geht auch aus der jüngsten Ausgabe ihrer nationalen Sicherheitsstrategie hervor. Demzufolge haben sie unser Land mit einem Netzwerk solcher Labore umzingelt."

Die Experten behaupten, es sei unmöglich, die Aktivitäten der US-Biolabore zu überprüfen, weil die USA das Verifizierungsprotokoll der Konvention zum Verbot biologischer Waffen nicht unterzeichnet hätten.

"Die Amerikaner halten sich nicht an die Konvention, sie haben das Protokoll über Inspektionen im Rahmen der Konvention nicht unterzeichnet, sodass es keine Möglichkeit gibt, zu überprüfen, was sie tun. Sie weigern sich auch, Inspektoren zuzulassen. Aus den Dokumenten, die uns während der Spezialoperation in die Hände fielen, geht hervor, dass ihre Aktivitäten böswilliger Natur waren und darauf abzielten, bakteriologische Waffen vorzubereiten, um das angrenzende Territorium, insbesondere das der Russischen Föderation, zu kontaminieren."

Das erklärte Michail Alexandrow, ein führender Experte des Zentrums für militärische und politische Studien des Moskauer Staatsinstituts für internationale Beziehungen, in einem Gespräch mit RT.

Der Analyst fügte hinzu, die Ukraine sei wegen der extremen Loyalität der Kiewer Machthaber gegenüber Washington als Testgelände für solche Studien ausgewählt worden.

"Dieses Land wurde ausgewählt, weil die ukrainische russenfeindliche Elite bereit war, alles zu unternehmen, nur um Schutz vonseiten der USA zu erhalten. Sogar die eigene Bevölkerung waren sie bereit zu opfern, mit dem Ziel, diese neuen Krankheitserreger zu testen. In diesem Prozess spielte die Ukraine eine entscheidende Rolle, denn es ist schwierig, ein Land zu finden, in dem die lokale Bevölkerung der Führung nichts bedeutet."

Gleichzeitig glaubt Michail Alexandrow, dass derartige Tätigkeiten der Amerikaner nicht nur eine Gefahr für Russland, sondern auch für die ganze Welt darstellen. Abschließend konkretisierte er:

"Diese Vorhaben stellen eine tödliche Gefahr für die Menschheit dar. Man sehe, welchen Schaden das Coronavirus in der Welt angerichtet hat! Und es ist nicht ausgeschlossen, dass dieses Virus auch ein Produkt der biologischen Labors der Vereinigten Staaten war. Das Leck könnte ein Unfall gewesen sein, denn schließlich waren sie selbst davon betroffen. Wären sie sich aber zu 100 % sicher, dass es ihnen nichts anhaben kann, so würden sie diese

Erreger in der ganzen Welt einsetzen. Das ist sehr gefährlich. Die USA verhalten sich schlimmer als Nazis."

Zuerst erschienen bei RT. Übersetzt aus dem [Russischen](#).

* * *

KAMAZ-Renaissance: Antirussische Sanktionen als wahres Geschenk an russischen Autogiganten

<https://gegenzensur.rtde.life/russland/166866-kamaz-renaissance-antirussische-sanktionen-als/>

04.04.2023

Die westlichen Sanktionen sind für den russischen Lkw-Hersteller KAMAZ buchstäblich ein Geschenk, so die Zeitung "Hlavné správy". Sie haben seine Konkurrenten – ausländische Hersteller von schweren Lastwagen – ausgeschaltet, was das Unternehmen voll ausgenutzt hat.

Als westliche Politiker mehrere Sanktionspakete gegen Russland verabschiedet haben, wussten sie nicht, was auf sie zukommt, so die slowakische Zeitung *Hlavné správy*. Aus "grenzenlosen Dummheit" habe man dem Westen selbst ein Loch gegraben und Russland geholfen, sich in diesem Sanktionskrieg wunderbar und "bewundernswert" zu mobilisieren. Die Autoren der Zeitung meinen:

"Die antirussischen Sanktionen haben die Weltwirtschaft verändert, aber keineswegs so, wie es die westlichen Politiker beabsichtigten. Die Sanktionen haben den Westen geschwächt und den Rest der Welt gestärkt. Die USA sind bereits wie eine verkrüppelte Stute, die noch immer in der Lage ist, um sich zu treten und sogar sehr schmerzhaft zu treten, aber sie ist nur noch eine verkrüppelte Stute."

Ein schönes Beispiel für den Siegeszug der russischen Wirtschaft sei der Lkw-Hersteller KAMAZ, den die Zeitung mit einem "unbesiegbaren Tiger" verglich, der sich jetzt "losgerissen hat". *Hlavné správy* stellte fest:

"Gegenüber solchen russischen Tigern sind westliche Hampelmänner bloß Memmen."

Die vom Westen verhängten antirussischen Sanktionen sind für KAMAZ buchstäblich ein Geschenk geworden, so die slowakischen Journalisten. Bereits im Jahr 2022 sei der Umsatz des Unternehmens im Vergleich zum Jahr 2021 gestiegen, und im laufenden Jahr plane das Unternehmen eine erhebliche Produktionssteigerung. Gemeinsam mit dem Magnitogorsker Eisen- und Stahlwerk (MMK) löse das Unternehmen erfolgreich das Problem der Importsubstitution, heißt es in der Zeitung.

Vor den Sanktionen verwendete das Unternehmen bei der Herstellung von Lastwagen hochfesten Stahl, der aus dem Ausland importiert wurde. "Dem Werk ist es jedoch gelungen, die Importe durch hochwertige russische Erzeugnisse von MMK zu ersetzen", so die Zeitung. "KAMAZ setzt damit erfolgreich einen Plan zur Herstellung von Lastkraftwagen um, die nicht von Importen ausländischer Komponenten aus Ländern abhängig sind, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben." *Hlavné správy* erklärt den Erfolg von KAMAZ:

"Die Sanktionen haben seine Konkurrenten, also die ausländischen Lkw-Hersteller, vom russischen Markt verdrängt und das Unternehmen hat seine Chance genutzt, den russischen Markt mit eigenen schweren Lkw zu füllen und darüber hinaus einige seiner Produkte ins

Ausland zu exportieren. KAMAZ beschäftigt die besten Manager und daher gibt es keinen Grund, daran zu zweifeln, dass das Unternehmen in Zukunft noch größere Erfolge erzielen wird."

Die Sanktionen im Allgemeinen seien ein Geschenk "für die gesamte russische Wirtschaft", meinte die Zeitung. Schließlich unterstützten viele Staaten die gegen Russland verhängten Sanktionen nicht und würden weiterhin mit dem Land zusammenarbeiten. Außerdem gebe die Abkopplung von der westlichen Wirtschaft der russischen Wirtschaft derzeit eine gewisse Widerstandsfähigkeit – denn der wirtschaftliche Niedergang des Westens könne dem Land nichts anhaben. Und während der Niedergang der USA dazu führe, dass die EU-Wirtschaft "wie eine faule Birne" falle und die begonnene Bankenkrise den Anfang einer schrecklichen Katastrophe in der westlichen Wirtschaft markiere, gehe es Russland blendend.

Das Land sei nun wie "eine reiche Braut, die sich ihre Ehemänner aussuchen kann", merkte die slowakische Zeitung an. "Jetzt buhlen vorrangig die beiden asiatischen Wirtschaftsgiganten China und Indien um die Gunst Russlands", was die Attraktivität und den Erfolg des Landes enorm steigern.

KAMAZ wurde im Jahr 1969 als Werkskomplex für die Herstellung schwerer Nutzfahrzeuge gegründet. Das Unternehmen ist der größte Hersteller von schweren Lastkraftwagen in Russland und der ehemaligen Sowjetunion. Heute ist jeder dritte Lkw in Russland und den GUS-Ländern mit einem zulässigen Gesamtgewicht von vierzehn bis vierzig Tonnen ein KAMAZ-Lkw. Das Unternehmen stellt eine breite Palette von Lastkraftwagen her: Kipper, Pritschenwagen, Zugmaschinen, verschiedene Spezialfahrzeuge (Autokräne, Schneepflüge, Müllwagen ...). Auch Fahrgestelle für Militärfahrzeuge und gepanzerte Fahrzeuge wie der BMP-97 (Produktionsname: KAMAZ-43269) werden hier hergestellt. KAMAZ-Fahrzeuge sind in mehr als achtzig Ländern weltweit im Einsatz.

* * *

Auslöschung der Geschichte: Russische Denkmäler werden in Europa geschändet und abgerissen

<https://gegenzensur.rtde.life/europa/166994-ausloeschung-geschichte-wie-russische-gedenkstaetten/>
05.04.2023

Sowjetische Gedenkstätten und Denkmäler für russische Künstler sind in Europa zunehmend bedroht. Viele davon wurden bereits abgerissen oder in Museumseinrichtungen ausgelagert. So will der Westen die russische Kultur abschaffen und die Weltgeschichte umschreiben.

Anfang April wurde in Riga ein Denkmal für den russischen Dichter Aleksander Puschkin geschändet. Der russische Künstler wurde mit Farbe übergossen. Unbekannte besprühten ihn mit den Farben der lettischen und ukrainischen Nationalfahnen. Dies ist jedoch nicht der erste Anschlag auf Puschkin in der lettischen Hauptstadt. Vandalen haben ihn in den vergangenen Monaten wiederholt mit Farbe übergossen, das letzte Mal im März, und ihm eine schwarze Plastiktüte über den Kopf gestülpt.

Dabei erging es dem Puschkin-Denkmal von Riga noch eher gut, denn in der Ukraine wird der russische Schriftsteller im großen Stil verfolgt. Seine Denkmäler werden wiederholt geschändet oder abgerissen. So wurde zum Beispiel am 11. Oktober 2022 das Puschkin-Denkmal in Kiew gesprengt, welches im Jahr 1899 errichtet worden war. Und im August hat man eine Büste des Dichters an der U-Bahn-Station "Universität" mit roter Farbe bespritzt. Auch in anderen ukrainischen Städten wie Mukatschewo, Uschgorod, Konotop, Charkow und Odessa wurden

Puschkin-Skulpturen in den vergangenen Monaten demoliert oder geschändet.

Wie Puschkin in der Ukraine behandelt man europaweit Gedenkstätten für sowjetische Soldaten, die die Region vom Faschismus befreit haben. Sie werden unerbittlich und aggressiv bekämpft. Dieser Trend ist allerdings keineswegs neu, er hat absolut nichts mit den Geschehnissen in der Ukraine zu tun und zeigt sich bereits seit mehreren Jahren. Hier ein Auszug aus der Geschichte des Abrisses sowjetischer und russischer Denkmäler in Europa:

- Am Morgen des 8. August 2022 haben die Behörden in Helsinki das Weltfriedensdenkmal abgerissen, das die UdSSR dem Land im Jahr 1989 geschenkt hatte. An seiner Stelle soll nun ein Fußgängerweg angelegt werden. Was mit dem Denkmal geschehen soll, werden die finnischen Behörden später entscheiden.

- Am 12. Mai des Jahres 2022 wurde bekannt, dass das lettische Parlament den Beschluss zum Abriss des Denkmals der Befreier von Riga gebilligt und außerdem einen Gesetzentwurf zur Kündigung des russisch-lettischen Abkommens über die Erhaltung von Gedenkstätten unterstützt hat.

- Im Jahr 2020 wurde in Prag ein Denkmal für den sowjetischen Marschall Konjew abgerissen, der das Land zusammen mit der 1. Ukrainischen Front vom Faschismus befreite.

- Im Juli des Jahres 2014 wurde ein Denkmal für sowjetische Soldaten in der Stadt Limanowa in Südpolen abgerissen. Die offizielle Begründung lautete, dass "das Aussehen des Denkmals die Parklandschaft verunstalte".

- Ende der 1990er-Jahre demontierte Ungarn ein Denkmal auf dem Berg Gellért in Budapest. Zwei Skulpturen – ein Soldat und eine Frau mit einem Palmzweig in der Hand – symbolisierten die Befreiung Ungarns von den Nazis. Die Frau ist nun allein, denn die Skulptur des Kämpfers wurde von ihrem Ehrenplatz in einen Denkmalpark verlegt.

Besonders in Polen wird die Zerstörung sowjetischer und russischer Denkmäler mit großem Eifer betrieben. Die Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* schreibt dazu:

"Im polnischen Chrzowice wurde ein fünf Meter hoher Obelisk mit einem roten Stern und einer Inschrift in russischer und polnischer Sprache 'Ewiger Ruhm den Helden der Sowjetarmee, die im Jahre 1945 für die Freiheit des Volkes starben' demontiert – live auf dem Fernsehsender TVP.

Dasselbe geschah mit dem Denkmal in Międzybłocie, das zu Ehren der 99 Soldaten der polnischen Armee und neun sowjetischen Soldaten errichtet wurde, die Ende Januar des Jahres 1945 bei der Befreiung von Złotów getötet wurden.

Die Behörden teilten mit, dass Teile der Skulpturen in der Obhut des Instituts für Nationales Gedenken verbleiben, aber nicht ausgestellt werden, da sie 'ein totalitäres System predigten'.

Das Denkmal für sowjetische Soldaten in der litauischen Stadt Kėdainiai wurde als 'wertlos' eingestuft, ebenso wie das Denkmal für gefallene Soldaten auf dem Friedhof von Šėta, und zerstört."

In den vergangenen Jahren wurden in Polen Hunderte von Denkmälern für Rotarmisten abgerissen, die für die Befreiung Polens gefallen sind. Der Kreuzzug gegen sowjetische Denkmäler und gegen die Erinnerung an die Befreiung des Landes vom Faschismus wurde in Polen sogar gesetzlich

verankert: Der polnische Präsident Andrzej Duda unterzeichnete im Sommer 2017 Änderungen an einem Gesetz, das die Propaganda des Kommunismus oder eines anderen totalitären Systems in den Namen von Gebäuden, Einrichtungen und Räumlichkeiten für den öffentlichen Gebrauch verbietet. Das Gesetz sieht vor allem den Abriss sowjetischer Denkmäler vor. Das polnische Institut für Nationales Gedenken, das für die Gedenkstättenarbeit zuständig ist, teilte bereits vor Jahren mit, dass das Gesetz rund 230 Denkmäler der Roten Armee betreffen werde.

Doch nicht überall in Europa können politische Eliten und Radikale mit der gleichen russophoben Wucht agieren wie in Polen oder der Ukraine. In Bulgarien zum Beispiel wurde vor kurzem ein Denkmal des sowjetischen Soldaten in Plovdiv mit Nazi-Symbolen und antirussischen Parolen beschmiert. "Die Stadtverwaltung hatte schon lange die Absicht, das Denkmal als 'Symbol der sowjetischen Besatzung' abzureißen", bemerkt die Agentur *RIA Nowosti*, "doch noch im Jahr 1998 erkannte der Oberste Gerichtshof Bulgariens das Monument als Denkmal des Zweiten Weltkriegs an. Es darf also nicht abgerissen werden."

Übrigens konnte auch das Puschkin-Denkmal in Riga bislang gerettet werden. Die Einwohner der Stadt organisierten sich zu Wachposten und forderten erstens, das Denkmal des russischen Dichters in Ruhe zu lassen, und zweitens, es zu schützen. Denn die Stadt – und die nationalen Behörden – tun absolut nichts, um das Monument unter Schutz zu stellen. Der Bürgermeister der lettischen Stadt Daugavpils schlug sogar vor, das Denkmal in seine Stadt zu verlegen. Auf *Facebook* schrieb er:

"Der Eigentümer des Denkmals sind die Stadtverwaltung von Riga und die Einwohner der Stadt. Wenn es nicht gebraucht wird, sind wir bereit, es abzuholen!"

Er erinnerte auch daran, dass in Daugavpils eine Straße nach dem Dichter benannt ist und dass Puschkins Freund, der Dekabrist und Lyriker Küchelbecker, in der örtlichen Festung einsaß und dass er dem Dichter aus dem lettischen Gefängnis Briefe schrieb.

* * *

"Denkt nicht an die Zukunft, es gibt keine" – Reagan-Berater warnt vor unvermeidlichem Atomkrieg

<https://gegenzensur.rtde.life/international/167034-denkt-nicht-an-zukunft-es/>

06.04.2023

Ein Atomkrieg zwischen Russland und den USA sei unvermeidlich, so Paul Craig Roberts, der ehemalige Berater von Ronald Reagan. Dank der rücksichtslosen Politik Washingtons gebe es für die US-Bürger daher keine Zukunft mehr.

"Genießt euer Leben. Macht euch keine Gedanken über die Zukunft", so der Ex-Mitarbeiter des Weißen Hauses in einem Artikel auf seiner Website. Denn es gebe keine Zukunft mehr für die USA –, weil die Neokonservativen in der US-Regierung dafür gesorgt haben. Paul Craig Roberts, der einst für das Wirtschaftsprogramm der Reagan-Regierung verantwortlich war, ist überzeugt, dass die USA "das Hindernis in Form von Russland" auf dem Weg zu ihrer Welthegemonie zerstören wollen –, was jedoch zu einem Atomkrieg führen wird. Gleichzeitig schieben die "Washingtoner Propagandisten" alles auf Moskau, so Roberts. Er betont, dass die Neokonservativen in Washington völlig realitätsfern – und daher gefährlich – sind. Weil sie die US-Politik völlig beherrschen. In dem Artikel von dem Ex-Politiker heißt es:

"Ich sehe keinen Ausweg aus dieser Situation. Die Neokonservativen haben die Kontrolle über alle wichtigen Regierungsstellen –, den Nationalen Sicherheitsrat, das Pentagon, das

Außenministerium. Sie kontrollieren die US-Medien, die Think Tanks und die Stiftungen. Nicht einmal die Republikaner stellen sich ihnen entgegen."

Der Kreml habe die Lage erkannt, so Roberts, und bereite sich darauf vor, "den Feind auszuschalten, der Russland vernichten will". Es gebe also wenig, was man da tun kann, alle möglichen Problemlösungen seien unrealistisch oder werden nicht funktionieren, weil die Situation hoffnungslos sei. Paul Craig Roberts überlegt:

"Was kann getan werden? Der Kreml glaubt oder vertraut Washington nicht mehr, sodass die Russen keine Zusicherungen, dass alles ein Irrtum sei, glauben würden, selbst wenn sie sie geben würden. Vielleicht könnte ein Atomkrieg verhindert werden, wenn alle Neokonservativen aus der Regierung entlassen würden, russophobe Denkfabriken geschlossen würden und der Militär-/Sicherheitskomplex es zuließe, dass ein Präsident gewählt wird, der sofort nach Moskau reist, der Wiederherstellung aller gebrochenen Abkommen zustimmt und die NATO von den russischen Grenzen abzieht."

Dabei kommt er selbst zu dem Schluss, dass dies ein völlig unrealistisches Szenario für das heutige Washington sei. Es bleibe also nichts anderes übrig, als das Leben zu genießen – und auf einen nuklearen Winter zu warten.

* * *

Macron: Stationierung von Atomwaffen außerhalb des eigenen Territoriums völkerrechtswidrig

<https://gegenzensur.rtde.life/europa/167219-macron-stationierung-von-atomwaffen-ausserhalb/>
07.04.2023

Mit Blick auf die Stationierung von russischen Atomwaffen in Weißrussland behauptet Frankreichs Präsident Macron, dies sei völkerrechtswidrig. Kein Land dürfe außerhalb seines Gebiets Atomwaffen stationieren. Zur Stationierung von US-Atomwaffen in Europa äußerte sich Macron nicht.

Der französische Präsident Emmanuel Macron macht in China mit einer bizarren Bemerkung auf eine kognitive Dissonanz im westlichen Denken aufmerksam.

Anlässlich seines Besuchs in China hielt der französische Präsident gemeinsam mit seinem Gastgeber, dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping, eine Pressekonferenz ab.

Wie die russische Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* mitteilte, äußerte sich Macron auch zu der Stationierung taktischer russischer Nuklearwaffen in Weißrussland.

Macron sagte in diesem Zusammenhang:

"Keinem Land sollte es erlaubt sein, Atomwaffen auf fremdem Gebiet zu stationieren."

Er fügte hinzu: "Frankreich vertritt die Position, dass Atomwaffen vollständig aus dem Ukraine-Konflikt herausgehalten werden sollten. Insbesondere in Europa dürfen Atomwaffen von einer Atommacht in keinem Fall außerhalb des eigenen Territoriums stationiert werden." Konkret auf Russland und Weißrussland bezogen, ergänzte der französische Präsident:

"Die Entscheidung Russlands, taktische Atomwaffen in Weißrussland zu stationieren, ist mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen Russlands nicht vereinbar."

Dennoch sind in Europa eine große Zahl US-amerikanischer Nuklearwaffen gelagert. Neben Deutschland lagern sie in Italien, den Niederlanden und Belgien. Auch im NATO-Land Türkei halten die USA Atomwaffen vor. Inzwischen hat sich zudem Polen als Standort für die Stationierung von US-Atomwaffen angeboten.

Bereits im Jahr 2019 waren die USA aus dem INF-Vertrag ausgestiegen, der die Vernichtung aller nuklearen Kurz- und Mittelstreckenwaffen in Europa vorsah. Der zwischen der Sowjetunion und den USA geschlossene Vertrag trat am 1. Juni 1988 in Kraft. Er leitete das Ende des Kalten Krieges ein.

Die USA hatten Russland ab dem Jahr 2002 immer wieder Vertragsverletzung vorgeworfen. Russland hatte zu Inspektionen eingeladen, die jedoch zurückgewiesen wurden. Der Konflikt eskalierte unter der Administration von Präsident Obama. Sein Nachfolger im Amt, Donald Trump, stieg aus dem Vertrag aus. Die von Russland in Weißrussland stationierten Raketen des Typs Iskander würden unter die Regelungen des INF-Vertrags fallen. Mit dem Ausstieg der USA ist die völkerrechtliche Vereinbarung jedoch hinfällig.

* * *

"Alles Russische auslöschen": Ukraine stellt ihre Pläne für die Krim vor

<https://gegenzensur.rtde.life/europa/167246-alles-russische-ausloeschen-ukraine-stellt-massnahmen-auf-der-krim-vor/>

07.04.2023

Mehrere ukrainische Offizielle haben in der zurückliegenden Woche die Planungen der Ukraine für den Umgang mit der Krim nach deren Rückeroberung vorgestellt. Ankündigt sind unter anderem die Ausmerzungen der russischen Sprache, Geschichte und Kultur auf der Halbinsel, außerdem Repressionen etwa für die Annahme russischer Pässe.

Vor einer Woche hatte der Sekretär des ukrainischen Sicherheitsrates, Alexei Danilow, den 12-Punkte-Plan der ukrainischen Regierung für die "Reintegration" der Halbinsel Krim nach deren "Rückeroberung" vorgestellt. Nun legte Selenskij's Sicherheitsberater Michailo Podoljak nach und erläuterte die Absichten Kiews in einem Interview für den US-finanzierten Radiosender *Radio Swoboda* (ein ukrainischer Ableger des *Radio Free Europe / Radio Liberty*).

Was beide verkünden, verheißt für die ethnisch russische Mehrheit der Krim-Einwohner nichts Gutes: Vertreibung seit 2014 Zugezogener, Strafen für den Bezug russischer Dokumente bei den Alteingesessenen, komplette Streichung von Renten für "Kollaborateure", Verbot des russischen Sprachunterrichts und der Nutzung des Russischen in der Öffentlichkeit.

Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass ethnische Russen spätestens seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die relative Bevölkerungsmehrheit auf der Krim stellten, seit etwa 1950 gar die absolute. Schon in der allerersten allrussischen Volkszählung des Jahres 1897, als die Krim etwas mehr als eine halbe Million Einwohner zählte, bezeichneten sich 180.000 der Befragten als "Großrussen", nur 64.000 als "Kleinrussen" (die damals übliche Bezeichnung für Ukrainer).

Bei der Volkszählung des Jahres 1959, kurz nachdem Chruschtschow die Halbinsel der Ukrainischen Teilrepublik übertragen hatte, stellten Russen 71,4 Prozent der Bevölkerung der Halbinsel, Ukrainer 22,3 Prozent. Die Anteile verschoben sich seitdem zwar durch verstärkten Zuzug vom "ukrainischen Festland", die Russen blieben jedoch die absolute Mehrheit der Krim-Bewohner: 1989 bezeichneten sich fast 1,63 Millionen der bei der letzten sowjetischen

Volkszählung Erfassten als Russen (67,05 Prozent), 626.000 als Ukrainer (25,75 Prozent). Und bei der einzigen von der unabhängigen Ukraine durchgeführten Volkszählung des Jahres 2001 war der Anteil der Russen auf 60 Prozent, derjenige der Ukrainer auf 24 Prozent gesunken.

Kiew plant nun offenbar, diese Verhältnisse radikal zu verändern. Doch wie?

Auf den prominenten ersten Platz seiner Liste setzte Danilow die Tilgung jeder Erinnerung an die russische und sowjetische Geschichte der Halbinsel durch Umbenennung von Städten, Straßen und Plätzen sowie den Abriss von Denkmälern. Als Beispiel nannte Danilow das Denkmal für versunkene Schiffe in Sewastopol, das nach seinen Worten abgerissen und durch Obszönitäten ersetzt werden soll. Sewastopol selbst, das unter diesem Namen einen festen Platz in Lehrbüchern der ganzen Welt gefunden hat, soll umbenannt werden. Letzterer Maßnahme ist ein eigener Punkt des Maßnahmenkatalogs, Nummer 12, gewidmet.

Punkt 2 ist die Strafverfolgung aller "Kollaborateure". Auch ohne Gerichtsentscheidung sollen alle Krim-Bewohner auf Zusammenarbeit mit der "russischen Besatzungsmacht" durchleuchtet ("lustriert") werden. Als Sanktionen schwebt Danilow der Verlust von Bürgerrechten, wie dem Wahlrecht, und zwar ausdrücklich für "jede Form der Unterstützung der Okkupationsverwaltung" vor.

Alle Staatsbediensteten, die schon vor 2014 im Staatsdienst tätig waren, sollen als "Landesverräter" behandelt werden. Punkt 3 von Danilows Maßnahmenkatalog sieht neben der Strafverfolgung dieser Personen die Streichung ihrer Renten und ein lebenslanges Beschäftigungsverbot vor. Die Punkte vier und fünf befassen sich mit ähnlichen Maßnahmen für Journalisten, Erzieher und weitere Berufsgruppen.

Punkt 6 sieht die Deportation aller Russen vor, die nach Februar 2014 auf die Halbinsel gezogen sind.

In Punkt 7 werden alle zwischenzeitlichen Rechtsgeschäfte und Verträge für ungültig erklärt. Danilow betont, dass alles nach russischen Gesetzen erworbene Eigentum der Konfiskation unterliegt. Punkt 8 sieht die Sprengung der Krim-Brücke vor. Punkte 9 bis 11 widmen sich der "Umerziehung" der Krim-Bewohner.

Das 12-Punkte-Programm sei von den Mitarbeitern des Nationalen Sicherheitsrates unter Mitwirkung zahlreicher Experten vorbereitet worden, schreibt Danilow.

Am Mittwoch dieser Woche legte Selenskij-Berater Podoljak in einem Interview für denselben Radiosender Punkte, die Danilow offenbar vergessen hatte, nach. Darin zeigte sich Podoljak siegessicher:

"Wir werden definitiv in sehr kurzer Zeit auf der Krim sein, aus historischer Sicht ist das sehr kurz – sechs Monate, fünf Monate, sieben Monate. Vielleicht ist das zu optimistisch, aber es ist ein Optimismus, der mathematisch verifiziert ist. Ich wiederhole: Russland verfügt nicht über ausreichende Ressourcen, um die Situation zu halten. Die Logik des Krieges ist absolut offensichtlich, und wir werden mit Ihnen definitiv schon bald über die Realitäten der Krim am Strand von Jalta sprechen."

Im weiteren Verlauf des Interviews bestätigt der Präsidentenberater die zwölf Punkte von Danilow und äußert sich zusätzlich zur Zukunft der russischen Sprache auf der Halbinsel. Seine Aussage hierzu ist unmissverständlich:

"Sobald wir die Krim betreten, müssen wir alles Russische auf ihr auslöschen."

Er fährt fort:

"Wir müssen dort alles, was mit dem russischen Kulturraum zu tun hat, vollständig schließen. Wir müssen alles Russische ausrotten. Es darf dort nur die ukrainische Kultur oder die globale Kultur geben. Wir werden keinen Dialog darüber führen, ob eine Person das Recht hat, die russische Sprache zu benutzen oder nicht. Bitte benutzen Sie sie zu Hause, aber sie ist kein Druckmittel, kein Protestmittel, kein Erpressungsmittel."

Russland werde für die Ukrainer immer der Feind bleiben, argumentiert Podoljak. Daher hat seiner Meinung nach niemand auf der Krim das Recht, etwas zu fordern. Das Verdikt für alle Minderheitenrechte des Beraters des ukrainischen Präsidenten:

"Ich möchte moderne russische Literatur lesen, Dostojewski, Jessenin', 'ich möchte Russisch sprechen', 'ich möchte russische Filme sehen'. Wenn jemand auf der Krim nicht nach den Gesetzen und Regeln der Ukraine leben will, muss er freiwillig gehen."

Etwas konkreter als Danilow fasst Podoljak zudem, was Kiew unter strafbarer "Kollaboration" versteht:

"Viele Menschen müssen für den Wechsel ihres Passes vom ukrainischen auf einen russischen rechtlich bestraft werden."

2023 werde, sagt Podoljak, für die Krim ein "schweres Jahr" werden. Es werde schwer sein, die "russische Welt" auszumerzen.

Die Reaktionen auf die nun durch ukrainische Offizielle verkündeten Absichten fallen unterschiedlich aus. Während der russische Gouverneur von Sewastopol, Michail Raswoschaew, abwinkt und auf journalistische Nachfrage sagt, man dürfe Ankündigungen ukrainischer Politiker nicht ernst nehmen, bedanken sich Befragte in Straßenumfragen in Sewastopol bei den beiden Ukrainern: Sie fühlen sich nun daran erinnert, warum sie sich im Frühjahr 2014 von der Ukraine gelöst haben und wovor sie jetzt die Halbinsel zu verteidigen haben. Der im spanischen Exil lebende ukrainische Journalist und Politiker Anatoli Scharij wundert sich darüber, warum solche Ansagen jetzt gehäuft kommen. Irgendein Wissen, vermutet er, gibt den Verkündern der Hiobsbotschaften das Gefühl, dass sie wegen ihrer klaren Zeitprognosen nicht bald schon ausgelacht werden.

Anfang Februar warnte der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrats, Dmitri Medwedew, die ukrainischen Behörden, dass ein möglicher Angriff auf die Krim eine Eskalation des Konflikts bedeuten würde. Er forderte Kiew auf zu verstehen, dass solche Aktionen mit "unvermeidlichen Vergeltungsmaßnahmen" unter Einsatz jeglicher Art von Waffen beantwortet werden würden.

Die Halbinsel Krim gehörte seit 1774 zu Russland. Sie war in der Folgezeit Schauplatz zahlreicher Kriegereignisse: im Krimkrieg (1853-1856), als Russland Sewastopol gegen eine britisch-französische Expedition verteidigen musste, im russischen Bürgerkrieg und im Zweiten Weltkrieg. Nach der russischen Revolution 1917 war die Halbinsel bis 1956 eine autonome Republik im Bestand der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. 1956 erzwang der damalige Generalsekretär der KPdSU ihre Übertragung in den Bestand der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, offiziell als Geschenk aus Anlass des 300. Jahrestages der Wiedervereinigung Russlands und der Ukraine. Nach dem Zerfall der Sowjetunion gab es auf der Krim Bestrebungen,

wieder zu Russland zu gehören. Der damalige russische Präsident Boris Jelzin ignorierte diese Bestrebungen, obwohl die ukrainische Führung ihm inoffiziell ihre Bereitschaft dazu mitteilen ließ. Nach dem Sieg des nationalistischen Maidan im Februar 2014 wurde auf der Krim und in der Sonderverwaltungszone Sewastopol ein international nicht anerkanntes Referendum über die Unabhängigkeit von der Ukraine und den Beitritt zur Russischen Föderation durchgeführt, das am 18. März 2014 vollzogen wurde.

* * *

Kreml: Minsker Vereinbarungen waren ein "Hütchenspiel" zwischen dem Westen und der Ukraine

<https://gegenzensur.rtde.life/international/167365-kreml-minsker-vereinbarungen-waren-huetchenspiel/>

09.04.2023

Nach Auffassung von Frankreichs Ex-Präsident François Hollande seien die Minsker Vereinbarungen der Versuch gewesen, einen Krieg zu verhindern, sie hätten die russische Offensive gestoppt. Der Kreml bezeichnete das Abkommen jedoch als ein Täuschungsmanöver gegen Russland, welches die Sonderoperation forciert habe.

Russland sei bei den Verhandlungen über die Minsker Vereinbarungen mit Deutschland, Frankreich und der Ukraine getäuscht worden, was die Situation nur verschärft und die Militäroperation näher gebracht habe, sagte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow in einem Gespräch mit Rossija 1-Moderator Pawel Sarubin. Peskow erklärte:

"Ja, das mit den Minsker Vereinbarungen war ein Hütchenspiel. Wir wurden getäuscht, und das hat die Situation verschlimmert. Es hat das Kiewer Regime in vielerlei Hinsicht ermutigt und ihm die Hände gebunden, Russen im eigenen Land zu massakrieren."

Die Fragen des Moderators bezogen sich auf die Äußerungen des ehemaligen französischen Präsidenten François Hollande, wonach der Zweck der Minsker Vereinbarungen darin bestanden habe, "einen Krieg zu verhindern", und dass der Waffenstillstand dank der Vereinbarungen nur wenige Opfer gefordert habe. Er sagte, die Vereinbarungen hätten der Ukraine auch "wertvolle Zeit" verschafft, ihre eigene Armee zu stärken. Hollandes Worte wurden von der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgegriffen.

Die Sprecherin des Föderationsrates, Walentina Matwijenko, vertrat die Meinung, dass "sie" Russland schon immer getäuscht hätten, Moskau sei mehr als einmal in eine Situation geraten, in der "sie das eine sagen, das andere tun und etwas anderes andeuten". Sarubin fragte Matwijenko:

"Warum haben wir ihnen geglaubt?"

Die Senatorin erklärte nach einer Pause:

"So wie wir es tun, glauben wir, dass andere es auch tun."

Hollande habe mit seinen Worten "effektiv ein Geständnis abgelegt und erzählt, was wirklich passiert ist", pflichtete Duma-Sprecher Wjatscheslaw Wolodin Sarubin bei. Er sagte, dies "würde die Strafe abmildern, aber die Verantwortung nicht ausschließen".

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko bezeichnete Hollande als eine zufällige Person in der Politik. Er ist sich sicher, dass "sie" schon früher gelogen haben, es jetzt tun und es

auch weiterhin tun werden.

Frankreich und Deutschland hätten versucht, einen Konflikt in der Ukraine zu verhindern, aber der russische Präsident Wladimir Putin habe bei der Entscheidung über eine Militäroperation im Jahr 2022 nicht an eine starke westliche Reaktion geglaubt und deshalb beschlossen, Truppen in den Nachbarstaat einzuführen, sagte Hollande im März 2023. Er behauptete, Berlin habe Moskau mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit von einer Militäraktion abhalten wollen, denn "normalerweise verhält sich ein Lieferant korrekt, sonst verliert er einen Kunden". Der ehemalige französische Präsident fasste zusammen:

"Aber Putin wird eher einen Markt verlieren als ein Stück Territorium."

Putin äußerte sich enttäuscht über Merkels Worte, denn "es hat sich herausgestellt, dass all diese Minsker Vereinbarungen nicht umgesetzt werden wollten". Er behauptete auch, der Westen habe ihn vor Beginn der Militäroperation getäuscht, indem er darauf bestand, dass die NATO versprochen habe, nicht nach Osten zu expandieren – ein Versprechen, das die Allianz dann dementierte.

* * *

Russlands Botschafter in Berlin: "Deutschland führt Krieg mit fremden Händen"

<https://gegenzensur.rtde.life/international/167377-russischer-botschafter-wirft-deutschland-krieg/10.04.2023>

Nach Ansicht des russischen Botschafters in Berlin Sergei Netschajew führt Deutschland einen Krieg "mit fremden Händen" und pumpt die Ukraine mit tödlichen Waffensystemen voll. Der Diplomat ist sicher, dass alle "roten Linien" bereits überschritten worden sind.

Russlands Botschafter in Berlin Sergei Netschajew hat den deutschen Behörden vorgeworfen, durch die Lieferung von Waffen an Kiew und die Ausnutzung der ukrainischen Streitkräfte einen Krieg gegen Moskau "mit fremden Händen" zu führen. Der Botschafter sagte:

"Die deutsche Regierung hat in ihrem Bestreben, Russland eine strategische Niederlage beizubringen, längst alle möglichen 'roten Linien' überschritten."

Netschajew zufolge habe sich das Spektrum der deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine seit Beginn des Konflikts kontinuierlich erweitert, von der Lieferung von Helmen bis hin zur "Versorgung des Kiewer Regimes mit modernen tödlichen Waffensystemen, einschließlich schweren Kampfpanzern, Haubitzen, Mehrfachraketenwerfern und Luftabwehrsystemen". Darüber hinaus würden Logistik- und Servicezentren für deren Reparatur und Wartung in Drittländern eingerichtet, so der Botschafter. Auf die Frage, ob die deutschen Behörden kurz davor stünden, ihre Truppen in die Ukraine zu entsenden, antwortete Netschajew wie folgt:

"Die Entsendung von Truppen würde bedeuten, dass Deutschland direkt in einen bewaffneten Konflikt mit Russland hineingezogen würde, was Berlin zumindest zum jetzigen Zeitpunkt unbedingt vermeiden möchte."

Dies sei darauf zurückzuführen, dass die deutschen Wähler solche Pläne nicht gutheißen würden, unterstrich der Diplomat. Es sei einfacher, mit den Händen anderer Leute zu kämpfen.

Zuerst weigerte sich Berlin, die Ukraine mit tödlichen Waffen zu beliefern, trotzdem genehmigte es deren Lieferung kurz nach dem Beginn der russischen Militäroperation. Bundeskanzler Olaf Scholz

behauptete, die russischen Behörden hätten die Entscheidung durch ihr Handeln erzwungen.

Ein weiteres Tabu brach Deutschland im vergangenen Januar nach internationaler Kritik, als es die Übergabe von Kampfpanzern an die Ukraine zusagte. Laut dem Magazin Spiegel würden die Ausgaben für die Militärhilfe an die Ukraine bis zum Ende des Kalenderjahres 2023 5,4 Milliarden Euro übersteigen, in den kommenden Jahren würden die Ausgaben 8,8 Milliarden Euro erreichen.

Scholz hatte zuvor gesagt, der Konflikt in der Ukraine könne sich noch über zwei bis vier Jahre hinziehen. Er versicherte, Berlin werde Kiew weiterhin unterstützen, "so lange es nötig ist".

* * *

Weißes Haus erklärt Präsenz von US-Spezialeinheiten in der Ukraine

<https://gegenzensur.rtde.life/international/167601-weisses-haus-erklart-praesenz-von-spezialeinheiten-ukraine/>

13.04.2023

In der Ukraine operieren US-Sondereinsatzkräfte, berichten US-Medien. Ein Beamter des Weißen Hauses bestätigte dies nun. Die Truppen seien jedoch nur in der US-Botschaft eingesetzt, um den Informationsfluss mit dem Verteidigungsattaché zu sichern.

John Kirby, der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates des Weißen Hauses, hat eine der brisantesten Enthüllungen aus den Pentagon-Leaks über US-Spezialeinheiten, die in der Ukraine inmitten des Konflikts mit Russland operieren, zumindest teilweise bestätigt.

Als er am Mittwoch zu einem geleakten Dokument gefragt wurde, in dem behauptet wird, dass Washington und einige seiner NATO-Verbündeten Spezialeinheiten in der Ukraine stationiert haben, räumte Kirby eine "kleine US-Militärpräsenz" ein. Kirby behauptete aber, dass diese nur in der US-amerikanischen Botschaft in Kiew operiere. In einem Gespräch mit einem Reporter von *Fox News* am Rande von US-Präsident Joe Bidens Nordirlandreise von lehnte Kirby es ab, die genaue Zahl der US-Truppen vor Ort zu nennen. Er erklärte aber:

"Es gibt eine kleine US-Militärpräsenz in der Botschaft in Verbindung mit dem Büro des Verteidigungsattachés, um uns bei der Kontrolle des Materials zu helfen, das in die und aus der Ukraine fließt."

"Sie sind also mit der Botschaft und dem Verteidigungsattaché verbunden."

Die US-Truppen "kämpfen nicht auf dem Schlachtfeld", fügte der US-Beamte hinzu. Zudem erbringen die Soldaten nicht näher bezeichnete Sicherheitsdienstleistungen, berichtet *Fox News*, ohne eine Quelle für diese Information zu nennen. Kirby hob außerdem hervor, dass es keine Änderung des Mandats des US-Präsidenten gegeben habe, welches US-amerikanischen Truppen in der Ukraine untersagt, an Kämpfen teilzunehmen.

Biden hat versucht, einen schmalen Grat zwischen der Unterstützung Kiews und der Provokation eines direkten Konflikts mit Moskau zu beschreiten. Russische Beamte haben wiederholt davor gewarnt, dass die Zunahme der US-Hilfe für die Ukraine das Risiko eines Zusammenstoßes zwischen den atomaren Supermächten der Welt erhöht.

Die britische Zeitung *The Guardian* berichtete am Dienstag, dass seit dem 1. März fast 100 Soldaten von NATO-Spezialeinheiten, darunter 50 aus dem Vereinigten Königreich, in der Ukraine operieren. Die USA haben mehr als 14 und Frankreich mehr als 15 Sondereinsatzkräfte in der

Ukraine im Einsatz, wie aus dem vom *Guardian* zitierten Pentagon-Dokument hervorgeht. Von den 100 US-Amerikanern, die sich offiziell in der Ukraine aufhielten, seien 71 für das Außenministerium und 29 für das Pentagon tätig, berichtete ein weiteres britisches Medium.

In den vergangenen Wochen wurden Dutzende von angeblich als geheim eingestuften US-Dokumenten im Internet veröffentlicht, eine offensichtliche Sicherheitslücke, die angeblich Washingtons nachrichtendienstliche Erkenntnisse über Freunde und Feinde gleichermaßen enthüllte. US-Beamte haben die Echtheit der Dokumente weder bestätigt noch dementiert. Einige der Schriftstücke tragen Markierungen, die darauf hindeuten, dass es sich um Papiere handelte, die für die US-Generalstabschefs erstellt worden waren.

* * *

UN-Menschenrechtsrat: Große Mehrheit fordert Ende der Sanktionspolitik

<https://gegenzensur.rtde.life/international/167689-un-menschenrechtsrat-fordert-ende-sanktionsregimes/>

14.04.2023

Der UN-Menschenrechtsrat hat eine Resolution verabschiedet, die ein Ende des Sanktionsregimes fordert. Die Resolution verweist auf den völkerrechtswidrigen Charakter der Zwangsmaßnahmen und die Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung. Der Westen plant dagegen die Ausweitung.

Der UN-Menschenrechtsrat nahm bereits am 3. April eine Resolution mit großer Mehrheit an, die sich gegen die einseitige Verhängung von Sanktionen wendet. Darüber berichten die *NachDenkSeiten*.

Die Resolution, die von den blockfreien Staaten unter der Führung von Aserbaidschan eingebracht wurde, fordert die Abschaffung von einseitigen Sanktionen, wie sie von den USA und der EU verhängt werden. Die USA und die EU versuchen über Sanktionen, ihre geopolitischen Interessen durchzusetzen, und sabotieren damit das Völkerrecht.

33 Staaten stimmten für die Annahme der Resolution. Die Staaten der Europäischen Union, die USA und Großbritannien stimmten dagegen. Dagegen stimmten zudem die Ukraine, Georgien und Montenegro.

Die im Menschenrechtsrat vertretenen Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas stimmten dafür. Lediglich Mexiko hat sich enthalten.

Die Abstimmung ist für den kollektiven Westen eine klatschende Ohrfeige, zeigt sie doch deutlich, dass die Länder der Welt in der aggressiven Sanktionspolitik der USA und der EU einen Verstoß nicht nur gegen das Völkerrecht, sondern auch gegen ihre eigenen vitalen Interessen verletzt sehen. Entgegen der Behauptung auch deutscher Medien ist der Westen isoliert. Der Resolutionstext verurteilt Sanktionen, da sie gegen die Charta der Vereinten Nationen und die Verpflichtung zum Frieden verstießen.

Der Westen verhängt schon seit geraumer Zeit einseitige Sanktionen, die als Zwangsmaßnahme nicht durch Resolutionen der UNO legitimiert sind. Mit Beginn der Kampfhandlungen in der Ukraine im Februar 2022 weiteten die EU und die USA ihr völkerrechtswidriges Sanktionsregime jedoch noch einmal deutlich aus.

Die Sanktionen haben das Ziel, Russlands Wirtschaft zu schaden. Der Westen glaubt so, Russland zur Beendigung der Kampfhandlungen zwingen zu können, ohne selbst aktiv Militär einsetzen zu müssen. Zudem soll die russische Zivilbevölkerung getroffen werden, damit diese von Verarmung betroffen die russische Regierung auf ein Ende des Ukraine-Einsatzes drängt.

Vor allem durch die Russland-Sanktionen werden andere Länder und die Weltwirtschaft als Ganzes in Mitleidenschaft gezogen. Der Westen trägt mit seinen Sanktionen die Verantwortung für die Ausweitung von Hunger und Mangel in armen Ländern. Durch die Bedeutung Russlands als Energie- und Rohstofflieferant sowie als großer Nahrungsmittelexporteur haben die vom Westen verhängten Einschränkungen weltweite Auswirkungen und treffen die Zivilbevölkerung global.

Dessen ungeachtet setzen die USA und die EU auf die Ausweitung der Sanktionen. Zur Durchsetzung des Sanktionsregimes gegen Russland sollen jetzt Sekundärsanktionen eingeführt werden, die Unternehmen und Länder bestrafen, die die Sanktionen umgehen.

Auch der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) setzt auf zusätzliche Repressionen zur Durchsetzung des Sanktionsregimes. Dadurch würde sich der Westen noch stärker isolieren und zudem deutlich machen, dass er sich an das Völkerrecht nicht gebunden fühlt, sondern lediglich seinen Dominanzanspruch durchsetzen will und dafür das Leid der Zivilbevölkerung in anderen Ländern billigend in Kauf nimmt.

* * *

Scharfmacher Christoph Heusgen: Westen muss gegen Russland "aufs Ganze gehen"

<https://gegenzensur.rtde.life/inland/167919-scharfmacher-christoph-heusgen-westen-muss-aufs-ganze/>

17.04.2023

In einem Gastbeitrag im "Tagesspiegel" haben sich am Montag mehrere Scharfmacher, darunter der ehemalige deutsche UN-Botschafter Christoph Heusgen, zu Wort gemeldet und die Ausweitung von Waffenlieferungen an die Ukraine gefordert.

Der ehemalige Diplomat und aktuelle Chef der Münchener Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen ("Sanduhr-Christoph"), hat die westlichen Staaten in einem Gastbeitrag für den *Tagesspiegel* am Montag aufgefordert, ihre militärische Unterstützung für die Ukraine auszubauen. Die bisherigen Rüstungshilfen kritisierte Heusgen als "zu zögerlich". Dies könne nur ein "Patt auf dem Schlachtfeld bewirken". Stattdessen müsse der Westen bei seiner militärischen Hilfe "aufs Ganze gehen". Die Ukraine benötige "Panzer, Raketen größerer Reichweite und Kampfflugzeuge".

Den Gastbeitrag verfasste Heusgen zusammen mit James L. Jones, dem ehemaligen Berater des früheren US-Präsidenten Barack Obama, dem früheren NATO-Oberbefehlshaber für Transformation und französischen Militär-Berater Stéphane Abrial sowie dem italienischen Ex-Berater Stefano Stefanini und Simon McDonald, Ex-Staatssekretär im britischen Außenministerium.

Eine umfassendere Unterstützung der Ukraine durch Rüstungslieferung sei notwendig, "um im Verbund dieser Waffensysteme eine erfolgreiche Gegenoffensive zu unternehmen, die den Weg frei macht zu einem ukrainischen Sieg und erfolgreichen Verhandlungen für einen Frieden zu akzeptablen Bedingungen", heißt es im Tagesspiegel-Gastbeitrag weiter.

China wird in dem Artikel scharf angegriffen: "John McCains im Jahr 2014 getroffene Vorhersage,

dass Russland China als Tankstelle dienen wird", treffe "immer mehr zu". Peking unterstütze Russlands Kriegsbemühungen bereits, indem es "nicht tödliche Rüstungsgüter liefert und Nordkoreas Waffenlieferungen an Russland zulässt". Um sich der russisch-chinesischen Allianz entgegenzustellen, müsse sich der Westen mehr außerhalb der transatlantischen Gemeinschaft engagieren, schlussfolgerten die Autoren.

Christoph Heusgen war in den Jahren 2017 bis 2021 deutscher UN-Botschafter und in den Jahren 2005 bis 2017 außenpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Merkel. In New York machte er insbesondere dadurch von sich reden, dass er während des halben Jahres, in dem Deutschland turnusgemäß den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat innehatte, die ständigen und nichtständigen Mitglieder mittels einer mitgebrachten riesigen Sanduhr drangsalierte. Bei seiner Verabschiedung aus der Vorsitzenden-Funktion sagten die Botschafter Chinas und Russlands übereinstimmend, dass niemand mehr zur Verhinderung eines ständigen deutschen Sitzes im Sicherheitsrat getan habe, als Heusgen mit seiner zur Schau gestellten Arroganz und Überheblichkeit.

* * *

Wang Wenbin: "Moskau und Peking entwickeln eine neue Art von Beziehungen zwischen Großmächten"

<https://gegenzensur.rtde.life/russland/167878-wang-wenbin-moskau-und-pekings/>

18.04.2023

Vor dem Hintergrund des Besuchs des chinesischen Verteidigungsministers Li Shangfu in Moskau hat der Sprecher des Außenamts in Peking, Wang Wenbin, eine "neue Art" von Kooperation zwischen China und Russland gelobt und erklärt, diese richte sich nicht gegen Dritte.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin hat am Montag auf einer regulären Pressekonferenz erklärt, China sei bereit, mit Russland zusammenzuarbeiten, um den wichtigen Konsens der beiden Staatschefs umzusetzen und die Entwicklung einer umfassenden strategischen Zusammenarbeit und Partnerschaft in einer neuen Ära zu fördern. Der Sprecher wörtlich:

"Ich möchte betonen, dass die russisch-chinesische bilaterale Zusammenarbeit immer auf den Prinzipien der Blockfreiheit, der Nichtkonfrontation beruht hat, ohne gegen Drittstaaten gerichtet zu sein. Die Länder entwickeln eine neue Art von Beziehungen zwischen den Großmächten, die auf gegenseitigem Respekt, friedlicher Koexistenz und gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit basieren."

Damit beantwortete Wang eine Journalistenfrage, warum China im zweiten Jahr des Ukraine-Konflikts die militärischen Beziehungen zu Russland verstärke, deren strategische Bedeutung auch der Staatsrat und Verteidigungsminister Li Shangfu bei seinem Besuch in Moskau betont habe. In Bezug auf den Ukraine-Konflikt sagte Chinas Außenamtssprecher, dass sich Peking nach wie vor für die Friedensförderung einsetze und bereit sei, weiterhin mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, um eine konstruktive Rolle bei der politischen Beilegung des Konflikts zu spielen.

Der chinesische Verteidigungsminister Li Shangfu, der auf der US-Sanktionsliste steht, ist am Sonntag zu einem dreitägigen Besuch in Moskau eingetroffen. Dies ist seine erste Auslandsreise seit seiner Ernennung im vergangenen Monat. Im Jahr 2018 hatten die USA Li als Leiter der Abteilung für Ausrüstungsentwicklung auf ihre Sanktionsliste gesetzt, weil er "an bedeutenden

Transaktionen mit Rosoboronexport, Russlands wichtigstem Waffenexportunternehmen, beteiligt war". Russlands Präsident Wladimir Putin hat den hochrangigen Militärbeamten im Kreml persönlich begrüßt, ebenso wie sein russischer Amtskollege Sergei Schoigu. Lis Reise findet nur wenige Wochen nach dem ersten Staatsbesuch des chinesischen Staatschefs Xi Jinping in Moskau seit seiner Wiederwahl statt. Bei Xis Besuch hatten der chinesische Staatschef und Putin angekündigt, "das gegenseitige militärische Vertrauen weiter zu vertiefen". Zudem hatten sie eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der sie darlegen, dass die Freundschaft zwischen den beiden Nationen "keine Grenzen kennt".

* * *

Stabile Beziehungen zu Russland sind wichtiger – Südkorea liefert keine Waffen an die Ukraine

<https://gegenzensur.rtde.life/russland/168141-stabile-beziehungen-zu-russland-sind/>

20.04.2023

Südkorea hat bisher auf Waffenlieferungen an die Ukraine verzichtet, weil es die Beziehungen zu Russland nicht belasten will. Dies teilt die Nachrichtenagentur Yonhap unter Berufung auf einen hochrangigen Mitarbeiter des Präsidialbüros in Seoul mit.

Seoul hält es für notwendig, stabile Beziehungen zu Moskau aufrechtzuerhalten. Daher liefert man keine Waffen an die Ukraine, berichtet die Agentur *Yonhap* unter Verweis auf einen hochrangigen Beamten im südkoreanischen Präsidialbüro. Dieser habe zugleich betont, es gebe in der Gesetzgebung des Landes keine Bestimmungen, welche die Zustellung von Kriegsgerät an einen Staat vorsehe, der sich in einem Krieg befinde:

"Der Grund, warum wir solche Maßnahmen nicht freiwillig ergreifen, liegt darin, dass wir in ausgewogener Weise die Aufgabe erfüllen wollen, die Beziehungen zwischen Südkorea und Russland stabil aufrechtzuerhalten und zu gestalten."

Südkoreas Art der Unterstützung für die Ukraine habe sich nicht geändert. Seoul leiste nach wie vor humanitäre und finanzielle Hilfe, heißt es weiter.

In einem am Mittwoch veröffentlichten Interview mit *Reuters* hatte der südkoreanische Präsident Yoon Suk-yeol nicht mehr ausgeschlossen, dass Seoul Waffen an die Ukraine liefern könnte, falls eine ernsthafte Bedrohung für die Bevölkerung des Landes bestünde oder die Kriegsgesetze eklatant verletzt würden. Der stellvertretende Leiter des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew hat daraufhin Südkorea vor möglichen Waffenlieferungen an Kiew gewarnt:

"Ich frage mich, was die Menschen in diesem Land sagen werden, wenn sie die neuesten russischen Waffen bei ihren engsten Nachbarn sehen, unseren Partnern in Nordkorea."

Dmitri Peskow, der Sprecher des russischen Präsidenten, erklärte, dass Waffenlieferungen an die Ukraine indirekt eine Verwicklung Seouls in den Konflikt bedeuten würden. Auch das Außenministerium in Moskau reagierte auf die Aussagen von Yoon Suk-yeol. Außenamtssprecherin Maria Sacharowa betonte, Russland führe defensive Kampfhandlungen gegen den kollektiven Westen durch, welcher das Marionettenregime in Kiew als Instrument eines hybriden Stellvertreterkriegs gegen das Land gewählt habe. Sacharowa erklärte:

"In dieser Situation betrachten wir jegliche Waffenlieferungen an die Ukraine, egal woher sie kommen, als einen offen feindseligen antirussischen Akt."

Zugleich stellte Sacharowa "äußerst negative Auswirkungen" auf die bilateralen Beziehungen in Aussicht, welche Moskaus Haltung bezüglich der grundlegenden Sicherheitsinteressen jeweiliger Staaten prägen würden. In Bezug auf die Republik Korea könnte die Rede von Lösungsansätzen für die Situation auf der koreanischen Halbinsel sein, betonte sie.

Der von *Yonhap* zitierte Mitarbeiter des südkoreanischen Präsidialbüros gab an, die Worte des Präsidenten seien "vernünftig und prinzipientreu" gewesen. Yoon Suk-yeol habe sich auf eine hypothetische Situation bezogen und die russischen Behörden kommentierten etwas, das noch nicht passiert sei. Zugleich merkte er an, dass das, was Seoul in Zukunft tun werde, von den Handlungen Russlands abhängen werde.

* * *

Kiew kündigt Pachtvertrag mit russischer Botschaft

<https://gegenzensur.rtde.life/europa/168208-kiew-kuendigt-pachtvertrag-mit-russischer/>

21.04.2023

Die Stadt Kiew hat den Grundstückspachtvertrag mit der russischen Botschaft gekündigt und fordert die Regierung auf, deren Eigentum an die Ukraine zu übergeben. Russische Diplomaten hatten das Gebäude im vergangenen Februar verlassen.

Der Kiewer Stadtrat hat einen Grundstückspachtvertrag mit der russischen Botschaft gekündigt, teilt Witali Klitschko, Bürgermeister der Hauptstadt, am Donnerstag mit. Die Verwaltung habe ihm zufolge auch an das Ministerkabinett des Landes appelliert, das Eigentum der diplomatischen Mission an den ukrainischen Staat zu übergeben.

Das Botschaftsgelände, das sich in einem zentralen Stadtteil von Kiew befindet, ist seit Februar 2022 geschlossen, als Moskau sein verbliebenes diplomatisches Personal kurz vor Beginn des Krieges aus dem Land evakuierte.

Wladimir Dschabarow, Vizechef des Außenausschusses im russischen Föderationsrat, sagte, Moskau werde wahrscheinlich mit der Beschlagnahme des ukrainischen diplomatischen Eigentums reagieren. "Normalerweise sind die Maßnahmen symmetrisch", sagte er zur Agentur RIA Nowosti und fügte hinzu, dass die "Ukrainer völlig abtrünnig geworden sind". Er schloss aber nicht aus, dass das Botschaftsgebäude in Moskau bestehen bleiben könnte, "denn früher oder später werden die Beziehungen wiederhergestellt, und für dieses Regime, das uns gegenüber freundlich gesinnt sein wird, wird das Botschaftsgebäude bereitstehen".

Ähnlich äußerte sich auch der stellvertretende Sprecher des Föderationsrates, Konstantin Kossatschow: "Dies ist ein Fall, in dem die Reaktion mindestens hundertprozentig spiegelgleich sein sollte. Und die russische Seite hat alle notwendigen Mittel dafür."

Nach Kriegsbeginn hatte Kiew die diplomatischen Beziehungen zu Moskau abgebrochen. Das russische Außenministerium erklärte damals, dies sei nicht ihre Entscheidung, sondern "das logische Ergebnis der gezielten russophoben Politik der Kiewer Behörden".

* * *

Botschafter Netschajew kritisiert Auflösung des Petersburger Dialogs als Triumph der Propagandisten

<https://gegenzensur.rtde.life/europa/168284-botschafter-netschajew-kritisiert-aufloesung->

[petersburger-dialogs-triumph-propagandisten/](#)

22.04.2023

Der russische Botschafter SergejSergei Netschajew hat in einem Kommentar die Auflösung des Petersburger Dialogs scharf kritisiert. Damit sei einer der letzten Mechanismen des deutsch-russischen Dialogs abgebaut.

Der Petersburger Dialog ist nun auch rein formell nicht mehr existent. Das wohl prominenteste Forum für Austausch, das seinerzeit von Präsident Wladimir Putin und Bundeskanzler Gerhard Schröder ins Leben gerufen wurde, ist nun komplett aufgelöst. Man befinde "sich damit im Liquidationsjahr" und werde im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben abgewickelt, teilte die Geschäftsstelle des Vereins am Donnerstagabend mit.

Der Vorstand wurde bis zuletzt vom früheren Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) geleitet. Das Forum wurde durch ihn und zahlreiche andere Vertreter des deutschen politischen Mainstreams insbesondere in den letzten Jahren sehr kontrovers geführt und auf deutsche Initiative schrittweise abgebaut. Bereits im Juli 2021, noch lange vor Beginn der russischen Militäroperation, setzte der deutsche Vorstand bilaterale Veranstaltungen aus. Im November teilte der Vorstand mit, dass der Petersburger Dialog sich im nächsten Jahr auflösen werde. Zur Begründung hieß es nun:

"Angesichts des verbrecherischen Angriffskrieges und der Frontstellung gegen die westlichen Demokratien ist ein Dialog in diesem Format nicht mehr möglich".

Der russische Botschafter Sergei Netschajew stellte in einem auf Twitter veröffentlichten Kommentar fest, dass dieser Schritt nicht unerwartet komme. Er halte den gegenwärtigen Stand der Dinge lediglich förmlich fest. Dies sei allerdings nicht Russlands Wunsch.

Der Diplomat betonte, dass deutsch-russische zivilgesellschaftliche Kooperation ausschließlich unter Druck der deutschen Behörden und des antirussisch gesinnten Mainstreams abgebaut werde.

"Der Dialog zwischen den Zivilgesellschaften sollte von Beginn an allwettertauglich sein und politischer Konjunktur standhalten können. Heute wird dieser Dialog ohne unser Verschulden maximal erschwert."

Mit dem Petersburger Dialog verliere die deutsche Seite einen weiteren zuverlässigen und direkten Draht zu russischen Sichtweisen, bedauerte der Botschafter. "In der Folge müssen die Menschen in Deutschland nun mit einer verdrehten Darstellung unserer Position vorliebnehmen, die von voreingenommenen "Experten" und Medien grobschlüchtig präpariert ist". Damit schotte sich Berlin gegen Standpunkte ab, die nicht in die antirussischen Narrative der hiesigen Propagandisten passen, kritisierte der Diplomat.

Gleichzeitig äußerte er die Zuversicht, dass an die Stelle der zerstörten Formate neue Kooperationen treten werden. "Die Erwartung, dass der Dialog mit Russland fortgesetzt wird, ist in der deutschen Gesellschaft unstrittig vorhanden", so der Botschafter.

Die Umfragen zeigen zwar, dass viele Deutsche unhinterfragt strikt antirussische Positionen des Mainstreams übernehmen. So rechtfertigen sie beispielsweise deutsche Beteiligung am Krieg mit schweren Waffen, logistischer Unterstützung und Ausbildung der Soldaten – während Russland sich nicht im Krieg mit Deutschland befindet (Prof. Dr. Joachim Wernicke).

Auf der anderen Seite macht sich auch der Widerstand gegen diese Politik immer mehr bemerkbar – trotz andauernder Diffamierungskampagnen und juristischen Strafmaßnahmen gegen die

"Abweichler" unter Experten, Journalisten oder Aktivisten. Die Massenkundgebung am 25. Februar vor dem Kanzleramt, die Blumenaktion am zerstörten Panzer vor der russischen Botschaft oder die Anti-NATO-Konferenzen des OKV sind nur ein kleiner Ausdruck davon, dass der Wunsch nach Frieden mit Russland auch unter derzeitigen Bedingungen weiter vorhanden ist.

* * *

Seymour Hersh: Westen wütend über "ungeheuerliche Korruption" in der Selenskij-Regierung

<https://gegenzensur.rtde.life/international/168366-seymour-hersh-westen-wuetend-ueber/>

23.04.2023

Der US-Journalist Seymour Hersh hat in einem Interview mit RT erklärt, der Westen habe Selenskij wegen der ungeheuerlichen Korruption in der politischen Führung der Ukraine angeprangert. Überdies äußerte sich der Journalist zur Hilfe der New York Times beim Aufspüren der Quelle der Pentagon-Leaks.

Nach Ansicht des US-Journalisten Seymour Hersh sei der Westen mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij wegen der massiven Korruption in seiner Regierung unzufrieden. Dies brachte Hersh in der RT-Fernsehsendung *Going Underground* zum Ausdruck. Wörtlich hieß es:

"Die Hauptbotschaft, die man Selenskij übermitteln wollte, war folgende: Amerikanische Beamte und Generäle sind sehr wütend auf dich, weil du zu viel einsteckst – mehr einsteckst als alle anderen."

Hersh zufolge hätten die USA dem ukrainischen Staatschef eine Liste mit 35 in Korruption verwickelten Beamten übergeben, von denen zehn entlassen worden seien. Weiter unterstrich der Journalist:

"Die Korruption dort ist einfach ungeheuerlich. Das war schon immer so. Und die Situation ändert sich nicht."

Überdies äußerte sich Seymour Hersh zur Rolle der *New York Times* bei der Suche nach den Verantwortlichen für die Leaks im Pentagon. Hersh kritisierte die *NYT* wegen ihrer regierungsfreundlichen Haltung und der Behandlung von Quellen sowie der Art und Weise, wie sie dem FBI geholfen haben soll, den mutmaßlichen Whistleblower Jack Teixeira aufzuspüren.

Teixeira, der geheime US-Geheimdienstdaten über den Ukraine-Konflikt und andere Themen in einem Online-Gaming-Forum veröffentlicht hatte, wurde letzte Woche vom FBI festgenommen. Die Verhaftung erfolgte, nachdem die *NYT* und die *Washington Post* in Zusammenarbeit mit der vom Westen finanzierten "Open Source Investigations"-Einrichtung Bellingcat die Quelle der Dokumente ausfindig gemacht und seine Identität offengelegt hatten. Die *NYT* machte auch Teixeiras Wohnsitz in Massachusetts ausfindig und sprach mit seiner Mutter.

Der erfahrene Journalist erwähnte, dass er viele Jahre bei der *NYT* tätig gewesen sei und "eine Menge Preise gewonnen" habe, zu einer Zeit, als die Zeitung ihre Quellen viel besser geschützt habe, hieß es weiter. Die Zeitung habe sich nun als völlig "pro-Biden" erwiesen, da sie den US-Präsidenten überhaupt nicht kritisiere, argumentierte Hersh.

Die *NYT* habe ebenso wie andere große Zeitungen auch nicht über seinen kürzlich erschienenen bahnbrechenden Artikel berichtet, in dem die Regierung Biden für die Explosionen der Nord Stream-Pipelines in der Ostsee im vergangenen September verantwortlich gemacht wurde. Sie

veröffentlichte nur "Gegenberichte der Geheimdienste", fügte der 86-Jährige hinzu.

* * *

Nicht von Putin distanziert – Strafprozess gegen Friedensaktivist Bücken

<https://gegenzensur.rtde.life/inland/168487-nicht-von-putin-distanziert-straftprozess/>

26.04.2023

Am 27. April muss sich der Friedensaktivist Heinrich Bücken in Berlin vor Gericht verantworten. Ihm wird vorgeworfen, bei seiner Gedenkrede zum Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion die Straftat "Belohnung und Billigung von Straftaten" begangen zu haben. Er habe sich nicht von "Putins Angriffskrieg" distanziert.

Am kommenden Donnerstag, den 27. April, findet um 9:00 Uhr im Berliner Amtsgericht der Strafgerichtsprozess gegen den Friedensaktivisten Heinrich Bücken statt. Gegen den Betreiber des Coop Anti-War Cafés in Berlin hatte die politische Abteilung der Berliner Staatsanwaltschaft nach einer Strafanzeige und nach Ermittlungen des Landeskriminalamts beim Berliner Amtsgericht Tiergarten am 9. Januar 2023 einen Strafbefehl erwirkt.

Ihm wird nach § 140 Nr. 2 Strafgesetzbuch "Belohnung und Billigung von Straftaten" vorgeworfen. In seiner Rede vor dem sowjetischen Ehrenmal am 22. Juni 2022 habe er sich nicht von Putins Angriffskrieg distanziert und habe diesen mutmaßlich sogar gutgeheißen. Im Strafbefehl wurde gegen ihn eine Geldstrafe von 40 Tagessätzen verhängt.

Laut aktueller Pressemitteilung seiner Strafverteidiger habe ihr Mandant in der Rede am 22. Juni 2022 "am Jahrestag des Überfalls Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion" in Erinnerung gerufen, dass diesem "verbrecherischen Krieg allein 27 Millionen Bürger der Sowjetunion, die Mehrheit Zivilisten, zum Opfer gefallen sind, und weiter darauf hingewiesen, dass allein in der Ukraine mehr als 1,5 Millionen Juden unter den Opfern waren".

"Unter der Überschrift 'Wir vergessen nicht!'", zitierten die Anwälte in der Pressemitteilung aus Bückers Rede, "hatte er dazu aufgerufen, diese 'schmerzliche und beschämende Erinnerung an den so ungeheuerlichen und grausamen Vernichtungskrieg, den das faschistische Deutschland der gesamten Sowjetunion – vor allem der ukrainischen, der belorussischen und der russischen Republik angetan hat' wachzuhalten".

Heinrich Bücken habe daran erinnert, dass man die Befreiung Europas vom Faschismus den Völkern der Sowjetunion verdanke. Sein Anliegen sei "das ehrende Gedenken der Befreiung Europas und auch Deutschlands vom Faschismus, die wir den Völkern der UdSSR verdanken, einschließlich der daraus erwachsenen Verpflichtung, für eine gedeihliche, vernünftige und friedliche Nachbarschaft mit Russland in Europa einzustehen."

In der Pressemitteilung begründen die Rechtsanwälte Tobias Florian Krenzel und Eberhard Schultz, warum eine Straftat gemäß § 140 Strafgesetz nicht vorliege. Unter anderem sei bei der Rede des Betreibers des Coop Anti-War Cafés das Tatbestandsmerkmal "Störung des öffentlichen Friedens" nicht erfüllt. Die Rede entspreche den völkerrechtlich verpflichtenden Vier-Mächte-Vereinbarungen nach der deutschen Wiedervereinigung.

"Eine Störung des öffentlichen Friedens kann erst recht nicht angenommen werden, entspricht der Inhalt der Rede doch nicht nur den völkerrechtlich verpflichtenden Vereinbarungen der vier Mächte anlässlich der Wiedervereinigung zum Sonderstatus Berlins"

und dem Erhalt des sowjetischen Ehrenmals."

Eine Verurteilung ihres Mandanten, so die Rechtsanwälte, wäre "nicht nur eine schwerwiegende Verletzung von wichtige Grund- und Freiheitsrechten", insbesondere dem Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit. Sie würde sich auch in eine weitere Kriminalisierung angeblicher Feinde unserer Demokratie und angeblicher Feinde unserer "westlichen Wertegemeinschaft" einreihen. Die Kriminalisierung angeblicher Demokratiefeinde beobachten die Anwälte insgesamt mit großer Sorge. Sie stehe auch im Zusammenhang mit bis vor Kurzem undenkbaeren Maßnahmen im Polizei- und Versammlungsrecht.

* * *

Riga wird Denkmal für russischen Dichter Alexander Puschkin eilig abreißen

<https://gegenzensur.rtde.life/international/168526-riga-wird-denkmal-fuer-russischen-dichter-alexander-puschkin-eilig-abreißen/>

26.04.2023

Mit dem angeblichen Ziel, die "Spaltung der Gesellschaft" einzustellen, entscheiden sich die Behörden der lettischen Hauptstadt für die Demontage des Denkmals für den großen russischen Dichter Alexander Puschkin.

Die regierende Koalition im Rigaer Stadtrat hat sich darauf geeinigt, ein Denkmal für den weltweit berühmten russischen Dichter Alexander Puschkin abzureißen. Mit Stolz und Pomp gab Linda Ozola, Vizesprecherin des Stadtrats und eine der Urheberinnen der Initiative, bekannt:

"Die Tage von Puschkin im Kronvalds Park sind gezählt. Auf Initiative der Kods Rīgai hat sich die Koalition des Rigaer Stadtrats darauf geeinigt, dass dieses illegal errichtete Denkmal aus dem Stadtbild Rigas verschwinden muss, und das muss geschehen."

Die Fraktion Kods Rīgai schlug vor, dass dies bis zum 4. Mai geschehen sollte, um zu verhindern, dass sich die Einwohner der Stadt am 9. Mai, Siegestag des sowjetischen Volks über Nazideutschland, am Denkmal versammeln und um "die Spaltung der Gesellschaft und die weitere Verschärfung dieses Problems zu verhindern", so Sprecher Kaspars Adijāns. Ozola stimmte völlig zu und unterstrich, dass "das Symbol des russischen Imperialismus" vor dem 4. Mai entfernt werden sollte.

Laut Abgeordneten ist das Denkmal illegal, da es von der russischen Botschaft geschenkt und unter Beteiligung des ehemaligen Bürgermeisters von Riga Nil Uschakow errichtet worden war. Es hatte jedoch keine Unterstützung der Staatlichen Inspektion für den Schutz des Kulturerbes und des Rates des Rigaer Historischen Zentrums für Konservierung und Schutz gegeben. Für den Abriss des Denkmals sind keine besonderen Genehmigungen erforderlich, meint Kods Rīgai.

In den letzten sechs Monaten wurde das Puschkin-Denkmal im Park dreimal geschändet. Die russische Botschaft in Lettland vermutete, dass interessierte Kräfte eine "Aura der Instabilität" um das Denkmal schaffen und die öffentliche Meinung auf seinen Abriss vorbereiten, "beinahe unter dem Vorwand, es vor Vandalen zu retten".

Am Tag des Sieges 2022 versperrte die Polizei den Zugang zum Denkmal für die Befreier Rigas im Siegespark. Die städtischen Dienste entfernten mit einem Traktor die Blumen, die am 9. Mai am Denkmal niedergelegt worden waren. Später begannen die Einwohner der Stadt, wieder Blumen dorthin zu bringen. Daraufhin setzte das lettische Parlament die Klausel im Regierungsabkommen

mit Russland über den Schutz von Denkmälern sowjetischer Soldaten aus und erlaubte die Demontage des Denkmals der Befreier von Riga.

Lettland war neben den Nachbarländern Litauen und Estland eine der ersten ehemaligen Sowjetrepubliken gewesen, die das sowjetische Erbe in der Monumentalkunst fast vollständig beseitigt hatten. Die Fälle von Vandalismus und Abriss sowjetischer Denkmäler nahmen seit dem Beginn der russischen militärischen Spezialoperation in der Ukraine auch zu.

* * *

Kündigung wegen Donbass-Reise nicht rechtens: Journalist Baab gewinnt gegen Kieler Uni

<https://gegenzensur.rtde.life/inland/168566-kuendigung-wegen-donbass-reise-nicht/>

26.04.2023

Patrik Baab hat im Rechtsstreit gegen die Universität Kiel gesiegt: Diese habe seinen Lehrauftrag zu Unrecht gekündigt, damit seine Meinungsfreiheit verletzt und überdies falsche Behauptungen über seine Recherche in die Ostukraine öffentlich verbreitet.

Von Susan Bonath

Der ehemalige NDR-Journalist Patrik Baab hat am Dienstag im Rechtsstreit gegen die Christian-Albrechts-Universität (CAU) gewonnen. Die Kieler Uni hätte seinen Lehrauftrag nicht wegen seiner Recherche in die Ostukraine kündigen dürfen, urteilte das Schleswig-Holsteinische Verwaltungsgericht. Außerdem soll die Universität eine Stellungnahme mit "verkürzten" Behauptungen über Baab von ihrer Homepage nehmen. Das Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig, eine Berufung ist möglich.

Medienkampagne und Kündigung

Der Investigativ-Journalist hatte im September 2022 seine Altersteilzeit beim NDR genutzt, um für sein geplantes Buch zum Ukraine-Konflikt im Donbass zu recherchieren. Im Jahr davor hatte er bereits den Westen des Landes aus dem gleichen Grund bereist.

Während er sich noch im Kriegsgebiet befand, verbreitete das vom Werbekonzern Ströer betriebene Internetportal t-online die Falschbehauptung, Baab sei dort als "Wahlbeobachter" im Auftrag Russlands gewesen. Prompt kopierten andere Medien diese Unwahrheit, Baab sprach von einer Medienkampagne. Die beiden Unis, an denen er lehrte, warfen ihren Dozenten schließlich raus (RT DE berichtete).

Anders als die Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft (HMKW) Berlin hatte ihm die CAU bereits einen Lehrauftrag für das Wintersemester 2022/2023 erteilt. Am 27. September verkündete sie öffentlich, diesen zu kündigen. Ungeprüft übernahm sie dabei Falschbehauptungen von t-online. Baab sprach von einer Medienkampagne gegen ihn. Wörtlich schrieb die CAU (Rechtschreibfehler im Original):

"Patrik Baabs Auftreten als 'Beobachter' der völkerrechtswidrigen Scheinreferenden in den russisch besetzten Gebieten der Ukraine verleiht dem russischen Vorgehen den Anschein von Legitimität. Die CAU distanziert sich ausdrücklich von Herrn Baabs Reise und ihren Implikationen und wird keine Lehrveranstaltungen anbieten, die von Herrn Baab unterrichtet werden. Der Lehrauftrag wird gekündigt."

Falsche Behauptungen, missachtetes Grundrecht

Damit habe die Uni ihre eigene und die Position des Klägers nicht rechtmäßig abgewogen. Denn in beiden Fällen gehe es um geschützte Grundrechte. Außerdem habe sie die tatsächlichen Hintergründe seines Besuchs in der Ukraine vor der Kündigung nicht hinreichend aufgeklärt, urteilte das Gericht. Mit ihrer "Stellungnahme" habe die Hochschule rechtswidrig eine verkürzte Darstellung verbreitet, die ihm falsche Intentionen für seine Reise unterstellte.

Seinen Rauswurf hatte Baab zuvor als "Akt der politischen Säuberung" bezeichnet. Dabei hatte er auf ähnliche Fälle im Umgang mit Personen hingewiesen, die sich ganz oder teilweise gegen eine von oben verordnete Meinung ausgesprochen hatten, darunter die Politologin Ulrike Guerot, die Journalistin und frühere ARD-Moskau-Korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz und der Medienwissenschaftler Michael Meyen. Über das Urteil zeigte er sich erfreut: "Wir müssen nun die schriftliche Begründung abwarten", sagte er. Allerdings sei noch nicht klar, ob die Uni dagegen vorgehen wird.

* * *

Zielscheibe Kultur: UK-Kunstexpertin kritisiert Unart, russische Maler als "Ukrainer" darzustellen

<https://gegenzensur.rtde.life/international/168700-zielscheibe-kultur-uk-kunstexpertin-kritisiert/>

27.04.2023

Eine "Umschreibung der Geschichte" und "Auslöschung der kulturellen Identität" seien die Versuche der großen Museen, russische Künstler als Ukrainer einzustufen, um der politischen Lage gerecht zu werden. Diese Meinung vertritt die renommierte Kunstexpertin Jo Vickery.

In den letzten Monaten haben zunächst britische und dann US-Museen damit begonnen, russische Maler und russische Kultur zu "canceln". Edgar Degas' "Russische Tänzerinnen" waren die ersten Leidtragenden: Das Gemälde, das der Meister des Impressionismus unter dem Einfluss von Sergei Djagilews "Ballets Russes" malte, wurde von der National Gallery of London willkürlich umbenannt. Aus "Russische Tänzerinnen" wurde "Ukrainische Tänzerinnen". Wie die britische Zeitung *The Guardian* schrieb, wurde diese Entscheidung vom Museum unter dem Einfluss ukrainischer Nutzer sozialer Netzwerke getroffen – was an sich schon sehr ungewöhnlich ist.

Der ehemalige russische Kulturminister Michail Schwydkoi, jetzt Sonderbeauftragter des russischen Präsidenten für internationale kulturelle Zusammenarbeit, nannte die Umbenennung sogar "politischen Kretinismus". In einem Interview mit der Nachrichtenagentur *RIA Nowosti* fügte er hinzu, dass die Situation als eine Verletzung des Urheberrechts des Künstlers und als Beweis für Kurzsichtigkeit angesehen werden könnte. Schwydkoi bemerkte dazu:

"Streng genommen ist dies ein weiteres Beispiel für politischen Kretinismus, ich entschuldige mich für die Härte. Denn erstens wird damit das Urheberrecht des Künstlers verletzt. Zweitens könnte man genauso gut alle russischen Schriftsteller als ukrainisch bezeichnen."

Aber damit nicht genug. Nach den britischen Museen folgten auch die US-Amerikaner: Das Metropolitan Museum of Art in New York begann, die Künstler selbst umzutaufen. So wurden in den Beschreibungen des Museums die russischen Maler Ilja Repin, Archip Kuindschi und Iwan Aiwassowski zu Ukrainern.

"Die Kultur ist zur Zielscheibe geworden", stellte die renommierte britische Kunstkritikerin Jo

Vickery in ihrem Beitrag für *Art Focus Now* fest. "Im vergangenen Jahr gab es zahlreiche Fälle, in denen russisches Kulturerbe von Museen und Konzerthäusern in Europa und Nordamerika 'gestrichen' wurde. Und nun hat das Metropolitan Museum of Art in New York – offenbar auf Druck von Kommentatoren in den sozialen Medien – beschlossen, drei Künstler aus seiner Sammlung als Ukrainer einzustufen: Iwan Aiwasowski (1817–1900), Archip Kuindschi (1842–1910) und Ilja Repin (1844–1930)." Vickery nannte so eine Kategorisierung "einseitig" und "primitiv". Die Expertin, die jahrelang für das Auktionshaus Sotheby's tätig war und als eine der führenden Spezialistinnen für russische und sowjetische Kunst gilt, erklärte:

"Eine flüchtige Suche auf der Website des Metropolitan Museum of Art zeigt schnell, dass die Kategorisierung der Künstler nach Nationalität im Allgemeinen unterentwickelt und uneinheitlich ist. So wird beispielsweise Louise Bourgeois, die in Frankreich geboren und ausgebildet wurde und erst im Alter von 27 Jahren in die USA einwanderte, ausschließlich als US-Künstlerin beschrieben. Anish Kapoor wird als britischer Künstler beschrieben, obwohl er in Indien geboren wurde. Marc Chagall wird hier als Franzose betrachtet. Und so weiter. Alle drei haben sich zwar in den Einwanderungsländern assimiliert und offiziell deren Staatsbürgerschaft angenommen, aber durch eine derart einseitige Kategorisierung verlieren wir ihre wahren Wurzeln aus den Augen. Das Metropolitan Museum of Art unterscheidet sich von anderen Museen von Weltrang durch seinen einseitigen Ansatz. In letzter Zeit wird generell bei Künstlern, die entweder ihr Heimatland dauerhaft verlassen oder einen bedeutenden Teil ihrer Karriere im Ausland gearbeitet haben, immer häufiger sowohl auf ihren Geburtsort als auch auf das Land verwiesen, das ihre neue Heimat geworden ist."

Im New Yorker Museum of Modern Art (MoMA) zum Beispiel wird der Geburtsort des Künstlers unmittelbar nach seiner Staatsangehörigkeit genannt, so Vickery. Hier wird Chagall als "ein in Weißrussland geborener Franzose" bezeichnet. Das Centre Pompidou in Paris scheint das genaueste der führenden staatlichen Kunstmuseen zu sein, wenn es um die Angabe der Herkunft und Nationalität von Künstlern geht. Bei der Angabe des Geburtslandes vergisst das Pompidou nicht einmal, "Russisches Reich" anstelle von "Russland" zu nennen, betont die britische Kunstexpertin, die allerdings bemerkt:

"Aber selbst mit diesem umfassenden Ansatz bleibt die Kategorisierung von Künstlern nach Staatsangehörigkeit, Nationalität oder Geburtsort ein Minenfeld, und viele Museen ziehen es verständlicherweise vor, dies überhaupt nicht zu tun. Das Tate beispielsweise bezieht seine eigenen Mitarbeiter nicht in die Erstellung von Künstlerbiografien ein, sondern übernimmt sie direkt aus Wikipedia."

In Bezug auf das Metropolitan Museum of Art stellte Vickery fest, dass die Entscheidung, drei berühmte russische Künstler als Ukrainer zu bezeichnen, eindeutig politisch motiviert ist. Sie bezeichnete dies als eine Primitivität, "die zur Auslöschung der nationalen und kulturellen Identität beiträgt, der die Künstler angehören oder mit der sie sich – manchmal freiwillig – verbinden". Die Kunstexpertin warnt:

"Wenn man sie ausschließlich als Ukrainer ohne jeglichen Bezug zu Russland definiert, werden sie im Wesentlichen aus dem realen Kontext herausgenommen, in dem sie gelebt und sich beruflich entwickelt haben. Das sieht wie eine Umschreibung der Geschichte aus."

Denn alle drei wurden im Russischen Reich geboren. Repin kam zwar im ukrainischen Tschugujew zur Welt – das damals Teil des Russischen Reiches war –, lebte, studierte und arbeitete aber in Russland. "Repin betrachtete sich selbst als Russe", betont Vickery mit für die heutigen Verhältnisse erstaunlichen Ehrlichkeit, "blieb aber der Kultur der ukrainischen Kosaken tief verbunden. Um

seine Wurzeln und seinen Platz in den miteinander verflochtenen Kulturen Russlands und der Ukraine (und des Russischen Reiches, zu dem sie gehörten) sowie seinen Beitrag zur russischen Kultur des 19. Jahrhunderts angemessen zu beschreiben, wäre es daher weitaus zutreffender, ihn als 'in der Ukraine geborenen russischen Künstler' zu bezeichnen."

Kuindschi, der ethnisch gesehen eigentlich ein Grieche war, zog mit Anfang 20 nach Sankt Petersburg und studierte an der Kaiserlichen Kunstakademie. Er verband seine Karriere und sein Leben ebenso wie Repin eng mit Moskau und Sankt Petersburg, erzählt Vickery. Die Geschichte von Aiwasowski ist noch komplizierter, um ihn einfach als Ukrainer zu bezeichnen, so die Expertein:

"Von allen Künstlern des 19. Jahrhunderts, die mir in den Sinn kommen, ist es am schwierigsten, Iwan Aiwasowski, geboren als Howhannes Aiwasjan, in eine klare Kategorie einzuordnen. Russland, Armenien und die Ukraine (und sogar die Türkei!) beanspruchen ihn als Teil ihres kulturellen Erbes. Anton Tschechow, ein Meister der lakonischen Sprache, betrachtete ihn als Armenier, und jetzt bezeichnet das Kunstportal Artnet Aiwasowski als armenisch-russischen Künstler, obwohl er nicht in Armenien geboren wurde und dort nie gelebt hat. Im Gegensatz zu Repin und Kuindschi, die nach Sankt Petersburg zogen (Repin lebte übrigens einen Teil seines Lebens in Moskau) und Teil der russischen Kunstwelt wurden, entschied sich Aiwasowski, in seiner Heimat Feodosija auf der Krim zu bleiben."

Wie Richard Black vom Schiller-Institut der Vereinten Nationen in New York gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti den Vorfall mit dem Metropolitan Museum of Art kommentierte, "liegt die Schönheit der Menschheit in der Tatsache, dass sie sich in der Vielfalt verschiedener Kulturen entwickelt hat". Black bezeichnete die Aktion des Museums als einen Angriff auf die Wahrheit, "auf eine Idee, auf die Zivilisation, auf die Rolle, die Kunst und Wissenschaft in der Zivilisation spielen", und betonte:

"Russland, die russische Zivilisation, ist definitiv eine der vielen außergewöhnlichen Zivilisationen, die in den letzten 1.000 Jahren zur Suche nach Wahrheit in der bildenden Kunst beigetragen haben. Diese Angriffe auf eine Zivilisation, in diesem Fall Russland, durch Lügen und Versuche, die US-Bevölkerung einer Gehirnwäsche zu unterziehen, sind also in Wirklichkeit ein Angriff auf alle Kulturen."

Die islamische, die westeuropäische, die chinesische, die vietnamesische – alle Kulturen haben sich über Tausende von Jahren entwickelt und einzigartige Beiträge zum Verständnis grundlegender Prinzipien, grundlegender Wahrheiten geleistet. Dass die US-Behörden einer Institution wie dem Metropolitan Museum Lügen über führende Beispiele der russischen Kultur aufzischen, ist daher eine Verhöhnung der gesamten Kultur, der gesamten Kunst und der gesamten Wissenschaft."

* * *

Russische Experten über Abrams-Panzer für Kiew und die Ausbildung ukrainischer Soldaten

<https://gegenzensur.rtde.life/europa/168748-russische-experten-ueber-lieferung-von/>

28.04.2023

Das Pentagon lässt die Schulung von rund 11.500 Angehörigen der ukrainischen Streitkräfte (AFU) in Deutschland verlauten. Zusätzlich werde man zeitnah Abrams-Panzer zur Ausbildung der AFU-Streitkräfte nach Deutschland schicken.

Das Pentagon teilt mit, dass in Deutschland rund 11.500 Angehörige der ukrainischen Streitkräfte

(AFU) geschult werden sollen. Außerdem werde Washington in naher Zukunft Abrams-Panzer nach Deutschland schicken, allerdings nicht zur Lieferung an die Ukraine, sondern für die Ausbildung der AFU-Streitkräfte auf deutschem Boden.

Dies sei ein "großer Fortschritt" und ein Aspekt, der es den ukrainischen Streitkräften ermöglichen soll, "auf dem Schlachtfeld erfolgreich zu sein", so die Meinung des Pentagons. Allerdings, so die Analysten, könne eine solche Ausbildung die Kampffähigkeiten der ukrainischen Armee nicht ernsthaft verbessern, weil der größte Teil einer solchen Ausbildung "weitgehend reine Show" sei.

Der Chef der Vereinigten Stabschefs des Pentagons, Mark Milley, sagte bei einem Briefing, dass die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte in Deutschland stattfinden werde.

"Zur selben Zeit werden etwa 2.500 ukrainische Soldaten in Deutschland ausgebildet. Rund 8.800, fast 9.000, haben ihre Ausbildung bereits beendet und sind in die Ukraine zurückgekehrt. Und 65 [ukrainische Militärs] wurden kürzlich an Patriot-Raketensystemen ausgebildet", sagte er.

Im Anschluss an Milly sagte Pentagon-Chef Lloyd Austin, dass die Vereinigten Staaten bald Abrams-Panzer nach Deutschland schicken würden. Der Associated Press (AP) zufolge seien die Fahrzeuge jedoch nicht für die Übergabe an die Ukraine bestimmt, sondern für die Ausbildung von AFU-Truppen auf deutschem Gebiet.

"Es handelt sich nicht um diejenigen Panzer, die zur Übergabe an die Ukraine bestimmt sind, um sie in Kampfeinsätzen gegen Russland einzusetzen", berichtet die AP. "Stattdessen werden gerade 31 M1A1-Kampfpanzer in den USA modernisiert, welche an die Front geschickt werden, sobald sie bereit sind."

Unter Berufung auf offizielle Angaben des Pentagons erklärten die AP-Journalisten, dass die 31 Übungspanzer Ende Mai auf dem Schießplatz Grafenwöhr in Deutschland eintreffen sollen und dann ein paar Wochen später mit der Ausbildung der Truppen begonnen werde. Die Schulung der Mannschaften soll etwa zehn Wochen dauern. An dieser Ausbildung werden voraussichtlich 250 Vertreter der Streitkräfte teilnehmen, wobei einige von ihnen lernen, wie man die gepanzerten Fahrzeuge steuert, während die anderen mit Reparaturen und Wartungsarbeiten beschäftigt sein sollen.

Der Pentagon-Chef seinerseits betrachtet die Lieferung der Abrams-Trainingspanzer und die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte als "großen Fortschritt".

"Die M1 [Abrams-Panzer], welche die Ukrainer für die Ausbildung nutzen werden, treffen in den nächsten Wochen hier in Deutschland ein. All dies ist ein enormer Fortschritt, und ich bin überzeugt, dass diese Ausrüstung und die begleitende Vorbereitung die ukrainischen Streitkräfte in die Lage versetzen werden, auf dem Schlachtfeld weiterhin erfolgreich zu sein",

betonte Austin und erinnerte dabei daran, dass die Vereinigten Staaten die Übergabe dieser Panzer beschleunigt haben, "um in den kommenden Monaten eine größere Anzahl gepanzelter Fahrzeuge an die Ukraine zu liefern".

Es soll betont werden, dass das Pentagon zuvor die Lieferung von Panzern an Kiew bis zum Ende dieses Jahres geplant hatte. Mittlerweile hat Washington den Termin für die Lieferung dieser gepanzerten Fahrzeuge an das Kiewer Regime näher gerückt, dafür musste man sich für die ältere Version des Abrams entscheiden.

Umfang der Schulung

An dieser Stelle sei daran erinnert – der Westen ist an der Ausbildung des ukrainischen Militärs beteiligt, um den Streitkräften Russlands zu trotzen. So beabsichtigt die Europäische Union beispielsweise, die Zahl der ausgebildeten ukrainischen Soldaten bis zum Ende dieses Jahres auf 30.000 zu erhöhen. Wie Europas Außenminister Josep Borrell am 21. April auf seiner Twitter-Seite ausführte, haben bereits über 16.000 ukrainische Soldaten im Rahmen der EU-Versorgung eine militärische Ausbildung erhalten.

Abgesehen von der EU und den USA ist auch das Vereinigte Königreich tatkräftig an der Schulung des ukrainischen Militärpersonals beteiligt. Ende März zitierte The Guardian das britische Verteidigungsministerium mit der Aussage, die Besatzungen der ukrainischen Streitkräfte würden im Umgang mit den Challenger-2-Panzern geschult, die "bei einem Gegenangriff gegen Russland eingesetzt werden sollen".

Später, am 21. April, erklärte der Pressedienst des britischen Verteidigungsministeriums, London habe insgesamt etwa 14.000 "Rekruten" der AFU trainiert, die inzwischen in die Ukraine zurückgekehrt seien.

"Insgesamt 14.000 ukrainische Rekruten sind aus dem Vereinigten Königreich zurückgekehrt, um ihre Heimat zu verteidigen, wobei sie Ausrüstung und eine Vorbereitung in Bereichen wie Minenräumung der Schutzgräben, Leistung Erster Hilfe auf dem Gefechtsfeld, Patrouillentaktik, Vorbereitung auf dem ländlichen Gelände sowie Kenntnisse der Normen des internationalen Rechts, die im Falle eines bewaffneten Konflikts zur Anwendung kommen, erhalten haben", heißt es in einer Mitteilung des Verteidigungsministeriums.

Darüber hinaus kooperiert London mit Paris bei der gemeinsamen Vorbereitung ukrainischer Streitkräfte. Dem Vereinigten Königreich zufolge planen beide Seiten, ukrainische Marinesoldaten auszubilden, wobei man davon ausgeht, dass eine Intensivierung der Bemühungen beider Seiten durch Fortsetzung der Trainings der AFU "Tausende von Ukrainern in die Kampfbereitschaft versetzen könnte". Von sich aus erklärten die französischen Behörden, sie wollten dem Kiewer Regime dabei helfen, "eine Gegenoffensive zu starten".

Neben den USA, Deutschland, dem Vereinigten Königreich und Frankreich sind auch andere NATO-Länder, insbesondere Spanien, Polen und Dänemark, an der Ausbildung der AFU-Streitkräfte beteiligt.

"Vieles davon ist reine Effekthascherei"

Wladimir Batjuk, Leiter des Zentrums für militärische und politische Studien am Institut für die USA und Kanada der Russischen Akademie der Wissenschaften, bezeichnete das Training der AFU-Soldaten als Teil des Proxy-Krieges, der vom Westen unter der Führung der Vereinigten Staaten gegen Russland geführt wird.

"Angesichts der umfangreichen Lieferungen westlicher Militärgüter an das Kiewer Regime benötigen die ukrainischen Streitkräfte dringend qualifiziertes Personal, welches in der Lage ist, diese Maschinen effektiv anzuwenden, zu reparieren und zu warten. Wenn man bedenkt, wie umfangreich die militärische Vorbereitung des AFU-Personals ist, kann man behaupten, dass der Westen bereits ernsthaft in den Ukraine-Konflikt verwickelt ist. Das Einzige, was noch folgen könnte, ist eine direkte Beteiligung der NATO-Mitgliedstaaten in

die Kampfhandlungen auf der Seite Kiews. Doch die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten werden sich nicht darauf einlassen: Sie ziehen es vor, weiterhin einen indirekten Krieg gegen Russland zu führen", so der Experte gegenüber RT.

Es wird angemerkt, dass die Ausbildung in Großbritannien bis Ende dieses Jahres 20.000 ukrainische Soldaten erreichen wird.

Dabei, wenn man die Kurzfristigkeit vieler westlicher Trainingsprogramme für die AFU-Streitkräfte bedenkt, wird eine solche Ausbildung dem Kiewer Regime keine Vorteile oder grundlegend neue Handlungsmöglichkeiten bieten, ist sich Batjuk sicher.

"Größtenteils ist dies nichts anderes als Angeberei. Und ein besonders anschauliches Beispiel ist in diesem Zusammenhang die Rekrutenausbildung in Großbritannien. Die Minenräumung kann auch in der Ukraine selbst erlernt werden. Es ist nicht ganz nachvollziehbar, warum ukrainische Soldaten zu diesem Zweck ins neblige Albion gebracht werden müssen", so der Analyst.

Und der Militärexperte Iwan Konowalow seinerseits bezeichnete die Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte im Westen als eine "sehr zweifelhafte Unterstützung":

"Was die Rekruten betrifft, so ist es nicht möglich, einen gut ausgebildeten Kämpfer zu haben, wenn er keine realen Kampfeinsätze geleistet hat. Und dieses ganze Getue um die Befolgung von Protokollen, das Üben, wer sich wo und wie bewegt, die Taktik der Handlungen eines Pelotons, einer Kompanie – all das ist sehr formal und wird keine besondere Rolle bei der Steigerung der Kampffähigkeit der AFU spielen", sagte er in einem Kommentar an RT.

Ebenfalls stellte Konowalow die Idee britischer Ausbilder unter Kritik, dem ukrainischen Militär die Normen des internationalen Rechts beizubringen, die während eines bewaffneten Konflikts gelten.

"Unabhängig davon, wie gut man den Militärangehörigen der ukrainischen Streitkräfte diese beibringt, kümmern sie sich nicht um solche Normen. Sobald neue Rekruten in die Reihen der regulären ukrainischen Armee eintreten, sehen sie eine völlig andere Haltung des Kiewer Regimes gegenüber Kriegsgefangenen und Einheimischen. Die Rede ist von abscheulichen Kriegsverbrechen. In diesem Zusammenhang hat es keinen Sinn, die AFU-Militärs in dieser Richtung auszubilden, da sie die Rechte von Zivilisten und Soldaten völlig missachten. Die Amerikaner haben genügend Zeugen, die genau wissen, was sich die ukrainischen Militärangehörigen erlauben, wenn sie russische Kriegsgefangene erschießen, – wo haben internationale Normen hier denn ihren Platz", betonte der Analytiker.

Dennoch, selbst ernsthaftere Schulungen, zum Beispiel in Bezug auf die Steuerung westlichen Geräts, haben bei den ukrainischen Streitkräften noch keine nennenswerten Ergebnisse gebracht, so Batjuk. Er nannte dafür ein Beispiel, bei dem während eines Trainings in Polen der Turm eines Leopard-Panzers aufgrund der Ungeschicklichkeit der ukrainischen Besatzung abgerissen wurde.

"Offensichtlich haben die Vereinigten Staaten, nachdem sie solche Vorfälle mit den AFU-Streitkräften gesehen haben, davon abgesehen, dem Kiewer Regime überstürzt amerikanische Abrams-Panzer zu liefern. Man glaubt in Washington einfach noch nicht an den erfolgreichen Einsatz dieser Panzer durch die ukrainische Armee. Außerdem wollen die Amerikaner ihre kostbare Ausrüstung nicht zerstört haben – oder noch schlimmer – in die Hände des russischen Militärs geraten lassen. Daher all die Verzögerungen bei der

Lieferung von Abrams an die Ukraine", erklärte der Experte.

Zudem, so Batjuk, gebe es in der Ukraine derzeit "praktisch niemanden, der sie bedienen" und "warten" könne.

"Es gibt auch nicht genügend Spezialisten, um die Abrams für den Kampf vorzubereiten. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass das westliche Gerät sehr komplex und unberechenbar ist und nur von perfekt ausgebildeten Spezialisten bedient werden kann. Und das ist in der Tat ein ernstes Problem für die AFU. Doch selbst wenn die amerikanischen Abrams, wie vom Pentagon versprochen, bis Ende des Jahres an die Ukraine geliefert werden und es den USA gelingt, in der BRD [Bundesrepublik Deutschland] ein gewisses Kontingent für ihre Bedienung auszubilden, werden diese gepanzerten Fahrzeuge nach den Angriffen der russischen Streitkräfte in der Zone der militärischen Spezialoperation nicht schlechter brennen als andere westliche Ausrüstung", schloss der Analyst ab.

Zuerst erschienen bei [RT Russian](#). Übersetzt aus dem Russischen.

* * *

Außenminister Lawrow: Westliche Politik der Isolierung Russlands erleidet volle Niederlage

<https://gegenzensur.rtde.life/international/168848-aussenminister-lawrow-westliche-politik-zu/>
29.04.2023

Trotz der infolge des Ukraine-Krieges schwer belasteten Kontakte zu den westlichen Ländern sieht sich Russland in der internationalen Arena nicht isoliert. Vielmehr spricht der russische Chefdiplomat Sergei Lawrow von einer internationalen Entwicklung hin zu einer multipolaren Ordnung.

An diesem Samstag findet eine hochkarätig besetzte Videokonferenz zum Thema multipolare Weltordnung statt. Nach Angaben des russischen Außenministeriums werden daran mehr als 100 Experten aus 60 Ländern teilnehmen. Die Veranstaltung soll Politikern, Journalisten, Kulturschaffenden und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die für eine multipolare Welt und gerechtere zwischenstaatliche Beziehungen eintreten, eine Bühne bieten. Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat sich mit einem Grußwort an die Teilnehmer gewendet.

Darin führt er aus, dass die Versuche des Westens, Russland in der internationalen Arena zu isolieren, ein volles Fiasko seien. Lawrow zufolge möchten 85 Prozent der Weltbevölkerung für die ehemaligen Kolonialmächte keine Kastanien aus dem Feuer holen.

"Folgerichtigerweise erleben die Anstrengungen Washingtons und seiner Satelliten, den Gang der Geschichte rückwärts zu drehen und die internationale Gemeinschaft zu zwingen, nach einer frei erfundenen 'regelbasierten' Ordnung zu leben, ein volles Fiasko."

Die Entwicklung hin zu einer globalen Multipolarität sei inzwischen eine Tatsache und eine geopolitische Realität, sagte der Minister. Die Gewichte hätten sich nach Eurasien, in den asiatisch-pazifischen Raum, den Nahen Osten, nach Afrika und Lateinamerika verlagert. Bereits jetzt verbuchten diese Staaten, gestützt auf ihre Selbstständigkeit und Souveränität, spektakuläre Erfolge.

"Sie lassen sich dabei von ihren nationalen Urinteressen leiten und führen eine unabhängige Politik in den inneren und äußeren Angelegenheiten durch. Sie wollen nicht mehr Geiseln fremder geopolitischer Spiele und Ausführende eines fremden Willens sein."

Lawrow verwies darauf, dass der Anteil der G7-Staaten an der Weltwirtschaft in den letzten 30 Jahren wesentlich zurückgegangen sei, während das Gewicht der Entwicklungsländer kontinuierlich zunehme. Seiner Kaufkraft nach sei China inzwischen die wichtigste Volkswirtschaft der Welt, wobei das Land marktwirtschaftliche Mechanismen und staatliche Regulierungsmaßnahmen geschickt miteinander kombiniere.

In der modernen multipolaren Welt sollten die führenden Zentren der neuen Ordnung ihre Bemühungen auf der Grundlage der UN-Charta bündeln, um Konfrontationen zu vermeiden. Es sei im Interesse aller, dass sich die multipolare Architektur auf ein Interessengleichgewicht und die allgemein anerkannten Grundsätze des Völkerrechts stütze, unterstrich Lawrow. Er rief zu einem respektvollen Dialog zwischen verschiedenen Zivilisationen, Kulturen und Religionen auf.

Abschließend sagte Lawrow, dass Russland bei der Stärkung der multipolaren und demokratischen Grundsätze in den zwischenstaatlichen Verhältnissen nach wie vor zur Avantgarde gehöre. Moskau werde auch weiterhin in der UNO aktiv sein und seine Schritte mit seinen Verbündeten und Gleichgesinnten koordinieren. In diesem Zusammenhang hob er ganz besonders Organisationen wie die OVKS, EAWU, GUS, BRICS und SOZ hervor.

* * *

"Deutschland steht auf" – Demonstration in Magdeburg

<https://gegenzensur.rtde.life/inland/168897-deutschland-steht-auf-demonstration-in/>

30.04.2023

Mehrere tausend Menschen folgten dem Aufruf der Herausgeber der Wochenzeitung "Demokratischer Widerstand" und demonstrierten am Samstag in Magdeburg für Frieden, echte Demokratie und unabhängige Medien.

Bei einer Demonstration in Magdeburg protestierten tausende Teilnehmer unter dem Motto "Deutschland steht auf" für Frieden, unabhängige Medien und ein Ende staatlicher Repression gegen Andersdenkende. Die Veranstalter gaben die Teilnehmerzahl mit 35.000 an. Die Polizei sprach hingegen von 2.200 Teilnehmern.

Aufgerufen hatte die Bewegung "Demokratischer Widerstand". Als Redner eingeladen waren unter anderem der Virologe Sucharit Bhakdi und der Mediziner und ehemalige Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg. Neben der Aufarbeitung der staatlichen Repression während der Corona-Pandemie stand zudem der Krieg in der Ukraine im Fokus der Redebeiträge.

"Demokratischer Widerstand" versteht sich als breite Sammlungsbewegung und gibt die gleichnamige Wochenzeitung heraus. Die Publizisten stehen immer wieder unter Druck. Wie in Deutschland gegenüber kritischen Medien inzwischen üblich, wurden die Geschäftskonten mehrmals gekündigt.

* * *

Analyse

Hat das Gipfeltreffen zwischen Putin und Xi Jinping den indisch-russischen Beziehungen geschadet?

<https://gegenzensur.rtde.life/international/166728-hat-gipfeltreffen-zwischen-putin-und/>

01.04.2023

Einige indische Experten und Analysten gaben sich nach dem Treffen zwischen Wladimir Putin und Xi Jinping alarmiert über mögliche negative Folgen für die indisch-russischen Beziehungen. Doch die pragmatische Wahrheit ist, dass Russland und Indien einander in einer sich rasch verändernden Weltordnung brauchen.

Eine Analyse von Joydeep Sen Gupta

Das Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping vor rund zehn Tagen war in den Schlagzeilen ganz oben zu finden und endete mit einer gemeinsamen Erklärung, in der die gegenseitige Freundschaft bekräftigt wurde. Wie vorhersehbar, haben die Bilder von Putin und Xi – zwei der mächtigsten Persönlichkeiten der zeitgenössischen Weltpolitik, die durch gemeinsame Ziele und ihr gemeinsames Misstrauen gegenüber den USA und ihren westlichen Verbündeten verbunden sind – in Indien Alarm ausgelöst.

Indiens Bedenken

Indien ist bestrebt, sich ein Bild seiner Stellung in einer sich verändernden Weltordnung zu machen, in der seit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine vor einem Jahr die globale geopolitische Hauptkampflinie in Wort und Tat neu gezogen wurde. In Neu-Delhi gibt es viele Bedenken darüber, ob Indien im anhaltenden Stellvertreterkrieg zwischen dem Westen und der russisch-chinesischen Achse zwischen Stuhl und Bank geraten könnte. Mehrere Beobachter der indischen Außenpolitik glauben, dass Russland, Indiens "Allwetterfreund", vor dem Hintergrund langwieriger Grenzstreitigkeiten zwischen den beiden asiatischen Machtzentren näher an China heranrückt.

Neu-Delhi hat die sorgfältig formulierte Erklärung von Moskau zur Kenntnis genommen, mit der die wachsende Kameraderie in den chinesisch-russischen Beziehungen zum Ausdruck gebracht wurde. Die Erklärung erwähnte nachdrücklich die "besondere Natur" der russisch-chinesischen Beziehungen, "die sich auf dem höchsten Niveau in unserer gesamten Geschichte befinden und ein Modell für eine echte umfassende Partnerschaft und strategische Zusammenarbeit bieten", was einer Partnerschaft neuen Schwung verleiht, die bereits vor der Ukraine-Krise vorgestellt wurde.

Subramanian Swamy, ein Mitglied der rechtskonservativen Partei Bharatiya Janata (BJP) von Premierminister Modi und ehemaliger Bundesminister, reagierte umgehend auf das chinesisch-russische Schulterklopfen und behauptete, Pekings Dominanz über Moskau sei allgegenwärtig. Er beschrieb es als eine "Niederwerfung" Russlands vor China und deutete an, dass diese "neue Herzlichkeit" für Indien schädlich sein könnte.

Die Aussage von Swamy fußt wohl in seiner langjährigen Verbindung zu China. Er ist einer der wenigen indischen Politiker, der eine Beziehung zum ehemaligen chinesischen kommunistischen Führer Deng Xiaoping pflegte, mit dem er 1981 ein historisches Treffen in Peking hatte. Im Jahr 2020 veröffentlichte er das Buch "Himalayan Challenge: India, China and the Quest for Peace" (Die Himalaya-Herausforderung: Indien, China und das Streben nach Frieden), das pragmatische

Lösungen für die chinesisch-indischen Grenzstreitigkeiten und die daraus resultierende militärische Pattsituation vorschlägt.

Indiens führender Analyst für strategische Angelegenheiten, Brahma Chellaney, sah im Treffen von Putin und Xi ein erkennbares Muster, mit dem eine bisher nie dagewesene Weltordnung erschaffen werden könnte, in der ein besorgtes Indien ein Gefühl für seinen Platz am globalen Tisch bekommen möchte. Das indische Außenministerium (MEA) hat sich über den Gipfel in Moskau sehr bedeckt gehalten, aber Quellen im Ministerium ließen durchblicken, dass man die Entwicklungen genau beobachtet und wie sich die chinesisch-russischen Beziehungen in der nahen Zukunft gestalten werden.

Unterdessen bleiben die Grenzstreitigkeiten zwischen Indien und China so akut wie eh und je. Trotz eines hoffnungsvollen Dialogs zwischen Neu-Delhi und Peking, wie er im jährlichen außenpolitischen Bericht des MEA erwähnt wird, hat Indiens Außenminister, Subrahmanyam Jaishankar, die Haltung seines Landes nur wenige Tage vor der jüngsten russisch-chinesischen Erklärung unmissverständlich dargelegt. Bezüglich der strittigen Punkte nahm er kein Blatt vor den Mund, bezeichnete die chinesisch-indische Grenzsituation als "brüchig" und "gefährlich" und spielte den Ball direkt Peking zu, um den Jahrzehnte alten Streit zu lösen, indem er schrieb: "China muss liefern. Um voranzukommen, muss China die Grenzsituation lösen." Er vermied es jedoch, Moskaus enge Beziehungen zu Peking zu erwähnen.

Eine unwahrscheinliche Trennung

Indiens Sorgen erscheinen zum jetzigen Zeitpunkt jedoch fehl am Platz. Die Jahrzehnte alten Beziehungen zwischen Neu-Delhi und Moskau dürfen nicht als Geisel erhalten bei sich neu bildenden diplomatischen Beziehungen zwischen zwei mächtigen souveränen Nationen, die eine unabhängige Außenpolitik verfolgen.

Russland bleibt Indiens größter Rüstungslieferant und ist im Gegensatz zu westlichen Nationen bereit, Atom-U-Boote in die laufenden Geschäfte mit einzubeziehen. Moskau beliefert Neu-Delhi auch mit S-400-Raketenabwehrsystemen. Seit 2016 ist die 13-Milliarden-Dollar-Investition von Rosneft in Essar die größte ausländische Direktinvestition in Indien geblieben – und dies inmitten eines Aufwärtstrends im bilateralen Handel. Indien profitiert auch davon, russisches Rohöl zu einem ermäßigten Preis zu beziehen, nachdem Moskau die für die EU vorgesehenen Mengen umgeleitet hat, weil Brüssel den Handel mit Russland nach Beginn des Ukraine-Konflikts sanktionierte.

Neu-Delhi setzt auch auf die Unterstützung Moskaus für seine zentralasiatischen Handelsambitionen, da beide vollwertige Mitglieder der aus neun Ländern bestehenden Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) mit Sitz in Peking sind. Indien hat im vergangenen September den Vorsitz der SOZ übernommen und wird am 4. und 5. Mai das jährliche Gipfeltreffen in Goa ausrichten.

Die Stärkung der Beziehungen zwischen Russland und China könnte Indien sogar zugute kommen, um auf gleicher Augenhöhe mit Peking umzugehen. Moskau hatte Neu-Delhi geholfen, die diplomatische Krise zu deeskalieren, nach den Grenzvorfällen im Jahr 2020 in Galwan, im Osten der Region Ladakh, bei denen 20 Angehörige der indischen Armee ums Leben kamen.

Eine Trennung zwischen Indien und Russland würde den westlichen Nationen in die Hände spielen, die den Boom der indischen Mittelklasse, deren Kaufkraft und den wachsenden Konsum im Auge behalten, um ihre eigenen Waren in die bevölkerungsreichste Nation der Welt zu verkaufen. Sie haben Neu-Delhi auch subtil zu verstehen gegeben, sich von Moskau zu lösen. Bis heute ist es

Indien gelungen, diese diplomatische Gratwanderung souverän zu meistern. Würde sich Indien jetzt von Russland lossagen, würde Moskau natürlich noch mehr auf Peking zusteuern, und eine scharfe Spaltung ist das Letzte, was Neu-Delhi will oder braucht. Dies würde bedeuten, den Russland-Trumpf aus der Hand zu geben, mit dem Indien sowohl China als auch die USA und ihre westlichen Verbündeten in Schach halten kann.

Sind die USA eine Alternative?

Lassen Sie uns für einen Moment alles beiseite legen und das folgende Szenario in Betracht ziehen: Indien wendet sich von Russland ab und wirft sich vollständig in die wartende Umarmung aus den USA. Washington wirbt seit langem um Neu-Delhi – und die Gründe dafür sind nicht schwer zu erraten: Die USA sehen Indien als Stützpunkt in ihrer strategischen Konfrontation mit China sowie als lukrativen alternativen Markt und als potenzielle industrielle Produktionsbasis als Ersatz für China.

Aber kann Indien den USA vertrauen? Die Geschichte der Weltpolitik ist voll von Beispielen für die Überlegenheit der USA auf Kosten angeblicher Freunde und Partner sowie von verpfuschter außenpolitischer Öffentlichkeitsarbeit. Seit mehr als einem Jahrzehnt versuchen die USA, auf der Grundlage der demokratischen politischen Systeme beider Nationen und ihrer gemeinsamen Besorgnis über Chinas militärische Macht unter Präsident Xi, eine strategische Partnerschaft mit Indien aufzubauen. Die Beziehungen zwischen den USA und Indien sind jedoch aufgrund unterschiedlicher Weltanschauungen bestenfalls oberflächlich und Washington gilt zudem als unzuverlässig.

Indien ist sich des Chaos bewusst, das die USA in seiner Nachbarschaft, insbesondere in Pakistan und Afghanistan, angerichtet haben. Man muss was die US-Außenpolitik betrifft, nicht weiter als ins erstgenannte Land blicken, dessen Herz und Wohlwollen Washington nicht gewinnen konnte, obwohl es diese zweitgrößte islamische Nation der Welt mit Milliarden von Dollar an Hilfe überschüttet hat. Mit diesen beiden Beispielen in der unmittelbaren Nachbarschaft ist Neu-Delhi unter Premierminister Modi besser beraten, auf Nummer sicher zu gehen, als sich Washingtons Predigten über demokratische Werte, Meinungsfreiheit und Freiheit hinzugeben. Indien ist noch nicht bereit, die Seiten zu wechseln, um einen überzeugenden diplomatischen Standpunkt zu vertreten und eine einseitige Welt unter der Schirmherrschaft des Westens zu fördern.

Wunschdenken

Russlands Botschafter in Indien, Denis Alipow, ist schließlich eingeschritten, um alle Missverständnisse und wilden Spekulationen in Neu-Delhis Korridoren der Macht und der Wissenschaft zu zerstreuen, dass die bilateralen indisch-russischen Beziehungen aufgrund der engeren Beziehungen Moskaus zu Peking in Mitleidenschaft gezogen werden. Mit einem eindrucklichen Tweet verurteilte er die Angstmacherei unter indischen Analysten und hielt fest, dass die Vorstellung einer Trennung von Indien und Russland ein "Wunschdenken" sei.

Der Gesandte äußerte sich auch zu der heftigen Debatte in einem Teil der indischen Medien über den wahrscheinlichen Ausgang des dreitägigen Besuchs von Präsident Xi in Russland. Sicherlich sind die bilateralen Beziehungen nicht unmittelbar bedroht, aber die gemeinsame chinesisch-russische Erklärung verwies auf heiß umkämpfte globale diplomatische Debatten, wie die Politisierung multilateraler Foren und die sich bildenden geopolitischen Blöcke. Letzteres war eine verschleierte Kritik an Äußerungen beim G20-Gipfel und aus der Quad-Gruppe, der Indien neben den USA, Japan und Australien angehört.

Der Weg nach vorne

Neu-Delhi hat eine "Indien zuerst"-Außenpolitik entwickelt und praktiziert sie auch – so wie jedes andere Land, einschließlich Russland und China. Es ist selbstverständlich, dass es in der Diplomatie, wo die feinen Linien rasch unscharf werden, keine dauerhaften Freunde oder Feinde gibt. Jede Nation verteidigt ihre eigenen pragmatischen Interessen auf der globalen Bühne, selbst wenn ihre obersten Staatslenker gemeinsam fotografiert werden, wie sie sich herzlichen Umarmungen hingeben oder sich die Hände reichen. Öffentliche Diplomatie wird oft in Selbstdarstellung, Projektion und Schauspielerei ausgedrückt.

Umgekehrt wird es immer Schwarzseher geben, die sich mit "Wunschdenken" über das diplomatische Versagen ihrer eigenen Staatslenker beschäftigen, wie Botschafter Alipow es beschrieben hat. Aber am Ende ist die pragmatische Wahrheit, dass Russland und Indien einander in der sich rasch verändernden Weltordnung brauchen – und solange sie es tun, werden sie alle Anstrengungen unternehmen, um auf der Seite des jeweils anderen zu stehen.

Übersetzt aus dem [Englischen](#).

Joydeep Sen Gupta ist Asien-Redakteur bei RT.

* * *

Der Türsteher vom Bosphorus – wie Ankara den "Vertrag von Montreux" hütet

<https://gegenzensur.rtde.life/international/166838-tuersteher-vom-bosporus-wie-ankara/>

03.04.2023

1936 wurde Ankara völkerrechtlich unter dem UNO-Vorgänger mit der Kontrolle des Wasserweges zwischen Mittelmeer und Schwarzem Meer legitimiert. Welche Rolle spielt das beim Ukrainekrieg, dem breiteren Kräftenessen in Eurasien sowie einer dort "verunglückten" US-Drohne?

Eine Analyse von Elem Chintsky

Mit Finnlands NATO-Beitrittbestätigung jüngst im türkischen Parlament ratifiziert, haben die USA einen ersten militärpolitischen Erfolg in der Causa der nordöstlichen NATO-Erweiterung verbuchen können. Zwar steht Schweden noch aus und müsste separat bestätigt werden, aber sofern sich Stockholm an die Sicherheitsbedürfnisse Ankaras weiter anpasst, dürfte dies nur eine Frage der Zeit sein.

Die durch Ankara lange verzögerte NATO-Aufnahme Helsinkis und Stockholms war über ein Jahr lang ein wichtiger Machthebel der Türkei, der nun sehr bald verspielt und aufgebraucht sein wird – auf Kosten Russlands, das in wenigen Tagen eine neue, 1.300 Kilometer lange NATO-Grenze erhält.

Es gibt aber auch an anderer Stelle Möglichkeiten für die türkische Führung, die volle, reibungslose NATO-Zusammenarbeit etwas zu retardieren: der "Vertrag von Montreux", dessen Statthalter und souveräner Ausführer seit fast 90 Jahren die Türkei ist. Dieses Abkommen fungiert als ein hemmender Filter, der genau reguliert, was, von wem und wie viel – und ob überhaupt – vom Mittelmeer ins Schwarze Meer über den Wasserweg geraten soll.

Wer also eine Verbildlichung dazu benötigt, wie Ankaras Balanceakt zwischen der NATO und Russland eine entzündliche politische Herausforderung darstellt – diese exklusive Meerenge und

alles, was in ihr erlaubt wird, was dort geschieht und was durch sie hindurchgeht, ist ein guter Anfang.

Wenige Tage nach Beginn der militärischen Sonderoperation Russlands in der Ukraine erbat Moskau die Bewilligung, die türkische Meerenge durchqueren zu dürfen. Das wurde von den Türken abgelehnt. Wohl in Antizipation einer solchen Absage hatte Moskau bereits drei Wochen zuvor den Bosphorus mit insgesamt sechs Landungsschiffen, leicht versetzt hinein ins Schwarze Meer, erfolgreich passiert. Die Meerengen-Verkettung selbst besteht von Westen nach Osten, aus den Dardanellen, dem Marmarameer und dem Bosphorus.

Der 1936er-Vertrag auf den Punkt gebracht

Zuallererst gilt, dass die Türkei die Meerenge für Handelsschiffe, die zu Ländern gehören, die sich mit der Türkei im Krieg befinden, sperren kann.

Des Weiteren kann Ankara die Meerenge für Kriegsschiffe kriegführender Parteien in Kriegszeiten oder wenn Ankara selbst eine Kriegsbeteiligte ist, blockieren oder schließen. Das gilt auch, wenn die Türkei kriegerisch von einer anderen Nation bedroht wird.

Lediglich neun Kriegsschiffe dürfen die Meerenge gleichzeitig passieren. Dabei gibt es auch Grenzen für die Größe der Schiffe, sowohl einzeln als auch als Gruppe. Kein Kollektiv von Schiffen darf mehr als 15.000 Tonnen wiegen. Moderne Kriegsschiffe sind schwer: Fregatten wiegen etwa 3.000 Tonnen, wonach Zerstörer und Kreuzer jeweils um die 10.000 Tonnen betragen können. Moderne Flugzeugträger sind deswegen von vornherein disqualifiziert – sie sind zu groß für die Durchfahrt und nach den türkischen Vorschriften ohnehin nicht erlaubt.

Jedes Land mit einer Küste am Schwarzen Meer – also Bulgarien, Russland, Rumänien, Georgien oder die Ukraine – muss die Türkei acht Tage im Voraus über seine Absicht in Kenntnis setzen, Kriegsschiffe durch die Meerenge schicken zu wollen. Andere Länder, die nicht an das Schwarze Meer grenzen, müssen die Türkei 15 Tage im Voraus benachrichtigen. Aber nur die unmittelbaren Teilnehmer an der Schwarzmeerküste dürfen U-Boote durch die Meerenge entsenden. Allerdings nur nach vorheriger Ankündigung und ausschließlich, wenn die Schiffe außerhalb des Schwarzen Meeres gebaut oder gekauft worden sind.

Ein Dorn im Auge

Mit den Bedingungen des Montreux-Vertrages ergibt sich eine signifikante völkerrechtliche Schranke für den Ausbau der US-Marine im Schwarzen Meer. Der Hauptgrund hierfür ist wie bereits ausgeführt, dass das Abkommen den Verkehr von Kriegsschiffen aus Nationen regelt, die keine gemeinsame Schwarzmeerküste haben – zu diesen gehören unmissverständlich auch die USA.

Der Sicherheitsexperte, Politberater und Gründer der US-Denkfabrik Stratfor, George Friedman, äußerte schon 2015 die Einschätzung, dass ebendiese Bestimmungen des Vertrages die Beziehungen der Türkei zu den USA samt allen Verpflichtungen als NATO-Mitglied in direkten Konflikt mit Russland bringen. Gewähr der da schon vom Zaun gebrochenen Ukraine Krise erklärte Friedman, dass die USA über die NATO-Kanäle ausgerechnet Rumänien einsetzen und verpflichten werden, um ihre eigene machtpolitische Präsenz im Schwarzen Meer zu erweitern.

Rumänien ist eines der fünf Länder, das eine unmittelbare Küstenlinie mit dem Schwarzen Meer besitzt, und wird somit nach dem Vertrag von Montreux mit günstigeren Passierrechten versehen. Mit dem Vorteil der Retrospektive von mittlerweile fast acht Jahren kann heute gesagt werden, dass den USA Rumänien als Sprungbrett ins Schwarze Meer bei Weitem nicht ergiebig genug war.

Zudem kommt auch noch die gescheiterte Bedingung des US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzeziński aus dem Jahr 1997. Diese besagte, dass die Halbinsel Krim uneingeschränkt dem russischen Einflussraum entrissen werden müsse, um Moskau geostrategisch gänzlich aus dem Schwarzen Meer und der assoziierten Region zu drängen. Hätte man die Krim für die NATO gewinnen können, so Brzeziński zumindest, wären auch jegliche Bestrebungen für regionale Hegemonie Russlands in Eurasien verwirkt. Letztlich musste sich Washington, D.C. spätestens seit 2014 langfristig von dieser Perspektive distanzieren.

Seit Februar 2022 wurden die Einsätze auf eine vorher nie dagewesene Ebene gehoben und der Druck auf die Türkei und ihre souveräne Meerenge erhöht und steigert sich deswegen laufend mehr.

Noch Ende Februar 2023 lobte der US-Außenminister Antony Blinken seinen türkischen Amtskollegen Çavuşoğlu und die türkische Führung als Ganzes für die stringente, konsequente Einhaltung der Statuten des Vertrages von Montreux während des ganzen ersten Jahres des Ukrainekrieges. Nur um wenige Wochen später selbst um Aushebelung des Vertrages zu bitten.

Denn seit dem 14. März – als der von zwei russischen Kampffjets verursachte Absturz einer US-Drohne geschah – ist das Bedürfnis für mehr US-Bewegungsfreiheit und Kriegsschiff-Präsenz im Schwarzen Meer dramatisch gestiegen. Die womöglich bald geborgene US-Drohne enthält potenziell unabdingbare strategische Daten, aus denen militärpolitische Absichten hergeleitet werden können. Wäre dies ein Privileg potenzieller russischer Finder, hätte Moskau erneute Gelegenheit, seine machtpolitische Strategie gegenüber der NATO und Washington, D.C. anzupassen. Das hieße für die Zukunft, Vorteile in einer aufkommenden Konfrontation sowie einer hypothetischen Verhandlungsphase mit den USA implementieren zu können.

Allein die Dringlichkeit, die von der US-Führung von vornherein ausging, lässt vermuten, dass die abgestürzte Drohne MQ-9 Reaper nicht nur banale Hardware dargestellt. Immerhin nannte ein Sprecher der Luftstreitkräfte der Vereinigten Staaten in Europa die Bergung des selbstfliegenden Kriegsgeräts eine "Priorität" – noch dazu eine, die einen nominalen Geräte-Wert von 32 Millionen US-Dollar darstellte.

Ankara steht zumindest bisher der Aussicht, den USA eine Ausnahme im historischen Protokoll zu gewähren, reserviert gegenüber. Der Vertrag ist datiert auf 1936, wohingegen der türkische NATO-Beitritt erst im Jahr 1952 erfolgte. Das könnte einen zusätzlichen Aspekt für die derzeit noch laufende und nicht abgeschlossene Prioritäten-Findung der Türken darstellen.

Der Generaldirektor des russischen Rats für Internationale Angelegenheiten (RSMD), Iwan Timofejew, erklärte Mitte März, dass im Falle eines simultanen Zusammentreffens US-amerikanischer und russischer Kriegsschiffe am Absturzort der Drohne nah der Krim zu seriösen Streitigkeiten zwischen beiden Parteien führen würde.

Hinzu kommen die knappen und vagen Aussagen des türkischen Außenministers Hulusi Akar über die nächsten Schritte, und dass alles in naher Zukunft geklärt werde". Laut ihm sei Ankara nämlich bestrebt, mit seinen Partnern in Washington, D.C. eine "vernünftige und logische" Lösung zu finden, wobei die Befürwortung eines friedlichen Auswegs aus der Situation beteuert wurde.

Diese diplomatische Rhetorik weist stark darauf hin, dass die USA bei den Türken energisch um Erlaubnis zum Passieren der Meerenge für ihre Kriegsschiffe erbitten. Weitere öffentliche Kommuniqués gab es aber nicht, was noch mehr darauf schließen lässt, dass beide NATO-Mitglieder zurzeit hinter verschlossenen Türen weiter verhandeln.

In einem Interview mit der russischen Zeitung Wsgljad gab der türkische Professor und Politologe Mehmet Perinçek folgende Expertise ab:

"Die Amerikaner werden im Schwarzen Meer nicht nur gegen die Interessen Russlands, sondern auch gegen die der Türkei vorgehen. Schließlich ist das Schwarze Meer das Einzige, in dem es keine ständigen amerikanischen Seestreitkräfte gibt, und das ist für die Sicherheit in unserer Region sehr wichtig. Wenn sie eines Tages dort einlaufen und dauerhaft ankern, wäre das eine Fortsetzung der allgemeinen Konfrontation zwischen den USA und der Türkei, ein Versuch, unser Land in eine Zange zu nehmen. Meiner Meinung nach sollte das Schicksal von Konflikten im Schwarzen Meer von den Schwarzmeer-Ländern selbst entschieden werden, ohne die Beteiligung von Außenstehenden."

Ferner konstatierte Perinçek, dass der Vertrag von Montreux sowieso eindeutig das Passieren US-amerikanischer Schiffe in diesem Fall verbieten müsste.

Der ehemalige Berater des russischen Präsidenten und Experte der Sobtschak-Stiftung, Sergei Stankewitsch, erläuterte, dass es unmissverständlich die Türkei ist, die durch die konsequente und strenge Einhaltung des Vertrages, Garant für regionale Sicherheit im Schwarzen Meer war:

"Wenn die Türken ihre Zustimmung geben, torpedieren sie die Konvention selbst und beschädigen gleichzeitig eine ihrer wichtigsten Aktiva, man könnte sagen, ihr historisches Erbe."

Sofern Ankara die Schleusen für die in das Schwarze Meer strömenden US-Kriegsschiffe öffnen sollte, kann tatsächlich von einer neuen Eskalationsstufe – hin zur direkteren Konfrontation zwischen Russland und den USA – die Rede sein. Denn die verhängnisvolle US-Drohne hätte sich dann als fliegendes trojanisches Pferd entpuppt, für eine US-amerikanische Militarisierung eines angelsächsisch langersehnten Binnenmeeres.

Elem Chintsky ist ein deutsch-polnischer Journalist, der zu geopolitischen, historischen, finanziellen und kulturellen Themen schreibt. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit RT DE besteht seit 2017. Seit Anfang 2020 lebt und arbeitet der freischaffende Autor im russischen Sankt Petersburg. Der ursprünglich als Filmregisseur und Drehbuchautor ausgebildete Chintsky betreibt außerdem einen eigenen Kanal auf Telegram, wo man noch mehr von ihm lesen kann.

* * *

Was steckte hinter den Protesten in Tiflis und warum musste Russland als Sündenbock herhalten?

<https://gegenzensur.rtde.life/europa/166893-was-steckte-hinter-protesten-in/>

04.04.2023

Echo des Maidan: Georgien hat einen riesigen, vom Westen finanzierten Sektor von Nichtregierungsorganisationen und erlebt regelmäßige Ausbrüche gewalttätiger Proteste. Gibt es da einen Zusammenhang?

Eine Analyse von George Trenin

Die Hauptstraße von Tiflis, die Rustaveli Chaussee, war für mehrere Tage blockiert, nachdem Tausende Menschen sich vor dem Parlamentsgebäude versammelt und regierungsfeindliche Parolen skandiert hatten. Weitere Demonstranten stießen dann am Abend des 9. März hinzu, und nach Einbruch der Dunkelheit begann die wütende Menge Feuerwerkskörper, Steine und

Molotowcocktails auf die Polizei zu werfen und versuchte, einen Zaun aus Metall niederzureißen und das Parlament zu stürmen. Die Polizei setzte daraufhin Wasserwerfer ein, auch um die Brände vor dem Parlament umgehend zu löschen, deckte die aufgebrachte Menge mit Unmengen von Wasser ein und versprühte gleichzeitig literweise Tränengas, um die Demonstranten auseinanderzutreiben.

Was zu dieser gewalttätigen Auseinandersetzung geführt hat, ist aus der Perspektive eines westlichen Beobachters vielleicht schwer zu verstehen. Es war kein Aufstand der "Zivilgesellschaft" in dem Sinne, wie er zum Beispiel in einem Land wie Frankreich stattfinden würde. Stattdessen wurde dieser Aufruhr von Menschen organisiert, deren Lebensgrundlage durch ein von der Regierung vorgeschlagenes Gesetz bedroht war. In einem armen Land wie Georgien zahlen sich ausländisch finanzierte Tätigkeiten um ein Vielfaches besser aus als lokale Jobs. Mit dem direkten Angriff der Regierung auf die Industrie der Nichtregierungsorganisationen (NGO) trat sie gegen eine mächtige und relativ gut betuchte Lobby an.

Im Inneren der Krise

Auslöser der Proteste war zunächst der Gesetzentwurf über die "Transparenz bei ausländischer Einflussnahme", der vom georgischen Parlament in erster Lesung angenommen wurde. Am 7. März stimmten 76 Abgeordnete für die Annahme des Gesetzentwurfs, 13 lehnten ihn ab.

Während der Diskussionsphase sagten Abgeordnete der Oppositionsparteien, sie würden nicht zulassen, dass das sogenannte "russische Gesetz" im Parlament behandelt wird. Dies führte zu einer Auseinandersetzung zwischen Gegnern und Befürwortern dieser Gesetzesvorlage. Abgeordnete der Oppositionsparteien "Vereinte Nationale Bewegung" und "Strategia Aghmashenebeli" wurden in der Folge aus der Kammer ausgeschlossen. Daraufhin rief der Oppositionsführer Giorgi Waschadse alle Gegner des Gesetzentwurfs auf, sich der Kundgebung vor dem Parlamentsgebäude anzuschließen.

Am darauffolgenden Mittwochnachmittag meldete das georgische Innenministerium, dass in der Nacht davor 50 Polizeibeamte bei Zusammenstößen mit Demonstranten verletzt worden seien. Aufrufe der Polizei, sich "im Rahmen der Gesetze zu verhalten", blieben wirkungslos.

Am Dienstag dauerten die Kundgebungen gegen das Gesetz über "ausländische Einflussnahme" mehr als zehn Stunden. Was mit regierungsfeindlichen Reden begann, endete in Gewalt unter Beteiligung der Polizei. Demonstranten schleuderten Molotowcocktails, worauf die Polizisten mit Tränengas reagierten, um die aufgebrachte Menge auseinanderzutreiben. Die Zusammenstöße dauerten bis tief in die Nacht, bis die Demonstranten schließlich nach Hause gingen.

Am darauffolgenden Tag spielte sich alles erneut ab –, nur war die Ansammlung diesmal deutlich größer. Menschen versammelten sich mit Plakaten mit dem Slogan "#NORUSSIANLAW" (Kein russisches Gesetz) und schwenkten die Flaggen Georgiens, der Ukraine und der EU. Sie waren diesmal besser organisiert, und einige der Demonstranten, die aus den ersten Erfahrungen mit der Polizei gelernt hatten, kamen mit Skibrillen und Schutzmasken ausgestattet an die Proteste.

Wie am Tag davor begann die Kundgebung erst friedlich: Die Menschen skandierten Parolen und sangen die Nationalhymne. Aber als die Nacht einbrach, nahmen die Spannungen zu. Schließlich stellte der Vorsitzende von "Strategia Aghmashenebeli", Waschadse, dem Parlament ein Ultimatum: Ablehnung des Gesetzes über die "Transparenz bei ausländischer Einflussnahme" und Freilassung aller, die bei den Protesten am 7. März festgenommen wurden. Laut dem georgischen Fernsehkanal Formula gab er den Behörden eine Stunde Zeit, um diese Forderungen umzusetzen.

Doch noch bevor diese Frist abgelaufen war, begannen Demonstranten, das Parlamentsgebäude zu umzingeln, was zu gewalttätigen Zusammenstößen mit der Polizei führte. Die Menge warf Steine und Feuerwerkskörper auf das Gebäude, was zu zerborstenen Fensterscheiben und Verletzungen unter den Polizeibeamten führte. Die Beamten reagierten entschlossen und gnadenlos. Mit Wasserwerfern, Rauchgranaten und Tränengas konnten Polizei und Spezialeinheiten die Demonstranten schließlich auseinandertreiben. Genau wie am Vortag sollte es vier Uhr morgens werden, bis sich die Menge endlich auflöste und abzog.

Unter dem Druck der Proteste gaben die regierende Partei "Georgischer Traum" und ihre Verbündete, die Partei "Macht des Volkes", am Donnerstagmorgen eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie ihre Entscheidung bekannt gaben, das Gesetz zurückzuziehen, das diese öffentliche Unzufriedenheit hervorgerufen hatte. Trotzdem ebten die Proteste erst am darauffolgenden Freitagnachmittag endgültig ab. Aber warum löste diese Gesetzesvorlage dermaßen heftige Proteste aus?

Das Land der ausländischen Agenten

Die Debatten über diese Gesetzesvorlage begannen erstmals im vergangenen Sommer. Damals verstanden mehrere einflussreiche, vom Westen finanzierte NGOs sofort den existenziellen Charakter dieses möglichen Gesetzes. Sie kündigten die Bildung einer "vorübergehenden technischen Regierung" an, stellten den Behörden ein Ultimatum und drohten ihnen mit einer "friedlichen Revolution", falls sie sich dem entgegenstellen sollten.

Die starke Resonanz auf die Gesetzesinitiative erscheint nicht überraschend, wenn man bedenkt, wie viele ausländische NGOs in Georgien aktiv sind. In einer im Jahr 2020 veröffentlichten Analyse des georgischen Zivissektors wies die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) darauf hin, dass es im Land keine besondere Gesetzgebung zu gemeinnützigen oder nicht staatlichen Organisationen gibt, obwohl sie im allgemeinen Unternehmensregister eingetragen sind und aus 12.800 einzelnen Organisationen bestehen. Gleichzeitig ist die überwiegende Mehrheit dieser Organisationen laut dem georgischen nationalen Statistikdienst Sakstat auf ausländische Finanzierung angewiesen. Im Frühjahr 2022 waren 7.972 NGOs mit ausländischem Hintergrund im Land tätig. Bei einer Gesamtbevölkerung von 3,7 Millionen zählt man in Georgien somit etwa 460 Bürger je ausländische NGO. Zum Vergleich: Im November 2022 waren unter dem US-Gesetz zur Registrierung ausländischer Agenten FARA (Foreign Agent Registration Act von 1938) über 500 "Agenten" in den USA registriert.

Laut der Analyse der ADB spielten NGOs und mit ihnen verbundene Personen nicht nur eine aktive Rolle bei der sogenannten "Rosenrevolution" im Jahr 2003, als Ex-Präsident Michail Saakaschwili an die Macht kam, sondern auch 2012, als die derzeit regierende Partei "Georgischer Traum" erstmals ihr Amt antrat. Eine Reihe von georgischen Politikern, die sowohl während der Regierungszeit von Saakaschwili als auch nach der Machtübernahme der Koalition "Georgischer Traum", in leitenden Positionen tätig waren, begannen ihre Karrieren bei NGOs.

Seit der Unabhängigkeit im Jahr 1991 ist Georgien zu einem bedeutenden Empfänger von US-Hilfe geworden. In den 1990er-Jahren erhielt das Land durchschnittlich 96 Millionen US-Dollar pro Jahr, in den 2000er-Jahren, vor dem kurzen Krieg von 2008, 135 Millionen US-Dollar jährlich, wobei die Hilfe nach dem militärischen Konflikt erhöht wurde. In den Jahren 2008 und 2009 erhielt Georgien in verschiedenen Bereichen US-Hilfe in Höhe von 1,04 Milliarden US-Dollar. Von 2010 bis 2016 erhielt das Land jährlich bis zu 77 Millionen US-Dollar und seit 2017 im Durchschnitt bis zu 123 Millionen. Für 2020 war geplant, Tiflis über das US-Außenministerium und die US-Agentur für Internationale Entwicklung (USAID) mit insgesamt 120 Millionen Dollar auszustatten.

Die Jahresbudgets der einflussreichsten georgischen NGOs sind vergleichbar mit dem Umsatz mittelständischer Wirtschaftsunternehmen. Nach Berechnungen des Politikwissenschaftlers Beka Chedia hat allein die Soros Stiftung innerhalb von vier Jahren – von 2003 bis 2006 – mehr als 10 Millionen US-Dollar in den georgischen NGO-Sektor investiert. Das mit der CIA verbundene National Endowment for Democracy (NED) verteilte nach eigenen Angaben im Jahr 2013 Zuschüsse in Höhe von 1,2 Millionen US-Dollar an drei Dutzend georgische NGO-Projekte. Die Hauptbereiche ihrer Arbeit waren unter anderem politische Bildungsprogramme, Unterstützung für Medien –, einschließlich investigativem Journalismus –, Wahlbeobachtung und zivile Aufsicht über die Aktivitäten der exekutiven Legislative. Gleichzeitig entwickelte sich die wirtschaftliche Situation für Georgier außerhalb der NGO-Blase nicht sehr vorteilhaft: Laut Daten für 2021 betrug das BIP pro Kopf des Landes lediglich 5.000 US-Dollar.

Die "russische Spur"

Der georgische Gesetzentwurf sah ein nationales Register von "ausländischen Einflussagenten" vor. Das Register hätte alle gemeinnützigen juristischen Personen und Organisationen aufgelistet, die 20 Prozent oder mehr ihrer Finanzierung aus dem Ausland erhalten.

Die Opposition bezeichnete das Gesetz als "russisch" und verwies auf die Entschlossenheit, sich den Versuchen der Partei "Georgischer Traum" zu widersetzen und "die Republik zurück ins dunkle Russland zu ziehen". Es gibt jedoch zahlreiche Unterschiede zwischen dem russischen Gesetz und dem georgischen Gesetzentwurf.

Erstens verpflichtet der georgische Gesetzentwurf im Gegensatz zum russischen Gesetz NGOs nicht dazu, jedem Text oder jeder Medienproduktion eine Erklärung beizufügen, die ihren Status als "ausländischer Agent" offenlegt, was laut Vertretern der Opposition "die Gefahr der Stigmatisierung" mit sich bringt. Zweitens ersetzten die georgischen Behörden den Begriff "ausländischer Agent" durch "ausländischer Einflussagent", um die von Moskau und Washington verwendeten Konnotationen zu vermeiden. Dennoch sorgte der Gesetzentwurf bei Vertretern von NGOs, Medien und der Opposition für Besorgnis, weil sie überzeugt waren, dass die Parteien "Georgischer Traum" und "Macht des Volkes" damit versuchen würden, Russland im "Kampf gegen ausländische Agenten" zu kopieren. Stattdessen plädierten sie dafür, dass die Menschen für "Meinungsfreiheit im Land" kämpfen sollen.

Die russische Version des Gesetzes veranlasste die Demonstranten in Tiflis, einen angeblichen Einfluss Moskaus hinter der Entscheidung der georgischen Regierung zu sehen. Tatsächlich stellten die Opposition und die Demonstranten den "europäischen Integrationsweg" ihres Landes dem angeblichen "prorussischen Kurs" der Regierungspartei gegenüber. Diese Position wurde sowohl von lokalen Demonstranten als auch von Russen geteilt, die aus politischen Gründen nach Georgien ausgewandert sind.

"Dieser Entwurf wurde dem russischen Gesetz entnommen. Er ist eine Kopie davon. Das brauchen wir nicht. Dieses Gesetz bedroht viele Menschen und lässt uns nicht der EU beitreten", sagte ein Einheimischer aus Tiflis namens Nino gegenüber RT. Viele junge Menschen übernahmen diesen Standpunkt. "Meine Freunde und ich sind alle zum Protest gegangen. Das ist unser Kampf für den Weg nach Europa", sagte ein Mann namens Guram, als er über die Kundgebung vom 8. März befragt wurde.

Der Gesetzentwurf wurde jedoch nicht von der Regierungspartei initiiert, sondern von der Bewegung der Partei "Macht des Volkes". Diese Gruppe wurde von ehemaligen Abgeordneten der Partei "Georgischer Traum" gebildet, die nach den Protesten vom März 2022 der Partei den Rücken zugekehrt hatten. Aus bürokratischen Gründen verschob damals die EU die Annahme des Antrags

aus Tiflis für die Aufnahme in die Europäische Union. Daraufhin brachen Proteste aus, und die Demonstranten sahen die Schuld für die Verzögerung bei den georgischen Behörden.

Ein Mitglied der Bewegung der Partei "Macht des Volkes" erklärte, dass der Zweck des vorgeschlagenen Gesetzentwurfs zu "ausländischen Einflussagenten" darin bestehe, die Aktivitäten von NGOs und Medien "offenzulegen", nicht sie einzuschränken. Die Partei versicherte, dass das Gesetz die "Transparenz über ausländischen Einfluss" gewährleisten würde und fügte hinzu, dass sie sich bei der Entwicklung des Gesetzentwurfs auf die Erfahrungen der USA mit FARA verlassen und diese gleichzeitig an die Realitäten Georgiens angepasst hätten.

Am 21. Februar registrierte das Präsidium des Parlaments von Georgien die "georgische Version" und am 27. Februar die "US-Version" des Gesetzentwurfs und legte beide dem Rechtsausschuss zur Prüfung vor. Es war die georgische Version, die verabschiedet und dann zurückgezogen wurde. Laut der Partei "Macht des Volkes" schlug diese Version im Gegensatz zur zweiten "US-Version" einen Mindeststandard an Transparenz vor und verpflichtete "ausländische Einflussagenten", nur eine jährliche Finanzklärung abzugeben. Darüber hinaus sah die georgische Version vor, dass nur eine juristische Person zum "ausländischen Einflussagenten" erklärt werden könne und im Falle eines Verstoßes keine strafrechtliche Haftung bestehe – anders als im US-Recht und somit in der zweiten Version des Gesetzentwurfs.

Am 28. Februar bekräftigte der Vorsitzende der Partei "Georgischer Traum", Irakli Kobachidse, den Wunsch, eine der Versionen des Gesetzes anzunehmen. "Wir fordern die Venedig-Kommission auf, ein beschleunigtes Verfahren durchzuführen, nach dem die Version des Gesetzentwurfs, welche die positivste Bewertung erhalten wird, ausgearbeitet wird", sagte Kobachidse.

Zusammen mit dem Bürgermeister von Tiflis, Kacha Kaladse, und dem Parlamentssprecher Schalva Papuaschwili widerlegte Kobachidse konsequent alle Behauptungen der Opposition, das Gesetz sei eine Kopie des russischen Gesetzes. Er bestand darauf, dass die Abgeordneten die erste Version unabhängig ausgearbeitet haben, während die zweite Version vom amerikanischen FARA kopiert worden war. Am 6. März wurde dann bekannt, dass der Rechtsausschuss des georgischen Parlaments beide Varianten – die "georgische" und die "US-Version" – in erster Lesung gutgeheißen hat.

Schließlich bot Mamuka Mdinardze, ein Mitglied der regierenden Partei "Georgischer Traum", am Dienstag nach einer Sitzung des Büros für Rechtsangelegenheiten an, beide Versionen während derselben Sitzung und nicht wie ursprünglich geplant erst am Donnerstag zu beraten. Am selben Abend, als fast kein Vertreter der Opposition mehr anwesend war, verabschiedete das Parlament in erster Lesung den Gesetzentwurf über die "Transparenz bei ausländischer Einflussnahme".

Wer heizte die Proteste an?

Während der anschließenden Diskussionen beschuldigten die Opposition und die Medien die Partei "Georgischer Traum", prorussische Ansichten zu vertreten und brandmarkten den Gesetzentwurf als "russisches Putin-Gesetz". Auch der frühere Vorsitzende der Regierungspartei, Bidsina Iwanischwili, der sich 2021 aus der Politik zurückzog, aber immer noch als informeller Herrscher Georgiens gilt, entging der Kritik nicht.

"Meiner Meinung nach ging es bei der Partei 'Georgischer Traum' immer um Selbsterhalt. Mit anderen Worten, ihr Hauptziel war es, an der Macht zu bleiben. Auf der anderen Seite ist Iwanischwili wirklich prorussisch in dem Sinne, dass er mit Russland sympathisiert, seine Mentalität ist russisch und er versteht Russland. Der Westen, westliche Werte und westliches Denken sind ihm fremd und unverständlich. In dieser Hinsicht ist er nicht nur prorussisch –, er ist

ein russischer Mensch", sagte der Politologe Ghia Nodia in einem Interview mit georgischen Medien. Einige Demonstranten stimmten dieser Ansicht zu. Ani, ein lokaler Immobilienmakler, äußerte die Meinung, dass die derzeitige Führung Georgiens "autoritär" sei und einen "schädlichen prorussischen Kurs" verfolge.

Insgesamt 63 georgische Medienorganisationen und NGOs bildeten eine Koalition mit der Opposition und nannten das neue Gesetz "antidemokratisch und verfassungswidrig". Laut prowestlichen sozialen Bewegungen und Parteien schadet die bloße Diskussion über den Gesetzentwurf "der europäischen Perspektive Georgiens", da es das Land daran hindert, zwei Empfehlungen der Europäischen Kommission umzusetzen, die erforderlich sind, um den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu erlangen. Laut Paragraf 7 muss Georgien "aktivere Anstrengungen unternehmen, um ein freies, professionelles, pluralistisches und unabhängiges Medienumfeld zu gewährleisten". Darüber hinaus impliziert Absatz 10, dass die georgische Regierung "die Beteiligung der Zivilgesellschaft an Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen" sicherstellen muss. Tatsächlich warnten die USA und die EU die georgischen Behörden, dass die erfolgreiche Verabschiedung des Gesetzes dem Land die Möglichkeit nehmen würde, den Status des EU-Beitrittskandidaten zu erlangen und der NATO beizutreten.

Eine der ranghöchsten Unterstützer der Demonstranten war die georgische Staatspräsidentin Salome Surabischwili. "Ich wende mich heute Abend an alle, die sich in der Rustaveli Chaussee aufhalten, wo ich selbst oft stand. Heute bin ich in New York, und die Freiheitsstatue steht direkt hinter mir. Sie ist ein Symbol dafür, wofür Georgien immer gekämpft hat, für das, was wir bisher erreicht haben. Ich bin mit euch, weil ihr heute das freie Georgien vertretet", sagte sie in einer Videoansprache. Präsidentin Surabischwili äußerte sich zuversichtlich, dass "niemand dieses Gesetz benötigt" und es "nach dem Diktat von Moskau geschrieben" wurde. "Dieses Gesetz ist ungültig, ich werde dagegen mein Veto einlegen", fügte sie hinzu.

Russland bestreitet jede Beteiligung an den Ereignissen. Der Pressesprecher des Kremls, Dmitri Peskow, beteuerte, dass der Auslöser der öffentlichen Unruhen in Georgien "nichts mit der Russischen Föderation zu tun" habe. "Gleichzeitig sehen wir eine Hand in dieser Angelegenheit und die ist alles andere als 'unsichtbar'. Wir konnten sehen, von wo aus die Präsidentin von Georgien ihr Volk ansprach. Sie sprach nicht in Georgien zu Georgiern, sie sprach ihr Volk aus den Vereinigten Staaten an. Und eine sichtbare Hand versucht ernsthaft, in Georgien antirussische Empfindungen zu injizieren", sagte er.

Frieden oder Rebellion?

Nachdem vorläufige Informationen darüber aufgetaucht waren, dass der Gesetzentwurf zurückgezogen werden soll, beeilte sich der Vorsitzende von "Georgischer Traum", Mamuka Mdinardze, die Situation bei einer eiligst einberufenen Pressekonferenz zu klären. Er sprach über das Verfahren für den Rückzug des Gesetzentwurfs. Der in erster Lesung verabschiedete Gesetzentwurf zur "Transparenz bei ausländischer Einflussnahme" werde laut Mdinardze in zweiter Lesung abgelehnt. Die zweite Version des Gesetzes über "die Registrierung ausländischer Agenten", über die bisher noch nicht abgestimmt wurde, sei bereits vom Parlament zurückgezogen worden. Es wurde auch festgehalten, dass ein Schreiben an die Venedig-Kommission bezüglich der Rücknahme beider Gesetzentwürfe gesendet wurde.

"Wir sehen, dass das verabschiedete Gesetz zu Meinungsverschiedenheiten in der Gesellschaft geführt hat. Durch Lügen wurde der Gesetzentwurf in ein negatives Licht gerückt und ein Teil der Bevölkerung in die Irre geführt. Der Gesetzentwurf wurde fälschlicherweise als 'russisches Gesetz' bezeichnet und seine Verabschiedung in erster Lesung wurde öffentlich als Abweichung vom europäischen Kurs dargestellt", erklärten die Parteien "Georgischer Traum" und "Macht des Volkes"

in einer gemeinsamen Stellungnahme, bei der auch das anhaltende Engagement beider Parteien für "den Fortschritt Georgiens auf dem Weg der europäischen Integration" betont wurde.

Die Entscheidung der Regierung zeigte Wirkung: Am Freitagnachmittag waren die Proteste vollständig abgeebbt, die Barrikaden im Zentrum von Tiflis abgebaut. Dies geschah jedoch nicht, bevor die Hauptstadt eine weitere Nacht der Proteste erleben musste, die von einer offen antirussischen Stimmung dominiert wurde. Die Proteste gingen am Donnerstag weiter, und die Opposition stellte noch radikalere Forderungen. Eine Gruppe georgischer Armeeveteranen forderte sogar den Rücktritt der Regierung und vorgezogene Parlamentswahlen.

"Diese Regierung ist nicht in der Lage, Georgien in die EU zu führen, diese Regierung lässt lediglich friedliche Menschen verprügeln. Diese Regierung sollte zurücktreten und vorgezogene Parlamentswahlen abhalten", verkündete ein Mann in Tarnkleidung, der sich selbst als Armeeveteran bezeichnete.

Während der Proteste am Donnerstag wurde eine russische Flagge verbrannt, und man hörte einige Demonstranten Parolen skandieren, die eine Lösung der "Abchasien-Frage" forderten. Die Menge skandierte "Suchumi" als Parole – den georgischen Namen der Hauptstadt der teilweise anerkannten Republik Abchasien, in der russische Friedenstruppen stationiert sind – und forderte, dass das "Problem" mit der Region gelöst werde.

Es ist erwähnenswert, dass nicht alle Einheimischen die Ansichten der Demonstranten teilen. Einige Georgier, insbesondere diejenigen, die vom Tourismussektor leben, und russische Migranten, waren wesentlich weniger begeistert von den Ereignissen.

Irakly, ein Einwohner von Tiflis, fasste es so zusammen: "Es gibt einen Unterschied zwischen diesen Protesten und dem realen Leben. Vergangenes Jahr war alles gut. Der georgische Lari nahm gegenüber dem Dollar an Wert zu, es zirkulierte viel Geld. Das lag vor allem an den Russen und Ukrainern, die hier ankamen. Im Sommer gab es auch eine Rekordzahl an Touristen und Wohnraum war sehr gefragt. Die Leute haben sogar Objekte gemietet, die sie vorher nie genommen hätten. Wir hatten anständig Geld. Und jetzt? Mit diesem Gesetz, all diesen Protesten und Kundgebungen sieht es erneut ziemlich schlecht aus. Offenbar will jemand nicht, dass es bei uns gut läuft. Wer benötigte dieses Gesetz? Ich weiß nicht, was mit diesem Gesetz los ist, aber der Markt ist rückläufig. Der Markt auf Airbnb ist um 20 Prozent eingebrochen. Die Leute haben Angst und ziehen weiter. Wer braucht das alles?"

Aus dem Englischen

George Trenin ist ein russischer Journalist und Politikwissenschaftler.

* * *

USA pflanzen anstehende ukrainische Frühjahrsoffensive

<https://gegenzensur.rtde.life/europa/167070-usa-planten-anstehende-ukrainische-fruehjahrsoffensive/>

05.04.2023

Die von allen Seiten erwartete Frühjahrsoffensive der Ukraine wurde mithilfe der USA geplant. Hier geht es um die Frage, warum die Offensive kriegsentscheidend sein dürfte – und warum Kiew nun unter großem Erfolgsdruck steht.

Von Thomas Röper

Schon nach der letzten Offensive der Ukraine im Spätsommer 2022, mit der sie Teile der Gebiete von Cherson und Charkow eingenommen hat, wurde in Washington stolz verkündet, dass die Offensive federführend von Offizieren der USA und Großbritanniens geplant wurde, was die beiden Länder de facto zu Kriegsparteien macht. Sogar die Waffenlieferungen an Kiew wurden auf diese Pläne abgestimmt.

USA helfen und drängen

Das wiederholt sich nun, denn der Direktor der US Air National Guard, Generalleutnant Michael A. Loh, hat Anfang März auf dem Symposium der Air and Space Forces Association in Colorado vor Journalisten erklärt, US-Piloten stünden während des Konflikts mit Russland in ständigem Kontakt mit ihren ukrainischen Kollegen und berieten sie in Fragen der Einsatztaktik und der Verwendung von Waffen aus US-Produktion.

Mitte März forderte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin die Ukraine auf, die Offensive so schnell wie möglich zu beginnen:

"Die Ukraine darf keine Zeit mehr verlieren."

Als Termin für die Offensive wurde immer wieder Ende April oder Anfang Mai genannt, wobei in den USA bereits die Rede davon ist, die Offensive werde "in wenigen Wochen", also wahrscheinlich vor Mai, beginnen. Das habe ich auch vor Ort im Donbass gehört, wo die russische Armee mitbekommt, dass die ukrainische Armee Truppen und Technik vor allem bei Saporoschje und Artjomowsk (Bachmut) zusammenzieht. Neben Soldaten und Panzern ist auch die Rede von tausenden Kamikaze-Drohnen, die zum Einsatz kommen sollen und bereits verstärkt eingesetzt werden, um den russischen Nachschub zu stören, wenn auch bisher mit wenig Erfolg.

US-Medien berichteten unter Berufung auf das Pentagon, dass alle westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine in den letzten vier oder fünf Monaten in Erwartung der ukrainischen Frühjahrsoffensive erfolgt sind. Die Ukraine hat schon dutzende Kampfpanzer, hunderte Schützenpanzer und andere gepanzerte Fahrzeuge sowie Fahrzeuge für den Brückenbau erhalten. Tausende ukrainische Soldaten wurden in NATO-Staaten ausgebildet. Außerdem wurde ein beträchtlicher Vorrat an 155-Millimeter-Granaten angehäuft. Inzwischen hat die Ukraine von Polen und der Slowakei auch Kampfflugzeuge erhalten, wenn auch nur alte MiG-29, die aber mit amerikanischen Mittelstreckenraketen ausgerüstet werden. Und natürlich versorgen die USA Kiew mit Geheimdienst- und Aufklärungsdaten.

Es wird erwartet, dass die ukrainische Offensive zwei Stoßrichtungen haben wird: erstens in Richtung Artjomowsk, weil die Stadt strategisch sehr wichtig ist und im Falle des Verlustes der Stadt die Gefahr besteht, dass die russische Armee die Front bei Donezk regelrecht "aufrollen" könnte; zweitens dürfte die Ukraine versuchen, im Süden auf Melitopol, in Richtung Krim und vielleicht sogar nach Mariupol vorzustoßen, um die russischen Truppen im Gebiet Cherson von der Versorgung abzuschneiden, die vor allem über die Krim läuft.

Der ukrainische Verteidigungsminister zeigte sich in einem Interview mit der Welt optimistisch:

"Erstens stehen wir kurz vor dem Abschluss der Ausbildung der Truppen für die Offensive. Zweitens: Unsere Verbündeten unterstützen ganz bewusst die Idee einer Gegenoffensive nicht nur auf politischer, sondern auch auf militärischer Ebene. Die Generäle der NATO-Armeen kennen unsere Pläne und halten deren Umsetzung für machbar."

Ukraine steht unter Erfolgsdruck

Die USA erwarten von Kiew nun Erfolge, denn irgendwann müssen sich die milliarden schweren Waffenlieferungen auszahlen. Sollte die Offensive scheitern oder trotz der gewaltigen Unterstützung nur vergleichbar geringe Erfolge bringen wie die Offensive im letzten Spätsommer in Cherson und Charkow, könnten in den USA die Stimmen lauter werden, die ein Ende der unbegrenzten Unterstützung für die Ukraine fordern. Auch die einflussreiche RAND-Corporation hat im Januar bereits gefordert, die US-Regierung solle einen Ausweg aus dem Krieg suchen, selbst wenn das die faktische Anerkennung der russischen Landgewinne bedeutet.

Dass die Unterstützung der Ukraine durch die USA nachlassen könnte, ist umso wahrscheinlicher, als in den USA der Präsidentschaftswahlkampf ansteht und das Thema Ukraine trotz der Bemühungen der Medien in der amerikanischen Öffentlichkeit keine Priorität hat. Die Amerikaner machen sich mehr Sorgen um die Inflation, die kriselnde Wirtschaft und die massenhafte illegale Einwanderung.

Ohne die USA dürfte auch in der EU die Unterstützung für Kiew bröckeln, da einige EU-Staaten die Sanktionen ohnehin nur zähneknirschend mittragen und sich nicht an den Waffenlieferungen beteiligen. Aber auch wenn die EU geschlossen zu Kiew stehen würde, könnte sie der Ukraine ohne die USA nicht genügend Waffen liefern, damit die Ukraine die Front halten kann.

Für Kiew steht also viel auf dem Spiel, die Offensive könnte im Falle ihres Scheiterns kriegsentscheidend sein.

Das weiß man auch in Kiew, weshalb der ukrainische Außenminister die Erwartungen bereits heruntergeschraubt hat. In einem Interview sagte er, dass es in den Regierungen aller Verbündeter der Ukraine eine Minderheit gebe, die eine Reduzierung der Hilfe für die Ukraine und einen Waffenstillstand fordere. Nach "der letzten entscheidenden Schlacht [sei es] an der Zeit ..., ein alternatives Szenario in Betracht zu ziehen". Er fügte hinzu:

"Die gibt es überall – in Washington, Berlin, Paris und London. Sie werden versuchen, so etwas wie ein 'Minsk-3' vorzuschlagen."

Die Ukraine müsse nun ihr Bestes geben, damit die Gegenoffensive der ukrainischen Streitkräfte im Westen nicht als "Entscheidungsschlacht" wahrgenommen wird, deren Ausgang die weitere Politik der Verbündeten Kiews bestimmt.

Optimismus bezüglich der Erfolgsaussichten der ukrainischen Offensive klingt meiner Meinung nach anders.

Zuerst veröffentlicht auf dem Medienportal [Anti-Spiegel](#) am 5. April 2023.

Thomas Röper ist [Herausgeber](#) und Betreiber der Website [Anti-Spiegel](#).

* * *

Milliarden US-Hilfsgelder: Was kommt davon wirklich in der Ukraine an?

<https://gegenzensur.rtde.life/international/167050-milliarden-us-hilfsgelder-was-kommt-was-kommt-davon-wirklich-ukraine-an/>

07.04.2023

Die Ankündigungen über weitere umfangreiche "Milliarden-Hilfen aus den USA für die Ukraine" nehmen kein Ende. Gerade wurden wieder 2,6 Milliarden US-Dollar bewilligt. In Wirklichkeit bekommen die Ukrainer aber deutlich weniger Geld als bislang angenommen.

Von Alexander Männer

Der Krieg in der Ukraine geht – ungeachtet der Verluste auf beiden Seiten – unaufhörlich weiter und scheint – angesichts einer angekündigten baldigen Offensive der ukrainischen Armee gegen die russischen Truppen – von einer Friedenslösung nach wie vor weit entfernt zu sein. Ein diesbezüglich entscheidender Aspekt ist die Unterstützung der westlichen Länder für die Kiewer Führung, die im militärtechnischen Bereich schon lange vor der russischen Militärintervention erfolgte und nach dem Beginn der Kampfhandlungen am 24. Februar 2022 massiv ausgeweitet wurde.

Eine weitere wichtige Komponente der westlichen Unterstützung sind zweifellos die Finanzen, die seit knapp einem Jahr in die Ukraine fließen und den Haushalt des Landes stützen sollen. Allen voran stellen die Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch Großbritannien und die EU-Länder der ukrainischen Regierung offiziell immense Geldsummen bereit und beteuern dabei stets, sie würden die Ukraine auch auf diese Weise so lange unterstützen, "wie es nötig ist". Der Hauptinitiator dieser Strategie sind die USA, die mit Abstand auch als der größte Geldgeber gelten: Nach neuesten US-Angaben soll Washington der Regierung in Kiew mehr als 100 Milliarden US-Dollar an Finanzhilfen gewährt haben, wobei jüngst am Dienstag ein zusätzliches Paket in Höhe von 2,6 Milliarden Dollar angekündigt wurde.

Dies sind natürlich unglaubliche Summen, die den Eindruck erwecken, als würden die US-Amerikaner im Grunde keine Mittel für die Ukraine scheuen. Allerdings spricht kaum jemand, weder in den USA noch in den anderen westlichen Ländern, öffentlich die allgemein bekannte Tatsache an, dass in Wirklichkeit nur ein Bruchteil dieser finanziellen Unterstützung wirklich für das ukrainische Budget vorgesehen ist und dass die meisten dieser "Hilfsgelder" der ehemaligen Sowjetrepublik gar nicht zufließen. Denn das Bemerkenswerteste an dem Charakter der westlichen Unterstützung für die Ukraine ist, dass der überwiegende Großteil auch der in diesem Rahmen eingeplanten Finanzmittel in die eigenen Rüstungsindustrien fließt, die dadurch ihre Produktion sowie den Export ausweiten können und so zum Teil Rekordgewinne erzielen.

Umfang der Haushaltsunterstützung

Wie die Nachrichtenagentur TASS diesbezüglich unter Berufung auf US-Angaben kürzlich berichtete, sollen nur 20 Prozent der als "Haushaltshilfe" für die Ukraine eingeplanten US-Gelder dem Krisenland am Ende auch übergeben worden sein. Laut Michael McCaul, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des US-Repräsentantenhauses, sind mehr als die Hälfte davon in den USA geblieben, weil mit diesem Geld unter anderem die eigenen Ausgaben beglichen wurden.

Bei einer Anhörung im Kongress in der vergangenen Woche, bei der unter anderem Fragen zur Ukraine erörtert wurden, erklärte McCaul: "Von den bereitgestellten 113 Milliarden US-Dollar in Form von vier zusätzlichen Hilfspaketen für die Ukraine werden ungefähr 60 Prozent an amerikanische Truppen, amerikanische Arbeiter und auch für die Modernisierung der amerikanischen Bestände [*Anm.: von Waffen und militärischer Ausrüstung*] zugeteilt. In Wirklichkeit gehen nur 20 Prozent der Finanzierung direkt an die ukrainische Regierung in Form einer direkten Haushaltsunterstützung."

Diese Details sind deshalb erst vor Kurzem veröffentlicht worden, weil die US-Republikaner nach ihrem Sieg bei den Kongresswahlen im vergangenen November eine notwendige Mehrheit

erhielten, um – trotz des Widerstandes der Demokratischen Partei – mehr Klarheit in die Problematik der Finanzunterstützung für die Ukraine zu bringen.

Was man aus dem TASS-Bericht allerdings nicht entnehmen kann, ist die Frage, wohin – neben diesen 60 Prozent für die USA und 20 Prozent für die ukrainische Regierung – die übrigen 20 Prozent der 113 Milliarden Dollar gegangen sind. Auch in den anderen Medien wird allem Anschein nach nicht thematisiert, wohin die restlichen Finanzen geflossen sind. Der Grund dafür könnte sein, dass McCaul einfach keine Angaben dazu gemacht hatte.

US-Behörden untersuchen Korruptionsverdacht

Angesichts dessen verweisen diverse Kritiker der US-Regierung auf mögliche Korruption und sonstige kriminelle Machenschaften. So ein Vorwurf scheint nicht ganz unbegründet zu sein, weil in den USA bereits Fälle untersucht werden, die auf Korruption im Zusammenhang mit der für die Ukraine bestimmten US-Finanzhilfe hindeuten sollen.

Die US-Behörde für internationale Entwicklung "USAID", die für einen Teil der Ukraine-Unterstützung die Verantwortung trägt, weist in dieser Angelegenheit darauf hin, dass sie neuerdings deutlich häufiger Warnungen in Bezug auf mögliche Korruption erhalten habe, und zwar insgesamt 178 Mal. "Das sind 556 Prozent mehr als im vorangegangenen Zeitraum von elf Monaten. Die Aufklärungsarbeit trägt Früchte, die Menschen wissen, wie und an wen sie eine mögliche missbräuchliche Verwendung der Mittel der US-Behörde für internationale Entwicklung melden können", sagte die Stellvertretende Generalinspekteurin von USAID, Nicole L. Angarella, bei der bereits erwähnten Kongressanhörung.

USAID soll nach eigenen Angaben bereits Untersuchungen über einen möglichen Missbrauch der Ukraine-Hilfsgelder durchführen und fünf weitere Untersuchungen in dieser Angelegenheit planen. Bislang habe sich jedoch kein Verdacht auf einen Missbrauch der US-Hilfe bestätigt, heißt es.

Auch die Untersuchungen im Pentagon und des US-Außenministeriums – zweier Behörden, die ebenfalls für einen Großteil der Ukraine-Hilfe verantwortlich sind – zeigten nach der Überprüfung von dutzenden Warnungen laut der Nachrichtenagentur AP angeblich keinen Verstoß auf.

Sollten sich aber einer oder mehrere Verdachtsfälle bestätigen, dann könnte das wohl höchstens nur für konkrete Personen ernste Folgen haben, nicht aber für den westlichen "Ukraine Support" an sich. Denn die sogenannten Unterstützer verdienen an diesem Ukraine-Krieg offenkundig so gut mit, dass sie dieses Geschäft bestimmt nur ungern aufgeben würden.

* * *

Warum der durchgesickerte "Geheimplan" für eine ukrainische Militäroffensive nicht aufgeht

<https://gegenzensur.rtde.life/international/167344-weshalb-durchgesickerte-geheimplan-fuer-ukrainische/>

10.04.2023

Die Veröffentlichung von angeblich durchgesickerten Angriffsplänen für die Frühjahrsoffensive der Ukrainer sieht aus wie ein Versuch, Russlands Aufmerksamkeit von dem abzulenken, was wirklich vor sich geht.

Eine Analyse der Telegram-Gruppe Military Chronicle

Am Freitag tauchten Bilder eines Dokuments auf, das Einzelheiten zu einer geplanten ukrainischen Offensive gegen die von Russland kontrollierten Gebiete enthalten soll. Das "Leck" tauchte zeitgleich mit Gerüchten auf, denen zufolge die für Ende dieses Monats geplante NATO-Übung "Defender 2023" ein Deckmantel für eine Operation zur Versorgung und Unterstützung ukrainischer Einheiten sein könnte. Bei näherer Betrachtung kommen jedoch Zweifel an der Echtheit des Dokuments auf.

Wann kamen die Pläne an die Öffentlichkeit?

Die angeblich geheimen Pläne zur Unterstützung einer Offensive der Kiewer Streitkräfte tauchten einen Tag vor einer Äußerung Anthony Blinkens in Bezug auf den Beginn der Operation im Internet auf. Der US-Außenminister hatte angekündigt, die geplante Offensive der ukrainischen Streitkräfte werde "innerhalb weniger Wochen" beginnen.

Welche Informationen enthalten die Pläne?

Seit Beginn der Militäroperation Russlands in der Ukraine vor über 13 Monaten hat es kein derartiges "Leck" mehr gegeben. Bemerkenswert ist, dass die veröffentlichten Dokumente nicht nur einen Zeitplan für die Versorgung ukrainischer Einheiten mit Waffen und Munition der NATO enthalten, sondern auch Informationen über die Struktur der Brigaden und Bataillone, die sich angeblich auf die geplante Offensive vorbereiten.

Das Papier vom 1. März besagt, dass Kiews Brigaden 253 Panzer, mehr als 380 Infanterie-Kampffahrzeuge und bewaffnete Mannschaftstransporter, 480 Fahrzeuge, 147 Artilleriegeschütze und 571 gepanzerte Fahrzeuge vom Typ HMMWV "Humvee" einsetzen wollen, um die Offensive durchzuführen.

Welche Informationen sind am verdächtigsten?

Die wahrscheinlichen Standorte russischer Einheiten, die auf der Karte rot markiert sind, scheinen aus offenen Quellen gesammelt worden zu sein. Mehrere Ressourcen aus dem proukrainischen Lager in den sozialen Medien, die die laufenden Militäroperationen verfolgen, enthalten fast identische Informationen.

Auch die Verhältnisse von Toten und Verwundeten unter den ukrainischen Streitkräften gegenüber den russischen, die ursprünglich in diesen "geheimen Plänen" aufgelistet waren, wurden inzwischen abgeändert. Bei der ersten Bekanntgabe wurden die Verluste für die ukrainische Seite mit etwa 16.500 bis 17.000 Menschen stark untertrieben. Dann – wahrscheinlich um realistischer zu wirken – haben sich diese Zahlen auf 65.000 bis 75.000 fast verfünffacht. Gleichzeitig decken sich die Angaben zu Russlands angeblichen Verlusten an Fahrzeugen und Ausrüstung mit den vom Verteidigungsministerium in Kiew veröffentlichten Daten.

Was stimmt außerdem nicht mit den veröffentlichten Offensivplänen?

Auffällig ist die eklatante Verfälschung der Angaben zur Einsatzbereitschaft der ukrainischen Militärverbände. Das Dokument besagt, dass von den neun ukrainischen Brigaden, die angeblich bis zum 31. März und 30. April nach den Standards der US Army und der NATO ausgebildet sein sollen, fünf Brigaden keinerlei Ausbildung erhalten haben: Dabei handelt es sich um die 82. Luftlandebrigade sowie die 32., die 117., die 118. und die 21. separaten mechanisierten Brigaden.

Selbst wenn nur zwei oder drei Kompanien in diesen Brigaden ausgebildet wurden und die Selbstvorbereitung nicht abgeschlossen werden konnte, könnte deren Ausbildungsniveau nicht bei

Null liegen. Gleichzeitig wurde der höchste Prozentsatz der Bereitschaft nur bei der 47. mechanisierten Kiewer Brigade und bei der 46. Luftlandebrigade verzeichnet, der bei 40 beziehungsweise 60 Prozent liegt.

Was bedeutet dies für den Fortgang des Krieges?

Der Plan beinhaltet verwirrende Zahlen über die militärische Ausrüstung. Von den 109 M2-Bradley-Infanterie-Kampffahrzeugen, die an die ukrainischen Streitkräfte geliefert wurden, sollen zum Beispiel nur 99 an der Offensive teilnehmen. Außerdem werden die Fahrzeuge nicht auf die Brigaden verteilt, sondern nur einer einzelnen Einheit zugeteilt – der 47. mechanisierten Kiewer Brigade, die über keine schweren Panzer verfügt. Statt sowjetischen Panzern vom Typ T-72 oder T-64 BV hat diese Gruppierung lediglich slowakische T-55 S mit 105-mm-Geschützen, die in einer großangelegten Offensive nur schwer einsetzbar sind.

Die kleinen, aber wichtigen Fehler und Ungenauigkeiten in den Berechnungen über die Ausrüstung, die angepasste Bilanzierung von Verlusten sowie das Vorhandensein von Einheiten mit der Bereitschaft "Null" weisen darauf hin, dass dieses Dokument, das als "Geheimplan" bezeichnet wurde, wahrscheinlich nicht vom ukrainischen Militär oder von der NATO vorbereitet und verbreitet wurde, sondern von einer Gruppe von Zivilisten, wahrscheinlich Analysten aus dem kiewfreundlichen Lager.

Der Zweck dieser offenkundigen Fehlinformationen könnte darin bestehen, die tatsächliche Zahl der kampfbereiten ukrainischen Einheiten, die für die Offensive eingesetzt werden sollen, niedriger erscheinen zu lassen oder die Aufmerksamkeit von anderen Ereignissen im Zusammenhang mit der realen Operation abzulenken.

Aus dem Englischen

Diese Analyse wurde vom Telegramkanal "Military Chronicle" veröffentlicht.

* * *

Warum der Tschad befürchtet, dass es nicht Russland ist, das sich gegen das Land verschworen hat

<https://gegenzensur.rtde.life/afrika/167505-warum-tschad-befuerchtet-dass-es/>

12.04.2023

Schlussendlich wurde der deutsche Botschafter aus der Republik Tschad ausgewiesen und nicht der russische, obwohl die USA vor etwas mehr als einem Monat behaupteten, Moskau plane die Ermordung des Präsidenten dieses Landes. Aber der Tschad befürchtet eine Verschwörung aus einer ganz anderen Ecke.

Ein Kommentar von Andrew Korybko

Die Ausweisung des deutschen Botschafters aus der Republik Tschad wegen seiner "unhöflichen Haltung und der Missachtung diplomatischer Gepflogenheiten", was Berichten zufolge ein Euphemismus für seine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Tschad ist, war nicht das, was die USA erwartet hatten, als sie Ende Februar Informationen über Russland weitergaben. Das Wall Street Journal schrieb damals, dass amerikanische Offizielle ihre tschadischen Amtskollegen über Moskaus angebliche Pläne informiert hätten, regierungsfeindliche Rebellen zu bewaffnen und sogar den Präsidenten ermorden zu lassen.

Es gab schon damals Gründe, skeptisch zu sein. Nicht zuletzt, weil die russische Botschaft in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena im vergangenen Januar vor westlichen Bestrebungen gewarnt hatte, einen Keil zwischen Russland und dem Tschad zu treiben, insbesondere nachdem Moskau seine Erwartung geäußert hatte, dass der tschadische Präsident am zweiten Russland-Afrika-Gipfel im kommenden Sommer teilnehmen wird. Allerdings haben sich die bilateralen Beziehungen tiefer entwickelt, seit ihrem Tiefpunkt im September 2021, als der tschadische Außenminister behauptete, das private russische Söldnerunternehmen Gruppe Wagner gefährde die Interessen seines Landes.

Die Präsenz der Wagner-Gruppe in den Nachbarländern der Zentralafrikanischen Republik und in Libyen soll angeblich dafür benutzt worden sein, um regierungsfeindliche Rebellen zu bewaffnen, weshalb die USA wahrscheinlich zum Schluss kamen, der Tschad würde auf eine neu aufgekochte Version dieses Narrativs hereinfliegen. Die Worte des tschadischen Außenministers führten bei den USA aus eigennützigen Gründen zu der Schlussfolgerung, dass "der Tschad den Widerstand gegen Russlands Vordringen ins frankophone Afrika anführen will", nicht zuletzt, um inmitten wachsender Unzufriedenheit im eigenen Land die Unterstützung aus Paris sicherzustellen.

In den vergangenen 18 Monaten seither hat sich in Afrika jedoch alles radikal verändert. Frankreichs "Einflusssphäre" in den zentralen und westlichen Teilen des Kontinents wurde infolge der erfolgreichen russischen Politik der "demokratischen Sicherheit" in der Zentralafrikanischen Republik und in Mali erschüttert, wobei Paris jetzt N'Djamena viel mehr braucht als umgekehrt. Darüber hinaus ist kein einziges afrikanisches Land den Forderungen des Westens nachgekommen, Moskau für seine Sonderoperation in der Ukraine zu sanktionieren, wodurch die derzeitigen Grenzen des westlichen Einflusses offengelegt wurden.

Diese miteinander verbundenen Entwicklungen trugen dazu bei, dass der Tschad seine Wahrnehmung von Russlands wachsender Rolle in Afrika änderte, daher die Wahrscheinlichkeit, dass sein Präsident am zweiten Russland-Afrika-Gipfel teilnehmen wird. Es erklärt auch, warum dieses Land nicht auf die Behauptungen der USA hereingefallen ist, dass Moskau sich in seine inneren Angelegenheiten einmischen will. Stattdessen hat es sich etwas mehr als einen Monat dafür entschieden, den deutschen Botschafter auszuweisen anstatt den russischen, wie es Washington wahrscheinlich erwartet hatte.

Um es klar zu sagen, es besteht immer noch die Möglichkeit, dass einige einflussreiche Kräfte im Tschad die geopolitischen Gebote des traditionellen französischen Patrons ihres Landes erfüllen könnten, indem sie sich dafür einsetzen, dass Entscheidungsträger eine Art antirussische Provokation genehmigen. Aber es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass dies derzeit nicht der Fall ist oder zumindest noch nicht eingetreten ist. Dies bestätigt die Schlussfolgerung, dass sich die Wahrnehmung des Tschad gegenüber Russland zum Besseren verändert hat, so sehr, dass man dort nicht auf den jüngsten Versuch der USA, zu teilen und zu herrschen, hereingefallen ist.

Dies ist zugegebenermaßen beeindruckend, da der Tschad eine Bastion des französischen Einflusses in Afrika ist. Aber wie bereits erwähnt wurde, ist es heutzutage so, dass Frankreich den Tschad mehr braucht als umgekehrt, nachdem die "Einflusssphäre" von Paris in den zentralen und westlichen Teilen des Kontinents in den vergangenen 18 Monaten erschüttert wurde. N'Djamena kann nun zumindest theoretisch in Betracht ziehen, mehr Hilfe und andere Arten von Vorteilen aus Paris zu fordern, als Gegenleistung dafür, dass es weiterhin französische Streitkräfte beherbergt, ohne wie zuvor seine eigenen Interessen aufgeben zu müssen.

Beamte des Tschad können jetzt auch selbstbewusster dem Westen gegenüberreten, da das Szenario einer ernsthaften Verschlechterung der Beziehungen zum Westen nicht mehr allzu beunruhigend ist, weil das Land in diesem Fall einfach auf Russland umschwenken kann, wie es die Zentralafrikanische Republik, Mali und eine wachsende Zahl von afrikanischen Ländern derzeit

tun. Tatsächlich könnte dies als Damoklesschwert über den Köpfen des Westens aufgehängt werden, um mehr Vorteile aus dem kollektiven Westen herauszupressen, der die Folgen fürchtet, sollte der Tschad in Russlands Arme getrieben werden.

Die Ausweisung eines Botschafters ist jedoch ein bedeutender Schritt, ganz zu schweigen davon, dass ein traditionell westlich orientiertes afrikanisches Land dies einem Land gegenüber tut, das de facto die Führungsnation der EU vertritt. Aus diesem Grund war diese Entwicklung wahrscheinlich nicht das Ergebnis eines gescheiterten Versuchs des Tschad, mehr Geld aus Deutschland zu bekommen. Vielmehr ist es höchstwahrscheinlich, dass Berichte über die Einmischung dieses Diplomaten in die inneren Angelegenheiten seines Gaststaates zutreffend sind, weshalb N'Djamena diesen beispiellosen Schritt unternahm.

Die Behörden im Tschad wollen eine Wiederholung der tödlichen Unruhen vom vergangenen Oktober vermeiden, die offiziell von der Unzufriedenheit darüber angetrieben wurden, dass sich der demokratische Übergang des Landes verzögert, aber von bestimmten Kräften ausgenutzt wurde, um einen Amoklauf der Gewalt in der Hauptstadt zu veranstalten. Der Westen ist darauf spezialisiert, Farbenrevolutionen zu organisieren, also könnte es der Fall gewesen sein, dass der kürzlich ausgewiesene deutsche Botschafter versuchte, eine weitere Runde ähnlicher Unruhen zu initiieren, um den tschadischen Präsidenten unter Druck zu setzen, möglicherweise im Juli nicht nach Russland zu reisen.

Seine Teilnahme am zweiten Russland-Afrika-Gipfel wäre ein Husarenstück für Moskau, da man damit beweist, dass es mit einem pragmatischen Engagement für den Kontinent gelungen ist, die Führer von traditionell westlich ausgerichteten Ländern wie dem Tschad zu wichtigen Partnern zu machen. Es wäre Russlands größter diplomatischer Sieg über den Westen, seit die NATO ihren Stellvertreterkrieg in der Ukraine zu führen begann, den Staatspräsidenten des Tschad und andere afrikanische Führer mit Präsident Putin in dessen Heimatstadt zusammen zu bringen.

Moskau hat keinen Grund, sich in die Angelegenheiten afrikanischer Länder einzumischen und damit zu riskieren, Gelegenheiten zu verderben, insbesondere nicht mit dem Tschad, der sich zuvor als Frankreichs Vorhut positioniert hatte, um Russland im gesamten "Einflussbereich" von Paris zurückzudrängen. Der Westen hat jedoch allen Grund, sich durch Desinformation und die Kultivierung des Drucks einer Farbenrevolution einzumischen, in einem verzweifelten Versuch, den bevorstehenden diplomatischen Sieg eines Rivalen präventiv abzuwenden.

Deshalb wurde letztlich der deutsche Botschafter aus dem Tschad ausgewiesen und nicht der russische, obwohl die USA vor etwas mehr als einem Monat behaupteten, Moskau plane die Ermordung seines Präsidenten. Er schenkte diesen Berichten keinen Glauben, sonst wäre Russlands Vertreter bereits des Landes verwiesen worden. Mit der Anordnung der Ausweisung des deutschen Botschafters hat der Tschad jedoch nur signalisiert, dass er befürchtet, dass seine traditionellen westlichen Partner diejenigen sind, die sich wirklich gegen ihn verschworen haben.

Aus dem Englischen

Andrew Korybko ist ein in Moskau ansässiger amerikanischer Politologe, der sich spezialisiert hat auf die US-Strategie in Afrika und Eurasien sowie auf Chinas Belt & Road-Initiative, Russlands geopolitischen Balanceakt und hybride Kriegsführung.

* * *

Die erschreckende Warnung eines Donbass-Offiziers davor, wohin der Ukraine-Konflikt führen könnte

<https://gegenzensur.rtde.life/russland/167774-erschreckende-warnung-donbass-offiziers-davor/>
16.04.2023

Ein Akademiker, der zum Kämpfer in der Miliz der Volksrepublik Donezk geworden ist, glaubt, dass diejenigen, die meinen, dass die Kampfhandlungen eingedämmt werden können, falsch liegen. Dieser Konflikt sei endgültig und absolut.

Von Andrei Korobow-Latintsew

Für einen Philosophen ist der militärische Pfad – der Pfad des Krieges – etwas ganz natürliches. In Wirklichkeit ist ein Intellektueller immer in einen ähnlichen Prozess verwickelt – in den Konflikt der Ideen. Er versteht, dass der Krieg der Urvater aller Dinge ist, und da er nach dem Ursprung von allem sucht, ist es natürlich, sich dem Krieg zuzuwenden, sowohl als Thema als auch als Element des Existentialismus. Natürlich ist es für mich auch eine große Ehre, Teil der Streitkräfte von Noworossija und der Volksrepublik Donezk zu sein.

Vor dem Beginn der Militäroperation in der Ukraine im vergangenen Jahr, bevor sich die neuen Realitäten zum ersten Mal in großem Umfang manifestierten, gab es viele theoretische Diskussionen über den Krieg. Es gibt im Militär eine Weisheit die besagt, dass Generäle sich immer auf den Krieg vorbereiten, der gerade zu Ende gegangen ist. In gewisser Weise wusste also niemand, wie der Krieg aussehen würde. Natürlich bietet die Robotisierung neuartige Kampf- und Kriegsmittel. Dies betrifft insbesondere Drohnen, die Aufklärungsfähigkeiten und die Reichweite der Waffen.

In existenzieller Hinsicht funktioniert der Krieg jedoch nicht wie im populären Videogame "Fallout". Wie der deutsche Militärtheoretiker Carl von Clausewitz einst festhielt, ist der Krieg ein Chamäleon. Sein äußeres Erscheinungsbild ändert sich ständig, aber sein innerer Kern und seine Essenz bleiben stets gleich. Krieg bedeutet immer Risiko und berührt Fragen wie Tod, Sieg und Niederlage. Diese Schlüsselfaktoren wandeln sich nie.

Tatsächlich stehen modernen Soldaten mehr technische Mittel zur Verfügung, um den Feind zu töten, aber das Risiko bleibt dasselbe wie bisher. Auch die existentielle Dimension des Krieges ändert sich nicht. Selbst wenn es eines Tages keine menschlichen Kämpfer mehr auf dem Schlachtfeld geben wird und nur noch Drohnen gegeneinander kämpfen werden, wird der Krieg seine Essenz behalten, weil er immer das Risiko einer Niederlage mit sich bringt.

Die "Theorie des gerechten Krieges" ist uralte. Eine Reihe von Forschern schreiben sie Platon zu, und sie wurde formell von Cicero im alten Rom etabliert. Die Schlüsselfrage, die von der Theorie des gerechten Krieges gestellt wird, ist, wie man die Realität des Krieges mit hohen moralischen Ansprüchen und sogar religiösen Geboten in Einklang bringt, wie es der heilige Augustinus und Thomas von Aquin versuchten. Die Theorie selbst geht von einfachen Annahmen aus, welche Kriterien ein Krieg erfüllen muss, um als "gerecht" zu gelten.

Zunächst gilt ein Krieg als gerecht, wenn er einen gerechten Grund hat. Nehmen wir an, Sie wurden angegriffen und verteidigen Ihr Land – dieses Motiv rechtfertigt den Krieg perfekt. Dieses Kriterium wird von Cicero angegeben und von allen Philosophen wiederholt. Aber das ist nicht genug. Schließlich kann man berechtigte Gründe haben, einen Krieg zu beginnen, ihn dann aber ungerecht führen. An dieser Stelle wird zwischen "jus ad bellum" – das Recht auf Krieg – und "jus in bello" – das Recht im Krieg – unterschieden. Beispiele für eine gerechte Kriegsführung sind das Nichttöten von Zivilisten, also unbewaffneten Menschen, die nicht am Krieg beteiligt sind, und das Folterverbot bei Kriegsgefangenen. Mit anderen Worten, nichts von dem tun, was die heutigen ukrainischen Streitkräfte tun.

Darüber hinaus gibt es ein weiteres Kriterium, das im 20. Jahrhundert auftauchte. Es heißt "jus post bellum" – das Recht nach dem Krieg. Das bedeutet, dass die Welt nach dem Krieg besser sein sollte als die Welt vor dem Krieg. Nehmen wir an, ein Land ist mit dem bestehenden Status quo nicht zufrieden und beginnt einen Krieg. Im Jahr 2003 zum Beispiel sagten die Amerikaner, sie würden sich Sorgen machen über Massenvernichtungswaffen im Irak. Washington marschierte ein, stürzte den Feind in die Hölle und glaubte, dass das Ergebnis dieses Krieges besser sei, als die Bedingungen vor dem Einmarsch. Die von westlichen Ländern in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts begonnenen Kriege fallen im Hinblick auf das "jus post bellum"-Kriterium durchweg durch. Man wird so gut wie keinen Fall finden, der in diese Theorie eines gerechten Krieges passt.

Die Antwort darauf, wie sich das Konzept des gerechten Krieges entwickelt hat, ist, dass eine Art philosophischer Niedergang stattgefunden hat. Von einem unabhängigen, philosophischen Phänomen ist die Theorie des gerechten Krieges zu einem Diener geworden – nicht nur der Politik, sondern der aggressiven westlichen globalistischen Agenda. Heute bedient diese Theorie einfach die Interessen des kollektiven Westens. Beispielsweise kann sie leicht auf Russlands Operation in der Ukraine angewendet werden. Aber wir sehen, dass der Westen unsere Vision nicht teilen will.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist, dass die Theorie des gerechten Krieges keine philosophische Frage mehr ist, sondern eine juristische. Gerechtigkeit ist schließlich ein ethisches Kriterium, aber die Theorie des gerechten Krieges ist im Wesentlichen eine "legale" Theorie des Krieges. Wenn wir uns die Zeit nehmen, die modernen Theoretiker des gerechten Krieges zu lesen, werden wir feststellen, dass sie sich hauptsächlich mit rechtlichen und nicht mit ethischen Fragen befassen. Sie geben den Protagonisten eine Reihe von Regeln, denen sie folgen müssen. Aber diese Regeln können auf alles andere angewendet werden, sogar auf das Geschäftsleben. Diese Theoretiker kümmern sich nicht um den Krieg als solchen – seine moralische Bedeutung, Ethik, Metaphysik oder Ontologie. Zu meinem persönlichen Kummer als Philosoph übersehen sie all diese Punkte.

Heute ist die Frage nach einem gerechten Krieg zur Hauptfrage der gesamten Kriegsphilosophie geworden. Niemand achtet auf die wesentlichen Merkmale.

Die Einstellung zu Konflikten als natürlichem Lauf der Dinge begann sich nach dem Ersten Weltkrieg zu ändern. Dieser Konflikt beendete eine historische Ära, die wir die Moderne nennen. Die Grundannahmen und Dogmen der Moderne, wie Humanismus und Rationalismus, brachen damals zusammen. Der Mensch wurde nicht mehr als Gipfel der Zivilisation angesehen, sondern nur noch zu einem Mittel, und dieses "Mittel" wurde massenhaft zum Sterben auf die Schlachtfelder geschickt. Es wurde offensichtlich, dass die Vernunft die Menschheit nicht in eine glänzende Zukunft führen wird, was wiederum zum Zusammenbruch des Rationalismus führte. Wie der russische Schriftsteller Fjodor Dostojewski einst festhielt, ist die Vernunft ein Schurke, die den Menschen hilft, Konzentrationslager zu errichten und Maschinen zu bauen, um ihre eigene Spezies in beispiellosem Ausmaß zu töten.

Der Zweite Weltkrieg hat dieses Übel so weit ausgedehnt, dass es in kein ethisches System mehr passte. Deshalb fragte sich der Philosoph Theodor Adorno, ob Poesie nach Auschwitz noch möglich sei. Sicherlich ist es physikalisch möglich, aber die Frage impliziert, dass ein riesiges Problem besteht, das Böse in der neuen Realität zu verstehen. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Menschen durch das Ausmaß menschlicher Verluste und das Ausmaß des Bösen schwer traumatisiert. Deshalb wurden Kriege nach 1945 nicht formell erklärt. Im rechtlichen Sinne gab es keine Kriege mehr, es gab nur noch "militärische Operationen", "kriegerische Konflikte" und so weiter.

Ich glaube, wir nähern uns allmählich der heißen Phase eines neuen globalen Konflikts, der zu

einem Zusammenstoß ganzer Armeen führen wird, wie wir es jetzt in der Ukraine erleben. Leider kehren wir zur früheren Definition von Krieg zurück – ein Krieg der Völker, ein Kampf der Kulturen. Jenseits des trägen hybriden Formats entwickelt sich der Krieg zu einem globalen Konflikt, an dem viele Parteien beteiligt sind. Das ist die Richtung, in die wir gehen, und ich sehe bisher keine Voraussetzungen für eine Umkehr.

Einerseits rückten die Menschen ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts enger zusammen, sie wollten sich für ihr gemeinsames Schicksal verantwortlich fühlen. Aber von welcher Einheit sprechen wir andererseits, wenn der britische Premierminister Winston Churchill bereits 1946 in seiner Rede in Fulton den Kalten Krieg ausrief? Unmittelbar nach der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, begannen die ehemaligen Verbündeten mit der Planung von Militäraktionen gegen die UdSSR. Es ist angemessener zu sagen, dass der Krieg nie endet, er nimmt nur neue Formen an.

In gewisser Weise war der Kalte Krieg jedoch eine Zeit der Entspannung nach den traumatischen Erfahrungen der Menschheit im Zweiten Weltkrieg. Das mag wie Blasphemie klingen, aber während des Kalten Krieges suchten die Führer der Welt nach zivilisierteren Methoden der Konfrontation, während diese Methoden heute nicht mehr funktionieren und der Krieg total und allumfassend geworden ist. Es ist in erster Linie ein Krieg der Ideen. Solange es widersprüchliche Vorstellungen gibt, kann dieser Krieg nicht enden.

Die Ontologie – die Lehre des Seins – geht davon aus, dass es Kriege geben wird, solange es Ideen gibt. Wenn es Ideen gibt, gibt es auch Konflikte. Solange es einen Widerspruch in der platonischen Ideenwelt gibt und es Menschen gibt, die bereit sind, ihre Ideen zu verteidigen, für sie zu töten und zu sterben, wird es Kriege geben. Ende des 20. Jahrhunderts glaubte der Philosoph Francis Fukuyama, dass die Menschheit bereit sei, in ein friedliches Zusammenleben einzutreten, da der Sieg einer Idee über eine andere endlich stattgefunden habe. Nur ein Sieger blieb, es gab niemanden mehr, mit dem man kämpfen konnte.

Versöhnung ist das, was in der klassischen Kriegsführung passiert. Der Krieg endet mit einer Einigung. Ich würde gerne glauben, dass es noch Verhandlungsspielraum gibt, aber die Erfahrung zeigt, dass der Westen heute einfach nicht auf der Höhe ist. Carl Schmitt, der deutsche Staatsrechtler und politische Philosoph, definierte den Begriff "absoluter Feind". Dies ist ein Feind, mit dem man nicht verhandeln kann, da er nur ein Ziel hat: die totale Vernichtung des Gegners. Nicht unbedingt die physische Vernichtung, sondern in erster Linie die Zerstörung der Identität des Gegners. Wenn es möglich ist, mit einem solchen Feind ein Abkommen zu schließen, wird es sehr kurzlebig sein und man wird sehr bald enttäuscht sein. Der absolute Feind ist nicht dialogfähig, da er keinen Sinn darin sieht.

Heute sieht der Westen keinen Sinn darin, mit Russland zu verhandeln. Westliche Eliten glauben, dass ihre Wahrheit absolut und nicht verhandelbar ist. In gewisser Weise ist dies eine einzigartige Situation, wie wir sie in der Menschheitsgeschichte noch nicht erlebt haben. Dieser Konflikt ist endgültig und absolut und hat einen starken endzeitlichen Hintergrund. Dies ist ein Krieg der Ideen und nur Ideen werden in diesem Krieg gewinnen.

Aus dem Englischen

Andrei Korobow-Latintsew ist ein Offizier der Volksmiliz der Volksrepublik Donezk

* * *

"Kindesentziehung": Ukrainische Flüchtlingsmütter bitten um Hilfe

(Teil 1)

<https://gegenzensur.rtde.life/gesellschaft/167906-kindesentziehung-ukrainische-fluechtlingsmuetter-bitten-um-hilfe-teil-1/>

18.04.2023

Schutzlos und entrechtet: Ukrainische Flüchtlingsmütter bitten um Hilfe. Sie kämpfen um die Rückgabe ihrer ihnen entzogenen Kinder in Deutschland, Spanien und Portugal. In Westeuropa ist von einer Dunkelziffer auszugehen.

Von Maria Müller

Ein bislang rundweg verschwiegenes Thema kommt allmählich an die Öffentlichkeit: Ukrainische Flüchtlingskinder sind in Deutschland und in anderen westeuropäischen Ländern regelrecht gefährdet. Sie werden von ihren Familienangehörigen getrennt, meist handelt es sich um alleinerziehende Mütter. Auch die traumatischen Folgen der Trennung und Isolierung für Mutter und Kind sind offenbar kein Thema, weder für Jugendämter noch für bereitwillige Ärzte, Psychologen und Richter. Sie handeln nach dem unausgesprochenen Konsens: Ukrainische Kinder sollen über einen lang andauernden Aufenthalt bei Pflegeeltern faktisch und praktisch "adoptiert" werden, obwohl die offizielle Adoption von Kindern aus Kriegsgebieten in Deutschland aus guten Gründen verboten ist.

Wenn das ukrainische Kleinkind, das nach einem längeren Zeitraum inzwischen in eine deutsche Familie integriert ist und Deutsch spricht, nicht mehr zur leiblichen ukrainischen Mutter zurückkehren will (die sie monatelang nicht sieht), wird das von den Behörden akzeptiert. Als Voraussetzung für diesen erzwungenen "Integrationsprozess" muss das Sorgerecht der Flüchtlingsmütter gegenstandslos gemacht werden, indem man sie psychiatrisiert und für erziehungsunfähig erklärt. Der andere Weg ist, Mütter unter Druck zu setzen, einer offiziellen Adoption ihres Kindes in Deutschland zuzustimmen. Das geht immer, trotz des Flüchtlingsstatus des Kindes.

Ärztliche Hilfestellung und Familientherapie oder das Recht auf eine Zweitdiagnose existiert in diesen Fällen nicht. Man kann sich vorstellen, wie eine solche Behördengewalt die Mütter (ohne Sprachkenntnisse in einem fremden Land) zur Verzweiflung treibt und psychisch angreift. Manchmal werden die von ihrer Familie getrennten Kinder in Heimen oder Kliniken tage- und wochenlang mit wenig menschlichem Kontakt und ohne Kommunikation (Sprachbarriere) faktisch isoliert. Häufig ist der Mutter nur einmal im Monat eine Stunde Besuchszeit erlaubt – wie ein Gefängnisbesuch. In anderen Fällen sehen sie ihre Kinder erst wieder nach drei Monaten. Manche Frauen wissen wiederum gar nicht, wohin ihre Kinder gebracht wurden. Andere versuchte man zu überreden, einer Adoption zuzustimmen – denn sie seien bei einer deutschen Familie doch besser aufgehoben. Es soll in Deutschland laut verschiedenen Quellen mindestens 80 solcher Fälle geben. Eine der Frauen sagte:

"Das Konsulat ist machtlos. Allein in Deutschland gibt es mehr als 100 Fälle, in denen Flüchtlingen Kinder weggenommen wurden. Wir schließen uns bereits in Gemeinden zusammen, helfen uns finanziell und rechtlich gegenseitig. Momentan ist mir nur ein Fall bekannt, in dem eine Familie aus der Ukraine ihr Kind zurückbekam. Wir alle wollen zurück in die Ukraine, aber wir können dies nicht tun, solange unsere Kinder hier sind."

Keine einzige deutsche oder internationale Kinderhilfsorganisation hat sich bis jetzt um diese Fälle gekümmert. Auch Amnesty International oder Human Rights Watch äußern sich dazu nicht. Die weltbekannte traditionelle Organisation SOS Kinderdorf nimmt bislang nicht dazu Stellung, genauso wenig wie Terre des Hommes. Auch nicht das für Flüchtlingsfragen zuständige

Internationale Rote Kreuz oder die Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen, die UNHCR. Die entmündigten Frauen haben keine Lobby.

Die UN-Sondersitzung des Sicherheitsrates über Flüchtlingskinder

Vor allem die UNHCR müsste sich angesprochen fühlen – denn bei der UN-Sondersitzung des Sicherheitsrates am 5. April wurde sie im eigenen Haus mit den Stimmen betroffener Mütter konfrontiert. Das Thema war: "Kinder und bewaffnete Konflikte: Ukraine-Krise. Evakuierung von Kindern aus Konfliktgebieten".

Russland hatte das Treffen einberaumt, um über ukrainische Flüchtlingskinder zu berichten, die in Russland und in westeuropäischen Ländern untergebracht sind. Man präsentierte Berichte und Videos von Kindern, die mit oder ohne Eltern nach Russland gekommen waren. Wenn sich Erziehungsberechtigte melden, werden ihnen die Kinder problemlos übergeben. In Deutschland hingegen hat man solche Kinder in zahlreichen Fällen ihren örtlich anwesenden ukrainischen Erziehungsberechtigten mit Begründungen weggenommen, die keiner juristisch-medizinischen Prüfung von halbwegs wissenschaftlichem Niveau standhalten. Vor allem alleinerziehende Mütter und deren Kinder sind Ziel solcher Machenschaften, da man sie offenbar für hilfloser hält.

Die von Russland präsentierten Informationen sind durch Videofilme belegt. Mit diesem Link können alle auf der Konferenz gezeigten Filme geöffnet werden.

Der Vertreter Russlands im UN-Sicherheitsrat Wassili Nebensja ermöglichte auf diese Weise, dass ukrainische Mütter und Augenzeugen aus Westeuropa sowie Kinder, Pädagogen und Kinderbeauftragte aus Russland von ihren Erfahrungen berichten. Die Verantwortlichen des russischen Jugenddienstes sprechen über ihre Arbeit mit russischen oder ukrainischen Flüchtlingskindern, man hat Einblick in das hohe Niveau der pädagogischen und ärztlichen Betreuung der Flüchtlingskinder in Heimen, Ferienlagern und Schulen.

Ukrainische Mütter berichten über die Wegnahme ihrer Kinder

RT veröffentlicht eine Beitragsserie mit mehreren Ausgaben. Im heutigen Teil 1 kommen betroffene Mütter in Westeuropa zu Wort, die in einem Video von ihrem Schicksal berichten.

Julia Panasenko aus Dnjepropetrowsk erzählt, dass ihr Sohn im Sozialamt in Derio in Spanien entführt wurde. Er befindet sich in einem Heim des Jugendamtes. Sie versichert: "Ich habe die ukrainischen Medien informiert, dass ich kein Fake bin, sondern eine lebende Person." (*Sie zeigt ihren Personalausweis.*)

Jelena Kowalewa aus Dnjepropetrowsk berichtet: "Mein Kind Richard Kowalew (vier Jahre) wurde vor neun Monaten in Deutschland von mir unbekanntem Leuten des Jugendamtes mitgenommen. Ich hatte schon vier Anhörungen, die fünfte wird am 30. März dieses Jahres stattfinden. Sie geben mir mein Kind nicht zurück. Und ich habe meinen kleinen Sohn seit 83 Tagen nicht gesehen. Mir wurde gesagt, er sei bei einer deutschen Familie. Wir haben Richard nur dreimal gesehen. Dreimal für eine Stunde. Mein Junge wird bald vergessen, dass er eine Mutter hat. Dieser Prozess heißt 'Entfremdung'. Bitte retten Sie meinen ukrainischen Sohn. Ich flehe Sie an. Das ist kein Fake." (*Anm.: Jelena weinte bei einem der Anhörungsverfahren und wurde deshalb als psychiatrisch auffällig betrachtet.*)

Alina Lytkowa aus Sewerodonezk sagt: "Mein Kind (Tochter Julia Daschko) wurde mir vom Jugendamt in Deutschland weggenommen. Sie wurde als 'vorübergehende Schutzmaßnahme' in ein Waisenhaus gebracht. Nun sei sie bei einer deutschen Familie, wurde mir gesagt. Meine Tochter

wird wirklich vom Jugendamt in Deutschland festgehalten. Wir bitten Sie um Ihre Hilfe, unsere Kinder wieder zurückzubekommen. Das ist kein isolierter Fall in Europa. Wir sind keine Fakes."

Alina Komisarenko aus Saparoshje berichtet: "Mein Kind wurde mir in Portugal vom Jugendamt weggenommen. Gegenwärtig ist das Kind im Waisenhaus des Jugendamtes. Ich habe den ukrainischen Medien erklärt, dass ich kein Fake bin, sondern eine reale, lebende Person."

Oksana Buratewitsch aus Kiew mit einem neunjährigen Sohn erzählt: "Und in diesem Land wurde ich als psychisch krank deklariert. Ich habe angeblich das Münchhausen-Syndrom, die chronischen Magenschmerzen meines Sohnes seien durch meinen Einfluss auf ihn psychisch bedingt. (In der Ukraine war eine Magenschleimhautentzündung diagnostiziert worden.) Deshalb haben sie ihn von mir getrennt, anstatt ihn medizinisch zu behandeln. Um 22 Uhr abends klingelten sie an der Wohnungstür. Sie sagten, dass sie meinen Sohn aufgrund einer ärztlichen Anweisung mitnehmen müssten. Sie hätten eine richterliche Verfügung. Nach einer gerichtlichen Anhörung wurde mir teilweise das Elternrecht entzogen. Mein Sohn müsse von mir getrennt werden, um zu sehen, ob sich seine Magenschmerzen ohne meinen Einfluss bessern würden. (!!)"

Sie wollten mich überreden, mein Kind zur Adoption freizugeben. Muss ich darauf eingehen? Sie sagten: Geben Sie zu, dass er es in irgendeiner anderen Familie besser hat! Muss ich das zugeben? Soll ich das einräumen? Ich, eine liebende Mutter? Muss ich einräumen, dass er in Deutschland besser dran sei? Selbst wenn er lieber nach Hause zurückgehen will? Wir sind hier nur für eine kurze Zeit aufgrund der militärischen Umstände gelandet. Leute, was geht auf der Welt vor, was geht in der Gesellschaft vor? Bitte helft uns, sonst wird es eine Katastrophe geben. Ich bin dabei, mein Kind zu verlieren!"

Jelena Daschko aus Sewerodonezk lebt mit einer neunjährigen Tochter in Deutschland. Nach einem Besuch beim Kinderpsychologen in der Nähe eines Flüchtlingslagers wurde der Mutter zwei Wochen später das Erziehungsrecht teilweise entzogen und die Tochter in eine Klinik verbracht. "Die Klinik sagte mir, dass ich nun kein Besuchsrecht mehr habe, weil man meiner Tochter einen Vormund zugewiesen habe. Falls ich erneut auf das Gelände der Klinik käme, würde ein Strafverfahren gegen mich eröffnet."

Nach dem ersten Besuch hatte die Mutter festgestellt, dass ihre Tochter im Gesicht zerkratzt war und blaue Flecken hatte. Das habe sie sich selbst zugefügt, erklärte der Psychologe. Das Mädchen sei sehr wortkarg gewesen. Es erzählte der Mutter, fast immer allein zu sein, ohne ein Gespräch in ihrer Sprache.

Die vollständigen Berichte von Kowalewa, Buratewitsch und Daschko wurden vom ukrainischen Portal Strana News veröffentlicht. Man kann sie mit einer automatischen Internet-Übersetzung (per Google) in allen Sprachen lesen.

Die Vorkommnisse besonders in Deutschland, aber auch in Spanien und Portugal müssen untersucht werden. Sie werfen die Frage auf, ob der gleiche Trend auch in anderen europäischen Staaten besteht. Wie hoch ist die Dunkelziffer?

Was tun?

Die Mitglieder des Bundestages haben das Recht und die Pflicht, Licht in dieses Dunkel zu bringen. Eine "kleine Anfrage" ist das Mindeste, eine Untersuchungskommission das Adäquate, was unsere Parlamentarier tun müssten.

Pflegeeltern ukrainischer Flüchtlingskinder sollten die Angaben des Jugendamtes unabhängig

überprüfen, bevor sie ein angebliches ukrainisches Waisenkind oder ein "Kind einer erziehungsunfähigen Mutter" aus Flüchtlingskreisen annehmen. Sie müssten abklären, ob es eine leibliche Mutter gibt, wo sie sich befindet, und anwaltlich untersuchen lassen, warum ihr das Sorgerecht entzogen wurde. Unter diesem Link findet man Fachanwälte.

Sie sollten sich auch dafür einsetzen, dass diese angebliche "Erkrankung" oder "Unfähigkeit" der leiblichen Mutter behandelt wird und somit eine Rückgabe des Kindes zeitlich vorgesehen ist. Diese moralische Verpflichtung müssen Pflegeeltern auf sich nehmen, wenn sie nicht Teil eines organisierten Kindesraubes sein wollen. Daran beteiligte Behörden und Ärzte/Psychologen/Psychiater würden sich nach internationalem Recht einer Straftat schuldig machen. Kinderrechte sind internationales Recht.

* * *

"Kindesentziehung": Ukrainische Flüchtlingsmütter bitten um Hilfe (Teil 2)

<https://gegenzensur.rtde.life/gesellschaft/167933-kindesentziehung-ukrainische-fluechtlingsmuetter-bitten-um-hilfe-teil-2/>

19.04.2023

Schutzlos und entrechtet: Ukrainische Flüchtlingsmütter bitten um Hilfe. Sie kämpfen um die Rückgabe ihrer ihnen entzogenen Kinder in Deutschland, Spanien und Portugal. In Westeuropa ist von einer Dunkelziffer auszugehen.

Von Maria Müller

Im ersten Teil der Artikelserie berichteten ukrainische Flüchtlingsmütter darüber, wie ihnen deutsche Jugendämter ihre Kinder wegnehmen. Das Vorgehen der Behörden, mancher Gerichte und beteiligter Ärzte, Psychologen oder Psychiater ist unflexibel und autoritär. Die Frauen werden von den Entscheidungen, die sie von ihren Kindern trennen, hinterrücks überrascht. Aufgrund der Sprachbarrieren und ihrer geringen finanziellen Mitteln ist der Zugang zu Rechtsanwälten überwiegend versperrt.

Die Maßnahmen zielen immer wieder darauf ab, ihnen das Sorgerecht für ihre Kinder teilweise oder ganz zu entziehen. Ukrainische Flüchtlingskinder verschwinden plötzlich in Waisenhäusern, Kinderheimen oder Kliniken und finden sich anschließend bei deutschen Pflegefamilien wieder, zu denen die leiblichen Eltern keinen Zugang haben. Der Kontakt ist fast vollständig verboten. Man muss nicht Psychologie studiert haben, um zu wissen, dass Trennungen und ein Leben ohne die eigenen familiären Bezugspersonen über Wochen und Monate hinweg bei Kleinkindern zu schweren seelischen Schäden führen, die sie lebenslang beeinträchtigen.

Die internationalen und bundesdeutschen Gesetzesnormen

Die offizielle Gesetzgebung in Sachen Flüchtlingskindern spricht eine ganz andere Sprache. Die UN-Kinderrechtskonvention (Art. 3, Abs.1), besagt: "Das Wohl des Kindes ist ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist ..."

In der Bundesrepublik ist 2015 das Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher in Kraft getreten. Es sollte "die Situation, das psychische und das körperliche Wohlbefinden des Kindes verbessern" ...

Die in dieser Serie wiedergegebenen Berichte sind eine Aufforderung an uns alle, einem Phänomen

auf den Grund zu gehen, das womöglich die Menschenrechte von Flüchtlingsfamilien schwer missachtet.

Berichte im Detail: zwei betroffene ukrainische Mütter erzählen ihre Erfahrungen in Deutschland

Das ukrainische Portal *Strana News* hat Berichte von ukrainischen Flüchtlingsmüttern in der Originalsprache veröffentlicht. Man kann sie per online-Übersetzung in allen Sprachen lesen.

Bericht von Jelena Kowalewa

"Ich bin mit meinem jüngsten Sohn Richard (vier Jahre alt) nach Deutschland gekommen. Der Älteste, Alexander (16 Jahre), ist in der Ukraine geblieben, er wollte nicht weg, aber nach ein paar Monaten habe ich ihn überredet zu kommen. Nach meiner Ankunft im März letzten Jahres haben mich ukrainische Freiwillige empfohlen. Eine Familie war bereit, ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen. Außer uns lebten dort zwölf Personen, darunter zwei Kinder. Es war wie ein kleines Familieninternat. Wir lebten dort 51 Tage. Dann wurde uns angeboten, in ein Flüchtlingslager zu ziehen: Wir wurden akzeptiert, alles wurde ohne Probleme erledigt, aber ein paar Tage später kamen Vertreter des Jugendamtes und sagten, dass sich die Familie, bei der wir vorher gewohnt hatten, über mich beschwert haben. Wir hatten keine Konflikte. Sie schrieben eine Erklärung, dass ich mich angeblich nicht um mein Kind kümmere, es zu wenig ernähre, ich reagiere zu emotional auf alltägliche Schwierigkeiten. Und sie sagten mir, dass ich aufgrund dieser Denunziation vorübergehend von dem Kind getrennt werde, bis alle Umstände geklärt sind. Das Kind wurde direkt aus dem Sandkasten geholt, wo es gespielt hat."

"Um mir mein Kind wegzunehmen, hat es gereicht, dass einige Leute ohne jede Beweise eine Beschwerde gegen mich geschrieben haben, dass ich eine schlechte Mutter sei." Kowalewa weiter:

"Zuerst wurde mein Sohn in ein Waisenhaus gebracht, zehn Tage später kam er zu einer unbekanntenen Familie. Die erste Gerichtsverhandlung fand zwei Wochen danach statt. Dort sagten sie mir, dass ich meinen Sohn einmal alle acht Monate sehen könne". (!)

"Die zweite Anhörung fand vier Monate später statt, und mir wurde gesagt, dass meine elterlichen Rechte vorübergehend ausgesetzt würden. Danach brach ich in Tränen aus – und das Gericht urteilte, ich müsse mich einer psychiatrischen Untersuchung unterziehen und meine Erziehungsfähigkeit beweisen, sonst würde man mir das Kind nicht zurückgeben."

Kowalewa schaltete einen Anwalt ein, der ihr riet, Dokumente in der Ukraine zu sammeln. Ihre Unterlagen waren alle positiv, und der Anwalt bestätigte, dass sie weder in einem psychiatrischen Register geführt noch strafrechtlich auffällig war. Doch später stellte sich heraus, dass diese anwaltliche Feststellung dem Gericht nicht ausreichte.

Die Mutter erklärt: "In den letzten sieben Monaten habe ich meinen Sohn nur dreimal gesehen." (*Das dritte Mal brach sie ein Verbot. Anm.*)

Nun besteht auch für den ältesten Sohn, den 16-jährigen Alexander, die Gefahr, von der Mutter getrennt zu werden. Vor ungefähr einem Monat ging sie mit ihm zu einem Treffen mit dem jüngsten Kind Richard. Doch man erlaubte nur Alexander den Kontakt. Der Mutter sei er nicht erlaubt. Sie stürmte dennoch in Richards Zimmer, um ihn zu umarmen. Das Jugendamt rief die Polizei und behauptete, Kowalewa habe den Beamten dabei leichte Körperverletzungen zugefügt. Ein Strafverfahren wurde gegen sie eröffnet, auf dessen Grundlage auch der älteste Sohn von ihr getrennt werden könnte.

Bericht von Jelena Daschko aus Sewerodonezk

Daschko kam im Oktober 2022 mit ihrer neunjährigen Tochter nach Deutschland. Sie lebte mehrere Monate in einem Flüchtlingslager, wo sie bemerkte, dass ihre Tochter einschlief und sich manchmal große Sorgen machte. Die Frau beschloss, sich an den örtlichen Psychologen zu wenden, der sich im Flüchtlingslager aufhielt.

"Der Psychologe hat meine Tochter gebeten, ein paar Tage in seiner Klinik zu bleiben, und sie werden sie im Auge behalten. Es war nicht weit von unserem Wohnort entfernt, also habe ich zugestimmt. Ein paar Tage später hat mir der Psychologe gesagt, dass es mit meiner Tochter immer schlimmer wird, sie schreit ständig und versucht wegzulaufen, also müsse sie in der Klinik bleiben. Nach diesen Worten rief der Arzt die Jugendbetreuer an, die sagten, dass sie ab jetzt meine elterlichen Rechte teilweise einschränkten. Meine Tochter war zehn Tage lang bei den Psychologen. Dann gab es eine Anhörung vor einem Gericht, das mir meine elterlichen Rechte teilweise entzog. Mir wurde gesagt, dass ich jetzt nicht entscheiden kann, wo meine Tochter sein wird.

Zwei Wochen nachdem sie sie weggebracht hatten, sah ich meine Tochter zum ersten Mal. Sie war in einem schrecklichen Zustand, ganz zerkratzt, blaue Flecken im Gesicht, sie sprach praktisch nicht. Sie sagte mir, dass sie die ganze Zeit allein war, niemand mit ihr gesprochen hat, und wenn doch, dann auf Deutsch, was sie nicht versteht. Auf meine Frage, wo das Mädchen den Bluterguss erlitten hat, sagten die Ärzte, sie habe sich selbst geschlagen."

In der Klinik des Psychologen habe man Daschko gesagt, dass sie kein Besuchsrecht mehr für ihre Tochter habe, da ihr ein Vormund zugeteilt wurde. Wenn sie in der Klinik auftauche, würde ein Strafverfahren gegen sie eröffnet. Man habe ihr diesen Beschluss schriftlich ausgehändigt.

Die Ukrainerin wandte sich an das Konsulat und bat um Hilfe, um die aktuelle Situation überhaupt zu verstehen. Das Konsulat konnte ihr nicht helfen, da sie sich auf dem Territorium eines anderen Landes befinde und gezwungen sei, dessen Gesetze zu befolgen.

"Heute weiß ich nicht, wo meine Tochter ist, das sagt man mir in der Klinik nicht. (!!) Im Konsulat haben sie mir gesagt, wenn die Ärzte meine Tochter mitnehmen, dann ist das sehr nötig, sie wissen angeblich, was sie tun. Jetzt geben sie meiner Tochter ein paar Psychopharmaka, aber welche weiß ich nicht. Wie lange die Behandlung dauert, sagen sie mir auch nicht. Mehr als drei Monate lang sah ich meine Tochter nur viermal.

Das Konsulat ist machtlos. Allein in Deutschland gibt es mehr als 100 Fälle, in denen Kinder von Flüchtlingen weggenommen wurden. Wir kommen bereits in Gemeinschaften zusammen, helfen einander finanziell und rechtlich. Im Moment ist mir nur ein Fall bekannt, in dem ein Kind aus der Ukraine an seine Familie zurückgegeben wurde. Wir wollen alle zurück in die Ukraine, aber wir können das nicht tun, solange unsere Kinder hier sind", erzählte Daschko.

Weitere Fragen zum Verbleib ukrainischer Flüchtlingskinder in Deutschland

Nach dem Lesen dieser Zeugnisse stellen sich weitere Fragen. Zum einen, ob es Lobbyorganisationen gibt, die für die Belegung von Kliniken, Waisenhäusern und Kinderheimen bei den zuständigen Behörden werben. Ob ein finanzieller Hintergrund dafür nicht ausgeschlossen werden kann – falls die Institutionen staatliche Finanzierungen erhalten, ähnlich den

Krankenhäusern.

In einer Studie des Soziologen Wolfgang Hammer (Familienrecht in Deutschland) wird erwähnt, dass es durchaus gängige Praxis von Behörden und Gerichten in Deutschland sei, Kinder von ihren Eltern bzw. ihren Müttern zu trennen. Auch gebe es Lobbyorganisationen im Umfeld der Familiengerichte. "Außerdem haben sich Subsysteme bei Gericht gebildet. Dort entscheidet nicht das Gesetz, sondern die Auswahl von Richtern, Gutachtern und Beiständen über das weitere Leben der Kinder." Er spricht auch von "tendenziösen Gutachten".

All das ist also nicht neu in der Bundesrepublik. Solche Hinweise deuten zumindest Hintergründe an, die in die Erforschung des Verbleibs ukrainischer Flüchtlingskinder in Deutschland einbezogen werden müssen.

* * *

Die russische Wirtschaft – in Wirklichkeit auf dem Niveau der deutschen?

<https://gegenzensur.rtde.life/russland/168231-russische-wirtschaft-in-wirklichkeit-auf/>

21.04.2023

Die gegen Russland eingeführten Sanktionen seitens des Westens haben ihr Ziel offenkundig verfehlt, die russische Wirtschaft ist nicht zusammengebrochen. Stattdessen entwickelt sie sich in manchen Bereichen sogar deutlich besser als die Volkswirtschaften diverser westlicher Länder. Liegt es womöglich daran, dass Russland wirtschaftlich in Wirklichkeit viel stärker ist als das, was manche Statistiken wiedergeben?

Von Alexander Männer

Die als Reaktion auf den russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 massiv ausgeweitete Sanktionspolitik des Westens gegen Russland konnte die Wirtschaft des Landes nicht nur nicht ruinieren, sondern hat wider Erwarten schwerwiegende negative Folgen für die Länder gebracht, die die Strafmaßnahmen einführten. Das zeigt vor allem das Beispiel Deutschlands, das aufgrund seiner breiten Abkehr von den preiswerten russischen Ressourcen zuerst mit hohen Energiepreisen und danach mit einer extrem hohen Inflation konfrontiert wurde. Infolgedessen wurde die Bundesrepublik unter anderem von einer beispiellosen Pleitewelle der Unternehmen erwischt, weswegen man unlängst von der Gefahr einer Deindustrialisierung spricht.

Im Vergleich dazu überrascht die wirtschaftliche Entwicklung Russlands angesichts der Tausenden Sanktionen, die die russische Wirtschaft eigentlich schon vor einem Jahr in den Abgrund stürzen sollten, auf eine positive Weise. So nahm die Inflation in Russland in diesem Jahr schon zum dritten Mal in Folge ab und lag zum Beispiel im März insgesamt bei 3,5 Prozent. Das ist deutlich weniger als die Inflationsrate in Deutschland, die im selben Monat 7,4 Prozent betrug. Sollte diese Tendenz bis zum Jahresende anhalten, dann wäre es das erste Mal in der jüngsten Geschichte überhaupt, dass die jährliche Gesamtinflation in Russland niedriger ausfällt als die in Deutschland.

Die Rolle des Produktionssektors

Derweil machen viele Experten die Widerstandsfähigkeit der russischen Wirtschaft vor allem an der Tatsache fest, dass Moskau die westlichen Handelsbeschränkungen auf Rohstoffe umgeht und weiterhin Einnahmen etwa aus dem Verkauf von Erdöl und Gas generiert. Dies stimmt allerdings nur zum Teil, wengleich der Handel mit Ressourcen für die Russen in der Tat eine zentrale Rolle spielt. Denn ein Schlüsselaspekt für den recht erfolgreichen Umgang Russlands mit Sanktionen ist

das, was viele Wirtschaftsexperten im Grunde schon während der Corona-Krise ausgemacht hatten: Nämlich das Potenzial eines Landes, physische Güter trotz negativer äußerer Faktoren in einem ausreichenden Umfang herzustellen, um die einzelnen Wirtschaftsprozesse dadurch am Laufen zu halten.

Der Kampf gegen die Corona-Krise und ihre ökonomischen Folgen hatte bereits 2020 deutlich gemacht, dass ein Land inmitten einer schwerwiegenden Krise – wenn vor allem die Zulieferungen aus dem Ausland unterbrochen sind und die eigenen Reserven nicht ausreichen – in hohem Maße auf den Produktionssektor und nicht etwa auf den Dienstleistungssektor angewiesen ist, um einen Wirtschaftseinbruch zu vermeiden.

Insofern darf man nicht vergessen, dass die Produktion in Russland relativ viel Potenzial hat, was die neuesten Meldungen belegen. Allein beim zivilen Flugzeugbau planen die russischen Unternehmen die Produktion von vier Passagierflugzeugen, die die Unabhängigkeit der russischen Luftfahrtindustrie und des inländischen Passagiertransports künftig gewährleisten sollen. Vor allem stehen die Russen kurz davor, mit der Serienherstellung ihres neuen und hochmodernen Passagierjets MS-21 zu beginnen, der die europäische Airbus und die US-amerikanische Boeing sowohl im Inland ersetzen als auch mit ihnen auf dem Weltmarkt konkurrieren soll.

Solche Nachrichten könnten in den westlichen Ländern mit Sicherheit für Verwirrung sorgen, wo man Russland, zumindest wirtschaftlich, lange Zeit eher als eine Bananenrepublik angesehen hat, das kaum dazu in der Lage ist, etwas Anspruchsvolles selbstständig zu entwickeln und herzustellen und stattdessen nur Rohstoffe verschern kann.

Auch der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau, Rüdiger von Fritsch, der zwischen 2014 und 2019 in Russland gearbeitet hat und das Land eigentlich besser als jeder deutsche Otto Normalverbraucher kennen sollte, war in der ZDF-Sendung "Markus Lanz", die Mitte Februar des vergangenen Jahres ausgestrahlt wurde, nicht weit von dieser Annahme entfernt: Er hatte damals behauptet, Russland sei wirtschaftlich im Grunde auf dem Niveau von Italien. Was im Kern definitiv nicht der Realität entsprach, aber wieder das Vorurteil unterstrich, dass Russland bloß ein weiteres Krisenland ist, das wirtschaftlich in einer anderen Liga spielt als Deutschland oder Frankreich.

Wie stark ist Russlands Wirtschaft wirklich?

Im Zuge der scheiternden Sanktionspolitik und des Wiedererstarkens der russischen Wirtschaft findet im Westen diesbezüglich inzwischen offenbar ein Umdenken statt, das bereits auch in den USA Einzug gehalten hat, wie das bekannte US-Magazin *The National Interest* (NI) verdeutlicht. In seinem am Montag veröffentlichten Artikel "Can We Please Stop Comparing Russia's Economy to Italy's?" erläutert der Chefredakteur dieses Magazins, Carlos Roa, warum Russlands Wirtschaft in Wirklichkeit nicht so klein ist, wie die Statistiken es vermuten lassen, und warum das Land mit den Sanktionen fertig wird.

Seiner Ansicht nach soll der besagte Vergleich mit Italien in erster Linie deshalb hinken, weil die russische Wirtschaft immer wieder an dem nominalen Bruttoinlandsprodukt gemessen werde und nicht an der sogenannten Kaufkraftparität, die die realen Verhältnisse besser wiedergeben würde. Diese sind Roa zufolge so, dass das an der Kaufkraftparität gemessene BIP Russlands etwa im Jahr 2021 4,81 Billionen US-Dollar betrug und damit näher an dem deutschen BIP von 4,85 Billionen Dollar lag als an dem italienischen, das im selben Jahr nur 2,74 Billionen Dollar ausmachte. Dies sei ein entscheidender Unterschied, und es sei sowohl rätselhaft als auch beunruhigend, dass "so viele weiterhin den Russland-Italien-Vergleich nachplappern" würden, meint Roa.

Zudem bestätigt er die eingangs erwähnte These über die Produktion und die Dienstleistungen: Ihm zufolge hatten sich die westlichen Volkswirtschaften in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend auf den Dienstleistungssektor konzentriert, der in Zeiten von Konflikten jedoch an Bedeutung verliert. Unter den Bedingungen eines Krieges sei die Produktion von physischen Gütern von entscheidender Bedeutung, so der Experte, und aus diesem Grund sei die russische Wirtschaft nicht nur "stärker als die deutsche, sondern auch mehr als doppelt so stabil wie die französische".

Roa weiter: "Die dominierende Position Russlands bei dem weltweiten Handel mit Energie und Rohstoffen – das Land ist ein wichtiger Produzent von Öl, Gas, Platin, Kobalt, Gold, Nickel, Phosphat, Eisen, Weizen, Gerste, Buchweizen, Hafer und anderen Gütern – gewährt ihm einen erheblichen Einfluss auf die Märkte und die Wirtschaft und macht es weniger anfällig für Sanktionen und den Druck des Westens." Darum scheiterte auch der "universelle Ansatz" von Wirtschafts- und Handelsbeschränkungen gegen ein Land mit solch einer beträchtlichen Wirtschaftskraft, heißt es.

* * *

Stalin gegen die Juden: Wie der sowjetische Diktator seinen letzten Kampf verlor

<https://gegenzensur.rtde.life/russland/168056-stalin-gegen-juden-wie-sowjetische/>
22.04.2023

Vor 70 Jahren endete mit dem Tod des Machthabers Josef Stalin die Verfolgung der Juden in der Sowjetunion. Auch das Verfahren zur berüchtigten "Ärzteverschwörung", einem angeblichen Komplott jüdischer Ärzte, wurde kurz darauf eingestellt.

Von Anatoli Brusnikin

Die "Säuberungen" des sowjetischen Diktators Josef Stalin, die sich gegen seine vermeintlichen Gegner richteten, sind ein einzigartiges historisches und psychologisches Phänomen und Gegenstand umfangreicher Forschungen. In den 1920er-Jahren eliminierte der Georgier wahllos politische Konkurrenten aus gegnerischen Parteien und Schichten, ehemalige Offiziere der Weißen Armee und Arbeiter des zaristischen militärisch-industriellen Komplexes. In den 1930er-Jahren ging er gegen parteiinterne Gegner, die gesamte Führung der Roten Armee und den NKWD (Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten, der Vorläufer des KGB) vor. Während des Zweiten Weltkriegs wurde der Terror kurzzeitig eingestellt.

Nach Kriegsende wurde die Suche nach parteiinternen Feinden, die sich der "Behinderung des kommunistischen Aufbaus" schuldig gemacht hatten, jedoch wieder aufgenommen. Der neue Feind des stalinistischen Regimes wurde als Kosmopolit und als Jude dargestellt. Die sogenannte "Ärzteverschwörung" sollte zum Höhepunkt dieser neuen antisemitischen Säuberungsaktion werden, doch sie wurde unmittelbar nach dem Tod Stalins abrupt eingestellt.

Heimatloser Kosmopolitismus

Der gemeinsame Sieg der UdSSR über Deutschland und Japan zusammen mit den westlichen Verbündeten führte zu einer geopolitisch ungerechtfertigten, "freundschaftlichen" Haltung gegenüber den westlichen Ländern. Die einfache sowjetische Bevölkerung konnte nicht begreifen, wie Menschen, die während des Krieges einander unterstützt hatten, in einem neuen, "kalten" Krieg plötzlich zu Feinden wurden.

Um diese kognitive Dissonanz zu beheben, startete die UdSSR eine Kampagne gegen den

Kosmopolitismus. Die Behörden vertraten die Ansicht, dass den Krieg gegen Hitler eine einzige große Nation gewonnen habe – das sowjetische Volk, wie Stalin in einer berühmten Ansprache am 24. Mai 1945 verkündete. Und wenn dieses Volk das Böse in der Welt besiegt hatte, müsste es doch sicherlich das Beste von allem besitzen. ... Daher wurde jeder Versuch, die Situation im eigenen Land mit dem Leben in anderen Ländern zu vergleichen, als "Kotau vor dem Westen" bezeichnet.

Bürger, die "kosmopolitische" Ansichten und Äußerungen zum Ausdruck brachten, insbesondere jene, die durch ihre Arbeit in Kontakt mit Ausländern kamen, konnten leicht Opfer des "antisowjetischen" Artikels 58 des Strafgesetzbuchs werden. Die juristischen Formulierungen, die sich auf das beobachtete Verhalten stützten, reichten von "Bewunderung für US-Waffen und militärische Ausrüstung" (die die UdSSR im Rahmen des Lend-Lease-Programms erhalten hatte) bis hin zur "Pflege antisowjetischer Gefühle" oder "Verbindungen, die den Verdacht der Spionage begründen".

Das Vorgehen fand auf allen Ebenen statt. Zeitungen und sowjetische "Ehrengerichte" starteten eine Kampagne gegen "Idealismus", "Kosmopolitismus", "Formalismus" und "jüdisch-bürgerlichen Nationalismus". Letzterer war besonders wichtig, da sich nach dem israelischen Unabhängigkeitskrieg herausstellte, dass Israel entgegen Stalins Berechnungen – ganz zu schweigen von seinen Waffenlieferungen an die Zionisten – kein Satellitenstaat der UdSSR im Nahen Osten werden würde.

Im Jahr 1948 begannen die sowjetischen Behörden mit der Säuberung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees (JAK), das sie erst wenige Jahre zuvor gegründet hatten. Der Leiter der Organisation, der weltberühmte Theaterregisseur und jüdische Publizist Solomon Michoels, wurde auf persönlichen Befehl Stalins in Minsk getötet.

Das JAK war dem NKWD unterstellt und wurde im Jahr 1942 zunächst zu Propagandazwecken gegründet. Der Organisation gehörten sowjetische Juden, Wissenschaftler und Intellektuelle an. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, im Namen der Juden, die unter der roten Fahne gegen den Nationalsozialismus kämpften, finanzielle Unterstützung von der internationalen Gemeinschaft einzuwerben.

Unter anderem sammelte das Komitee Informationen über den Holocaust auf dem von Deutschland besetzten sowjetischen Gebiet. Das "Schwarzbuch" wurde im Jahr 1946 in New York gedruckt, in der UdSSR jedoch nie veröffentlicht. Laut dem offiziellen Standpunkt der Behörden war die gesamte Bevölkerung der Sowjetunion vom Krieg betroffen, nicht nur einige Nationalitäten. Daher wurde das einzige Holocaust-Denkmal in Kiew, in Babi Jar, errichtet. Gedenkstätten an anderen Orten, wo Juden in Massen erschossen wurden, waren trotz zahlreicher Appelle der jüdischen Gemeinde verboten.

Als der Krieg zu Ende ging und das politische Scheitern der UdSSR in Israel offensichtlich wurde, hielt man die Organisation für nutzlos und meinte, sie würde nur "unnötige" Aufmerksamkeit erregen. Das JAK wurde im Jahr 1948 aufgelöst.

Mittlerweile waren die beiden Kampagnen – die gegen den "Kotau vor dem Westen" und die gegen den latenten Antisemitismus – zu einem einzigen Kampf gegen den "Kosmopolitismus" verschmolzen. Juden, insbesondere Zionisten, wurden am häufigsten angegriffen. Um solide Ergebnisse bei der Mobilisierungsarbeit zu erzielen, musste der Feind ein Gesicht haben. Während England und die USA das äußere Feindbild darstellten, wurden die "Kosmopoliten" zur internen "fünften Kolonne" der UdSSR.

Russland, das Heimatland der Elefanten

Die Kampagne wurde von der "Abteilung für Propaganda und Agitation" des Zentralkomitees der KPdSU durchgeführt und von Andrei Schdanow geleitet. Die Haltung der Abteilung war eindeutig:

"Ohne die russische Sprache, ohne die Wissenschaft und Kultur der Völker des Sowjetlandes kann von einer Zivilisation keine Rede sein. Wir haben den Vorrang. Die kapitalistische Welt hat ihren Zenit längst überschritten und befindet sich in einem Abwärtsstrudel, während das Land des Sozialismus voller Kraft und Kreativität auf dem Weg nach oben ist. Das sowjetische System ist hundertmal höher und besser als jedes bürgerliche System, und die Länder der bürgerlichen Demokratien, die in ihrem politischen System eine ganze historische Epoche hinter der UdSSR zurückliegen, werden dieses erste Land der echten Demokratie einholen müssen."

Die Parteiorganisationen wurden angewiesen, "die Arbeit zur Erziehung der Arbeiter über die Ideen des Leninismus auszuweiten und in den Menschen die heiligen Gefühle des Sowjetpatriotismus, einen brennenden Hass auf den Kapitalismus sowie auf alle Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie zu fördern".

Die Zeitschrift *Ogonjok* reproduzierte Bilder von Werken westlicher Künstler wie Salvador Dalí und übte scharfe Kritik am "militanten Imperialismus und der zoologischen Misanthropie". Westliche Literatur wurde kaum noch übersetzt. Die "Nord"-Zigaretten wurden in "Sever" ("Norden") umbenannt und das "französische Brot" hieß nun "städtisches Brot". Es gab auch Versuche, die Entdeckung des Massenerhaltungssatzes Michail Lomonossow und nicht Antoine Lavoisier zuzuschreiben, die Erfindung des Funktelegraphen Alexander Popow statt Guglielmo Marconi. Ein Sinnspruch, der die Absurdität der Kampagne unterstrich, lautete damals: "Russland ist das Heimatland der Elefanten".

Im Januar 1948 verwendete Schdanow in seiner Rede zum ersten Mal das Epitheton "Heimatloser Kosmopolit". "Der Internationalismus wird dort geboren, wo die nationale Kunst blüht. Diese Wahrheit zu vergessen bedeutet ..., sein Gesicht zu verlieren, ein heimatloser Kosmopolit zu werden".

In einem anderen Artikel erklärte einer seiner Stellvertreter, dass der Kosmopolitismus die Ideologie der imperialistischen Bourgeoisie sei. Dazu gehörten namentlich Pawel Miljukow, Nikolai Bucharin, Leo Trotzki, alle Wlassowisten und Kollaborateure. Kurzum, alle politischen Gegner des stalinistischen Regimes sowie die Feinde des Volkes wurden als Kosmopoliten abgestempelt. Von einem scheinbar amorphen Begriff wurde "Kosmopolitismus" zu einem Schmähwort, das ebenso gefährlich war wie "Vaterlandsverräter".

Begleitet wurde die Kampagne, die sich vor allem gegen Juden richtete, von heftiger Kritik in den Zeitungen, aber auch in einigen literarischen und polemischen Publikationen. Es kam jedoch nicht zu schweren Massenrepressionen. 1948 bis 1953 blieb es bei aggressiven öffentlichen Äußerungen.

"Internationales Zentrum der Spionage"

Ende August 1948 hatte Schdanow mit Herzproblemen zu kämpfen. Wie die übrige Führungsspitze des Landes wurde er von den besten Ärzten der UdSSR überwacht, die in der medizinisch-sanitären Abteilung des Volkskommissariats für Gesundheit arbeiteten. Am 28. August führte die Leiterin der Abteilung für Funktionsdiagnostik, Lidia Timaschuk, in Schdanows Landhaus ein Kardiogramm durch und diagnostizierte bei ihm einen Herzinfarkt. Erfahrenere und hochrangige Ärzte ignorierten jedoch ihre Schlussfolgerung, schlossen die Diagnose aus und verschrieben andere Behandlungen. Timaschuk schrieb an ihre Vorgesetzten und erläuterte ihren Standpunkt, aber auch diese Briefe

wurden ignoriert. Schdanow starb drei Tage später an einem Herzinfarkt.

Dieser Vorfall wurde zum Ausgangspunkt für die sogenannte "Ärzteverschwörung". Allerdings erhielt er nicht sofort öffentliche Aufmerksamkeit. In jenen Jahren bedienten sich die sowjetischen Behörden anderer Vorwände, um unerwünschte Personen zu beseitigen. So war etwa die Säuberung des Jüdischen Antifaschistischen Komitees in vollem Gange. Im Jahr 1949 wurde ein Strafverfahren gegen die Organisation eingeleitet, die Behörden verhafteten die gesamte Leitung des JAK. 15 Personen wurden beschuldigt, "Verbindungen zu jüdischen nationalistischen Organisationen in Amerika" zu haben. 13 von ihnen wurden im Jahr 1952 erschossen, etwa hundert weitere Mitglieder waren Repressionen ausgesetzt.

Antisemitische Maßnahmen gab es aber auch in den anderen Ländern Osteuropas. Im November 1952 fand in der Tschechoslowakei der Prozess gegen Rudolf Slánský statt. Damals versuchte ein Teil der Führung der Tschechoslowakei – einer der wichtigsten Republiken des Ostblocks –, direkte Beziehungen zum sozialistischen Jugoslawien unter Josip Tito aufzubauen. Die Reaktion Moskaus hierauf war hart. 13 Personen wurden vor Gericht gestellt, darunter Slánský, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Außenminister Vladimír Clementis und weitere hohe Beamte. Von den 13 Personen waren elf Juden, was den Anschuldigungen einen antisemitischen Anstrich gab. Darüber hinaus wurde Israel während des Prozesses als ein Instrument in den Händen der Befürworter eines neuen Weltkriegs und als internationales Spionagezentrum bezeichnet.

Vor diesem Hintergrund erschienen die Berichte der Ärztin Timaschuk in einem neuen Licht. Es stellte sich heraus, dass ihre Vorgesetzten, die der Diagnose nicht zugestimmt hatten, meist Juden waren. Viele von ihnen wurden festgenommen. In der *Prawda* und anderen Zeitungen wurde ein Artikel mit dem Titel "Hinterhältige Spione und als Medizinprofessoren getarnte Attentäter" veröffentlicht. Es folgte ein ausführlicher offizieller Bericht über den Vorfall:

"Die Ermittlungen ergaben, dass die Mitglieder der terroristischen Vereinigung ihre Stellung als Ärzte ausnutzten und das Vertrauen der Patienten missbrauchten, indem sie deren Gesundheit absichtlich untergruben, die Daten der objektiven Untersuchung der Patienten bewusst ignorierten, ihnen falsche Diagnosen stellten, die nicht der tatsächlichen Art ihrer Krankheiten entsprachen, und sie dann mit unsachgemäßer Behandlung töteten. Sie haben einen Weg monströser Verbrechen eingeschlagen und die Ehre der Wissenschaftler beschmutzt."

Im selben TASS-Bericht hieß es ferner: "Es ist erwiesen, dass alle Mitglieder der Terrorgruppe für ausländische Geheimdienste arbeiteten, denen sie Leib und Seele verkauften, und deren bezahlte Agenten sie waren." Weiter hieß es, ihr Ziel sei es, "aktive Beamte des sowjetischen Staates zu töten". Das Fazit des Berichts lautete: "Die meisten Mitglieder der Terrorgruppe – Wowski, B. Kogan, Feldman, Grinshtein, Etinger und andere – wurden vom US-Geheimdienst angeworben. Sie wurden von der internationalen jüdischen bürgerlich-nationalistischen Organisation 'Joint' rekrutiert, einer Abteilung des US-Geheimdienstes. Das schmutzige Gesicht dieser zionistischen Spionageorganisation, die ihre abscheulichen Aktivitäten unter dem Deckmantel der Wohltätigkeit verbirgt, ist vollständig entlarvt worden."

"Joint" war in der Tat eine Wohltätigkeitsorganisation, die seit dem Ersten Weltkrieg existierte und Juden weltweit Hilfe leistete. Zwei Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise, die Machtergreifung der Nazis und der israelische Unabhängigkeitskrieg boten zahlreiche Anlässe für humanitäre Hilfe. Kein Wunder also, dass die verhafteten Ärzte Kontakte zu einer so mächtigen internationalen Organisation hatten.

Stalins persönliche Abneigung gegen Juden spielte bei diesen Ereignissen eine große Rolle. Am 1. Dezember 1952 erklärte er: "Jeder nationalistische Jude ist ein Agent des amerikanischen Geheimdienstes. Nationalistische Juden glauben, dass ihre Nation von den Vereinigten Staaten gerettet wurde. Unter Ärzten gibt es viele nationalistische Juden".

Der Ton der Anschuldigungen in Medien wie der *Prawda* und der *TASS* sowie der hohe Rang der verhafteten "Mörder in weißen Roben" ließen keinen Zweifel daran, dass ein großangelegter öffentlicher Prozess vorbereitet wurde. Nur waren die Angeklagten dieses Mal keine Soldaten oder Trotzkisten, sondern Ärzte und zumeist Juden.

Endspiel

Der Hauptangeklagte war Miron Wowski. Von 1941 bis 1950 war er Chefarzt der sowjetischen Armee, trug die Titel eines Akademiemitgliedes und eines Generalmajors und war einer der Entwickler der militärischen Feldtherapie. Nach seiner Verhaftung Ende 1953 wurde er zum Anführer der "Killerärzte" ernannt.

Zu den Angeklagten gehörten neben Wowski auch der Leiter der Abteilung für Krankenhaustherapie des Ersten Moskauer Medizinischen Instituts, Boris Kogan; der Gründer und Leiter der HNO-Abteilung des Zentralen Instituts für medizinische Fortbildung, Alexander Feldman; Stalins Leibarzt, Wladimir Winogradow; der Leiter der medizinischen und sanitären Abteilung des Kremls und Stalins führender Arzt, Pjotr Jegorow; und Jakow Etinger, der Leibarzt der Volkskommissare Georgi Tschitscherin, Sergo Ordschonikidse, Semjon Budjonny, Maxim Litwinow und Palmiro Togliatti.

Diese Ärzte wurden gemeinsam mit mehreren anderen berühmten Medizinprofessoren Ende 1952 beziehungsweise Anfang 1953 inhaftiert. Alle Angeklagten wurden verhört, die Vorbereitungen für einen öffentlichen Prozess liefen auf Hochtouren. Im Wesentlichen klang der Vorwurf gegen alle ähnlich: die vorsätzliche Misshandlung von wichtigen Parteifunktionären.

Die Anhörung fand jedoch nie statt, da Stalin selbst Anfang März 1953 plötzlich erkrankte und kurz darauf starb.

Nikolai Mesjazew, der ehemalige Sonderermittler im Ministerium für Staatssicherheit der UdSSR, behauptete, dass der Zusammenhang zwischen der Einstellung des Verfahrens und dem Tod Stalins auf Spekulationen beruhte. Ihm zufolge wurde die Entscheidung, das Verfahren einzustellen, Mitte Februar 1953 getroffen. Diese Erklärung steht im Widerspruch zu den zunehmenden Anschuldigungen gegen die Ärzte und den antijüdischen Berichten in der Presse, die Mitte Februar stark zunahmten und erst nach dem Tod des Diktators aufhörten.

Historiker sind sich einig, dass Lawrentij Beria am 13. März – eine Woche nach Stalins Tod – die Einstellung des Verfahrens veranlasste. Alle verhafteten Ärzte wurden freigelassen. Am folgenden Tag wurde offiziell verkündet, dass die Geständnisse durch "inakzeptable Ermittlungsmethoden" erlangt worden seien. Oberstleutnant Rjumin, der mit dem Fall betraute Beamte, wurde aus dem Ministerium für Staatssicherheit entlassen und auf Befehl Berias sofort verhaftet. Er wurde im Sommer 1954 im Rahmen der von Chruschtschow eingeleiteten Prozesse gegen die Verantwortlichen für die Massenrepressionen erschossen.

Die Kampagne wurde schnell von der nationalen Trauer um den Tod Stalins und dem Gefühl eines unvermeidlichen innenpolitischen Wandels überschattet. Plötzlich herrschte ein Gefühl der Erleichterung.

In der Sowjetunion verblasste die israelfeindliche Rhetorik bis zum Sechstagekrieg im Jahr 1967. Chruschtschows Reisen in die USA setzten der Verfolgung der "Kosmopoliten" ein Ende. Kurz zuvor hätte man ihm sicherlich noch den "Kotau vor dem Westen" vorgeworfen.

Anatoli Brusnikin ist ein russischer Historiker und Journalist.

* * *

Chinas Wirtschaft übertrifft die düsteren Prognosen westlicher Wunschdenker

<https://gegenzensur.rtde.life/wirtschaft/168289-chinas-wirtschaft-uebertrifft-duesteren-prognosen-westlicher-wunschdenker/>

24.04.2023

Die Wachstumszahlen der chinesischen Wirtschaft trotzen den Hoffnungen und Erwartungen westlicher Experten hinsichtlich eines unmittelbaren Niedergangs. Der China-Zug rollt weiter, die Entwicklung des Landes läuft gut.

Von Timur Fomenko

Die in dieser Woche veröffentlichten Daten zum chinesischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) zeigen, dass die Wirtschaft des Landes im ersten Quartal 2023 um 4,5 Prozent gewachsen ist und damit die Erwartungen übertroffen hat.

Als sich diese Nachricht verbreitete, hoben Ökonomen, Organisationen und Banken umgehend ihre Prognosen für das laufende Jahr an. Erwartet wird nun, dass China seine selbst gesteckten Ziele übertreffen und in diesem Jahr um mehr als sechs Prozent wachsen wird, nachdem es sich zusehends von der COVID-19-Pandemie erholt, unter der das Wachstum und die Wirtschaft des Landes aufgrund der Lockdowns und Maßnahmen zur Eindämmung des Virus gelitten hatten.

Die chinesische Wirtschaft hat somit inmitten einer Flutwelle negativer Umstände erneut alle Erwartungen übertroffen. Im Laufe der vergangenen zwei Jahre gab es eine endlose Parade von Presseartikeln, die verkündeten, dass Chinas Wachstumswunder, sein Aufstieg und sein Wohlstand vorüber seien. Das "American Enterprise Institute", eine neokonservative Denkfabrik, proklamierte im November 2022 in einem Artikel gar "Das Ende des chinesischen Wirtschaftswunders".

Die Liste der unzutreffenden Prognosen ist mittlerweile lang. Bereits ein Jahr zuvor blies eine Schlagzeile im Wirtschaftsmagazin *Forbes* in dasselbe Horn: "Chinas Wirtschaftswunder geht zu Ende". Auch in einem Kommentar in *Al-Jazeera* hieß es, dass "Chinas Periode des schnellen Wachstums wahrscheinlich vorbei" ist; das Lowy Institut sah "Den Aufstieg Chinas nach unten revidiert"; das Magazin *Foreign Affairs* rief "Das Ende von Chinas Aufstieg" aus, und erst vor einem Monat schrieb die *New York Times*: "Chinas Aufstieg stützte sich auf Beziehungen zum Westen, die Xi jetzt lockert".

Wie kommt es, dass so viele Organisationen und Publikationen, die alle am laufenden Band dasselbe düstere Narrativ verbreiten, so falsch liegen konnten? Man wird von denselben Medien kaum hören, dass die Vereinigten Staaten in diesem Jahr nur ein geringfügiges Wachstum von vielleicht etwas mehr als einem Prozent verzeichnen – wenn überhaupt.

Dennoch wird der US-Wirtschaft in der Berichterstattung immer wieder mit großem Optimismus begegnet und es wird sogar behauptet, dass die Wirtschaft der USA schneller wachsen würde, als jene von China. Warum ist das so? Weil Vorhersagen und Meinungsäußerungen rund um Chinas

Wirtschaft mit ideologischen und politischen Vorurteilen beladen sind und nicht darauf abzielen, Fakten wiederzugeben, sondern das größere Narrativ voranzutreiben, in dem Chinas System gleichzeitig "scheitern muss" und "scheitern wird".

In der Welt, in der wir derzeit leben, durchdringt die Angst vor Chinas Erfolg diese Psychologie noch tiefer und nährt die Vorstellung, dass Chinas anhaltender Erfolg eine Bestätigung seines Wirtschaftsmodells und ein Zeugnis der Überlegenheit seiner gesellschaftlichen Ideologie gegenüber jener des Westens ist. Schließlich beinhaltet die westliche Ideologie, die vom Christentum abgeleitet wurde, ein Gefühl von "Schicksal" – den Glauben, dass dies der einzige "wahre" Weg ist und alle anderen Glaubenssysteme von Natur aus falsch und zum Scheitern verurteilt sind. Dieses Konzept hat die berühmte These vom "Ende der Geschichte" von Francis Fukuyama beflügelt, der noch heute glaubt, dass der westliche liberale Kapitalismus letzten Endes gewinnen wird.

Solche Denkweisen helfen uns zu verstehen, warum jemand wie Gordon Chang seine Glaubwürdigkeit in den Mainstream-Medien aufrechterhalten kann, obwohl er sich in gewissen Kreisen wegen der Veröffentlichung eines Buches, das den Zusammenbruch Chinas im Jahr 2011 vorhergesagt hatte, zum Gespött gemacht hat. Es besteht ein brennender Glaube, eine Hoffnung und die Forderung, das Narrativ eines chinesischen Scheiterns zu verbreiten, indem jede einzelne Entwicklung oder jeder Rückschlag, dem China ausgesetzt ist, als grundlegend fatal für seinen weiteren Erfolg dargestellt wird. Infolgedessen wurde die strenge Null-COVID-Politik als Todesstoß für die chinesische Wirtschaft und für ihr Wachstum und ihre weitere Entwicklung dargestellt, bis hin zu dem Punkt, dass es China niemals gelingen werde, die USA wirtschaftlich zu überholen.

Natürlich gibt es echte Herausforderungen, die in den erwähnten Publikationen immer und immer wieder genannt werden. Eine davon ist, dass der demografische Wandel, der durch eine alternde Bevölkerung und eine niedrige Geburtenrate verursacht wird, Chinas internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit langfristig sein Wachstum untergräbt. Was diese Kommentatoren jedoch oft übersehen, ist, dass China über einen Spielraum und die Fähigkeit verfügt, seine Wirtschaft auf eine Weise zu verwalten und zu organisieren, die für westliche Gesellschaften undenkbar ist.

Das ermöglicht Peking, der wirtschaftlichen Schwerkraft zu trotzen und auf eine Weise "vorwärtszustolpern", die im Westen nicht wirklich verstanden wird. Dazu gehört etwa die Möglichkeit, aus einer scheinbar willkürlichen Entscheidung heraus in Infrastruktur zu investieren und diese aufzubauen, wie es westliche Länder nicht können. Außerdem ist der chinesische Staat in der Lage, Wachstumsbranchen zu identifizieren und darin zu investieren – im derzeitigen Fall in die schiere Größe von Chinas ständig wachsendem und immer selbstbewusster werdenden Verbrauchermarkt, der sich gerade von der Pandemie erholt.

Westliche Experten haben so oft gegen die chinesische Wirtschaft gewettet, dass sie nie etwas Gutes darüber zu sagen hatten. Sie antizipierten nicht nur ein Scheitern und hofften sogar darauf; sie glauben zudem, dass sie zu diesem Scheitern beitragen können, indem Investoren abgeschreckt werden und jener Optimismus gedämpft wird, der das chinesische Wachstum angeheizt hat. Aber es gibt kaum Anzeichen dafür, dass dies tatsächlich geschieht, nachdem China die größte und flächendeckendste Handelsnation der Welt geworden ist.

Der China-Zug rollt weiter, und die Entwicklung des Landes läuft weiterhin gut – trotz schwerwiegender geopolitischer Herausforderungen, trotz eines zerrütteten globalen Wirtschaftsklimas und einiger echter Probleme, die es im Inland zweifellos gibt; und wir sollten nicht so tun, als ob es keine gäbe. Daher haben die jüngsten Wachstumszahlen und die

unabhängigen Prognosen Dritter diese Woche so viele "China-Experten" erneut in Verlegenheit gebracht.

Aus dem Englischen.

Timur Fomenko ist ein politischer Analyst.

* * *

Soft Power ade: Der Westen hat sein wichtigstes Instrument der Einflussnahme auf Russland verloren

<https://gegenzensur.rtde.life/russland/168421-soft-power-ade-westen-einfluss-russland/>

26.04.2023

Für eine sehr lange Zeit fragten sich die Menschen in Russland, wie das Leben im Westen so ist. Eine Art Neid und der Wunsch auf ein besseres Leben beherrschten den Diskurs im Land. Dies ist nun Geschichte, da der Westen sich selbst zugrunde richtet.

Von Maxim Sokolow

Der in letzter Zeit populäre Begriff "Soft Power" (zu Deutsch: weiche Macht) impliziert, dass (im Gegensatz zu gewöhnlicher, roher Gewalt) bei dieser Einflussnahme wahrscheinlich niemand in der Lage sein sollte, sich Sanktionen zu widersetzen, geschweige denn Flugzeugträgern. Soft Power ist etwas, dem man bereitwillig und mit Freude gehorcht. Ein Zugeständnis, das durch diese Art von Einfluss erreicht wurde, sieht man nicht als Beugung vor einem überlegenen Druck, sondern als eine rationale Lösung im eigenen Interesse an.

Das Vorhandensein des Mechanismus dieser weichen Macht beschrieb der russische Schriftsteller Iwan Turgenjew in der Schulbucherzählung "Chor und Kalinytsch" noch im 19. Jahrhundert (1852). Darin erfährt Chor, ein Pachtbauer des Gutsbesitzers Polutykin, im Gespräch mit dem Erzähler, dass dieser "im Ausland war", und "seine Neugierde flammte auf". Chor interessierten Fragen im Bereich der Verwaltung und des Staates, daher fragte er seinen Gesprächspartner, ob das Leben im Ausland "so wie bei uns oder anders" sei. Der Bauer kommentierte die erhaltenen Details über das Leben im Westen teilweise mit "das würde bei uns nicht funktionieren" oder mit "das ist gut – das ist in Ordnung".

Fast achtzig Jahre später, im Jahr 1927, als alles im russischen Leben nach der Revolution bis zur Unkenntlichkeit auf den Kopf gestellt zu sein schien, nahm der Dichter Wladimir Majakowski die Rolle des Chor ein. In einem Gedicht mit dem Titel "An unsere Jugend" schrieb er:

*"Betrachte das Leben
ohne Brillen und Scheuklappen,
mit gierigen Augen ...
all das,
was in deinem Land gut ist
und was im Westen gut ist."*

Natürlich schrieb er dies alles unter Vorbehalt. Der Dichter und Agitator hielt sich mit dem Lob der westlichen Demokratie zurück. Nicht nur aus Angst vor der Zensur, sondern auch, weil die Demokratie im Westen selbst in den 1920er Jahren nicht besonders verehrt wurde. Doch Lob für die westliche Technik – man erinnere sich an Majakowskis schwärmerische Ode an die Brooklyn Bridge – war in Ordnung.

Und lange Zeit funktionierte der Mechanismus dieser prowestlichen "Soft Power" wie ein Uhrwerk. Die Menschen in Russland wussten, dass in unserem Land nicht alles in Ordnung ist – allein unsere Mangelwirtschaft war schon aussagekräftig. Außerdem schienen viele Maßnahmen der westlichen Politik viel vernünftiger und sinnvoller zu sein.

Um es mit Turgenjews Worten zu sagen: Nicht nur Kalinytsch, ein Idealist, Romantiker, enthusiastischer und verträumter Mensch, sondern auch Chor, ein positiver, praktischer, administrativer Kopf und Rationalist, seien sich einig, dass die Menschen in Russland Veränderungen nach westlichem Vorbild wollten. In Russland müssten bloß Generalstände einberufen werden, und die Menschen würden frei, reich und großzügig leben.

Boris Jelzin und Michail Gorbatschow sowie Jegor Gaidar und Anatoli Tschubais hätten das Blatt der russischen Geschichte nicht wenden können, wenn es nicht eine lange Tradition der prowestlichen "weichen Macht" in der russischen Gesellschaft gegeben hätte. Einer Macht, die zunächst verborgen war, dann aber freigesetzt wurde und sich in ihrer ganzen erdrückenden Majestät zeigte.

Mit dem Einsatz von ein wenig mehr kritischem Urteilsvermögen hätte diese "Soft Power" natürlich auch zurückgewiesen werden können. Die Idee, einheimische Espen mit fremden westlichen Stecklingen zu veredeln und sich an den daraus resultierenden Früchten zu erfreuen, hat die Schwäche, dass nicht alle Veredelungen Wurzeln schlagen und Früchte tragen. Der Preis dafür ist allerdings nicht zu unterschätzen. Im Grunde sind den Wundern der Agrobiologie aber keine Grenzen gesetzt. Selbst auf dem Mars könnten Äpfel und auf Tschukotka Ananas zum Blühen gebracht werden. Alles ist möglich, aber was werden die Kosten dafür sein und wie viel werden solche Früchte kosten? Wir haben in der jüngsten Vergangenheit die Erfolge der westlichen "Soft Power" gesehen, die sich als sehr kostspielig erwiesen haben.

Die Wirksamkeit der kritischen Vernunft hängt jedoch auch davon ab, wie schlecht die Lage in unserem Land in Wirklichkeit ist. Wenn die Felder übel bestellt und Veränderungen notwendig sind, im Westen aber alles perfekt zu sein scheint, so ruft das natürlich einen gesunden Neid und den Wunsch hervor, die westlichen Erfahrungen sofort umzusetzen. Doch das Verhältnis zwischen dem russischen Leid und dem westlichen Segen ist nicht auf Dauer gegeben. Alles ist dynamisch, alles ist im Wandel.

Einst wurde die prowestliche "Soft Power" jahrzehntelang davon genährt, dass der Alltag in Russland ein konsumistischer Albtraum war. Es ist jedoch ziemlich offensichtlich, dass dies heute nicht mehr der Fall ist. Es gibt auch keine stillschweigende Übereinkunft mehr darüber, dass unser Leben schlecht ist und verändert werden muss, bei aller Kritik an unseren Defiziten.

Seit mehr als einem Jahr ist die westliche Agenda weder aufregend noch anregend noch ansteckend. Der grüne Umbruch im Westen weckt bei den Menschen in unserem Land kaum Neid. Ganz zu schweigen von dem Wunsch, etwa das deutsche Programm der allgemeinen Ökologisierung und Dekarbonisierung in Russland sofort umzusetzen. Auch der Transgenderismus weckt bei den Menschen eher den Wunsch, mit dem Zeigefinger an der Schläfe zu drehen, als in ihren Küchengesprächen die "freie Welt" zu bewundern, wie es vor Jahrzehnten noch üblich war. Schließlich kann das Gerede darüber, dass in der westlichen Politik nicht Kumpane oder Blender konkurrieren, sondern die Talentierten und Fähigsten, die die westliche Welt würdig vertreten, heute nur als extremer Sarkasmus verstanden werden, wenn man sich Biden, Ursula, Annalena und Borrell ansieht.

Dies passiert nicht aus dem Wunsch heraus, den Westen für seine übelsten Seiten zu kritisieren. Die

Meinung der Westler selbst über ihr wohlhabendes, friedliches und würdevolles Leben verschlechtert sich nämlich immer weiter, sodass die Russen nichts mehr zu beneiden haben.

Wenn im Westen das Leben mit allen Mitteln gezielt ruiniert wird, haben wir kein Recht, uns dagegen auszusprechen. Jeder ist seines Glückes Schmied. Aber der Mechanismus der prowestlichen "Soft Power", der den Wunsch propagiert, das Leben im Land nach westlichen Vorgaben zu gestalten, funktioniert nicht mehr. Alle Hebel und Rädchen haben sich ohne unser Zutun in Staub verwandelt. Wen auch immer Gott zugrunde richten will, den beraubt er der "weichen Macht", und wir haben damit ohnehin nichts zu tun.

Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen auf RIA Nowosti.

Maxim Sokolow ist ein russischer Journalist, Moderator und Kolumnist.

* * *

Chinas Rolle beim Waffenstillstand im Jemen-Krieg sollte nicht unbeachtet bleiben

<https://gegenzensur.rtde.life/international/168588-chinas-rolle-beim-waffenstillstand-im/>

27.04.2023

Peking verdient Anerkennung dafür, dass es das Ende eines der brutalsten Konflikte der Geschichte nähergebracht hat. Achteinhalb Jahre Bürgerkrieg im Jemen haben das arabische Land in Stücke gerissen.

Eine Analyse von Bradley Blankenship

Schätzungen gehen davon aus, dass seit 2014 mindestens 350.000 Menschen durch den Krieg im Jemen oder an seinen Folgen ums Leben gekommen sind. Darunter etwa 85.000 Kinder unter fünf Jahren, die an Hunger gestorben sind. Grundlegende zivile Infrastrukturen und Lieferketten sind zusammengebrochen, während üblicherweise behandelbare Krankheiten, wie Cholera, unzählige Menschenleben gefordert haben.

Der Krieg fand hauptsächlich zwischen der jemenitischen Regierung von Rashad al-Alimi statt, die 2022 jene von Abdrabbuh Mansur Hadi ablöste, und der bewaffneten Bewegung der Huthi. Der Konflikt eskalierte erheblich, als Saudi-Arabien 2015 involviert wurde, indem es Hadi – und später al-Alimi – in einem Stellvertreterkrieg zwischen Riad und Teheran unterstützte, wobei der Iran Gerüchten zufolge die Huthis unterstützt haben soll. Einige meiner ersten Erinnerungen als Autor und Moderator beim Hochschulradio waren Gespräche mit Opfern dieses Krieges und ihre Schilderungen über die Situation vor Ort.

Glücklicherweise sieht es jetzt danach aus, als könnte dieser Krieg zu Ende gehen. US-Medien berichteten am 6. April, dass zwischen den Kriegsparteien ein Waffenstillstand geschlossen worden wäre, der mindestens bis Ende dieses Jahres anhalten soll. Dann, am 7. April, berichtete die libanesische Nachrichtenagentur Al Mayadeen, Riad hätte den Führungsrat des jemenitischen Präsidenten über seine Entscheidung informiert, den Krieg zu beenden und die Akte Jemen ein für alle Mal zu schließen. Dies wurde durch einen Bericht von Reuters bekräftigt, der zudem bestätigte, dass saudische Delegierte in die Hauptstadt Sanaa reisen würden, um einen "dauerhaften Waffenstillstand" zu erörtern. Und tatsächlich endeten diese Gespräche am 14. April und es wird davon ausgegangen, dass sie weitergeführt werden.

Anhand dieser Situation ist zu erwarten, dass das Auftauen der Beziehungen zwischen dem Iran und

Saudi-Arabien wahrscheinlich zu einem Ende der Konflikte im Jemen und in Syrien führen wird. Und wir sehen jetzt, wie sich dies abspielt. Vor allem war es nicht US-Präsident Joe Biden, der versprochen hatte, den Konflikt zu beenden, sondern China, das die Voraussetzungen für diese diplomatische Errungenschaft geschaffen hat. Und es ist nicht einmal ein Geheimnis unter US-Kommentatoren, da Medien wie The Intercept, die zahlreiche außenpolitische Experten zitieren, China die Anerkennung zollen.

Es ist schwierig, die Schrecken von Kriegen zu vergleichen, aber in den Jahren, in denen ich mit Opfern von Konflikten gesprochen habe, darunter jüngst mit ukrainischen Flüchtlingen oder früher mit Afghanen, Syrern und anderen, stammen einige der bemerkenswertesten Geschichten, die ich je gehört habe, von Jemeniten. Es war zweifellos einer der brutalsten und umfassendsten Kriege, der in der modernen Geschichte geführt wurde, und doch fand er fast ein Jahrzehnt lang so gut wie vollständig unter dem Radar der meisten westlichen Medien statt.

Trotz all seines diplomatischen Kapitals und der Verbindungen in den Nahen Osten hat es Washington – das versprochen hatte, den Konflikt zu beenden – irgendwie geschafft, dermaßen gegen einen Frieden zu sein, dass sogar ewige Todfeinde an den Verhandlungstisch getrieben wurden. Und jetzt, wie das Wall Street Journal kürzlich berichtete, äußerte CIA-Direktor William Burns seine "Frustration" über Riads Annäherung an seinen regionalen Rivalen Iran. Anscheinend fühlen sich die USA von der Flut friedlicher Resolutionen "übereumpelt" – Dinge, die sie anscheinend nicht einmal begreifen konnten – und sind nun wütend auf Riad, das bisher einer der größten Importeure von Waffen aus den USA war.

Unter dieser Frustration liegt natürlich ein Gefühl des Verlustes begraben. Jeder, der mit der US-Politik – und insbesondere der US-Außenpolitik – einigermaßen vertraut ist, weiß, dass diese vom großen Geld dominiert wird. Außenpolitisch ist dies vor allem der militärisch-industrielle Komplex, der von Krieg und Hass lebt, und Frieden ist nun mal schlecht fürs Geschäft. Und so sind die Oberherren dieser US-Offiziellen – die Leute, die ihre Wahlkampagnen und/oder die Wahlkampagnen ihrer Vorgesetzten finanzieren – wahrscheinlich verärgert.

Eine solche Reaktion erklärt, warum die US-Diplomatie dem Frieden grundsätzlich entgegengesetzt ist. Die USA sind seit etwa drei Jahrzehnten – wahrscheinlich wohl noch länger – in zahlreiche Konflikte im Nahen Osten verwickelt. In dieser langjährigen Geschichte zwischen Washington und seinen "Partnern" in der Region hat die US-Außenpolitik außerordentlich wenig vorzuweisen. Die Wahrheit ist, dass die USA Zwietracht und Konflikte gesät, geschürt, ausgeweitet und buchstäblich davon profitiert haben.

Andererseits will China auf andere Weise Geschäfte in der Region machen. Peking ist, um bei den Fakten zu bleiben, der viertgrößte Waffenlieferant der Welt – aber laut Statista hat es nur einen globalen Marktanteil von 5,2 Prozent im Vergleich zu Washingtons 40 Prozent. Chinesische Unternehmen wollen ihre Waren oder Dienstleistungen verkaufen, Infrastruktur entwickeln und erschwingliche und zuverlässige Produkte veräußern. Dies schafft ein politisches Umfeld, in dem Stabilität, Berechenbarkeit und Ordnung geschätzte Werte sind.

Daher ist es weitgehend der chinesischen Diplomatie zu verdanken, wenn das erwartete Ende dieser grausamen menschlichen Tragödie, die der Krieg im Jemen gewesen ist, eintrifft. Im Gegensatz zu dem, was Washington über seine sogenannte "regelbasierte internationale Ordnung" proklamiert, eine Ordnung, die scheinbar niemand wirklich erklären kann, glaubt Peking an den Status quo, der nach dem Zweiten Weltkrieg etabliert wurde: an internationales Recht, an die Vereinten Nationen, an Souveränität und Diplomatie. Und genau deshalb glaubt eine wachsende Zahl hochrangiger europäischer Beamter, darunter zuletzt der französische Präsident Emmanuel Macron, dass China auch bei der Schlichtung des Ukraine-Konflikts helfen kann.

Übersetzt aus dem Englischen.

Bradley Blankenship ist ein in Prag lebender amerikanischer Journalist, Kolumnist und politischer Kommentator. Er hat eine Kolumne bei CGTN und ist freiberuflicher Reporter für internationale Nachrichtenagenturen, darunter die Nachrichtenagentur Xinhua. Er twittert auf [@BradBlank](#)

* * *

Israels Provokationen in der al-Aqsa-Moschee drohen eine regionalen Krieg loszutreten

<https://gegenzensur.rtde.life/der-nahe-osten/168818-israels-provokationen-in-der-al-aqsa-moschee-drohen-einen-regionalen-krieg-loszutreten/>

29.04.2023

Israels Übergriffe auf die drittheiligste Stätte des Islam führen langsam zu ernsthaften Brüchen mit den relativ freundlich gesinnten Nachbarn von Tel Aviv im Nahen Osten. Die USA beobachten die Entwicklungen mit großer Sorge, zumal sich ihre eigene Rolle in der Region zusehends verschlechtert.

Von Robert Inlakesh

Israelische Razzien auf dem Gelände der al-Aqsa-Moschee drohen in der Region eine Reihe problematischer Entwicklungen in Gang zu setzen, darunter den Abbruch der Beziehungen zu Israel durch Jordanien, einen bewaffneten Konflikt an mehreren Fronten mit Israels arabischen Nachbarn und sogar eine Bedrohung des US-Einflusses im Nahen Osten.

Am 4. April hatte ein israelischer Überfall auf die al-Qibli-Gebetshalle der al-Aqsa-Moschee internationale Empörung ausgelöst, nachdem in den sozialen Medien Videos verbreitet worden waren, in denen militarisierte Polizeieinheiten zu sehen gewesen waren, die unbewaffnete Gläubige mit Schlagstöcken geprügelt hatten. Palästinenser, die von der Heiligen Stätte hatten vertrieben werden sollen, hatten sich im Inneren verbarrikadiert und versucht, die israelischen Kräfte mit Feuerwerkskörpern abzuwehren, waren aber letztlich erfolglos geblieben. Die Erstürmung des Geländes hatte dazu geführt, dass über 400 Gläubige entweder festgenommen, verletzt oder beides worden waren, wobei zwei Gläubige schwere Verletzungen davongetragen hatten. Doch was dann folgte, machte richtig Schlagzeilen.

In einer Flut öffentlicher Empörung gingen wütende Palästinenser im ganzen Land auf die Straße, um zu demonstrieren und israelische Fahrzeuge anzugreifen. Im besetzten Westjordanland eröffneten bewaffnete Gruppen das Feuer auf Dutzende Militärkontrollpunkte, Außenposten und Soldaten, die in der Nähe illegaler Siedlungen stationiert waren. Aus dem Gazastreifen wurden Raketen in Richtung Israel abgefeuert, während es am folgenden Tag aus dem Libanon zum größten Raketenangriff auf Israel seit 2006 kam, worauf Israel als Antwort seine eigenen Luftangriffe auf Ziele in Gaza, Syrien und im Libanon flog.

Was klar geworden ist, dass die Strategie, die der Generalsekretär der Hisbollah, Sayyid Hassan Nasrallah, im Jahr 2021 angekündigt hatte, zum Tragen gekommen ist: Eine militärische Konfrontation an mehreren Fronten, als Reaktion auf israelische Angriffe auf Gläubige, an den Heiligen Stätten des Islam in Jerusalem. Interessanterweise haben die arabischen Staaten, die Israel gegenüber bisher freundlich gesinnt gewesen waren, zum Raketenbeschuss aus dem Libanon und dem Gazastreifen weitgehend geschwiegen. Die einzige Ausnahme war Jordanien, der Sprecher dessen Außenministeriums Sinan al-Majali Israel für die Eskalation verantwortlich machte. Was

dies wahrscheinlich widerspiegelt, ist eine zunehmende Frustration in Amman gegenüber Israels provokativen Aktionen innerhalb des Geländes der al-Aqsa-Moschee.

Das Haschemitische Königreich Jordanien pflegt derzeit freundliche Beziehungen zu Israel, mit dem man 1994 einen Friedensvertrag unterzeichnet hat, was Handelsbeziehungen und diplomatische Bemühungen zwischen beiden Seiten in dem Ausmaß ermöglicht, wie wir es heute erleben. Der haschemitische Herrscher von Jordanien, König Abdullah II., hält jedoch die sogenannte Vormundschaft über Jerusalems Heilige Stätten inne, was sich innerhalb der al-Aqsa-Moschee in einem gemeinsamen Sicherheitsmanagement durch die palästinensisch-jordanischen Waqf-Behörde niederschlägt. Die Situation vor Ort ist, dass die israelische Grenzpolizei am Rand der Moschee operiert und die Zugangstore von außen bewacht, aber im Inneren die Wachen des Waqf operieren. Jedes Mal, wenn israelische Sicherheitskräfte die Moschee betreten wollen, müssen sie sich zuerst mit dem palästinensisch-jordanischen Waqf abstimmen, eine Bedingung, gegen die Israel routinemäßig verstößt.

Im vergangenen Januar, nur wenige Tage nach Amtsantritt der neuen israelischen Regierung, stürmte Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir persönlich das Gelände unter dem Schutz der israelischen Grenzpolizei und löste im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Debatte über den Vorfall aus. Trotz Israels Bekundungen des Respekts für den Status quo an der Heiligen Stätte kam es im Sicherheitsrat zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen dem jordanischen Botschafter und seinem israelischen Amtskollegen Gilad Erdan, der die Aktion des rechtsextremen Ministers Ben-Gvir verteidigte.

Der Status quo innerhalb von al-Aqsa ist, dass die Stätte eine Moschee und daher ein Ort der Religion für Muslime ist. Jedoch gibt es tagsüber besondere Öffnungszeiten, um Besucher aller Religionen und Kulturen hineinzulassen. Dennoch erlaubt Israel seinen Siedlergruppen, die als Teil der Bewegung des Tempelberg auftreten, das Gelände zum Nachteil muslimischer Gläubiger zu betreten und dort zu beten, was gegen den Status quo von al-Aqsa verstößt. Verschiedene Gruppierungen der Bewegung werden von Wohltätigkeitsorganisationen aus dem Westen finanziert und befürworten die Zerstörung der Moschee, um sie durch eine Synagoge zu ersetzen. Im vergangenen Jahr waren 48.000 Israelis auf diese provokative Weise in die al-Aqsa-Moschee eingedrungen, sehr zum Zorn Jordaniens. Während des heiligen Monats Ramadan ordnete die israelische Grenzpolizei die Vertreibung muslimischer Gläubiger von der Stätte an, um radikale Siedler auf das Gelände zu begleiten, was dann zum Gewaltausbruch vom 4. April führte.

Israel behauptet, in angemessener Weise gehandelt zu haben, um die Sicherheit "nicht-muslimischer Besucher" der Stätte zu gewährleisten. In Wirklichkeit war die Razzia jedoch ein politisches Statement, bei dem exzessive Gewalt angewendet wurde, um die Moschee von Muslimen zu säubern und das provokative Eindringen israelischer Extremisten zu erleichtern. Das israelische Ministerium für öffentliche Diplomatie beschuldigte die Palästinenser, sich in der al-Qibli-Gebetshalle verbarrikadiert zu haben, doch nach dem Raketenbeschuss aus dem Libanon wiederholten die Palästinenser die Besetzung, während die israelischen Streitkräfte sich offenbar aus Angst vor einer Eskalation zurückhielten. Anstatt dass erneut Gewalt ausbrach, als Mitglieder der Bewegung des Tempelberg eintraten, während sich Gläubige in der Moschee aufhielten, blieb der Ort friedlich, und es kam zu keinen Zusammenstößen, was wiederum beweist, dass Israels Sicherheitsbedenken unangebracht waren.

Durch das fortgesetzte Bestreben, den Status quo in al-Aqsa zu ändern, schafft Israel aktiv eine Kluft zum benachbarten Jordanien und provoziert einen palästinensischen Volksaufstand sowie bewaffnete Angriffe aus Syrien, Gaza und dem Libanon. Wenn die Provokationen anhalten, insbesondere während des Ramadan, könnte sich Tel Aviv in der Region isoliert wiederfinden, da sich kein muslimisches Land aktiv gegen Maßnahmen zur Verteidigung der drittheiligsten Stätte des

islamischen Glaubens stellen wird. Das jordanische Parlament und die Bevölkerung des Landes sind ebenfalls empört über die Beziehung ihrer Regierung zu Israel und üben großen Druck auf die Führung in Amman aus, endlich zu handeln.

All dies hätte vermieden werden können, wenn Israel die Bewegung auf dem Tempelberg nicht unterstützt hätte. Noch wichtiger ist, dass die USA mit großer Sorge beobachten, wie sich ihre eigene Rolle in der Region zusehends verschlechtert und ihr wichtigster Verbündeter im Nahen Osten am Rande einer unnötigen militärischen Konfrontation an mehreren Fronten steht.

Aus dem Englischen.

Robert Inlakesh ist politischer Analyst, Journalist und Dokumentarfilmer und lebt derzeit in London. Er hat aus den besetzten palästinensischen Gebieten berichtet und dort gelebt und arbeitet derzeit für Quds News und Press TV. Er ist Regisseur des Films "Diebstahl des Jahrhunderts: Trumps Palästina-Israel-Katastrophe". Man kann ihm auf Twitter unter @falasteen47 folgen.

* * *

USA verlieren Kontrolle über den globalen Erdölsektor

<https://gegenzensur.rtde.life/wirtschaft/168831-usa-verlieren-kontrolle-ueber-globalen/>

30.04.2023

Die Erdölpreise fallen wieder. Die OPEC+ steuert gegen und versucht, diesen Trend durch eine Reduzierung der Förderquoten zu stoppen. Ob die Maßnahmen langfristig erfolgreich sein werden, ist noch nicht absehbar. Allerdings wird deutlich, dass die USA ihre Kontrolle über den globalen Ölsektor zu verlieren scheinen.

Von Alexander Männer

Beim Ringen um die neue globale Ordnung zwischen den USA und den Großmächten China und Russland richtet sich das Augenmerk der Weltpolitik unlängst auf die Situation im Erdölsektor, der bereits des Öfteren die Entwicklung in der Welt maßgeblich bestimmt hat. Im Fokus stehen dabei vor allem die Ölpreise, die sich auf den Zustand sowohl der westlichen als auch der anderen Volkswirtschaften in hohem Maße auswirken.

In Anbetracht dessen hängt im Grunde vieles davon ab, wer die Preise reguliert oder auf die Preisbildung Einfluss nehmen kann. Dieser Aspekt war für die Erdölproduzenten Iran, Irak, Kuwait, Saudi-Arabien und Venezuela auch im Jahr 1960 ausschlaggebend dafür gewesen, sich zu einem Kartell zusammenzuschließen, das als "Organisation der Erdöl exportierenden Länder OPEC" bekannt werden sollte. Damals wollten diese Staaten angesichts des Überschusses von Erdöl auf dem Weltmarkt den Abfall der Ölpreise verhindern, indem sie die Produktion dieses Rohstoffs reduzierten – mit Erfolg.

Auch heute ist die auf mittlerweile 13 Mitglieder angewachsene OPEC mit sinkenden (und zudem instabilen) Ölpreisen konfrontiert und kämpft gemeinsam mit ihren Partnerstaaten im Rahmen der OPEC+ für die Stabilisierung der Marktpreise. Dafür setzt man das altbewährte Instrument der Förderbegrenzung ein, und die Chancen stehen auch diesmal gut, dass die Strategie langfristig aufgehen wird. Denn das Kräfteverhältnis im globalen Erdölsektor scheint sich zugunsten der OPEC+ zu ändern. Das Kartell geht aus vermutlich diesem Grund auch nicht mehr davon aus, dass es bei einer niedrigeren Ölproduktion Marktanteile an die Konkurrenz aus den Vereinigten Staaten verlieren könnte.

Ende des "Fracking-Booms" und die Folgen der Sanktionen

Noch vor gar nicht so langer Zeit gab es innerhalb der OPEC jedoch noch genau diese Befürchtung, da die US-amerikanischen Produzenten dank ihrer sogenannten "Fracking-Revolution" in den 2010er-Jahren den Ölmarkt zu ihren Gunsten neu ordnen und den Einfluss anderer Öl exportierender Länder unter anderem auf die Gestaltung des Ölpreises deutlich begrenzen konnten. Im Grunde haben die USA, die damals sowohl zum weltgrößten Verbraucher als auch zum größten Produzenten von Erdöl avancierten, die Ölpreise über einen langen Zeitraum praktisch kontrollieren können.

Allerdings zeichnet sich langsam, aber sicher das Ende der Fracking-Ära ab. Die US-Schieferölproduzenten haben ihr Wachstumspotenzial US-Medien zufolge offenbar weitgehend ausgeschöpft und scheinen mit ihrer Förderleistung die weltweit wachsende Nachfrage nach Ressourcen kaum befriedigen zu können. Dies hat zur Folge, dass der gesamte Umfang der Ölförderung in den USA nicht stark genug zunimmt, damit die Amerikaner ihrer bisherigen Rolle gerecht werden können.

Für zahlreiche Analysten zählt die aktuell schwächelnde US-Ölindustrie auch zu den Hauptgründen für die Annahme, dass die USA ihren Einfluss im weltweiten Ölsektor langfristig verlieren werden und dass die OPEC-Länder im Gegenzug ihren Status als wichtiger "Regulator" allmählich zurückerlangen könnten.

Aber es kommen noch weitere Aspekte hinzu, die diese Entwicklung vorantreiben, wie russische Experten analysierten. Dazu zählen die westlichen Handels- und Wirtschaftsbeschränkungen gegen Russland und seine Mineralölunternehmen sowie die damit verbundenen Unsicherheiten für die anderen Ölproduzenten. Diese hätten maßgeblich zum derzeitigen Trend beigetragen, weshalb die OPEC und ihre Partnerstaaten die eigene Strategie nun neu ausrichten würden. Während das bisherige Vorgehen hauptsächlich zum Ziel gehabt habe, die Märkte auszuweiten und zu sichern, soll sich der Fokus nun offenbar auf die Preisbildung für Erdöl richten. Damit sei auch die vor wenigen Wochen getroffene Entscheidung der OPEC+ verbunden, die künftige Produktion konsequent zu reduzieren. So soll die Förderung ab Mai um mehr als 1,5 Millionen Barrel pro Tag zusätzlich gedrosselt werden, um die Ölpreise über der Marke von 80 Dollar zu halten.

Interessen der OPEC+

Die treibende Kraft hinter dieser Politik ist Saudi-Arabien, das zurzeit der größte Erdölproduzent der Welt ist und die OPEC quasi anführt. Seine Motivation hinsichtlich der vorgesehenen Maßnahmen, die auch von anderen einflussreichen Förderländern wie den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Kuwait mitgetragen werden, ist damit zu erklären, dass das von den USA initiierte Embargo gegen Russland und das sogenannte Preislimit für russische Öllieferungen auch für andere Ölproduzenten mit bestimmten Problemen verbunden ist oder sogar als mögliche Gefahr betrachtet wird.

Dazu zählt insbesondere die Tatsache, dass die Sanktionen den Erdölmarkt kräftig ins Schwanken gebracht haben, der aufgrund dessen zunehmend unvorhersehbaren und dynamischen Preisschwankungen unterliegt. Wenn man zudem die unklaren Aussichten auf eine wirtschaftliche Erholung Chinas oder die Gefahr einer möglichen Rezession in Europa oder den USA in seine Planung einbezieht, ist noch schwieriger einzuschätzen, wie diese Faktoren miteinander korrelieren und wie sie sich auf den Markt auswirken werden.

Viele Öl produzierende Länder, die den Nutzen aus ihren Investitionen in die Erdölindustrie bisher gut prognostizieren konnten, sind auf einmal mit sehr großen Risiken konfrontiert. Daher versuchen

sie nun, ihre eigenen Interessen besser zu schützen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die Preise stabil und auf hohem Niveau zu halten. Außerdem passt dies wunderbar in die finanziellen Planungen von Saudi-Arabien oder Russland, die für Preisschwankungen anfällig sind, und deren Staatshaushalt sich zum großen Teil auf die Einnahmen aus dem Ölexport stützt.

Für die USA hingegen dürfte diese Situation eher problematisch sein, weil sie einerseits die Inflation im Land anfacht und andererseits die US-Regierung daran hindert, finanziell durch niedrige Ölpreise noch mehr Druck auf Moskau auszuüben. Washington bleibt vermutlich nichts anderes übrig, als weiterhin große Mengen Rohöl aus den eigenen Reserven freizugeben, um einen Anstieg der Preise und die Inflation einzudämmen. Allerdings gilt ein solcher Schritt für den US-Ölsektor immer als unsicher und im Hinblick auf den Sommer auch nicht gerade Erfolg versprechend, da der weltweite Kraftstoffverbrauch bald deutlich ansteigen wird. Insofern spricht vieles dafür, dass den USA kaum noch Möglichkeiten bleiben, um in der OPEC+ in puncto Preisbildung mitreden zu können.

* * *

Meinung

Die Angst des Westens vor neuen russischen Eliten oder: Wie die Deutsche Welle Skandale erfindet

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/166696-angst-westens-vor-neuen-russischen/>

01.04.2023

Von Wladislaw Sankin

Am Donnerstag hat die *Deutsche Welle* einen achtminütigen Beitrag über ein geleaktes privates Telefonat unter dem Titel "Geleaktes Telefonat in Russland: Laute Kritik an Putin und dem Ukraine-Krieg" auf dem YouTube-Kanal "DW Deutsch" veröffentlicht. Der deutsche Staatssender ist sich sicher: Das Gespräch sei eine Sensation, die in Russland für "Wirbel sorgt". Gleich im Teaser heißt es:

"Ein explosiver Telefon-Mitschnitt macht in Russland die Runde. Darin soll zu hören sein, wie zwei prominente Männer aus dem Showbiz und der Wirtschaft sich mächtig auslassen: über Präsident Putin und auch über den Ukraine-Krieg. Die Wirkung des geleakten Telefonats ist enorm."

Durch die Auswahl der Kommentatoren aus den Reihen der russischen Exil-Oppositionellen wird im Beitrag eine Atmosphäre der Angst und Unterdrückung suggeriert. Die Veröffentlichung komme einer öffentlichen Exekution gleich, ist sich der Ex-Abgeordnete Dmitri Gudkow sicher. "Dann haben die Anderen Angst und trauen sich nicht einmal, in ihren Küchen darüber zu sprechen."

Weiter fällt auf: Die beiden Gesprächspartner werden eindringlich und mehrfach pauschal den "Eliten" zugerechnet, obwohl der Musikproduzent Iosif Prigoschin, der sich während des Gesprächs in einem teuren Hotel in Dubai aufhält, und der im aserbaidischen Baku ansässige Unternehmer Farchan Achmedow über gar keinen politischen Einfluss verfügen. Die Hälfte der Zeit in dem 35-minütigen Mitschnitt schimpfen sie einfach in Stammtisch-Manier über die wirklichen Entscheidungsträger im inneren russischen Machtzirkel. Dennoch blendet der Sender immer wieder den Schriftzug ein:

"Rückhalt für Putin in russischer Elite bröckelt."

An dieser Stelle zählt der *DW*-Korrespondent Juri Rescheto auf, was die "Eliten" bereits alles verloren haben: ihre Yachten, ihre Bankkonten im Ausland, ihre Besitztümer und Geschäftspartner. Es scheint fast so, dass Rescheto diese "Eliten" bemitleiden würde.

Zudem beschwerten sich die Männer über den Westen, der völlig willkürlich "wie zu stalinistischen Zeiten" (Achmedow) ohne jegliche rechtliche Grundlage und lediglich aufgrund von Denunziationen aus Kiew Menschen ihrer ehrlich verdienten (davon sind die beiden Unternehmer überzeugt) Besitztümer beraubt. Der Name des Milliardärs Achmedow steht auf der Sanktionsliste: "Ich kann keine Kreditkarten nutzen", klagt er und kommt zu dem Schluss: "Die Politik ist eine schmutzige Sache."

Doch dieser Umstand ist für den deutschen Sender uninteressant. Auch nicht die Tatsache, dass die beiden nichts dagegen gehabt hätten, wenn Russland am Anfang seiner Invasion im Februar 2022 durch einen vernichtenden Angriff auf die ukrainische Kommandozone in Kiew einen schnellen Sieg errungen hätte. Auf obszöne Weise lästern sie über das Versagen und die Gier der

korrumpierten Militärführung, die die Armee ausgeplündert haben soll. Nun ziehe sich der Krieg in die Länge und bringe den einfachen Menschen viel Leid. Die Unterhaltung ist kein politisches Manifest, sondern ein privates Küchengespräch zweier gereizter Wut-Bürger.

Trotzdem nahm es die *Deutsche Welle* zum Anlass, einen Sturm im Wasserglas zu produzieren. In der ganzen Länge des Beitrags bringt der Sender keinen einzigen Beleg dafür, dass das Telefonat in Russland Wellen geschlagen hätte, etwa in Form von Reaktionen aus dem Kreml – weil es einfach keine gab, ebenso wenig wie Kommentare großer Medien. Vor allem fehlte jeglicher Anhaltspunkt, dass den beiden Beteiligten irgendwelche Repressionen vonseiten der von ihnen beschimpften Staatsmacht drohen. Nur beiläufig erwähnt der Korrespondent, dass der FSB "angeblich dran" sei.

Aber was könnte denn FSB an dem Mitschnitt interessieren, wenn die Moderatorin gleich zu Beginn des Beitrags zu verstehen gibt, dass die Abhörung und Veröffentlichung des Gesprächs durch den Kreml und die Geheimdienste erfolgt sein könnte ("Kreml und Geheimdienste hören mit")? Zum Ursprung der Veröffentlichung sagt die Moderatorin lediglich:

"Das heikle Telefonat wurde geleakt. Nun ist es raus und in der Öffentlichkeit."

Dass das Telefonat bereits seit Anfang März durch ukrainische Telegram- und YouTube-Kanäle geistert, verschweigt die *Deutsche Welle*. Erst am 25. März wurde er vom ukrainischen *Fünften Kanal* noch mal gepusht. Seitdem ist dieses Privatgespräch das Thema – vor allem in den russischsprachigen ausländischen Medien. Aber selbst sie berichten viel differenzierter und vermuten etwa ukrainische Geheimdienste oder andere Akteure hinter dem Leak.

Warum hat die *Deutsche Welle* aber so unsauber berichtet und so viele wichtige Informationen ausgelassen? Vermutlich ist die Manipulation nicht aus einem Kalkül entstanden, sondern einfach aus einem westlichen Wunsdenken heraus – und aus Ängsten. Aus Angst davor, dass in Russland nun einfach neue funktionale Eliten immer mehr am Einfluss gewinnen und die alten – zu denen auch der zweifelnde Produzent gehört, der sich bevorzugt in Dubai aufhält und der reiche Unternehmer, der um seine Yacht (im Gespräch "Boot" genannt) besorgt ist – immer stärker marginalisiert werden. Und dafür ist nicht der Kreml verantwortlich, sondern das ist einfach der derzeitige Lauf der Dinge.

Zwei Vertreter dieser alten Eliten haben also im Ausland über Putin gelästert – na und? Ein weiterer Grund für die Internet-Community, sich mit zahlreichen Memes darüber lustig zu machen, dass für eine kurze Zeit nicht der Wagner-Chef Jewgenij Prigoschin, dessen Truppe jetzt das Bollwerk der ukrainischen Armee in Artjomowsk stürmt, von sich reden macht, sondern auch Josif, sein Namensvetter aus dem Showbiz. Und das auch nur für ein, zwei Tage. Denn für solche Belanglosigkeiten gibt es jetzt in Russland keine Zeit.

Die *Deutsche Welle* zeigt diese neuen Eliten in seinem Beitrag dennoch – für wenige Sekunden und mit dem abschätzigen Kommentar:

"Mit der Einschüchterung der Kritiker versucht der Kreml gleichzeitig immer diejenigen zu loben, die sich hinter seine Politik stellen. Mit Zuckerbrot und Peitsche soll Stimmung im Land gemacht werden."

Die Worte werden mit Ausschnitten aus einer feierlichen Zeremonie untermalt, bei der der Präsident aktive Vertreter aus Politik, Medien und Gesellschaft mit dem Orden "Verdienste für das Vaterland" auszeichnet. Diese fand am 20. Dezember statt. Zu sehen waren unter anderem der langjährige Chef der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin, und der Interims-Gouverneur des Gebiets Cherson, Wladimir Saldo. Diese Menschen besitzen keine Reichtümer wie Achmedow und Prigoschin,

sorgen aber mit ihrer Energie und ihrem Elan für die Entwicklung der neuen russischen Regionen.

Ihr Einsatz erfordert Mut, denn sie sind das ständige Ziel des ukrainischen Terrors, der sich gegen alle Verwaltungskräfte richtet, die mit Russland kooperieren. Auf Puschilin wurden bereits mehrere Attentate vereitelt, sein Vorgänger Alexander Sachartschenko wurde bei einem Attentat 2018 ermordet.

Menschen wie Puschilin und Saldo gestalten die Zukunft Russlands hier und jetzt – eine Zukunft, die der Westen verhindern will. Sie werden zu Menschen des öffentlichen Lebens, zu Abgeordneten und Senatoren. Journalisten, die die Militäroperation in den Kategorien des Kampfes gegen den ukrainischen Nazismus und die US-Hegemonie bewerten, werden zu Mitgliedern der Gesellschaftlichen Kammer, aus der liberal-prowestliche Meinungsführer zunehmend ausscheiden. Der Elitenwechsel, der in Russland gerade stattfindet, schließt immer mehr Bereiche ein.

Mit ihrem einseitigen Beitrag hat die *Deutsche Welle* eindrücklich gezeigt, wie der Westen den Abgang und die Ausgrenzung der alten Eliten betrauert. Mit diesen Eliten hat die langjährige Täuschungspolitik funktioniert. Durch immensen Druck auf ihren luxuriösen Lebensstil hoffte er nach dem Beginn des Sanktionskrieges, sie gegen Putin aufzubringen und auf seine Seite zu bekommen, verlor aber durch die Willkür der Sanktionspolitik jegliches Vertrauen.

Mit den neuen Eliten, die über keine Besitztümer im Westen verfügen und die schon von vornherein kritisch gegenüber dem Westen eingestellt sind, weiß er schon gar nichts mehr anzufangen. Der Westen hat in Russland kaum mehr Einflussmöglichkeiten und klammert sich nur noch hilflos an die Idee, irgendjemand könnte Wladimir Putin in Russland doch noch stürzen.

* * *

Deutschlandfunk hetzt gegen IOC-Zulassung russischer Athleten

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/166805-deutschlandfunk-hetzt-gegen-ioc-zulassung/>

03.04.2023

Die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees, russische Sportler unter Auflagen am Wettkampf teilnehmen zu lassen, ist in den US/NATO-hörigen deutschen Medien auf heftige Kritik gestoßen. Deutsche Sportler würden dadurch in tiefe Gewissenskonflikte gestürzt. Um diese Seelenqualen zu verhindern, schlägt der Autor eine einfache, aber effektive Lösung vor.

Von Rainer Rupp

In ganz Westeuropa gibt es kein anderes Land, vielleicht mit Ausnahme Großbritanniens, in dem in den Medien in allen gesellschaftlichen Bereichen, ob in Politik, Wirtschaft, Kunst und selbst im Sport, derart systematische Hetze gegen alles "Russische" betrieben wird wie in Deutschland. Die öffentlich-rechtlichen Sender tun sich dabei besonders hervor, wobei der *Deutschlandfunk (DLF)* eigens hervorzuheben ist. Mit wenig logischen, aber dafür mit "moralin"- und gefühlsüberladenen Argumentationslinien werden die Russen und ihr grausamer Zar "Putin der Schreckliche" zum Kern alles Bösen.

Die dabei im Brustton der Überzeugung vorgetragene Heuchelei über unsere demokratische und friedliche Welt in EU-Borrells "europäischem Garten", die von "Putins Krieg" für immer verändert wurde, wird von Tag zu Tag unerträglicher. Aktuell versuchen sich die gekauften und bezahlten Leihmäuler der transatlantischen Eliten gegenseitig in der Agitation der deutschen Öffentlichkeit gegen den Beschluss des Internationalen Olympischen Komitees zu übertreffen. Alle russischen

Sportler, die "Putins Krieg" nicht öffentlich verurteilen, sind demnach Instrumente von Putins Kriegspropaganda und am Krieg gleichermaßen schuld. So lautete z. B. das Fazit einer verworren argumentierten Forderung der *DLF*-Kommentatorin Jessica Sturmberg am 1. April zur besten Sendezeit.

Da können wir Deutsche von Glück sagen, dass die Russen, nachdem ihr Land von den deutschen Herrenmenschen zerstört und 27 Millionen ihrer Eltern, Väter, Ehemänner, Kinder und Mütter ermordet worden waren, in den Jahren nach 1945 die Schuld der deutschen Bevölkerung nicht mit demselben Maßstab bemessen haben, wie das die *DLF*-Kommentatorin Sturmberg mit den russischen Sportlern tut.

Aber schauen wir uns mal genauer an, was die Dame Sturmberg so zu sagen hatte (ein Audio-Link zu ihrem ganzen *DLF*-Kommentar findet sich hier). Zur Einleitung säuselt Frau Sturmberg mit einschmeichelnder, von Erinnerungen ein wenig verklärter Stimme:

"Menschen, die zusammen Sport machen, in einem fairen Wettstreit gegeneinander antreten, während der Olympischen Spiele im olympischen Dorf wohnen, zusammenfinden, Freundschaften knüpfen über kulturelle Barrieren hinweg, das ist keine Theorie, das gibt es wirklich so. Olympioniken erzählen das mit leuchtenden Augen, allerdings in der Vergangenheitsform."

Ja, diese wunderschöne Zeit! Und jetzt ist alles vorbei, denn die Russen haben diese Märchenwelt zerstört. In verändertem Tonfall fährt Frau Sturmberg fort:

"Inzwischen bringt das Internationale Olympische Komitee Athletinnen und Athleten immer wieder in einen tiefen Gewissenskonflikt, lädt auf sie ab, was auf höchster Ebene entschieden werden müsste, und das wäre jetzt ganz klar: Kriegstreibende Nationen wie Russland sollten bei internationalen Wettkämpfen nicht mitmachen dürfen."

Die Forderung einer Pazifistin, kriegstreibende Nationen bei internationalen sportlichen Wettkämpfen auszuschließen, muss man nicht billigen, aber sie ließe sich durchaus nachvollziehen. Aber wenn hier eine echte Pazifistin geredet hätte, dann würden an erster Stelle der kriegstreibenden Nationen die USA und Großbritannien und andere NATO-Länder stehen, einschließlich Deutschland. Aber von denen wird niemand erwähnt. Deren Kriege sind unsichtbar, als "humanitäre Interventionen" zur Durchsetzung von Demokratie und dem Recht der Konzerne auf Zugriff fremder Bodenschätze getarnt.

Folglich gibt es beim *Deutschlandfunk* aktuell auf der ganzen Welt nur eine einzige "kriegstreibende Nation", und das ist Russland. Selbst der Krieg Saudi-Arabiens im Jemen existiert für Frau Sturmberg nicht. Sind die Herrschaften in den Redaktionsstuben der Öffentlich-Rechtlichen derart arrogant zu glauben, dass selbst die gebildete Zuhörerschaft, derer sie sich rühmen, nur noch aus manipulierten Idioten besteht, die von all dem Irrsinn, den sie uns erzählen, nichts merken? Glauben sie, dass ihren Zuhörern nicht auffällt, dass Frau Sturmberg das Gegenteil einer Pazifistin ist? Wenn es nach ihr geht, darf es keinen Frieden mit Russland geben, denn sie setzt sich nicht einmal für Kontakte, Verständigung und daraus mögliche Entspannung ein. Hinter ihren fein geschmiedeten Worthülsen erkennt man beim genaueren Hinschauen eine NATO-Propagandistin, die gegen Russen hetzt.

So wettert Sturmberg gegen IOC-Präsident Thomas Bach, dass er eine Kollektivschuld russischer Sportler an dem Krieg ausschließt und auf das Individuum setzt, das nicht für die kriegerischen Handlungen seiner Staatsführung bestraft werden sollte. Empört argumentiert Sturmberg dagegen, dass nämlich ...:

"... autokratische Regime ihre Athletinnen und Athleten ja gerade als Teil ihrer Propaganda auf die sportliche Bühne senden, um Stärke und Überlegenheit zu demonstrieren und ein Signal nach außen in die Welt, aber vor allem auch nach innen ins eigene Land zu senden. Ob sie wollen oder nicht. Russische Athletinnen und Athleten treten im Namen der Politik ihres Landes an. Ihre Siege sind Siege für Putin und vor allem ein Sieg für den Krieg."

Wie man sieht, geht es Frau Sturmberg nicht um Moral, sondern um Propaganda. Dazu gehört die scheinheilige Thematisierung des angeblich "tiefen Gewissenskonflikts der deutschen Athletinnen und Athleten", in den das Internationale Olympische Komitee sie mit der Zulassung von Sportlern aus Russland gebracht haben.

Aber ist es nicht gerade in Krisen- und Spannungszeiten besonders wichtig, dass Menschen aus verfeindeten Staaten in einem fairen, sportlichen Wettstreit gegeneinander antreten, im olympischen Dorf wohnen, zusammenfinden, Freundschaften knüpfen über kulturelle Barrieren hinweg und durch diese vom Fernsehen in Wohnstuben übertragenen Szenen einen Beitrag zur internationalen Entspannung leisten? Aber Frau Sturmberg – nomen est omen – will offensichtlich genau das verhindern, was die Frage erlaubt: Wer ist hier der wirkliche Kriegstreiber?

Auch sollten wir die Behauptung hinterfragen, dass deutsche Sportler in einem fairen sportlichen Wettstreit mit russischen Sportlern in einen "tiefen Gewissenskonflikt" geraten würden, wenn sie diese Probleme im Wettkampf mit US-amerikanischen und britischen Sportlern offensichtlich nicht haben, obwohl auch diese Sportler oft enge Verbindungen zu den nationalen Streitkräften ihrer Heimatländer haben.

Mir scheint, dass diese angeblich "tiefen Gewissenskonflikte" gegen russische Sportler den deutschen Sportlern von politisch-korrekten Sportmanagern und Medien-Manipulatoren aufgezwungen wurden. Wer als Sportler weiter gesponsert werden will, der muss bei der Erwähnung der Teilnahme "russischer Sportler" sofort erklären, "tiefe Gewissenskonflikte" zu empfinden.

Ich kann mir natürlich vorstellen, dass es auch deutsche Sportler gibt, die nicht an einem fairen sportlichen Wettstreit interessiert sind und lieber die starke russische Konkurrenz von vornherein mithilfe von "tiefen Gewissenskonflikten" ausgeschaltet wissen wollen. Aus dieser Gruppe von Sportlern werden wir aufgrund der IOC-Entscheidung sicherlich noch viele Klagen über die unglaublichen seelischen Qualen hören, bei dem Gedanken, gegen die russischen Konkurrenten anzutreten. Dagegen gibt es jedoch eine einfache Lösung.

Der Sportler, dem die Qualen der Gewissenskonflikte zu groß sind, sollte als Symbol seines moralischen Widerstandes gegen Russland und seiner Opferbereitschaft für die Ukraine Putin ganz persönlich sanktionieren und aus Protest nicht an der Olympiade teilnehmen. Das ist nicht zu viel verlangt, denn die große Masse des deutschen Volkes bringt seit über einem Jahr aus demselben Grund große persönliche Opfer. Aus Solidarität mit der Ukraine verzichten wir alle auf billiges und gutes russisches Gas und Öl und bezahlen dafür drei- bis viermal so viel für Energie aus demokratischen US-amerikanischen oder saudi-arabischen Quellen.

* * *

Bollwerk gegen die globalistische Weltdiktatur: Warum Kiew so hart gegen die Kirche vorgeht

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/166794-bollwerk-gegen-globalistische-weltdiktatur-warum/>

03.04.2023

Warum verfolgt das aktuelle Kiewer Regime so erbittert die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche? Der Autor dieses RT-Artikels ist überzeugt, dass sie ein Bollwerk gegen die Zerstörung des ukrainischen Volkes und die Expansion des Westens darstellt.

Von Andrei Rudaljew

Das offizielle Kiew bekämpft die Orthodoxie auf hinterhältige und zynische Weise. Es rächt sich an ihr und räumt konsequent und methodisch mit ihr auf. Es vertreibt die Mönche aus dem Kiewer Höhlenkloster. Es bekämpft nicht nur den Glauben (des ukrainischen Volkes), sondern auch seine Geschichte, Kultur und Sprache.

Das ist ganz im Sinne des polnischen Ministerpräsidenten Morawiecki, der vor nicht allzu langer Zeit die Auslöschung der russischen Welt forderte. Und auch der ist nicht selbst auf diese Idee gekommen. Sie sind so heiß darauf, tragen sich so sehr mit dieser idée fixe, dass sie sich selbst in den Wahnsinn treiben.

Selenskij und seine "Bande" (so die Definition von Vikar Pawel) müssen das Projekt (der Umformung der Ukrainer zu) Dünnbrettbohrern ohne Abstammung und Stamm zu Ende bringen. Die fleischgewordene Dämonenschar wird vor nichts zurückschrecken und alles um sich herum verbrennen, so ist das angelegte Programm. Sie verlangen bereits nach der Atombombe.

Die Orthodoxie ist für sie das, was Weihrauch für den Teufel ist. Das derzeitige ukrainische Regime wusste von Anfang an, dass sie nicht miteinander koexistieren können. Die Unterschiede sind zu fundamental – wie Licht und Dunkel. Deshalb führt es nun seinen Kreuzzug.

Im Jahr 2018, als der 1030. Jahrestag der Taufe Russlands gefeiert und zur Einheit aufgerufen wurde, schürten die ukrainischen Behörden die Kirchenspaltung und inszenierten mit Unterstützung des Patriarchats von Konstantinopel einen Sektenkonflikt. Infolgedessen machten sie die Gläubigen zu Geiseln, zu einem Faustpfand in ihrer kannibalistischen politischen Strategie.

Es ist klar: Die Orthodoxie soll bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt und verdreht werden, das altehrwürdige Kloster im Herzen von Kiew soll verwüstet werden. Und was wird übrig bleiben? Eine Zombie-Mumie, der die gesamte tausendjährige Essenz ausgetrieben ist, mit der man machen kann, was man will. Man kann sie kneten wie Lehm, kann ihr jeden Befehl erteilen – sie wird ihn ausführen. Nun kneten sie, nun befehlen sie und führen in Wirklichkeit doch nur einen tödlichen Kampf gegen sich selbst.

Denn was ist das (Kiewer) Höhlenkloster? Es sind nicht nur die jahrhundertealten Mauern und die Gegenstände mit Inventarnummern darin, die diesen oder jenen Wert haben. Es ist die Quintessenz einer enormen geistigen, kulturellen und historischen Tradition, die in scharfer Opposition zu Selenskij und seinem "Mob" steht.

Erinnert sei an den Gründer des Klosters, den ehrwürdigen Theodosius von Petschersk. Damals, im XI. Jahrhundert, herrschte eine ähnliche Situation: starker westlicher Einfluss, Versuchung der europäischen Integration, starke polnische Partei in Kiew, ständiger Streit der Fürsten. In seinen Briefen predigte der Mönch, "sich nicht vom lateinischen Glauben verführen zu lassen und nicht an ihren Sitten festzuhalten". Er rief dazu auf, "alle ihre Lehren zu meiden und ihre Sitten zu verabscheuen".

Es ging ihm nicht um Isolation, sondern um den Schutz der kulturellen und geistigen Identität. Er verstand sehr gut, dass die süßen Gesänge der Sirenen aus dem Westen mit dem einzigen Ziel

lockten und verführten, das Land ihrem Joch zu unterwerfen, um seine kulturelle und historische Identität vollständig zu vernichten. Damals wurde die Ablehnung der eigenen Identität und die Verführung durch das Fremde und Falsche eindeutig als eine Quelle der Katastrophe wahrgenommen.

Tausend Jahre später folgt die "Maidan"-Verwirrung genau diesem Szenario. Mit der Etablierung eines fremden Jochs, das Zerstörung und Tod bringt.

Kann sich Selenskij in einer solchen Situation mit der tausendjährigen Geschichte und den Heiligen, die sie hervorbrachte, versöhnen? Nein, natürlich nicht. Sie und Selenskij sind Todfeinde. Deshalb handelt er mit Feuer und Schwert, deshalb ist sein Ziel die Entweihung. Er will und muss den tausendjährigen Puls stoppen, seine Stimme dämpfen. Unterliegt er, wird es ihm und seiner Gefolgschaft wie der von bösen Geistern besessenen Schweineherde aus dem Neuen Testament ergehen.

Vielleicht werden sie in dem Höhlenkloster eine Art deutsche Polizeistation einrichten, die dort während des Krieges tätig war. Übrigens haben die Nazis nicht nur gemordet und geraubt, sondern auch auf die Zerstörung von Heiligtümern gesetzt, weil sie glaubten, damit die nationale Identität zu zerstören. Analogien zu heute drängen sich auf.

Wie die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa feststellte, "interessieren sich Selenskij und andere ukrainische Gottesverfolger nicht für Fragen des Glaubens, der Moral und der Sittlichkeit – sie werden ausschließlich von Eigeninteresse und dem Wunsch nach persönlicher Bereicherung angetrieben". Sie betonte auch, dass die derzeitige Christenverfolgung "mit Unterstützung der USA und Konstantinopels" stattfindet und "ein Verbrechen des Kiewer Regimes an seinem eigenen Volk" sei.

Jetzt werden die Mönche aus ihrer tausendjährigen Heimat vertrieben. Das ist es auch, was mit der Ukraine selbst geschieht. Das ist genau das, wovon der heilige Theodosius gewarnt und wogegen er sich gewehrt hat. Es muss klar sein, dass die Orthodoxie in eine Periode massiver Verfolgung eingetreten ist. Die Unterdrückung der Kirche in der Ukraine hat sich verschärft. Die Orthodoxie wird angegriffen und in Brand gesetzt werden, weil sie ein existenzieller Feind des aktuellen Kiewer Regimes ist, das, künstlich installiert, eine Grässlichkeit ohne Wurzeln und Nation ist.

Es gibt noch einen weiteren Aspekt, der bei der gegenwärtigen Kirchenverfolgung deutlich zutage tritt. Die traditionellen Weltreligionen, vor allem die Orthodoxie und der Islam, stellen eine große Gefahr für die globale Weltmacht dar. Sie beugen sich nicht, passen sich nicht der Konjunktur an und sind ein Bollwerk der traditionellen, realen und menschlichen Welt. Sie sind ein Hindernis für die neue Barbarei und das Heidentum, das vom Westen gepredigt wird, der sich selbst zum Idol macht und versucht, alle zu beherrschen und sein Diktat überall durchzusetzen. Deshalb wird der Koran geschändet, Heiligtümer werden verhöhnt und die Orthodoxie wird in der Ukraine in Stücke geschnitten.

In der gegenwärtigen Situation sollten das orthodoxe Kreuz und der muslimische Halbmond eine Einheit bilden – ein Symbol des Kampfes gegen das Böse in der Welt. Sie haben eine gemeinsame, heilige Mission.

Übersetzung aus dem [Russischen](#).

* * *

Der Mord an Wladlen Tatarki offenbart das Wesen der ukrainischen

Ideologie

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/166886-mord-an-wladlen-tatarski-offenbart/>

03.04.2023

Der Terroranschlag in St. Petersburg, der die Ermordung des Bloggers Wladlen Tatarski zum Ziel hatte, erweist sich als charakteristisch für das politische System der heutigen Ukraine. Das Kiewer Regime hat endgültig seine Zuflucht im Terrorismus genommen.

Von Nikolai Storoschenko

In St. Petersburg wurde Wladlen Tatarski, einer der bekanntesten Kriegskorrespondenten, ermordet. Wladlen Tatarski war das Pseudonym, unter dem der Blogger und Publizist Maxim Fomin arbeitete. Die Umstände des Verbrechens lassen auf die Arbeit der ukrainischen Sicherheitsdienste schließen und erinnern an ein ebenso berüchtigtes Verbrechen aus jüngster Zeit: den Mord an der Journalistin Daria Dugina. Es enthüllt auch das Aktionsmuster, das das Kiewer Regime auf seinem Territorium etablieren will.

Der Tathergang wurde im Allgemeinen bereits geklärt. Der Eintritt zu dem Vortragsabend des Kriegsberichterstatters in einem Café im Zentrum von St. Petersburg war frei. Jeder konnte eintreten sowie sich im Voraus über die Organisation dieses Treffens informieren.

Einem Bericht zufolge war bei dem Treffen eine junge Frau anwesend, welche Tatarski eine Statuette schenkte. Die Frau gilt nun als die Hauptverdächtige. Es sei möglich, dass die von ihr an Tatarski überreichte Statuette den Sprengstoff enthielt, der um 18:15 Uhr Moskauer Zeit explodierte. Neben dem verstorbenen Kriegsberichterstatter Maxim Fomin (besser bekannt als Wladlen Tatarski) gab es bis zum Sonntagabend mehr als zwei Dutzend Verletzte. Eine andere Version besagt, dass der Sprengsatz bereits zuvor in dem Café deponiert worden war.

Die Explosion löste eine vorhersehbare Reaktion aus. Ausgerechnet diese Reaktion ist einer der Gründe, warum solche Anschläge organisiert werden. "Wir haben lange Arme." "Die werden wir auch in St. Petersburg kriegen." Die ukrainische Blogosphäre quillt bereits über mit solchen und ähnlichen prahlerischen Äußerungen. Man sprengt nicht der Sprengung wegen, Sprengen allein ist nur die Hälfte. Man tut es, um einzuschüchtern.

Davon abgesehen konfrontiert diese Tragödie zum jetzigen Zeitpunkt mit einer Reihe von Rätseln, Fragen und Widersprüchen. Der Vortragsabend fand nicht etwa in einem Stadion statt, sondern in einem kleinen Café mit wenigen Leuten. Es wäre daher nicht allzu schwer gewesen, die üblichen Sicherheitsvorkehrungen einzuhalten. Medienberichten zufolge hielten sich jedoch in dem Café keine Sicherheitsleute auf. Wenn sich der Sprengstoff tatsächlich in einem von einem Besucher mitgebrachten Geschenk befunden hätte, hätte dieser von einem Spürhund erschnüffelt werden können oder die darin enthaltene Elektronik wäre von einem EMP-Detektor entdeckt worden. In anderen Medienberichten heißt es jedoch, dass die Statuette zwar untersucht, aber nichts Verdächtiges darin gefunden worden war.

Wenn wir jetzt die Zeit zurückdrehen würden, gelangen wir zum Zeitpunkt des Mordes an der Journalistin Daria Dugina, der ebenfalls von einer Frau organisiert wurde. Wie Wsgljad bereits berichtete, brüstet sich der ukrainische Sicherheitsdienst mit der Ausbildung und Einschleusung weiblicher Agenten. Nicht nur der SBU (Inlandsgeheimdienst der Ukraine; Anm. d. Red.), auch der GUR (Militärischer Nachrichtendienst der Ukraine; Anm. d. Red.) verfügt über seine eigenen Leute. Es ist nicht auszuschließen, dass die beiden Institutionen mit ihren Verlautbarungen nur die Spitze des Eisbergs enthüllen, mit dessen Aufbau Kiew schon lange vor dem Euromaidan begonnen hatte.

Die Schlussfolgerung, dass sich die Ukraine in einen terroristischen Staat verwandelt hat, drängt sich geradezu auf. Wenn wir noch weiter zurückblicken, kommen wir zu den zahlreichen Fällen von Terroranschlägen gegen Mitarbeiter der provisorischen Verwaltungen in den neuen Gebieten der Russischen Föderation (hauptsächlich in den Gebieten Saporoschje und Cherson). Verhinderte Terroranschläge und/oder die Festnahme von Saboteuren hat es im Übrigen auch gegeben.

Werfen wir erneut einen Blick in die Vergangenheit. Der Chef der DVR (Donezker Volksrepublik; Anm. d. Red.), Alexander Sachartschenko, wurde in Donezk ermordet, Givi und Motorola ebenda. So kommen wir bis zum ukrainischen Schriftsteller Oles Busina, dessen Ermordung diese Liste eröffnet. An ihn hat man sich im letzten Herbst, im Anschluss an die Ermordung von Daria Dugina, oft erinnert. Es gibt nun wieder einen Grund, zu erinnern.

Zu erinnern und stets zu bedenken: Wir befinden uns leider in einer defensiven Position. Allem Anschein nach haben wir es hier nicht etwa mit "irgendjemandem, der irgendwo zeitweise" gegen Russland arbeitet, zu tun, nein, hier handelt es sich um eine ausgewachsene geheime Untergrundbewegung. Ganz im Sinne eines SBU-Mannes, der mit gefälschten Pässen prahlte und chirurgischen Eingriffen zur Verleihung einer neuen Identität. "Die Morde an Wladlen Tatarski und Daria Dugina tragen die Handschrift derselben weit verzweigten Gruppe", glaubt Sergei Gontscharow, ein ehemaliger Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes.

Was ist der Sinn von all dem? Wenn einer, zwei oder drei Kriegsberichterstatter durch Anschläge getötet werden, wird das die Kriegsberichterstattung nicht aus der Welt schaffen. Zwar sorgen die ukrainischen Sicherheitsdienste mit der Ermordung prominenter Vertreter der russischen Medienlandschaft für Unruhe in den Köpfen und Seelen der russischen Bürger. Aber der Hauptadressat dieser Morde befindet sich nicht in Russland, sondern in der Ukraine. Diese Shows sind für ihn bestimmt. Erst neulich hat der Kiewer Propagandist Alexei Arestowitsch wieder einmal freimütig zugegeben, seine Mitbürger bewusst belogen zu haben. "Es war notwendig, das Land zusammenzuhalten, damit der seidene Faden, an dem alles zitternd und schwankend hing, nicht riss. Ich hatte die Wahl zwischen 'zwei, drei Wochen' [Dieser berüchtigte Spruch von Arestowitsch hat die Runde gemacht – Anm. von Wsgljad] oder den Millionen, die den Verstand verloren hätten, die in Panik verfallen wären ... einem Land, das die Fähigkeit zum Widerstand verloren hätte."

All diese Morde und spektakulären Terroranschläge (wie der Anschlag auf die Krim-Brücke) sind genau das Gleiche wie die "zwei, drei Wochen" von Arestowitsch. Ganz zu schweigen von dem ständigen Beschuss der russischen Grenzdörfer. Es ist, als ob die Vertreter des Kiewer Regimes deutlich machen wollen: Ja, wir kämpfen nun schon im zweiten Jahr und ein Ende ist nicht in Sicht. Ja, wir haben viel verloren und die Hoffnung schwindet. Aber seht, Tatarski ist ermordet worden. Und morgen kriegen wir vielleicht jemand anderen.

Heute das, morgen werden sie den orthodoxen Priestern die Kiewer Lawra wegnehmen, übermorgen wird Biden wieder ein paar Waffen dem Kiewer Regime zuwerfen, und am Ende der Woche kommt vom IWF die erste Tranche eines Kredits zugeschoben, und schon hat man wieder eine Woche durchgehalten. Und dann geht alles wieder von vorne los. So gibt es zwar keine große "Peremoha" ("Sieg" auf Ukrainisch), dafür jede Menge kleiner Etappensiege.

Vor einigen Jahren hörte man aus der Ukraine oft prahlerische Prognosen: Die Partnerschaft mit dem Westen und die Freiheit durch den Euromaidan werden uns zu einem erfolgreichen und reichen Land machen. Einem Land, das zu werden Russland sich nur erträumen kann. Dann würden auch die Krim und der Donbass (oder sogar das Kuban-Gebiet!) zurückkehren. Doch der einzige Erfolg, mit dem sich die Ukraine heute brüsten kann, ist, dass sie es gelernt hat, ihre ideologischen Gegner mit terroristischen Methoden auszulöschen. Es ist nun klar, dass dies das wahre Aktionsmuster ist,

welches das Kiewer Regime so weit wie möglich etablieren möchte.

Es lohnt sich, die terroristischen Aktivitäten der Ukraine zur Kenntnis zu nehmen und daraus Schlüsse zu ziehen. Der Gegner setzt sich über alle Sitten und Anstandsregeln hinweg und sollte nicht unterschätzt werden.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Zuerst erschienen in *Wsgljad*, 2. April 2023.

* * *

"Entzückend, hoch kreativ" – Marieluise Beck und ihre Liebe zum Faschismus

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/166968-entzueckend-hoch-kreativ-marieluise-beck/>

04.04.2023

Auf einem Foto zeigt sich Marieluise Beck (Bündnis 90/Die Grünen) als Leiterin eines einflussreichen Thinktanks mit Kateryna Prokopenko. Deren Mann Denys ist mittlerweile hochdekorierter Kommandeur einer Kompanie des Bataillons Asow. Der Fototermin ist ein offenes Bekenntnis von Beck zum Faschismus, ein öffentlicher Aufschrei bleibt aus.

Von Gert Ewen Ungar

Mit einem einzigen Tweet verdeutlicht die rechte, neokonservative Politikerin Marieluise Beck, was heute in Deutschland in der sogenannten "Mitte" der Gesellschaft schief läuft: es fehlt dieser sich gern als linksliberal verstehenden "Mitte" an Resilienz gegen Faschismus.

Marieluise Beck betreibt mit ihrem Mann Ralf Fücks einen einflussreichen, staatsnahen Thinktank mit dem schwammigen Namen "Zentrum Liberale Moderne", der auch aus Steuermitteln finanziert wird. Beck veröffentlichte nun am 30. März auf Twitter von sich ein Foto, an ihrer Seite eine Frau mit blondem Zopf, die sie als Kateryna P. vorstellt. Kateryna sei "eine entzückende, hoch kreative junge Frau. Ihr Mann – Lehrer – kämpfte mit Asow für ein Leben in Freiheit statt unter dumpfem russischem Terror", lässt sie die Twitter-Gemeinde wissen. Es geht um die Ukraine und – wie eigentlich immer bei einer Wortmeldung von Beck – darum, dass Russland und das, wofür es steht, etwas ganz Schlimmes sei.

Kateryna ist tatsächlich die Frau von Denys Prokopenko, aber Prokopenko als Lehrer zu bezeichnen, ist infam. Schon ab 2014, unmittelbar nach dem Putsch in Kiew, begann er als 23-Jähriger, gegen die Befreiungsbewegung im Donbass und übernahm später das Kommando über eine Kompanie des offen faschistischen Bataillons Asow. Er hat den überwiegenden Teil seines Berufslebens nicht als biederer "Lehrer" verbracht, sondern selbst getötet und andere das Töten gelehrt.

Prokopenko ist ein waschechter Nazi, seine Frau ebenfalls. Sie stehen wie kaum ein anderes Paar für die tatsächlich gelebten sogenannten "Werte" in der heutigen Ukraine: Rassismus, Gewalt, Mord und Folter, Unterdrückung und Repression. Sie sind beseelt von einem tief sitzenden, pathologischen Hass auf Russen und alles Russische.

Was aber ist dann Marieluise Beck, die von diesem Ehepaar schwärmt und behauptet, sie würden auch "für uns", also für Deutschland und die Deutschen kämpfen? Wofür steht dann angeblich Deutschland, wenn das Ehepaar Prokopenko für Deutschland kämpft? Die Verbindung zu Beck und zum "Zentrum Liberale Moderne" eröffnet den Blick in einen typisch deutschen Abgrund der Gegenwart.

Dass Beck ebenfalls von einem tiefen Hass auf Russen und alles Russische beseelt ist, bezeugte und bezeugt sie immer wieder in vielen öffentlichen Statements und mit Beiträgen auf der Website des Zentrums. Dieses Zentrum betreibt systematische Desinformation über Russland. Kein Klischee über Russland ist zu billig, um nicht von Beck und ihren Mitarbeitern und Kooperationspartnern benutzt und als wahr behauptet zu werden. Beck und ihr Zentrum bedienen und füttern ihr Publikum mit all den in Rassismus wurzelnden Vorurteilen über Russland und "die Russen".

Insbesondere im Umfeld von Bündnis 90/Die Grünen fällt dieser typisch deutsche Rassismus auf fruchtbaren Boden. Kleptokratie, Korruption, Diktatur, Unterdrückung – gern und ganz ohne eigene Anschauung glaubt man im "grünen" Bürgertum, was das Zentrum seinem unkritischen Publikum vorsetzt. Es sind allzu bequeme "Wahrheiten": Deutschland ist besser. Der Russe ist unzivilisiert, ein Barbar und Sowjetmensch, der seine Unterdrücker liebt. Das Zentrum präsentiert die Geschichte von Herrenrasse und Untermensch in einer leicht modernisierten Form.

Das deutsche Publikum ist inzwischen so gut mit Russenhass gefüttert, dass es auch über die offenkundige Allianz einer deutschen Politikerin mit offen faschistischen Kräften in der Ukraine hinwegsieht. Die bürgerliche "linksliberale Mitte" beweist damit ihre völlig fehlende Resilienz gegenüber tatsächlichem Faschismus. Die gleichen Personen, die zum Boykott der Vorträge von Daniele Ganser und der Konzerte von Roger Waters aufrufen, dieselben, die sich zur angeblichen "Verteidigung der Demokratie" zutiefst repressiver Mittel bedienen, schweigen ausgerechnet angesichts eines echten Bekenntnisses zu einer faschistischen Allianz.

Das "Zentrum Liberale Moderne" ist aus guten Gründen in Russland verboten. Beck und ihr Umfeld schüren Hass und betreiben offen die Ablösung dessen, was sie das "System Putin" nennen. Sie fördern jegliche Versuche zum Putsch und Umsturz mit dem Ziel, ein vom Westen geführtes Marionettenregime zu errichten.

Das Zentrum kämpfe für die "Liberale Moderne" und gegen "Autokratien", wollen Beck und ihre Mitstreiter ihrem Publikum weismachen. Nichts könnte mehr in die Irre führen als diese Behauptung. Auch in Deutschland ist dieses Zentrum ein Hort der Feinde der Freiheit und der demokratischen Werte.

Das Zentrum betreibt auch einen Internetpranger, der obendrein vom Steuerzahler finanziert wird. Dort werden Journalisten und Medien diffamiert, die sich kritisch gegenüber der Bundesregierung positionieren. Das "Zentrum Liberale Moderne" vertritt als Wert nicht die Freiheit des Liberalismus, sondern die Repression. Aus ihren Äußerungen wird immer wieder deutlich: Beck ist Rassistin und zutiefst reaktionär. Ihre Vision ist der autoritäre Staat, der seine Bürger gängelt, Vorschriften macht und abweichende Meinung unterdrückt und bestraft.

Das aber sind auch dieselben Vorstellungen, welche die "entzückende, hoch kreative" Kateryna Prokopenko für die Ukraine hat. Es ist der gleiche faschistische Geist. Die beiden Frauen sind nicht nur Feinde der Freiheit, sondern auch Friedensfeinde. Die Deutsche und die Ukrainerin auf einem Bild versinnbildlichen das besondere Verhältnis des deutschen und des ukrainischen Faschismus. Sie bedingen und verstärken sich in ihrer Bösartigkeit gegenseitig, sowohl historisch als auch gegenwärtig. Lässt man sie gewähren, wird diese neue Allianz Europa erneut in Schutt und Asche legen.

* * *

Ukraine über alles: Habeck als wirtschaftspolitischer Geisterfahrer

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/167055-ukraine-ukraine-ueber-alles-habeck/>

05.04.2023

Der deutsche Wirtschaftsminister war in Kiew. Er hat sich von Selenskijs Inszenierung beeindrucken lassen. Habeck reagierte emotional und nicht rational. Für die EU und die Deutschen kommt dies teuer und ist zudem mit großen Gefahren verbunden.

Von Gert Ewen Ungar

Der deutsche Wirtschaftsminister war in der Ukraine und hat sich dort die auf ihn persönlich zugeschnittene Portion ukrainischer Staatspropaganda abgeholt. Dass sie bei Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) auf fruchtbaren Boden fällt, war klar, denn Habeck misstraut nicht nur allen Russen, sondern auch allen, bei denen sich andeutet, sie könnten mit Russen Umgang pflegen.

Das machen schon die Säuberungen in seinem eigenen Ministerium deutlich. Jeder, der nicht Habecks Meinung ist, setzt sich dem Verdacht aus, für "die Russen" zu arbeiten. Der Verfassungsschutz wird dann eingeschaltet.

Dabei fällt es klar denkenden Menschen recht einfach, nicht Habecks Meinung zu sein, denn er lässt sich von Ideologie und Emotion leiten. Das macht es für ihn selbst einfach, denn für ihn ist die Welt klar geordnet, und er muss weder diese Ordnung noch seinen Standpunkt hinterfragen. Die Russen sind die Bösen, die Ukraine ist das bedauernswerte Opfer, das es zu unterstützen gilt, Deutschland gehört zu den moralisch Guten und hilft daher der Ukraine. Schlicht und einfach und eben doch ganz falsch.

Für Deutschland ist diese schlichte Geisteshaltung des Wirtschaftsministers jedenfalls problematisch, denn sie entspricht nicht der Realität und ist in ihren Konsequenzen für Deutschland und die Deutschen ziemlich teuer.

Selenskij jedenfalls gelang es, Habeck an seinem wunden Punkt zu treffen: bei den Gefühlen. Selenskij zeigte ihm nicht nur die menschlichen Opfer der russischen Aggression, sondern sich selbst auch einfühlsam. Das hat den Wirtschaftsminister besonders beeindruckt, wie er in einem Interview hervorhebt. Der ukrainische Präsident zeigt Gefühl angesichts der Leiden seines Volkes. Was ein dufter Typ.

Nun, Selenskij ist von Beruf Schauspieler, und sein tägliches Handeln deutet insgesamt auf einen wenig empathischen Menschen. Selenskij schickt jeden Tag hunderte ukrainische Soldaten in einen unter militärstrategischen Gesichtspunkten völlig sinnlosen Tod. Das Leid der Menschen im Osten des Landes, für das er persönlich verantwortlich ist, zeigt Selenskij Habeck natürlich nicht. Dort lässt sich der als einfühlsam inszenierende ukrainische Staatenlenker Zivilisten mit westlichen Waffen beschießen und begeht damit Kriegsverbrechen – und zwar täglich.

Habeck bedauert übrigens, dass Deutschland erst relativ spät bereit war, diese Waffen zu liefern. Ein Menschenleben im Donbass ist für den grünen Politiker offenbar weniger wert als eines in Kiew. Habeck interessiert sich nicht für Fakten, nicht für harte Tatsachen, und lässt sich von Selenskijs Inszenierung zu Tränen rühren. Ein peinliches Schauspiel.

Habecks Gefühlsaufwallung hat jedenfalls Konsequenzen. Das Sanktionsregime sei noch nicht umfassend genug, gab ihm der ukrainische Präsident zu verstehen, denn russisches Uran sei bisher noch nicht betroffen. Der deutsche Wirtschaftsminister hat ein Einsehen und will künftig auch Uran sanktionieren. Deutschland wird seine Atomkraftwerke eh abschalten, wozu also Uran? Unter anderem Frankreich wird das anders sehen. Das Land setzt nach wie vor auf Atomkraft. Der Konflikt innerhalb der EU ist vorprogrammiert.

In Deutschland setzt man dagegen auf die Wärmepumpe. Die braucht kein Erdgas und kein Heizöl und macht von Russland unabhängig. Sie braucht allerdings Strom, der sich im benötigten Umfang nicht allein aus Sonne, Wind und Wasser wird generieren lassen. Hinzu kommt noch das Verbrenner-Aus. Deutschland will die E-Mobilität in großem Umfang fördern. Es wird damit absehbar zum Importland für Strom – für ganz viel Strom. Unter anderem Frankreich kommt als Lieferant infrage, allerdings nur, wenn es weiter russisches Uran importieren kann. Im Moment des auffallenden Gefühls der Solidarität mit der Ukraine ist dem Minister dieser Zusammenhang irgendwie durchgerutscht.

Ein Dorn im Auge ist dem deutschen Wirtschaftsminister auch, dass eine ganze Reihe von Staaten sich nicht an das Sanktionsregime der EU hält. Es entsteht partout nicht das gewünschte Ausmaß an Mangel in der russischen Gesellschaft. Sekundärsanktionen sollen es richten. Diese galten bisher als Tabu und völkerrechtswidrig. Jetzt sollen sie eingesetzt werden, um Staaten und Unternehmen in diesen Ländern abzustrafen, die Russland mit Waren aus dem Westen versorgen oder von dort sanktionierte Waren beziehen und weiter vertreiben. Das wird Deutschlands ohnehin schon recht bescheidenen Grad an Beliebtheit in der Welt nicht erhöhen und auch nicht zu einem größeren Rückhalt für das völkerrechtlich fragwürdige Sanktionsregime der EU führen.

Wichtig ist Habeck, dass Deutschland bei aller Unterstützung der Ukraine nicht Kriegspartei wird. Der Minister tut so, als gäbe es da völlig klare Regeln. Dem ist nicht so. Spätestens mit der Ausbildung von ukrainischen Soldaten durch die Bundeswehr ist die Grenze zur aktiven Beteiligung überschritten. Letztlich legt es ohnehin Russland fest, ab welchem Grad es ein Land als Kriegspartei sieht.

Würde er russische Medien verfolgen, wüsste Habeck, dass Russland Deutschland längst als Konfliktpartei betrachtet. Das macht der Minister freilich nicht, denn in russischen Medien kommt seiner Auffassung nach keine sachliche Information, sondern nur russische Propaganda. Also träumt er weiter vor sich hin und hält Deutschland für unbeteiligt und im Geiste friedfertig.

Habeck reiste übrigens mit einer Wirtschaftsdelegation nach Kiew. Deutsche Unternehmen sollen in die Ukraine investieren. "Brutal viel", wie er sagte. Es geht ihm auch um einen grünen, energiegewendeten Wiederaufbau. Damit deutsche Unternehmen auch Lust auf Investitionen bekommen, sollen die Investments staatlich abgesichert werden. Die Ukraine ist übrigens pleite. Sie wird nur durch Zahlungen des Auslands gerade so über Wasser gehalten. Bisher war die Absicherung von Investitionen in Kriegsgebieten aus naheliegenden Gründen auch nicht üblich, denn die Risiken sind schlicht unübersehbar.

Habeck ist das alles egal. Ukraine, Ukraine über alles – vor allem aber über die vitalen Interessen Deutschlands und seiner Bürger. Habeck ist mit seiner Einseitigkeit und seiner ideologischen Verbohrtheit Deutschlands größtes Wirtschaftsrisiko. Der Besuch in Kiew machte obendrein deutlich: Deutschland und seine Wirtschaft sind dem deutschen Wirtschaftsminister ziemlich schnuppe.

* * *

Fürs Klima und die NATO – Die manipulierte Ostermarschbewegung

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/167074-fuers-klima-und-die-nato-die-manipulierte-ostermarschbewegung/>

07.04.2023

Die traditionelle Friedensbewegung schließt sich der NATO-Verurteilung Russlands wie dem

Klimarettungs-Narrativ des WEF an. In ihren Aufrufen verschweigt sie, dass sich inzwischen eine unabhängige Friedensbewegung entwickelt hat, die bundesweit eigene Ostermärsche organisiert. Ausdrücklich will sich diese nicht für "transatlantische Interessen" kapern lassen.

Von Felicitas Rabe

Orientiert man sich an der Website der traditionellen deutschen Friedensbewegung, finden am kommenden Wochenende in Deutschland 123 angemeldete Ostermärsche statt. Mit den vielen Friedensdemonstrationen wirkt die Planung der österlichen Aufzüge eher kleinteilig. Auch der überregional bekannte Ostermarsch Rhein-Ruhr wird verteilt auf 14 Veranstaltungen stattfinden.

Den Auftakt bildet in diesem Jahr ein Ostermarsch in Erfurt, der neben zwei weiteren Märschen bereits am Gründonnerstag (6. April) stattfinden soll. Der Aufruf dazu wird auf der Webseite der Erfurter Linken veröffentlicht. Es sticht überhaupt ins Auge, in welchem Ausmaß die Linkspartei in diesem Jahr geradezu wahlkampftartig in die Ostermärsche der Friedenskooperative eingebunden ist.

So wie Lara Herrlich von der Linkspartei auf der Ostermarschkundgebung in Gießen, werden am Ostersonntag auch in Hannover, Wismar, Neumünster, Kaiserslautern, Bielefeld, Potsdam und in vielen anderen Städten Vertreter der Linkspartei zu den Friedensmarschierern sprechen. Mancherorts veranstalten die Linken den Ostermarsch direkt selbst, wie in Wismar, Gera und weiteren Städten.

Ostermarschierer werden auf NATO-kompatible Position gebracht

Dabei ist nicht nur die Linkspartei zur Frage der deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine und zur Frage des Verständnisses für Russland gespalten, was sich auch in der Spaltung der Ostermärsche insgesamt widerspiegelt. Beispielsweise werden Friedensaktivisten auf der Kundgebung am 8. April in Mainz laut Programm gleich zwei eindeutig antirussischen Reden lauschen. Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer der DFG-VK RLP, wird dort zum Thema "Nein zum russischen Angriffskrieg" sprechen und Franz Nadler von der Organisation Connection zum Thema "Kriegsdienstverweigerung in Russland".

Im Gespräch mit der Autorin erklärte der Präsident der Freidenker-Weltunion Klaus Hartmann am Mittwoch, die Aufrufe der traditionellen Ostermärsche seien in diesem Jahr von Russland-Beschuldigungen geprägt. Hartmann stellte fest: "Die überwältige Zahl der diesjährigen Ostermarsch-Aufrufe kommt nicht umhin, Russland zu beschuldigen, es habe die Ukraine überfallen und führe einen 'völkerrechtswidrigen Angriffskrieg'." Bei aller Kritik an Waffenlieferungen und der Aufrüstung in Deutschland seitens der Friedensbewegung so Hartmann, "folgt diese Erzählung der NATO-Erzählung, dass der Krieg im Februar 2022 begonnen habe und nicht bereits 2014, als der Angriff der Kiewer Putschisten auf den Donbass begann."

"Und damit werden die Ostermarschierer am Ende des Tages doch auf eine NATO-kompatible Position gebracht!", stellte der Vorsitzende der Freidenker-Union fest.

Die deutschen Freidenker verteilen zu Ostern einen Flyer mit eigener Bewertung der deutschen Russlandpolitik. Widersprüchlich erscheint auch der Umgang mit Vertretern und Anhängern politischer Parteien bei den traditionellen Ostermärschen. Obwohl Vertreter der Linkspartei häufig als Organisatoren oder Redner auftreten, wird den Teilnehmern vielen Aufrufen zufolge grundsätzlich untersagt, Parteiabzeichen und -fahnen mitzuführen. Offenbar will man damit den Eindruck der Überparteilichkeit der Friedensbewegung erwecken.

Scheinbare Überparteilichkeit bei Ausgrenzung von AfD-Vertretern und -Wählern

Gleichzeitig wird Überparteilichkeit fast überall klar begrenzt. Dazu heißt es sinngemäß nicht nur im Aufruf des Ostermarsches Rhein/Ruhr, dass man sich "den menschenfeindlichen Umtrieben von AfD (...) und anderen rechten Ideologen entgegenstellen" werde. Auch im Aufruf zum Rostocker Ostermarsch wird "die Teilnahme von Mitgliedern und Anhängern der AfD sowie nationalistischen und rechtsradikalen Kräften nicht gestattet".

Selbst wer kein Fan der AfD ist, sollte realisiert haben, dass es die AfD war, die Waffenlieferungen in die Ukraine konsequent abgelehnt hat. Nach Aussage des ehemaligen UN-Diplomaten Michael von der Schulenburg hat die AfD genau wegen dieser Haltung so viel Zuspruch von Friedensaktivisten erhalten. Sie habe dadurch neue Anhänger gewonnen, die keine typischen AfD-Wähler seien, erklärte von der Schulenburg erst kürzlich bei einem Vortrag bei SPD-Senioren.

Es scheint so, als habe man seitens der traditionellen Friedensbewegung ausgerechnet vor den Menschen Angst, die aus Sorge um eine Eskalation zu einem Dritten Weltkrieg eine Partei wählten, die sich am eindeutigsten gegen deutsche Waffenlieferungen ausspricht.

Hingegen darf der Ostermarsch in Passau, wo laut Aufruf auch keine Parteiabzeichen und -fahnen akzeptiert werden, anscheinend problemlos vom stellvertretenden Vorsitzenden der Grünen-Fraktion in Passau Karl Synek organisiert werden. Dabei haben sich die Grünen als Koalitionspartei für die Lieferung von deutschen Kampfpanzern an ein Land entschlossen, das im Zweiten Weltkrieg durch den deutschen Angriffskrieg 27 Millionen Tote zu beklagen gehabt hatte.

Die Grünen liefern nun Kampfpanzer gegen Russland, obwohl sie in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 festgelegt hatten, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete abzulehnen. Auf Seite 250 des Parteiprogramms heißt es unter dem Kapitel "Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete und Diktaturen":

"Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete verbieten sich."

Für traditionelle Friedensfunktionäre scheint es dennoch kein Problem zu sein, diese Partei, deren Mitglieder und deren Anhänger auf den Ostermärschen zu begrüßen.

Friedensaktivisten werden "fürs Klima" und die WEF-Enteignungsvision eingespannt

Als Teilnehmer an den Friedensmärschen der Friedenskooperative muss man darüber hinaus einige Kompromisse eingehen. Von den Veranstaltern wird mehrheitlich vorausgesetzt, dass Friedensaktivisten auch gleichzeitig Anhänger des offiziellen "Klima-Narrativs" des Weltwirtschaftsforums (WEF) und der EU-Kommission sind, wie man vielen Aufrufen entnehmen kann. In dieser Hinsicht folgt man den Aktivisten der "Letzten Generation". Nach deren Vorstellung gehe die Welt, wenn ein paar Länder des Westens nicht auf Atomkraft verzichteten und ihre Wirtschaft zusammenbrechen ließen.

Dementsprechend lautet zum Beispiel das Motto des Landshuter Ostermarschs "Gemeinsam für Frieden. Klima. Gerechtigkeit.", und im Stuttgarter Flyer heißt es ebenfalls kurz und bündig "Klima retten". Im Aufruf des Rhein/Ruhr-Ostermarsches liest man: "Die Klimarettung ist nur in einer gemeinsamen weltweiten Kraftanstrengung im Frieden möglich." Die angebliche Dringlichkeit einer Verbindung von Ostermarsch und Klimabewegung war bereits im Dezember auf dem Kasseler

Friedensratschlag mehrfach betont worden und wurde tatsächlich in vielen Aufrufen umgesetzt.

Infolgedessen wird Teilnehmern der traditionellen Ostermärsche quasi unterstellt, sie seien für den Handel mit Klimazertifikaten, für die faktische Enteignung von Eigenheimbesitzern, gegen die weitere Nutzung von Verbrennermotoren, gegen den Erhalt des deutschen Mittelstands, für die zunehmende Nutzung von Stromenergie im Straßenverkehr, gegen die Nutzung von Atomkraftwerken in Deutschland und für die Unterstützung von Klimaaktivisten, Straßenklebern und Museumsrandalierern.

Am Ende unterstützt man als Friedensaktivist der traditionellen Friedensbewegung eigentlich die Vision der allgemeinen Volksenteignung von WEF-Gründer Klaus Schwab und der neoliberalen Wirtschaftselite: "Ihr werdet nichts besitzen, und ihr werdet glücklich sein."

Unterschlagung einer unabhängigen Friedensbewegung

Von den Organisatoren der Friedenskooperative wird versehentlich oder absichtlich unterschlagen, dass zu Ostern 2023 auch unabhängige Friedensdemonstrationen stattfinden. In München wird neben dem traditionellen Ostermarsch die große zentrale Friedensdemo des überregionalen oppositionellen Bündnisses "Macht Frieden" organisiert. Die alternative Friedensbewegung ist aus der Bewegung für Grundrechte und den Corona-Protesten hervorgegangen. In deren Aufruf heißt es: "Wir machen ein Angebot an alle Menschen, die ehrlichen Herzens für den Frieden demonstrieren wollen".

Während das traditionelle Münchner Friedensbündnis sich auf den "völkerrechtswidrigen Krieg Russlands" bezieht und die "Klimarettung" fordert, heißt es im Münchner Aufruf der neuen Friedensbewegung:

"Wir fordern die sofortige Reparatur der Nord-Stream-Gasleitungen und die lückenlose Aufklärung des Anschlags auf europäische Energie-Infrastruktur in der Nordsee, der im September 2022 Teile der Gasleitungen zerstörte. Unsere Haushalte und Industrie brauchen zuverlässige, bezahlbare Energie." Dazu bedauern die neuen Friedensaktivisten die Kaperung traditioneller Ostermärsche für transatlantische Interessen:

"Leider haben teilweise deutsche Regierungsparteien lokale Ostermarschgruppen für transatlantische Interessen gekapert und ihre Forderungen, Reden und Protestaktionen entsprechend weichgespült. Da machen wir nicht mit."

* * *

Peinlichkeit im Doppelpack: Macron und von der Leyen in China

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/167255-peinlichkeit-im-doppelpack-macron-und/>
08.04.2023

Wo auch immer westliche Vertreter aufschlagen, verteilen sie Ermahnungen, Drohungen und Belehrungen. Das war bei Macron und von der Leyen in China nicht anders. Dabei ist dieses Verhalten nicht nur nutzlos, es ist zunehmend lächerlich.

Von Dagmar Henn

Wenn man die westliche "Diplomatie" betrachtet, kommt sie einem immer mehr vor wie ein Wettbewerb im Fettnapfspringen. Die Liste peinlicher Auftritte wird immer länger; zuletzt führten der französische Präsident Emmanuel Macron und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der

Leyen in Peking vor, wie es nicht geht.

Dabei können diese Gestalten nichts dafür, dass sie so kläglich wirken. Sie haben nur nicht mitbekommen, dass sich die globale Realität geändert hat und ihre Versuche, "Druck auszuüben", nicht nur auf Widerstand stoßen, sondern massiven Unwillen erzeugen.

Wobei die Berichterstattung der chinesischen *Global Times* den Schwerpunkt auf die wirtschaftlichen Beziehungen legt und die Belehrungen durch Macron und von der Leyen höflich übergeht, ja, ihnen sogar Lernfähigkeit unterstellt: "Sie haben begriffen, dass bei den geopolitischen Veränderungen die USA nicht mehr das einzige Machtzentrum sind, da Chinas internationaler Einfluss anerkannt wird."

Die Versuche, China zu belehren, erledigte die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums, Mao Ning, kurz und bündig: "Wenn wir über Verantwortung für die Ukraine-Krise reden, denke ich, dass die USA und die NATO ihre Verantwortung eingestehen sollten. Die NATO ist nicht qualifiziert, China unter Druck zu setzen."

Das US-Magazin *Politico* beschreibt deutlich, wie peinlich die ersten Gespräche gewesen sein müssen. Macron sprach doppelt so lang wie Xi; eine ausgenommene Unhöflichkeit. "Xi selbst wirkte gelegentlich ungeduldig und genervt, während Macron weitersprach. Der chinesische Staatschef seufzte mehrmals tief und wirkte genervt, als Macron ihn direkt ansprach und dabei anscheinend zum Ukraine-Krieg improvisierte, und zur gemeinsamen Verantwortung, den Frieden zu bewahren."

Ursula von der Leyen, die sich in den französischen Staatsbesuch gedrängt hatte, besaß in ihrer allein abgehaltenen Pressekonferenz noch die Dreistigkeit, China nicht nur vor Waffenlieferungen an Russland zu warnen, sondern auch vor Handlungen in Richtung Taiwan, wobei sie mit der Formulierung "Status Quo" die Tatsache umging, dass auch für die EU Taiwan ein Teil Chinas ist, was eigentlich bedeutet, dass jede Auseinandersetzung zwischen der Volksrepublik und Taiwan ein innenpolitisches Ereignis ist, das schon allein deshalb die EU gar nichts angeht.

Die praktische Folge solcher permanenten Ermahnungen ist schlicht, dass sich die Abkehr weiter Teile der Welt vom kollektiven Westen weiter beschleunigt. In den letzten Monaten gab es gleich dutzendweise Momente, in denen die Erwiderungen auf derartige Vorhaltungen weit weniger höflich waren als in China.

Das ist eine tragikomische Situation. Da stehen diese Gestalten, die ihre ganze Karriere unter der Voraussetzung geplant haben, dass der Westen die Welt beherrscht, und nun, da sie an die politische Spitze gelangt sind, können sie nicht begreifen, dass sich die Voraussetzungen geändert haben. Sie können nicht aus ihrer kolonialen Haut und merken nicht, wie lächerlich sie sind, wenn sie sich auf eine Macht berufen, die gar nicht mehr existiert.

Es geht ja auch alles so schnell. Da hatte man sich einen hübschen kleinen Krieg gebastelt und geplant, danach Russland zu verfrühstücken, und alles ging katastrophal schief. Klar, ein bisschen mehr ökonomische Kenntnisse hätten das vielleicht vermieden, aber es bleibt die Tatsache, dass eine völlig andere Entwicklung geplant war. Man denke nur an von der Leyens Aussage, die russische Wirtschaft sei in Fetzen.

Kaum anzunehmen, dass Personen wie von der Leyen, Macron oder Bundesaußenministerin Annalena Baerbock noch fähig sind, die Demut zu erlernen, die sie in den internationalen Beziehungen in den kommenden Jahren brauchen würden. Sie können nur Arroganz und Unterwürfigkeit. Die Zurückhaltung, die angebracht wäre, um zu den ehemaligen Kolonien

Beziehungen auf Augenhöhe zu entwickeln, ist ihnen völlig fremd.

Das garantiert für die kommenden Jahre noch viele peinliche Momente von stetig zunehmender Absurdität. Die Welt wird sich der westlichen Eliten samt deren medialem Tross (der immer noch Absurditäten behauptet, wie "von der Leyen habe China ermahnt") mit einem gewaltigen Lacher entledigen.

* * *

Grüne Ostermesse? Habeck hält Videoansprache und liefert zum Schaden auch gleich den Spott

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/167320-gruene-ostermesse-habeck-haelt-videoansprache/>
09.04.2023

Nachdem er zu Weihnachten und Silvester nicht darf, hat sich Robert Habeck ein Ostervideo gegönnt. Es steht auf der Seite seines Ministeriums. Und es ist ein ziemlich bösertiges Werk, vorgetragen mit einem Ausdruck, als könne der Herr kein Wässerchen trüben.

Von Dagmar Henn

Das "Wir" war immer das Unangenehmste an Merkels Reden; man wollte nicht hineingezogen werden in dieses "Wir". Aber jetzt, da Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, dessen Eitelkeit wohl nicht ertragen kann, dass nur Bundespräsident und Bundeskanzler Ansprachen an das Land halten, einen "Ostergruß" erfunden hat, um die Deutschen mit seiner Weltsicht zu belästigen, wird klar: Es geht immer noch schlimmer.

"Wir haben eine Energiekrise handhabbar gemacht", lobt er sich selbst, auch wenn der Satz ohne das Wort "handhabbar" näher an der Wahrheit wäre. Denn ohne ihn, Habeck, und seine Partei wäre womöglich Nord Stream 2 ganz gewöhnlich in Betrieb gegangen, niemand hätte im Winter in kalten Büros sitzen müssen, und es würde auch noch Glas und Stahl produziert. Oder es wäre uns zumindest das unwürdige Schauspiel erspart geblieben, das auf den Anschlag auf die Pipelines folgte.

"Dass wir stark sind, wenn wir entschlossen sind" – ja, er, Habeck, ist unerbittlich entschlossen, alles zu ruinieren, was in Deutschland noch steht, aber will man wirklich in dieses "Wir", entschlossen sein mit Habeck? "Wir haben unser Land nicht zukunftsfähig gemacht, auch in Bezug auf die kommende wirtschaftliche Prosperität" – mit solch einem Satz wird klar, warum Habeck eine solche Rede zu Ostern hält. Er will eine Auferstehung behaupten, ein Licht am Ende des Tunnels, auch wenn die meisten dieses Licht für den entgegenkommenden Zug halten. In seiner Märchenwelt gibt es Wohlstand ohne Energie, auch wenn er in Wirklichkeit das Land 300 Jahre in die Vergangenheit versetzt.

So viele wichtige Entscheidungen seien getroffen worden, und die kämen jetzt eben in der Wirklichkeit an, "wenn man darüber redet, dass Autos ab 2035 nicht mehr mit einem fossilen Verbrennungsmotor fahren können, dann redet man am Ende auch über Ihr persönliches Leben; wenn wir darüber reden, dass wir nicht weiter fossile Heizungen einbauen, was sicherlich abstrakt jeder unterschreiben würde, dass das richtig ist, dann reden wir über Ihr konkretes Leben".

Vor allem reden wir über eine Rechnung, die hinten und vorne nicht aufgeht, was natürlich bei Habecks Gerede nicht auffällt, denn solche Aussagen werden praktischerweise nie mit Zahlen unterfüttert. Im konkreten Leben gibt es den Strom nicht, den es für Elektroautos und Wärmepumpen bräuchte, es gibt nicht einmal die Wärmepumpen und in weiten Bereichen des

Landes auch keine Stromkabel, die genug Leistung für das Laden von Elektroautos liefern.

"Aber der Antwort auszuweichen, weil es kompliziert wird, das sollte nicht mehr unsere Haltung sein, weder unsere politische noch unsere persönliche." Und schwupp, ist man schon wieder in diesem "Wir", teilt schon wieder das kalte Badewasser mit Habeck, garniert mit einer Extraportion Ermahnung, die irgendwie die weichgespülte Resonanz von "Was uns nicht umbringt, macht uns nur härter" darstellt.

Merkels "Wir" war eine unangebrachte, klebrige Emotionalität, eingelagert in wabrigem Wertewolken. Habecks "Wir" ist das "Wir essen jetzt ganz brav den Teller leer"-Wir, eine ständig implizite Drohung. Der Übergang zwischen Belehrung und Drohung ist fließend, da wirkt Habeck wie ein Wiedergänger jener westdeutschen Lehrer, denen Lineal und Stock die wichtigsten Hilfsmittel waren. (Für die in der DDR Aufgewachsenen unter unseren Lesern – körperliche Züchtigung wurde an westdeutschen Schulen erst Ende der 1960er verboten.)

In der wirklichen Welt stimmt nicht einmal die Behauptung, jeder unterschreibe das mit den fossilen Heizungen. Das würde nicht jeder tun, bei Weitem nicht. Dafür gibt es doch noch zu viele Menschen, die die Grundrechenarten beherrschen. Es ist nur schwierig, jene zum B-Sagen zu nötigen, die nie A gesagt haben. Und schließlich ist der Klimaglaube Teil des offiziellen Kanons. Ein wenig durchschnaufen dürfe man über die Feiertage, und dann ginge es "streitbar, aber entschlossen" weiter. Aus Habecks Mund klingt das wie "ein Angebot, das Sie nicht ablehnen können". Dabei hat er sich in diesem Video auf neue Aufgaben gefreut. Kann man ihn nicht an die USA ausleihen, damit er die kaputtmacht?

Seinen Fans ist dieses Video sicher das Gegenstück zur Ostermesse, aber für den Rest der Deutschen eine weitere mit Steuergeldern finanzierte Belästigung, in der Wirtschaftsterminator Habeck zum Schaden den Spott gleich mitliefert.

* * *

Multipolare Weltwährung voraus!

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/167422-multipolare-weltwaehrung-voraus/>

11.04.2023

Die Welt ist im Begriffe, multipolar zu werden. Mit der politischen Vorherrschaft der USA schwindet auch die des westlichen Finanzsystems. Welche Lehren können aus den Erfahrungen mit den bisherigen Reservewährungen für die Schaffung einer neuen multipolaren Währung gezogen werden?

Von Rüdiger Rauls

Voraussetzungen

Unterschiedliche Entwicklungen stehen an der Wiege einer neuen Reservewährung: die Finanzkrise von 2007/2008 mit der anschließenden Ausweitung der Geldmengen, die Politisierung des Dollars und die exzessiven Sanktionen des sogenannten Wertewestens, besonders aber das gewachsene Misstrauen von Staaten und Privatpersonen gegenüber dem bestehenden Finanzsystem. Sie alle durchdringen einander und sind bestimmt durch die politische, militärische und finanzielle Vormachtstellung der USA. Diese Entwicklungen sollen im Folgenden genauer betrachtet werden, da sich aus ihnen heraus die Notwendigkeiten und Voraussetzungen erklären für den Aufbau eines neuen, sozusagen demokratischeren Währungssystems.

Der Beinahe-Zusammenbruch des kapitalistischen Finanzsystems infolge der Insolvenz von Lehman Brothers in den Jahren 2007/2008 hatte das Vertrauen vieler Teile der Bevölkerung in die Stabilität des Bankenwesens erschüttert. Viele Menschen fürchteten um ihre Lebensgrundlagen, um ihre Ersparnisse und ihren Wohlstand. Aus dem einst unverbrüchlichen Vertrauen in Geld und Banken waren Verunsicherung und zum Teil Misstrauen geworden.

Viele begannen, sich erstmals intensiver mit dem Thema Geld zu beschäftigen, und schon bald merkten sie, dass sich das scheinbar Selbstverständliche nicht von selbst verstand, sondern komplizierter war als gedacht. Das verunsicherte noch mehr, zumal die Erklärungsversuche der sogenannten Experten für die meisten Menschen unverständlich waren. Ohne die Zusammenhänge zu verstehen, begannen Visionäre, sich Alternativen zum Geldsystem auszudenken – politische wie auch finanztechnische. Einer dieser Ansätze war die Entwicklung des Bitcoin und anderer sogenannter Kryptowährungen.

Nicht alltagstauglich

Der Bitcoin verfolgte das Ziel, dem Staat die Kontrolle über das private Geld zu entziehen. Das betraf einerseits die Schaffung des Geldes, aber auch seine Verwahrung und Bewegung. Denn in der ausufernden Geldschöpfung durch Banken und Notenbanken sahen viele die Ursachen der Inflation und der damit verbundenen Gefahr für die Stabilität des Geldes. Zur Vermeidung dieser Gefahren sollte die Menge der Bitcoins begrenzt sein.

Diese Beschränkung der Geldschöpfung wird durch die Blockchain gewährleistet, einer neuen Technologie, die die Vorgänge rund um die Entwicklung und Bewegung von Bitcoins dokumentierte und gleichzeitig auch nach festgelegten Grundsätzen abwickelte. Diese Dokumentation war nur für jene zugänglich, die nach den Kriterien der Blockchain dazu berechtigt waren. Dadurch waren die Besitzer der Bitcoins und deren Transaktionen der Kontrolle durch staatliche oder andere Institutionen entzogen.

Das war die Theorie. Diese aber schien die wirtschaftlichen Realitäten und Prozesse im Kapitalismus nicht zu kennen oder nicht wahrhaben zu wollen. Gute Absichten allein reichen nicht aus, man muss auch die Grundlagen in der Wirklichkeit kennen. Denn entgegen den idealistischen Vorstellungen der Urheber des Bitcoin gab es in den vergangenen Jahren kaum eine Anlage, geschweige denn ein Zahlungsmittel, das einem solch inflationären Preisschub unterlag wie der Bitcoin.

Bei einer ersten Notierung im März 2010 betrug sein Wert nur 0,003 US-Cent, in seiner Spitze Ende 2021 waren es 65.000 Dollar. Das entspricht einem Zuwachs von etwa 2,166 Milliarden Prozent. Kein anderes Zahlungsmittel außer der Reichsmark im Jahre 1923 kann eine ähnliche Inflation innerhalb so kurzer Zeit vorweisen. Das Zahlungsmittel, das der Spekulation die Stirn bieten sollte, wurde selbst zu einem der größten jemals dagewesenen Spekulationsobjekte.

Es war gerade das Fehlen eines staatlichen Rahmens, das diese von Spekulation getriebene Inflation begünstigte. Staatliche Regulierung des Marktgeschehens bedeutet nicht nur Kontrolle, sondern auch Sicherheit. Im unregulierten Raum der Kryptowährungen konnte eine einzelne Person wie Elon Musk durch seine Käufe oder Verkäufe sowie Ankündigungen und Äußerungen zum Bitcoin unkontrollierbare Verwerfungen und Manipulationen der Marktvorgänge auslösen. Durch das Fehlen von Eingriffsmöglichkeiten war es weder den Staaten noch den Notenbanken möglich, beruhigend auf die Kursentwicklungen einzuwirken.

Diese enormen Schwankungen und Manipulationsmöglichkeiten jedoch machen den Bitcoin untauglich als Zahlungsmittel für den alltäglichen Gebrauch. Allein im Zeitraum von nur vier

Jahren bewegte er sich von ca. 19.500 USD Ende 2017 auf Werte um 65.000 USD Ende 2021, um dann aber bis Ende 2022 wieder auf ca. 17.000 Dollar einzubrechen.

Unter diesen Umständen sind langfristige Investitionen und Preiskalkulationen mit einem unüberschaubaren Risiko verbunden, weshalb kaum ein Einzelhandelsgeschäft die Kryptowährung als Zahlungsmittel entgegennahm. Wie will man bei Werten von 65.000 Dollar noch den Preis einer Tasse Kaffee berechnen? Im normalen Leben konnte kaum jemand mit Bitcoin bezahlen. In den meisten Staaten war er als Zahlungsmittel gar nicht zugelassen, und noch unterliegt die Festlegung der Zahlungsmittel allein staatlicher Hoheit.

Aus dem Beispiel des Bitcoin werden die Schwierigkeiten deutlich, mit denen sich jede Währung, so auch eine neue Reservewährung als Alternative zum Dollar, gegenübersehen wird: der Anerkennung durch die Marktteilnehmer. Diese wird sehr wesentlich abhängen von der Werthaltigkeit und Stabilität eines neuen Zahlungsmittels. Wie diese Anforderungen im Falle einer neuen Reservewährung erfüllt werden sollen, ist im Moment noch nicht absehbar.

Der Euro

Die jüngste Reservewährung, die als alltagstaugliches Zahlungsmittel geschaffen wurde, ist der Euro. Die Einführung des Euro hat zur Abschaffung der bisherigen nationalen Währungen geführt und damit wesentliche Hoheitsrechte der Nationalstaaten beschnitten. Übernationale Institutionen wie die EZB haben die Geldpolitik für den neugeschaffenen Währungsraum übernommen.

Ob das der Weg einer neuen Reservewährung sein wird, ist bisher nicht erkennbar. Derzeit deutet sich eine vergleichbare Konstruktion, in der nationale Währungen in einer neuen Reservewährung aufgehen, nicht einmal in Ansätzen an. Erkennbar ist eine verstärkte Zusammenarbeit von China, Russland und dem Iran in Währungsfragen und Zahlungsmechanismen. Auch wünschen sich immer mehr Staaten die Überwindung der Dollar-Vorherrschaft.

Wofür aber die Entwicklung des Euro als Beispiel dienen kann, ist die Bewertung der wirtschaftlichen Leistungskraft und Stärke der Einzelstaaten bei der Schaffung der Gemeinschaftswährung. Diese Festlegung der Gewichtung der Einzelwährungen untereinander war der Ausgangspunkt. Im weiteren Verlauf der Entwicklung aber war den Einzelstaaten durch die gemeinsame Währung die Möglichkeit genommen, durch währungspolitische Maßnahmen für ihre nationalen Unternehmen wirtschaftliche Vorteile gegenüber denen anderer europäischer Nationen zu erringen.

Die Leistungskraft der Unternehmen war allein über den Preis ihrer Produkte vergleichbar. Das unterscheidet den Euro vom früheren System von Bretton Woods und dessen Weiterentwicklung unter dem Diktat des Dollars. In dieser politisch nicht beeinflussbaren Vergleichbarkeit der Warenpreise und der Leistungskraft der Unternehmen mittels Zöllen oder Sanktionen dürfte ein grundlegendes Merkmal einer multipolaren Währung liegen.

Das Dollar-System

Die Macht kommt aus den Gewehrläufen, wie Mao Zedong einmal feststellte. Das gilt auch für den Dollar. Die militärische Überlegenheit der USA kann die meisten Staaten der Welt zu wirtschaftlichen Zugeständnissen zwingen. Das ist aber in den meisten Fällen gar nicht notwendig. Denn neben der militärischen Macht wird der Dollar vor allem gestützt durch die Stärke der amerikanischen Wirtschaft und des gewaltigen US-Binnenmarktes.

Alle großen Unternehmen wollen in den USA präsent sein, denn sie sind der größte Markt der Welt.

Das ist die wirtschaftliche Grundlage der Dollarstärke – zumindest war sie es über lange Zeit. Egal ob der Austausch von Waren, Direktinvestitionen in Produktionsanlagen oder Finanzinvestitionen in Form von US-Anleihen oder Aktien, jede wirtschaftliche Aktivität auf dem US-Markt findet auf der Basis von Dollars statt.

Durch die beiden Weltkriege waren die USA zur unumstrittenen wirtschaftlichen Führungsmacht aufgestiegen. Sie verfügten über gewaltige Produktionsanlagen, die im Gegensatz zu den europäischen Konkurrenten nicht zerstört worden waren. Davon profitierten die USA beim Wiederaufbau in Europa.

Zur Stärkung des Dollars trug zusätzlich das System von Bretton Woods bei, das schon während des Zweiten Weltkriegs geschaffen worden war. In diesem System erhielt die US-Währung die Funktion einer Ankerwährung zur Abwicklung und Regulierung der internationalen Handelsströme. Es bestanden feste Austauschverhältnisse der anderen Währungen gegenüber dem Dollar, der selbst mit einem Wert von 35 Dollar an die Feinunze (31,1 Gramm) Gold gebunden war.

Diese Konstruktion galt durch die Golddeckung als stabil. Denn überall auf der Welt konnten Dollars gegen Gold und umgekehrt in einem garantierten Verhältnis getauscht werden. Damit war die US-Währung zu einem weltweit und einfach verwendbaren Zahlungsmittel geworden, ähnlich dem Gold, nur leichter zu handhaben. Wer Dollar besaß, konnte überall auf der Welt Handel betreiben zu klaren Wechselkursen.

Da der Vorteil dieser Regelung für den Welthandel auf der Hand lag, schlossen sich bei seiner Gründung im Jahre 1944 bereits 44 Staaten diesem System an. Sogar die UdSSR als sozialistischer Staat nahm daran teil. Später kam auch die Bundesrepublik Deutschland hinzu. Damit war der Dollar zum Maßstab geworden – nicht nur für die unterschiedlichen nationalen Währungen, sondern auch für die Leistungskraft der verschiedenen Volkswirtschaften und die Vergleichbarkeit einzelner Waren auf dem Weltmarkt. Der Preis einer Tonne Stahl war transparent, unabhängig von der Herkunft des Anbieters und dessen Währung. Der Vorteil der leichteren Berechenbarkeit festigte die Stellung des Dollars im Weltfinanzsystem.

Die Sprengkraft des Dollars

Diese leichtere Vergleichbarkeit der Produkte auf dem Weltmarkt wurde aber gerade dem System von Bretton Woods zum Verhängnis. Mit dem Wiederaufbau der europäischen Industrie nach dem 2. Weltkrieg stieg auch deren Konkurrenzfähigkeit gegenüber der US-Wirtschaft. Europäische Waren aber mussten mit europäischen Währungen bezahlt werden, was zu einer zunehmenden Stärke der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar führte. Gleiches galt für den japanischen Yen.

Das setzte die vereinbarten Spielräume der Wechselkurse zunehmend unter Druck. Diese bildeten nicht mehr die tatsächliche Leistungskraft der unterschiedlichen nationalen Wirtschaften ab. Außerdem verschlangen die Kriege der USA in Südostasien Unsummen. Die Folge war ein steigender Finanzbedarf der USA. Die Bindung des Dollars an das Gold aber setzte der Ausweitung der Kreditaufnahme immer engere Grenzen. In der Folge stiegen die Zinsen.

Die USA konnten zwar theoretisch unbegrenzt Geld drucken, konnten aber nicht mehr unbegrenzt die Dollars zum vereinbarten Kurs gegen Gold eintauschen. Dessen Bestände wuchsen langsamer als die Dollarmengen und konnten zudem nicht beliebig vermehrt werden. Diese Einschränkungen begrenzten die Möglichkeiten der Kreditaufnahme und stellten damit eine Gefahr für das Wirtschaftswachstum dar. Denn Wirtschaftsexpansion braucht Kredite.

1973 kündigten die USA das Abkommen von Bretton Woods auf und damit auch ihre eingegangene Verpflichtung, Dollars in Gold umzutauschen. Nicht zuletzt aufgrund der militärischen Stärke der USA fügten sich die anderen Staaten in diese für sie nachteilige Entscheidung. Zwar wurde der Dollar weltweit genutzt, unterlag aber als nationale Währung allein den Interessen und Entscheidungen der amerikanischen Politik. "Der US-Dollar ist unsere Währung, aber euer Problem", kommentierte 1971 der US-Finanzminister John Connally diese Situation.

Dieser Widerspruch hat sich durch die enorme Verschuldung der USA, vor allem aber durch den Einsatz des Dollars als politisches Druckmittel in der Folgezeit immer weiter verschärft. Die meisten Staaten der Welt hätten einen unpolitischen Dollar sicherlich weiterhin geduldet. Aber aufgrund der inflationär betriebenen Sanktionspolitik der USA wächst in der Welt der Druck zugunsten eines Zahlungsmittels und Abrechnungssystems, die nicht im politischen Interesse eines Staates oder einer Gruppe von Staaten eingesetzt werden können.

Sanktionen und die Politisierung der Zahlungsmittel schaden der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung. Der Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand, die China für sich als nächstes Entwicklungsziel anstrebt, entspricht nicht nur dem Interesse der chinesischen Bevölkerung, sondern dem der gesamten Menschheit.

Diesem Interesse werden sowohl die USA als auch der Westen und deren Zahlungssysteme immer weniger gerecht. Die westlichen Sanktionen machen eine multipolare Reservewährung nötig, und die stetig wachsende Zahl sanktionierter Staaten macht sie möglich. Die westlichen Währungen sägen sich den Ast ab, auf dem sie sitzen.

Rüdiger Rauls ist Buchautor und betreibt den Blog Politische Analyse.

* * *

Schuldig der "Querdenkerei": Münchner Uni schwärzt Professor beim Geheimdienst an

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/167507-schuldig-querdenkerei-muenchner-uni-schwaerzt/>
12.04.2023

Widerspruch gegen die Staatsräson unerwünscht: Die LMU München will Professor Michael Meyen loswerden und meldete ihn dem Verfassungsschutz. Der nimmt ihn nun unter die Lupe, und Medien starteten eine Diffamierungskampagne. Der Vorwurf: seine Kontakte ins "Querdenker-Milieu".

Von Susan Bonath

Corona, Ukraine, Klima: Die deutschen Leitmedien erwecken den Eindruck zunehmender Gleichschaltung auf Regierungslinie. Der an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München lehrende Medienforscher Michael Meyen hat dafür eine Erklärung: Eine den Grünen nahestehende Autorenschaft aus betuchten, gutbürgerlichen Familien habe sich in den Redaktionen eingenistet. Sie vermischten die Berichterstattung mit Propaganda, um ihr Weltbild zu verbreiten, und bekämpften jeden Kritiker. Es sei daher nötig, so Meyen, Alternativmedien journalistisch zu befähigen.

Meyen hatte in den vergangenen drei Jahren nicht wie viele seiner Kollegen schweigen wollen. Er hatte sich von alternativen Kanälen interviewen lassen und in Artikeln die Rolle der Medien in der Corona-Krise kritisiert. Vor Kurzem entschied er sich nun, als Mitherausgeber in die 2020 entstandene Zeitung "Demokratischer Widerstand" einzusteigen. Das ging der Deutungselite zu

weit: Auf Meyen prasselte eine mediale Schmutzkampagne ein. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz nahm ihn ins Visier – wegen angeblicher "extremistischer Querdenkerei". Und die Universität will ihn offenbar loswerden.

Kontaktschuld-Kampagne

Das vom Werbekonzern Ströer finanzierte Portal *t-online*, das in den letzten Jahren immer wieder mit Hetzkampagnen gegen verschiedene mehr oder weniger bekannte Personen aufgefallen war, bezichtigte Meyen der Kontaktschuld mit "Verschwörungsideologen" in Person der beiden Herausgeber des "Demokratischen Widerstands", Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp. Deshalb müsse Meyen "extremistisches Gedankengut" hegen, für das "kein Platz an bayerischen Hochschulen" sei.

Der Autor Alexander Spöri konstruiert in diesem "Artikel" um viele Ecken etliche weitere "Verbindungen" Meyens zu Bündnissen oder Medien mit unliebsamen Ansichten. So habe Meyen etwa der Initiative "Aufstehen Leipzig" ein Interview gegeben, die angeblich durch "prorussische Propaganda" auffalle. Für das Blatt "Demokratischer Widerstand" hätten zudem auch Rechte oder "Verschwörungsideologen" geschrieben.

"Falsche" Sichtweise auf Corona

Doch Meyens Engagement für die Zeitung ist zwar aktueller Auslöser, aber nicht Ursache der medialen Hetze gegen ihn. Schon als klar wurde, dass er nicht im Corona-Narrativ mitschwimmen wollte, ging das Geschrei los. Schon vor über einem Jahr betitelte ihn die *Zeit* als "Abgedrifteten" und fragte sich, warum Meyen überhaupt noch unterrichten dürfe. So habe er etwa mit dem Schauspieler Volker Bruch geredet, der sich ebenfalls kritisch zur Corona-Politik geäußert hatte. Und: Meyen verliere sich "immer mehr in Verschwörungsmythen".

Das Diffamierungsmuster ist bekannt: Wer mit "den falschen Leuten" redet, kommt in denselben Topf wie diese, so als gäbe es eine Art geheimnisvoller Gedankenübertragung zwischen Interviewern und Interviewten, Herausgebern und Autoren, Fragestellern und Befragten und so weiter. Suggestiert wird außerdem: Wer anderer Meinung ist, als die Staatsräson vorschreibt, muss ein Extremist sein. Da stellt sich erst einmal die Frage: Wer ist hier eigentlich der wahre Verschwörungsmystiker?

Im Visier des Geheimdienstes

Näher begründet und sachlich untermauert werden derlei Vorwürfe freilich nicht, gearbeitet wird mit deutungsschwangeren Schlagworten. Das passt zum neuen Verfolgungskriterium des deutschen Inlandsgeheimdienstes "Delegitimierung des Staates", was potenziell jeden Kritiker der Regierungspolitik in dessen Visier rückt.

Die aktuelle Kampagne des Ströer-Portals zeigte Wirkung. Die *Süddeutsche Zeitung* sprang auf den Zug auf. Wegen des Engagements des Professors bei einer "Querdenker-Zeitung" lasse die Universität nun "mögliches Fehlverhalten" Meyens prüfen. Die *Frankfurter Rundschau* spann die Kampagne noch weiter und stilisierte Meyen zu einem "Professor mit Verschwörungstheorien", der für "das Zentralorgan der Coronaleugner-Szene" arbeite. Welche seiner Thesen warum dazugehören sollen, bleibt unbeantwortet. Klar wird aber, wer den Verfassungsschutz eingeschaltet hat: die LMU. So schrieb das Blatt:

"Der bayerische Inlandsgeheimdienst prüft auf Anfrage der Universitätsleitung, ob Meyen ein Extremist ist, der sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung stellt. Ist dem

so, dann könnte ihn das gemäß des Beamtenrecht seinen Job kosten."

Stupide Schubladen

Bezeichnend für die "Berichterstattung" ist vor allem, dass niemand Meyens angeblichen "Extremismus" konkretisiert, also genau beschreibt, was er wann gesagt oder getan haben soll und warum das existenzistisch sei, und vor allem: Um welche Form des "Extremismus" geht es eigentlich?

Meyen selbst sieht sich als Linker. In zahlreichen Interviews und Artikeln kritisierte Meyen die zugleich marktradikalen und autoritären Auswüchse des kapitalistischen Systems. Er rezensierte zu Themen wie Karl Marx und Klassenkampf, monierte die Verschmelzung von Staat und Kapital im Bereich der Medien zu einer "Propaganda-Matrix" und arbeitete mit Kommunisten zusammen. Über Letzteres berichtete sogar die vermeintlich "linke" taz, die seit Längerem vor rechter Kriegspropaganda nur so strotzt. In ihrem Hetzartikel gegen Meyen vom 6. April heißt es dazu:

"Auf der Uni-Homepage verlinkt Meyen seinen Blog 'Medienrealität'. (...) Auch der ehemalige IfKW-Mitarbeiter Kerem Schamberger, der seine Dissertation bei Meyen geschrieben hat, war dort Autor. Schamberger, der sich als Kommunist bezeichnet, wurde selbst vom Verfassungsschutz beobachtet, lange war deshalb nicht klar, ob er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut werden kann. Einer von Schambergers Fürsprechern in der Öffentlichkeit: Meyen, mit dem er 2018 sogar ein Buch schrieb."

Mit anderen Worten: Dass die Universität und zahlreiche Medien Professor Meyen nun in die rechte Ecke stellen, entbehrt genauso jeder Substanz, wie die bekannte stupide Gleichsetzung von "Querdenkern" mit "Rechtsextremisten" oder "Reichsbürgern". Ob sich die Autoren der Absurdität ihrer Propaganda bewusst sind, ist unklar.

Alte Diffamierungsmuster, immer mehr Betroffene

Diese billige Art der medialen Diffamierung ist aber keineswegs neu. Wer vor neun Jahren an einer der vielen Friedensmahnwachen teilgenommen hatte, die sich im Zuge des Maidan-Putsches in der Ukraine 2014 unter anderem in Deutschland gebildet hatten, hatte sich von großen Zeitungen zum Beispiel als "Mahnwichtel" beschimpfen lassen müssen, der in einer Art Verschwörungswelt lebe.

In den letzten Jahren und Monaten traf es zunehmend mehr oder weniger bekannte Prominente, die sich gegen die politisch und medial verordnete Doktrin stellten. Dazu gehören zum Beispiel die Journalistin Gabriele Krone-Schmalz, der Historiker Daniele Ganser und die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, die sich gegen Waffenlieferungen in die Ukraine aussprechen. Auch die Mediziner Sucharit Bhakdi und Wolfgang Wodarg wurden 2020 auf dem medialen Scheiterhaufen verbrannt, weil sie offizielle Einschätzungen zur Corona-Krise nicht teilten und vor möglichen Folgen der Massenimpfungen warnten.

Universitäten im Dienst der Politik

Das geht zuweilen an die Existenz. So klagt der Journalist Patrik Baab derzeit gegen seinen Rauswurf aus der Universität Kiel. Der Grund: Der Dozent war voriges Jahr in den Donbass gereist, um das Kriegsgeschehen mit eigenen Augen zu beobachten und dies in einem Buch zu verarbeiten. Er tat also das, was ein Journalist tun soll. Offenbar passt das nicht in das Schema der westlichen Stimmungsmache.

Wie Baab der Autorin berichtete, verhandelt das Verwaltungsgericht Schleswig seinen Fall am 25.

April. Die Causa Meyen habe ihn nun ebenso entsetzt. Die Unis machten sich damit zur Kriegspartei und zum verlängerten Arm der Politik, kritisierte er.

Es scheint, als sei das Bedürfnis groß, die Hochschulen von Professoren und Dozenten zu säubern, die bestimmten Erzählungen der Herrschenden widersprechen, ob in Sachen Corona, Ukraine und Russland oder Klima. Dies wäre das Ende der stets propagierten Freiheit von Lehre und Forschung. In autoritären Regimen ist es üblich, dass der Staat vorgibt, was gelehrt, gedacht und debattiert werden darf.

* * *

Kindergrundsicherung? Und wieder redet niemand über Alleinerziehende

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/167589-kindergrundsicherung-und-wieder-redet-niemand/>

13.04.2023

Niemand erwartet von jemandem wie Christian Lindner Kenntnisse von den Lebensumständen Armer. Aber zumindest bis zum Wort "Alleinerziehende" sollte er noch denken können, wenn er im Zusammenhang mit der Kindergrundsicherung ausgerechnet vom "Lohnabstandsgebot" redet.

Von Dagmar Henn

War ja klar, wenn es einen Punkt gibt, an dem aus dieser Koalition etwas Positives herauskommen kann, dann wird der versenkt. Und genau so entwickelt sich jetzt die Debatte zur Kindergrundsicherung, bei der es, wie oft bei Fragen der Sozialpolitik, wieder nicht um das geht, was das eigentliche Problem ist.

Bundesfinanzminister Christian Lindner hat wieder einmal das Lohnabstandsgebot hervorgekramt, um anzumahnen, dass die Leistungen durch die geplante Kindergrundsicherung nicht steigen sollen. Das beweist nicht nur, wie sehr ihm jede Kenntnis abgeht, es beweist auch den tiefen Zynismus der ganzen Debatte, denn nicht einmal in den Erwidern auf seine Sätze werden die richtigen Zusammenhänge benannt.

Alleinerziehende. Das ist und bleibt der Kernpunkt. Ein Wort, das seit 2005 aus der Öffentlichkeit verschwunden ist, zusammen mit den Lebensumständen. Denn die meisten armen Kinder sind Kinder Alleinerziehender. Und da redet Linder mit seinem Lohnabstandsgebot schon allein deshalb Unfug, weil die meisten davon arbeiten, aber mit ihrer Arbeit nicht genug verdienen, um mit ihren Kindern über die Runde zu kommen.

Dafür gibt es nach wie vor zwei Gründe. Der eine sind die in Deutschland immer noch niedrigeren Fraueneinkommen, und der andere sind die hohen Mieten. Denn ein Kind braucht nicht nur Nahrung und Kleidung, es braucht auch Raum. Und wenn in vielen deutschen Großstädten die Mieten bereits so hoch sind, dass die Hälfte eines Medianeinkommens in der Miete verschwindet, dann ist klar, dass allein die zusätzliche Miete für das zusätzliche Zimmer genügt, um die Mittel unter die Aufstockungsschwelle zu drücken.

Was dann der Quell für ganz viel Vergnügen ist. Denn dann muss auch noch Unterhaltsvorschuss beantragt werden, zusätzlich zur Grundsicherung, und jede Kindergelderhöhung rauscht an einem vorbei, weil sie von der Leistung wieder abgezogen wird. Eine Quälerei, die nicht erforderlich wäre, wenn der Lebensunterhalt des Kindes abgesichert wäre.

Selbstverständlich hatte jemand wie Christian Lindner nie das Vergnügen, dank der hohen Mieten in die Mühlen der Sozialbürokratie zu geraten. Er hat sich ein Bild zurechtgelegt, wie die Betroffenen aussehen, das nicht allzu weit von jenem entfernt ist, mit dem einst Ursula von der Leyen in ihrer Zeit als Sozialministerin das Bürokratiemonster Teilhabepaket ersann. Lieber zwanzig Seiten Antragsformular und einen gigantischen Verwaltungsaufwand, als den Alleinerziehenden Geld zur Verfügung zu stellen. Die sind schließlich hinter dem Bild des Langzeitarbeitslosen verschwunden, dem man gern unterstellt, Geld ohnehin nur für Kippen und Alkohol zu brauchen.

Früher gab es wenigstens im Vorlauf zu Ostern und Weihnachten den einen oder anderen Artikel, der in Erinnerung rief, welche Kinder arm sind, und darauf aufmerksam machte, wie ihre Mütter leben. Für die die Einführung von Hartz IV, nebenbei bemerkt, damals eine deutliche Verschlechterung war, weil gerade bei Kindern, die alle halbe Jahre eine neue Garderobe brauchen, die Umstellung von halbjährlichen Pauschalen auf die neuen Regelsätze eine Katastrophe war. Bis heute sind die Bedarfe von Kindern nicht wirklich Teil der Berechnung, und der reale Wert der Leistungen hat sich in den letzten Jahren massiv verschlechtert. Lohnabstandsgebot?

Überhaupt, mit diesem vermeintlichen Gebot kann man auf zwei verschiedene Weisen umgehen. Eigentlich müsste man realistisch betrachten, was ein Mensch zum Leben braucht, und wenn diese Berechnung zu nahe an den Löhnen liegt, dann sind die Löhne zu niedrig. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Die Geburtenrate in Deutschland ist ein manifester Beweis, dass sie schon länger zu niedrig sind. Das ist auch kein Wunder, beim "größten Niedriglohnsektor Europas".

Solche wie Lindner sehen das aber andersherum und meinen, wenn schon der Lohnempfänger nicht von seinem Einkommen leben kann, dann dürfe der Sozialleistungsempfänger das erst recht nicht. Tatsächlich war es das Ziel von Hartz IV, die Löhne zu senken, und dieses Ziel wurde auch erreicht; das Resultat ist dann eine Spirale nach unten. Günstig für jene, die Löhne zahlen, aber auf Dauer sehr ungesund für jene, die Löhne erhalten.

Aber noch einmal – die meisten Alleinerziehenden arbeiten bereits und brauchen dafür auch keine Arbeitsmarktförderung. Wäre nicht – auch dank der niedrigen Löhne – der Kindesunterhalt in Deutschland eine Fiktion, weil kaum ein Vater ihn zahlen kann, von Unterhalt für die Mütter ganz zu schweigen – das Problem mit aufstockendem Hartz IV gäbe es nicht. Tatsächlich zeigt gerade die Scheidungsfolge Armut, dass wir hier von einer sozialen Folge langfristiger Lohnrückerei reden.

Aber zurück zu den Alleinerziehenden. Über viele Jahrzehnte wurden sie in Deutschland (nein, man muss genau sein: in Westdeutschland) behandelt wie Unmündige; die Kinder standen unter Amtsvormundschaft. Anfang der 1990er ist diese ständige Beobachtung beendet worden. Aber spätestens mit der Einführung von Hartz IV wurde sie zwar nicht de jure, aber de facto wieder eingeführt. Selbst die Zeugnisse der Kinder sind vorzulegen, und die Behörden mischen sich in die Schulwahl ein. Und das alles, weil die Mieten...

Für sich selbst können Alleinerziehende aufkommen. Gäbe es eine Kindergrundsicherung, die ohne allzu großen bürokratischen Aufwand gezahlt wird und an die Stelle des Monsteraufwands aus Grundsicherung, Kindergeld, Unterhaltsvorschuss, Teilhabepaket und all dem anderen tritt, wäre es endlich möglich, ein einigermaßen normales Leben mit dem Kind oder den Kindern zu führen. Das wäre noch immer keine gesellschaftliche Anerkennung dessen, was Alleinerziehende so stemmen, aber zumindest ein Ende der permanenten Demütigung.

Es gibt übrigens ein ganz besonderes juristisches Schmankerl, das seit Jahren (ich glaube, das stand in der dritten Regierung Merkel) beseitigt werden sollte. Der Unterhaltsvorschuss, der von den Behörden gezahlt und dann eventuell beim Vater wieder eingetrieben wird, liegt um das halbe

Kindergeld unter dem Mindestunterhalt, obwohl Väter, die zahlen, vom Mindestunterhalt diese Hälfte nicht abziehen dürfen. Das Ergebnis? Die Kommunen klagen bei den Vätern genau das Geld ein, das sie gezahlt haben. Die Mütter könnten ja selbst auf dieses halbe Kindergeld klagen. Abgesehen davon, dass das so gut wie nie geschieht, haben damit letztlich die Väter, die nicht zahlen, gegenüber jenen, die zahlen, einen materiellen Vorteil. Das ist juristisch wie sozial absurd, und diejenigen, die am Ende mit leeren Händen dastehen, sind wieder einmal die Mütter.

Wie man an der jetzigen Debatte sieht, wird am Ende nicht mehr viel übrig bleiben von der Kindergrundsicherung. Schon gar keine wesentliche Erleichterung für Alleinerziehende, die diese Republik mit Leidenschaft stiefmütterlich behandelt. Vielleicht würde sich das ändern, würde man endlich einmal die grundlegende Tatsache aussprechen, dass es die Lebenslage von Alleinerziehenden ist, die entscheidenden Einfluss darauf hat, ob Frauen Kinder bekommen oder nicht. Denn in Beziehungen gibt es keine Garantie. So sind die Alleinerziehenden und ihre Kinder, die geopfert werden, um auf der einen Seite so tun zu können, als wolle man Kinder, und auf der anderen dafür zu sorgen, dass es sie dennoch nicht gibt. Denn, das zeigt sich mit Lindners Verweis auf das Lohnabstandsgebot, das Ziel deutscher Politik sind nicht Familien oder die Zukunft des Landes; das Ziel sind immer nur möglichst billige Arbeitskräfte.

* * *

Der Krieg in der Ukraine begann heute vor neun Jahren

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/167755-krieg-in-ukraine-begann-heute/>

14.04.2023

Es hätte alles anders kommen können. Das kann man nicht oft genug betonen. Denn nichts an der Entwicklung in der Ukraine vom Putsch im Februar 2014 bis zum Bürgerkrieg war zwangsläufig. Aber die Menschen in der Ukraine waren den westlichen Planern gleichgültig.

Von Dagmar Henn

Es ist tatsächlich schon neun Jahre her, dass der "Übergangspräsident" der Kiewer Putschregierung die "Antiterroristische Operation" (ATO), also den Einsatz von Militär gegen den Aufstand im Donbass und damit den Beginn des ukrainischen Bürgerkriegs befahl.

Anfang April 2014 war es in Charkow, in Donezk und Lugansk zu Besetzungen von Verwaltungsgebäuden gekommen; darin gipfelten die wochenlangen Proteste, die sich als Anti-Maidan gegen die Machtübernahme durch ukrainische Nationalisten in Kiew richteten. Im Grunde keine sensationellen Handlungen, denn genau solche Besetzungen, einschließlich der Erstürmung des einen oder anderen Waffenlagers, hatten als Teil der Maidan-Proteste in den Wochen davor in der Westukraine zu Dutzenden stattgefunden. Diese Besetzungen wurden allerdings in den westlichen Medien, in denen die Erzählung vom "friedlichen Protest" gepflegt wurde, nie berichtet.

Eine der ersten Handlungen der Putschregierung in Kiew bestand darin, sowohl die Partei der Regionen, der der gewählte ukrainische Präsident Janukowitsch angehörte, als auch die Kommunistische Partei der Ukraine zu verbieten. Damit wurden genau die zwei Parteien attackiert, die im russischsprachigen Osten der Ukraine die meisten Stimmen bekamen. Und bereits am Tag der Verkündigung der ATO fand der erste Angriff auf die Städte Slawjansk und Kramatorsk durch Spezialeinheiten der ukrainischen Armee statt. Berichte von damals belegen, dass schon an diesen Angriffen westliche Vertreter beteiligt waren; "die ukrainischen Spezialeinheiten würden dabei von Kollegen aus den USA beraten," schrieb damals die *Deutsche Welle*, die wie alle anderen deutschen Medien kein Problem damit hatte, dass die angeblich so friedlichen Maidan-Vertreter selbst, kaum an die Macht gelangt, politische Auseinandersetzungen mit Waffengewalt führen wollten.

Turtschinow wurde damals vom *Deutschlandfunk* mit der Aussage zitiert: "Wir lassen nicht zu, dass Russland das Krim-Szenario in den östlichen Regionen der Ukraine wiederholt." Die Proteste im Donbass wurden gewissermaßen von der Rhetorik zur Krim verschlungen; in keinem der beiden Fälle waren die westlichen Medien und Politiker bereit, auch nur zur Kenntnis zu nehmen, dass hier die Bevölkerung ihrem Unwillen Ausdruck verlieh. Dabei war es nicht zu übersehen – in den ersten Nächten nach den Besetzungen am 6. April hatten sowohl in Donezk als auch in Lugansk jeweils Tausende über Nacht ausgeharrt, um die besetzten Gebäude zu bewachen, und tagsüber verwandelten sich die Vorplätze in eine Mischung aus politischer Demonstration und Volksfest.

Wäre es im Frühjahr 2014, beim Maidan-Putsch, tatsächlich um Demokratie gegangen, es hätte Verhandlungsbereitschaft geben müssen und keine "Anti-Terror-Operation." Eine Macht, die selbst eine ausgesprochen schwache Legitimität besitzt, kann es sich eigentlich nicht leisten, ihr politisch anders orientiertes Gegenbild zu Terroristen zu erklären. Die Regierung Turtschinow konnte das aus einem einzigen Grund – weil der gesamte Westen fraglos hinter ihr stand, und die mindestens ebenso legitimen politischen Proteste im Südosten der Ukraine sofort mit dem Etikett "russischer Einflussnahme" versehen wurden.

Im Grunde nahm die westliche Reaktion bereits die Haltung vorweg, die sich heute in Bezug auf die Ukraine findet. Denn was mit dieser Unterstützung für die ATO stattfand, war die Übernahme eines Begriffs der Ukraine, der die innere Vielfalt des Landes ignorierte und die Bandera-Ideologie zur einzigen ukrainischen Wahrheit erklärte. Die russischsprachigen Ukrainer wurden behandelt, als seien sie keine originären Bürger dieses Staates. Es ist dieser Schwenk hin zu den Anhängern der Nazi-Kollaborateure, der damals bereits sehr eigenartig war, weil er von vorneherein erkennen ließ, dass es gar nicht um die Ukraine ging, sondern einzig um die Möglichkeit, eine Front gegen Russland zu eröffnen.

Dabei war die Behauptung, Russland stecke hinter dem Aufstand im Donbass, tatsächlich an den Haaren herbeigezogen. Die allerersten Schritte in Richtung der Besetzungen im April fanden zwar Anfang März in Moskau statt, aber nur deshalb, weil die beteiligten ukrainischen Organisationen sich in der Ukraine bereits nicht mehr sicher fühlten; der Ort des Treffens war ein Internet-Sender namens *Krasnoje TV*, weit abseits russischer Regierungsstrukturen. Tatsächlich war die Reaktion auch in russischen Medien auf die Besetzungen erst einmal überrascht und ein wenig ratlos.

Aber davon wollte man im Westen nichts wissen; vielmehr musste die gewünschte Erzählung mit allen Mitteln aufrechterhalten werden. Auch wenn die Ergebnisse sämtlicher Parlamentswahlen der Ukraine seit 1992 die zwei unterschiedlichen kulturellen Lager so deutlich kennzeichneten, dass jeder Außenstehende sie erkennen konnte.

Wären die Proteste im Donbass im Jahr 2014 vom Westen als legitime Meinungsäußerungen aufgegriffen worden, es hätte keine ATO gegeben, und in der Folge keinen Bürgerkrieg. Die russische Regierung protestierte gegen die Gewaltanwendung, nicht anders, als die westeuropäischen Regierungen während des Maidan von Janukowitsch forderten, nicht mit Gewalt gegen die Demonstranten vorzugehen, und Russlands Außenminister Sergei Lawrow erklärte, es sei nun am Westen, einen Bürgerkrieg zu vermeiden; eine Reaktion, die nicht überrascht und völlig normal und nachvollziehbar ist, wenn im Nachbarland gerade politische Spannungen eskalieren. Nein, der Westen wollte den Bürgerkrieg. Und es gab nicht das mindeste Erschrecken oder auch nur Innehalten. Dabei hätte es Gründe genug dafür gegeben. Am zweiten Mai 2014 beispielsweise. Oder am neunten.

Die Liste der Augenblicke, an denen eine Umkehr möglich gewesen wäre, ist endlos. Damals, als die ATO begonnen wurde, hätte mit Sicherheit eine einzige Kritik aus westlichen Ländern genügt,

um die Spirale der Gewalt aufzuhalten. Hätte man eine lebendige ukrainische Demokratie gewollt, das Abgleiten in den Krieg hätte verhindert werden müssen. Es gab keine einzige Stimme aus dem Westen, die eine angemessene politische Vertretung des Südostens einforderte oder davor warnte, den Konflikt zu eskalieren. Stattdessen wurde die Kiewer Position fraglos übernommen. Und der damalige US-Vizepräsident Joe Biden reiste am 22. April in die Ukraine und erklärte noch vor der Abreise, dort "seien prorussische Kräfte am Werk, die mit Hilfe aus Moskau in einer koordinierten Kampagne die Ukraine sabotierten und destabilisierten." Und auch die EU legte sich auf diese Lesart fest. Damit war deutlich genug signalisiert, dass auf die Menschen dort keinerlei Rücksicht genommen werden müsse.

Es war diese Festlegung, die für das Massaker am 2. Mai 2014 in Odessa den Weg bahnte. Bei jedem einzelnen Schritt, mit dem in der Ukraine der Handlungsrahmen eines demokratischen Staates verlassen wurde, gab es den Segen des Westens. Dass Organisationen wie der Rechte Sektor vor den Wahlen Ende Mai einen Terror ausübten, der ohne weiteres mit dem der SA 1933 vergleichbar war, hinderte weder die EU noch die Vereinigten Staaten daran, das Ergebnis dieser Wahlen anzuerkennen, und als der frischgewählte Präsident Petro Poroschenko erklärte, für jeden gefallenen ukrainischen Soldaten müssten hunderte Separatisten mit dem Leben bezahlen, wurde das höflich in deutschen Medien zitiert, als wäre das ein ganz normaler Satz, den ganz normale Politiker sagen, und nicht eine Wiederkehr des Partisanenbefehls der Wehrmacht.

Mit hundert kleinen Billigungen, Verleugnungen und Verniedlichungen hat der Westen, eingeschlossen die deutsche Bundesregierung, die Strecke hin zu dem Krieg bereitet, der bis heute dort tobt. Es gab nie eine politische oder moralische Rechtfertigung, die Bevölkerung des Staates Ukraine in einen Teil mit und einen Teil ohne Rechte zu spalten, die Proteste des einen Teils in den Himmel zu heben und die des anderen zu verdammen. Der 14. April 2014 ist einer der unzähligen Tage, an denen das Verhängnis hätte aufgehalten werden können. Man sollte all diese kleinen Schritte im Gedächtnis behalten; denn nur, wenn man sich an sie erinnert, kann man das wahre Ausmaß der westlichen Arroganz erkennen, mit der heute Russland Vorhaltungen für einen Konflikt gemacht werden, an dem so eifrig mitgestrickt wurde.

* * *

"Akte politischer Säuberung": Wie der Journalist Patrik Baab seinen Lehrauftrag verlor

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/167749-akte-politischer-saeuberung-wie-journalist/>

15.04.2023

Im Donbass zu recherchieren, sei unmoralisch, findet die Kieler Universität. Deshalb kündigte sie dem Journalisten Patrik Baab voriges Jahr den Lehrauftrag. Der Fall geht nun vor Gericht. Auf einem Vortrag in Kiel sprach Baab zudem von einer Medienkampagne, die zum Ziel habe, seinen Ruf zu ruinieren, andere Abweichler unter Druck zu setzen und in den Hochschulen eine konformistische Stimmung zu erzeugen.

Von Susan Bonath

Journalisten sollen die Realität bestmöglich wiedergeben. Dafür genügt es nicht, ungeprüft aus Pressemitteilungen bestimmter Interessengruppen zu zitieren oder von Kollegen abzuschreiben, schon gar nicht in Kriegs- und Konfliktsituationen. Darum sollen Journalisten recherchieren, am besten vor Ort, und alle Seiten einer Sache beleuchten. Wer diesen Standard verletzt, betreibt Propaganda. In Sachen Ukraine-Krieg ist Propaganda jedoch erwünscht. Wer sich um Objektivität bemüht, landet schnell im Abseits.

Rauswurf nach Medienkampagne

So erging es dem Journalisten Patrik Baab, der schon viele Top-Recherchen für den *NDR* produziert hat. Als er im vergangenen September im nach wie vor massiv von der ukrainischen Armee bombardierten Osten der Ukraine unterwegs war, um für ein Buchprojekt zu recherchieren, ereilte ihn eine Medienkampagne.

Zuerst ging das vom Werbekonzern Ströer betriebene Webportal *t-online* auf ihn los, stellte ihn, gespickt mit allerlei Schimpfworten, entgegen der Wahrheit als offiziellen "Wahlbeobachter" beim "Scheinreferendum" dar, der sich von der russischen Regierung habe einspannen lassen. Andere Medien, darunter der *Spiegel*, das *Redaktionsnetzwerk Deutschland* und sogar das *CAU-Campusradio* schrieben von diesem Bericht ab, ohne die Geschichte selbst auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen.

Allein auf dieser Grundlage widerrief die Christian-Albrechts-Universität (CAU) in Kiel Baabs Lehrauftrag für das folgende Wintersemester. Auch die Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft (HMKW) in Berlin erklärte umgehend, den Journalisten nicht mehr beschäftigen zu wollen.

Gerichtsverhandlung und Widerstand

Baab sieht damit nicht nur seine Grundrechte der Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit ausgehebelt, sondern auch grundlegende journalistische Standards verletzt. Wer Journalisten die Recherche verbietet, handle antidemokratisch und funktioniere die Presse zum politischen Propagandaorgan um, so Baab.

Er verklagte daher die CAU auf Rücknahme des Widerrufs seines Lehrauftrags. Das Verwaltungsgericht Schleswig verhandelt seinen Fall am 25. April. Auch andere sind mit seinem Rauswurf nicht einverstanden.

Ein Bündnis, dem auch Studenten angehören, unterstützt die Klage. Auf einer von diesem organisierten Solidaritätsveranstaltung nahm Baab nun selbst Stellung zu den Vorgängen um seine Person. Er sprach von einem Propagandakrieg, in dem Leitmedien und Universitäten wie eine politische Kriegspartei auf ukrainischer Seite agierten. Die Rede liegt der Autorin schriftlich vor.

Recherche unter Beschuss

Baab schildert darin, dass seine Reise in den Donbass seit Monaten geplant war. Dass zu dieser Zeit in den russisch besetzten Gebieten Referenden über den Anschluss an Russland abgehalten werden, habe er weder vorher wissen noch einkalkulieren können. Es sei bloßer Zufall gewesen.

Baab plant, ein Buch über den Konflikt zu schreiben. Dafür habe er die Situation in der Ostukraine vor Ort beleuchten, die Stimmung einfangen und mit Einwohnern reden wollen. Im Vorjahr habe er deshalb bereits die Westukraine bereist. Um ein vollständiges Bild der Lage zu bekommen, sei es notwendig, auch darzustellen, was die Menschen im Donbass wollen und wie die Realität dort aussieht. Zunächst beschreibt Baab, wie er von der Kampagne erfuhr:

"Am 25. September 2022 stehe ich am Fenster des Hotels Park Inn in Donezk in meinem Zimmer im fünften Stock. Ich beobachte, wie eine Artilleriegranate ein Wohnhaus trifft. 800 Meter von mir entfernt kracht ein Teil der Fassade herunter. Etwa zur gleichen Zeit erreicht mich eine Textnachricht von t-online."

Der Redakteur Lars Wienand habe von Baab wissen wollen, ob er "als Wahlbeobachter bei den Referenden in den von Russland besetzten Gebieten" tätig sei. Baab habe dem Autor gegenüber klargestellt, "dass ich einer Journalistengruppe angehöre". Dies sei auch notwendig in dieser Situation.

Baab erläutert weiter: Man könne schon aus Sicherheitsgründen nicht einfach ohne jede Anbindung an regionale Behörden durch eine Region laufen, die ständig bombardiert wird und von Minen übersät ist. Das gehe allen Kriegsreportern so. Diese deshalb als Vertreter einer Seite zu brandmarken, sei unseriös und absurd.

t-online startete Fake-News-Kampagne

Genau so habe t-online-Redakteur Wienand den ehemaligen NDR-Journalisten jedoch dargestellt. Baab berichtet über die ursprüngliche Version des Artikels, der die Medienkampagne einläutete:

"Während mein Begleiter und ich im Donbass Milizen, Scharfschützen, Artilleriegranaten und Minen zu entgehen versuchen, blasen Sitzredakteure in Deutschland zum publizistischen Angriff. Ein Wahlbeobachter sei ich gewesen bei Putins Scheinreferenden, ein Apologet des Kremls, ein Journalist auf politischen Abwegen."

Die Universitäten in Kiel und Berlin seien sofort auf diese Falschmeldungen eingegangen, "die fabriziert wurden, damit jemand darauf hereinfällt", so Baab. Das Portal t-online sei bereits in der Vergangenheit mit ähnlichen Denunziationskampagnen aufgefallen. Für Baab ist das ein Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit, der alle betreffe. Er wandte sich an sein Publikum in Kiel:

"Eigentlich geht es um Sie, um Ihre Meinungs- und Informationsfreiheit, um Ihre Freiheit von Forschung und Lehre. Es geht um Artikel 5 des Grundgesetzes. Es geht darum, wie im Dienst der Propaganda Schreibtischtäter versuchen, öffentliche Meinung zu zensieren, akademisches Leben politisch zu säubern und Existenzen zu vernichten; und so ein Exempel zu statuieren, durch die Erzeugung von Angst vorauseilenden Gehorsam zu erzwingen – bei Ihnen allen."

Baab berichtete von seinen Erlebnissen im Donbass, vom ständigen Beschuss durch die ukrainische Armee, von Granaten, die ihn und seinen Begleiter nur knapp verfehlt hätten und von einem Angriff auf das Hotel in Donezk, in dem sie wohnten. Er berichtete auch davon, dass ihr lokaler Begleiter, der sie sprachlich und logistisch unterstützt hatte, wenige Wochen nach ihrer Reise durch Beschuss mit westlichen HIMARS-Raketen getötet worden sei.

NATO-konform herausgefilterte Fakten

Im Donbass sei Baab auf örtlichen Pressekonferenzen aufgetreten und habe seine Sicht auf das Referendum offen dargelegt. Seine Kritik daran, dass die Standards geheimer Wahlen offenbar nicht überall eingehalten wurden, zog jedoch keinerlei Konsequenzen nach sich. Zugleich führt Baab an:

"Ich habe aber auch erklärt, dass die Ergebnisse die Stimmung der Bevölkerung abbilden. Denn der Donbass wird seit 2014 von der ukrainischen Armee beschossen, es gab nach UN-Angaben mehr als 14.000 Tote. Aus diesem Grund geriet die Bevölkerung in die Opposition zur Regierung in Kiew."

Doch offenbar, so Baab, dürfe diese Wahrheit deutsche Wohnzimmer nicht erreichen. Sie passe nicht zu den Propaganda-Erzählungen des Westens. Scharf kritisierte er fehlende journalistische Standards:

"T-online präsentierte mich als Wahlbeobachter, obwohl ich deutlich erklärt habe, keiner zu sein. Das Portal suggerierte, Putins Angriffskrieg sei mir egal. Dagegen bin ich juristisch vorgegangen. Mögen mich russische Medien als Wahlbeobachter bezeichnet haben – es wäre die Aufgabe von t-online gewesen, den Vorgang zu prüfen. Medien sind ein Filter, der aussieht wie ein Fenster. Im Journalismus reicht es eben nicht, am Schreibtisch zu sitzen und in den Computer zu gaffen."

Ströer-Portal stachelte wohl die Unis auf

Doch der Autor vom Ströer-Portal *t-online* begnügte sich nicht damit, seine eigene Sichtweise auf der Webseite zu verewigen. Wienand stachelte offenbar auch die Universitäten auf, um einen Rauswurf Baabs zu provozieren. Laut Baab fragte Wienand zunächst bei der HMKW in Berlin an, was sie von Baabs vermeintlicher Tätigkeit als "Wahlbeobachter" im Donbass halte und ob sie diese befürworte.

Die Hochschule war sogleich besorgt um ihren "guten Ruf". Denn bekanntermaßen sieht die tonangebende Erzählung in Deutschland die Russen seit dem Februar 2022 als die alleinigen Übeltäter, wohingegen über der Ukraine als angeblich bloßem Opfer eine Art Heiligenschein leuchtet. Wer von diesem Muster abweicht, kann schnell unter die Beobachtung der Geheimdienste geraten oder vor Gericht landen. Dafür sorgen neue Kreationen dehnbarer Straftatbestände, etwa die "Legitimierung eines Angriffskrieges" oder die "Delegitimierung des Staates".

Nach der HMKW schloss sich auch die CAU der Verleumdungskampagne an. Dieser zufolge legitimiere jeder, der als Journalist vor Ort recherchiert, die örtlichen Machthaber oder gar Putin persönlich. Das entzieht Journalisten jegliche Möglichkeit, die Angaben beider Kriegsparteien mit der Realität abzugleichen; moralisch legitim erscheint nur noch, die Propaganda der eigenen Seite zu verbreiten, wohingegen andere Sichtweisen als "verwerflich" erscheinen. Für Baab bedeutet das:

"Diese Universitäten tragen die Desinformation einer Kriegspartei mit und werden damit selbst zur Kriegspartei. Sie verstoßen damit gegen die im Grundgesetz verankerte Meinungs-, Forschungs- und Lehrfreiheit."

"Intellektuelle verkaufen sich an den Meistbietenden"

Baab spricht von politischer Gleichschaltung, vom Statuieren eines Exempels, und er findet weitere harte Worte für dieses Vorgehen. Er mahnt.

"Der Konformismus wird zur Waffe. Wie bei Ulrike Guérot, die von der Universität Bonn gekündigt wurde, und Gabriele Krone-Schmalz, die massiven Angriffen ausgesetzt ist, geht es dabei um Zensur und Akte politischer Säuberung, die einer Demokratie unwürdig sind."

Diese Kampagnen zielten nicht zuletzt darauf ab, die Existenzgrundlage der Zielpersonen zu zerstören. Das allein, so Baab, offenbare bereits den antidemokratischen Charakter dieses Vorgehens. Es scheine, als soll das soziale Klima vergiftet und die demokratische Öffentlichkeit zerschlagen werden, um eine autoritäre Politik zu etablieren. Medien und Hochschulen hätten daran einen entscheidenden Anteil.

Baab sieht nicht nur seine Zunft, sondern die gesamte akademische Schicht in der Krise. Manch einer meint, resümiert er, die Intellektuellen verweigerten bloß ihre Arbeit. Aber dies treffe den Kern nicht, das Problem liege tiefer im gesamten System verborgen. Baab erklärt:

"Es geht ums Geschäft. Kopfarbeiter verkaufen ihren Kopf an den Meistbietenden. Sie werden bezahlt für ihre Ideen, mit denen sie die kulturelle Hegemonie und Herrschaft der Mächtigen organisieren."

Das herrschende Meinungsklima werde immer mehr zum Maßstab der medialen Berichterstattung. Der Kampf um Klickzahlen und die Anerkennung von oben ersetze mehr und mehr die Recherche. Kein Gericht dürfe dies durchgehen lassen, ist Baab überzeugt.

In der Tat: Wer Journalisten existenziell oder moralisch erpresst, auf Recherche zu verzichten und einseitige Meinungen als Tatsachen zu verbreiten, trägt den Journalismus zu Grabe – und beerdigt die Aufgabe der Presse als sogenannte vierte Gewalt zur Kontrolle der Herrschenden.

* * *

Wo über Leid und Tod gelacht wird, fängt Faschismus an

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/167710-faschismus-bei-toetung-anderen-auch/>

15.04.2023

Alltäglicher Faschismus bei uns: Gleichgültigkeit gegenüber Folter, Misshandlungen, Krieg gegen die Zivilbevölkerung, Rassenwahn und Hitlergruß mit ausgestrecktem Arm. Ja, die Pest ist in unserem Haus. Wie konnte es dazu kommen? Gedanken des russischen Schriftstellers Dmitri Orechow.

Von Dmitri Orechow

Würden Sie sagen, dass der Faschismus nur in der Ukraine und den baltischen Staaten existiert? Oder wie sieht es bei unseren Herren Schauspielern, Schriftstellern und Musikern aus, die Spenden für die Nazi-"Sicherheitskräfte" der Ukraine sammeln und den dortigen Strafkommandos ein Spektakel boten? Was ist mit all den "Kreativen", deren Liebe für eine "freie" Ukraine sich mit einer Art naserüpfendem Hass auf das eigene russische Volk verbindet? Nein, liebe Leute, der Faschismus hat schon längst Einzug auch in unser Haus gehalten. Die Pest ist in unserem Haus. Wie konnte es dazu kommen?

Irgendwie kommt mir jene Zeit in den Sinn, als wir aufhörten, über Wahrheit und Gerechtigkeit zu reden, stattdessen aber "Effizienz" und "Wettbewerb", gemeint ist Konkurrenz, in den Vordergrund stellten. Zu jener Zeit wurden die Unehrliehen zu den "Erfolgreichen" und die Ehrlichen zu "Sowjets" und den "Verlierern".

Diese Veränderung des Massenbewusstseins wurde durch entsprechende Phänomene in der Kultur noch verstärkt. Die beiden sowjetischen Science-Fiction-Autoren, die Brüder Strugazki, verherrlichten in ihren Büchern den Fortschritt und die "Fortschreitenden". Wie sie dabei argumentierten, ist kein Geheimnis. "Für mich und auch für dich ist der Kommunismus die Bruderschaft der Intellektuellen, nicht irgendwelcher stinkenden Gärtner", schrieb Boris Strugazki an seinen Bruder. "Den Kommunismus kann man nicht auf den Erzählungen von Solschenizyn aufbauen."

Die arrogante Haltung gegenüber den Arbeitern und Rechtschaffenen aus dem einfachen Volk (gegenüber solchen Menschen wie der Heldin in Solschenizyns Erzählung "Matrjonas Hof") wurde gegen Ende der Achtziger-, Anfang der Neunzigerjahre zur Norm. Wir haben uns eingeredet, das Licht der Welt sei dort, wo das Geld und die Technologie sind. Dort aber, wo nichts dergleichen zu finden ist, gibt es gar nichts – nur Wildheit und Armut. Eventuell etwas Kannibalismus. Kein Wunder, dass wir uns vor den "dreckigen Gärtnern" zu scheuen begannen, die ja nicht zum

Bestandteil der fortgeschrittenen westlichen Zivilisation werden durften – all die unglücklichen Vietnamesen, Kubaner, Kongolesen, Chilenen ... Nun verhielten wir uns auch gegenüber ihren Helden dementsprechend.

So erinnere ich mich an Artikel in Zeitschriften, in denen verächtlich von Salvador Allende und enthusiastisch von Pinochet gesprochen wurde, der "in Chile die Marktwirtschaft aufgebaut" hatte. Wenn man an Che Guevara überhaupt noch dachte, dann voller Ironie. Man begann mit der Umbenennung von Straßen, die nach Patrice Lumumba benannt waren, und strich den afrikanischen Helden aus der Bezeichnung der Moskauer Universität der Völkerfreundschaft (inzwischen wurde das korrigiert). Die Logik aber war klar: Die Ermordung Lumumbas war von unseren neuen US-amerikanischen "Freunden" geplant gewesen. Und wäre es sinnvoll gewesen, denen die Stimmung zu verderben? Ja, wir waren jetzt mit diesen erfolgreichen, weißen Menschen befreundet, und so entledigten wir uns fleißig unbequemer Namen und Geschichten. Wenn wir aber von Nicht-Weißen und Nicht-Westlern sprachen, dann meist bereits mit einem spöttischen Lächeln:

*Auf der Insel Tahiti,
Lebte Neger Titi-Miti,
Lebte Neger Titi-Miti,
War schwarz wie ein Stiefel,
Stand frühmorgens auf
Und aß drei Bananen,
Und nachdem die verschlungen,
Ruht er aus sich im Sand ...*

Dieser Unfug wurde natürlich in der Sowjetzeit verfasst, damals wurde er aber nur in der Gasse gesungen, und dann war dieses Liedchen im staatlichen Fernsehen zu hören. Darin lag etwas Beleidigendes und Entwürdigendes, besonders für diejenigen, die sich an David Diop erinnerten:

*Der Weiße tötete meinen Vater,
Weil mein Vater zu stolz war.
Der Weiße vergewaltigte meine Mutter,
Weil meine Mutter so schön war.
Der Weiße dörrte meinen Bruder
In der heißen Sonne der Straßen,
Weil mein Bruder so stark war.
Der Weiße drehte sich zu mir
Mit seinen Händen rot von Blut
Spuckte mir in mein schwarzes Gesicht und schrie:
Hey, Kerl, hol Schüssel, Handtuch und Wasser!*

"Jedes Mal, wenn irgendwo ein weiterer armer Kerl gelyncht wird, jedes Mal, wenn irgendwo ein weiterer Unglücklicher gefoltert wird, da fühle ich mich gedemütigt und innerlich zerrissen", schrieb Aimé Césaire, der große Dichter aus Martinique.

"Seine Zugehörigkeit zur Dritten Welt anzuerkennen, bedeutet – um José Martí zu zitieren – zu bestätigen, dass wir jede Ohrfeige spüren, die man irgendwo auf der Welt irgendeinem Menschen verpasst hat", sagte der schwarzafrikanische Held Thomas Sankara.

Wir aber haben wohl aufgehört, die Schläge zu spüren, die der Westen den Menschen überall auf der Welt versetzt hat. Vielmehr haben wir diese Hiebe belustigend gefunden. Der Dichter Igor Irtenjew, das TV-Idol der sogenannten Perestroika, lachte über den Tod von Nicolae Ceaușescu. Ja, 1989 haben rumänische Putschisten den siebzigjährigen Ceaușescu ermordet – sie haben ihn und

seine Frau ohne Gerichtsverfahren hingerichtet, einfach so. War das aber wert, sich darüber lustig zu machen?

*Die Reihen der Helden gelichtet,
Innerhalb weniger Wochen.
Freunde, ich Sorge mich um Fidel,
Sag mir, Fidel, lebst du noch?*

In der Tat haben die US-Imperialisten viele Male versucht, Fidel Castro zu töten. Es gab mehrere Hundert Versuche, ihn zu töten. Es war ein Mann, der George W. Bush zugerufen hat: "Sie, der als Millionär und Sohn eines Millionärs so sehr an großen Vermögen gebunden ist, werden möglicherweise nie verstehen, dass es Menschen gibt, die unbestechlich sind und denen Geld gleichgültig ist." Dieser Mann hat sich für das einfache Volk eingesetzt – und gewonnen. Ist das des Spottes würdig?

Entspricht es überhaupt irgendeiner Würde, dass man Mordversuche zum Thema seiner poetischen Heiterkeit macht? Hillary Clinton ist nicht dafür bekannt, Gedichte zu schreiben. Aber ihr Ausruf "Wow" bei der Nachricht des Massakers an Gaddafi gehört in die gleiche Kategorie wie das Gedicht von Irtenjew. Doch es geht natürlich nicht um Hillary oder Irtenjew, sondern um jenes Publikum, das denen stehend Applaus zollt.

Anders der russische Volkskünstler Alexei Koslow, der mit seinen Musikerfreunden in dem TV-Programm "Schiffe docken in unseren Häfen" mit einem Lächeln das Lied "Patrice Lumumba" vortrug:

*Der Held Patrice Lumumba wurde getötet
Und der Kongo ist nun ein Waise.
Seine Frau, die Schönheit Pauline,
Sie wollte keinen anderen Mann ...*

Tatsächlich haben die CIA und belgische Geheimdienste im Jahr 1961 den kongolesischen Premierminister Patrice Lumumba ermordet. Und bevor er starb, wurde er noch gefoltert. Sein Körper wurde zerstückelt und in Säure aufgelöst. Seine Kinder wurden zu Waisen und seine Witwe hat nie wieder geheiratet. Das war das ultimative Nazi-Verbrechen, für das weder in den Vereinigten Staaten noch in Belgien jemals jemand bestraft wurde. Darf man sich darüber lustig machen? Darf man etwa ein solches Lied über den Mord an einem Juden in einem Konzentrationslager und dessen Witwe singen?

Ihr werdet sagen, die denken nicht an so etwas, die haben nur Spaß daran, einen "Gassenhauer" vorzutragen. Und ich antworte: Das ist es, was beängstigend ist. Beängstigend ist, dass man den Text lachend und schunkelnd mitsingen kann. Beängstigend, dass niemand im Studio sie daran gehindert hat. Beängstigend ist, dass die Redakteure die Sendung ausgestrahlt haben.

Einst schrieb Bachtin (russischer Kunsttheoretiker – Anm. der Red.), dass Lachen keine Brände legt, aber von Awerinzew (russischer Kulturtheoretiker und Philosoph – Anm. der Red.) erhielt er eine scharfe Abfuhr: Natürlich legt das Gelächter keine Brände, doch man hört es oft in der Nähe des Feuers, und die amüsanten Kopfbedeckungen bei den Opfern sind ein notwendiges Accessoire für das Autodafé. Als Puschkin Voltaires Komödie über den Tod von Jeanne d'Arc gelesen hatte, verglich er den Autor mit dem römischen Henker. Der Dichter schrieb voller Erstaunen, dass in Frankreich, wo Voltaire doch so viele Feinde und Neider hatte, niemand eine passende Erwiderung für diesen Zynismus des Aufklärers fand, "der den tödlichen Qualen der Jungfrau noch eine Schändung beifügte". "Ein erbärmliches Zeitalter! Ein armseliges Volk!" – rief Puschkin aus.

Könnte es sein, dass solch ein "erbärmliches Zeitalter" jetzt das unsrige ist? Vielleicht sind wir die armselige Nation? Ist das vielleicht die Begründung dafür, wie wir die Pest in unserem Haus verschlafen haben? Könnte es sein, dass wir, indem wir den Tod von Helden wie Lumumba ironisierten und verhöhnten, die Bombardierung des Donbass und die Verbrennung von Menschen in Odessa herbeiführten? Kann der Weg von der intellektuellen Verachtung für "stinkende Gärtner" und "Matrjonas" bis zur Hetze gegen die "Neger" auf den Plantagen und sonstige "Farbigen" so weit sein?

Kann es sein, dass durch die Liedchen von Koslow und Makarewitsch, durch die Dichtungen von Bykow und Irtenjew, durch die versnobten Strugazki-Plattitüden der stinkende Herr der Fliegen in unsere Häuser gekrochen ist? Gar kein Import von einem anderen Planeten, weder deutsch noch italienisch oder kanadisch-amerikanisch, sondern unser eigener, mieser, primitiver Spross? Ist das nicht der Ursprung der Nazi-Pest, die wir nicht rechtzeitig erkannt haben?

Aimé Césaire schrieb in seiner Rede "Über den Kolonialismus", wenn die Menschen morgens aufwachen und überrascht sind, den sehr realen Nazismus in ihrer Welt zu sehen, sei der Grund dafür ganz einfach: "Sie hatten ihm bereits einmal verziehen, ein Auge zugeedrückt, ihn legitimiert, da er bisher nur für nichteuropäische Völker galt." Derjenige aber, der den Nazismus gegenüber den außereuropäischen Völkern verzeiht, ist für ihn mitverantwortlich. Und eines Tages wird er selbst darunter zu leiden haben.

Sicher, das zu akzeptieren, ist nicht leicht. Doch jedes Mal, wenn die USA in Somalia, im Jemen, im Sudan oder in Panama morden oder morden lassen und wir dies als Tatsache hinnahmen oder sagten "Ach, das ist so weit weg! Was wissen wir schon darüber?", und jedes Mal, wenn sie jemanden in ihren Geheimgefängnissen folterten, während wir ein Loblied über ihre "demokratischen Institutionen" sangen, und jedes Mal, wenn sie die Menschen in Afrika oder im Nahen Osten in ein Massaker hetzten und wir dem den Rücken zukehrten und etwas über Stammesfehden murmelten ...

jedes Mal dann, wenn Menschen in Nicaragua Blut spendeten, um nicht zu verhungern, und wir dabei die Geschichten des Westens über deren Rückständigkeit und Arbeitsscheu nachplapperten; und jedes Mal, wenn Kinder in Kambodscha von US-amerikanischen Minen in die Luft gesprengt wurden, während wir die Technologie und das Konsumniveau der USA bewunderten; und jedes Mal, wenn wir gemeinsam mit dem Westen jemanden als rückständig bezeichneten und dabei vergaßen, wie diese Menschen "rückständig" gemacht wurden, wie sie in Ketten gelegt, in die Sklaverei verkauft und in Reservate getrieben wurden – jedes Mal dann geschah etwas Schreckliches, und diese Pest schlich sich in unsere Häuser, und wir ließen dieses toxische, dieses zersetzende Gift des Nazismus in unsere Köpfe. Und am Ende all dieser Ungerechtigkeiten, dieser Fäulnis und widerlichen Verlogenheit kam das Ungeheuerliche in unsere Welt – das, was wir jetzt erleben.

Denn beim Faschismus geht es nicht nur um die Rufe "Heil!" und "Slawa Ukraini". Faschismus besteht darin, die Menschen einzuteilen, auszusortieren – in schmutzige und saubere, in rückständige und fortschrittliche, in die, die da sein dürfen, und die, die nicht da sein sollten. Faschismus ist, beim Töten eines anderen auch noch zu lachen. Und manchmal ist Faschismus einfach nur Schweigen. Denn selbst durch dein Schweigen wirst du zu einem Komplizen der Verbrecher und des Verbrechens. Dann lässt es sich nicht vermeiden, dass die einen zu Opfern und die anderen zum Pack mit dem Hitlergruß werden.

Übersetzt aus dem [Russischen](#), zuerst erschienen bei Wsgljad

* * *

Aufbruch in eine Welt ohne Dollar

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/167916-aufbruch-in-welt-ohne-dollar/>

18.04.2023

Über die wichtigsten Entwicklungen wird im Westen nicht gesprochen. Dabei wäre das Ende der US-Hegemonie nur für einen winzigen Teil der Bevölkerungen ein Nachteil; die überwiegende Mehrheit würde an Lebensqualität gewinnen.

Von Dagmar Henn

Man kann den Aufbruch sehen. Wenn man beispielsweise den Empfang betrachtet, der dem brasilianischen Präsidenten Lula in den Vereinigten Arabischen Emiraten zuteilwurde. Nichts wurde ausgelassen, was einem Staatsgast zeigen kann, wie willkommen er ist. Kampfflugzeuge, die den Himmel in den Farben der Landesflagge färben, Böllerschüsse aus Kanonen, Ehrenformation – dieser Empfang wurde zelebriert, wie ein solcher Empfang nur zelebriert werden kann. Und kein westlicher Staatsgast kann noch auf eine derart euphorische Begrüßung hoffen; nicht nur Bundesaußenministerin Annalena Baerbock wird mit dem Minimum des diplomatisch Gebotenen abgespeist.

Diese Veränderung hat in ganz nüchternen, ökonomischen Vorgängen ihre Grundlage; in dem sich entwickelnden Projekt, den US-Dollar als Weltreservewährung durch ein neues System abzulösen. Und zwar nicht eine Währung durch eine andere, wie es nach dem Zweiten Weltkrieg geschah, als das britische Pfund durch den Dollar abgelöst wurde, sondern durch ein Bündel von Währungen und eine neue Struktur des internationalen Handels, die sicherstellen soll, dass kein einzelnes Land mehr Dominanz über andere erringen kann.

Wenn man wissen will, wie sich das jetzige, das untergehende System für die Länder des Südens angefühlt hat, kann man sich in Erinnerung rufen, was Deutschland während der Eurokrise mit Griechenland, Spanien, Italien angestellt hat. Der Euro war als Währung unter der Kontrolle der stärksten Wirtschaft des Euroraums, und als die südlichen Euroländer durch die Bankenrettung überschuldet waren, schickte ihnen die Bundesregierung nette Briefe, in denen vorgegeben wurde, um wie viel die Renten zu kürzen seien, wie viele Krankenhäuser zu schließen hätten und um wie viel die Gehälter der Lehrer gesenkt werden müssten. In Griechenland war der Einschnitt ins Leben der Mehrheit derart katastrophal, dass im ersten Winter der Troika-Diktate ein Kochbuch aus dem Zweiten Weltkrieg zum Bestseller wurde.

Das, was damals innerhalb der Eurozone passierte, war eine europäische Re-Inszenierung dessen, was der Internationale Währungsfonds und die Weltbank über Jahrzehnte hinweg auf dem gesamten Planeten trieben. Staaten wurden gezielt in den Bankrott gestürzt, um ihnen dann Auflagen zu erteilen, die sicherstellten, dass der Reichtum des Landes in den Westen abfloss. Der zentrale Trick dabei war immer, dass internationale Kredite nie in den Landeswährungen aufgenommen werden konnten, sondern in US-Dollar fixiert waren. Damit hatten die Kreditnehmer keinerlei Einfluss auf die Entwicklung, die die Höhe dieser Kredite umgerechnet in die eigene Währung nahm, und waren daher vom Wohlwollen der Besitzer dieser Währung abhängig. Was natürlich in voller Entfaltung erst nach dem Ende der Sowjetunion galt – diese hatte mit ihrem Außenhandel immer einen Wirtschaftsraum gebildet, der sich dem Dollar entzog, und ihren Handel vielfach ganz ohne Währungsbeteiligung durch Gütertausch abgewickelt.

Wenn man die Handelsbilanz der USA betrachtet, kann man sehen, dass ihre Stabilität völlig von der Aufrechterhaltung des Dollar-Systems abhängt. Sie importieren weit mehr als sie exportieren,

sie wenden einen extrem hohen Teil ihres Staatshaushalts für unproduktive Ausgaben, wie den weltgrößten Rüstungshaushalt, auf, und ein großer Teil der Gewinne von US-Konzernen beruht auf immateriellem Eigentum, wie Patenten und Marken. Das ist eine Ökonomie, die ohne ständige Zuflüsse von außen kollabiert. Und der Kern des Petrodollars, jenes Abkommens zwischen Saudi-Arabien und den USA, das zu Beginn der 1970er geschlossen wurde (und das jetzt beendet ist), war letztlich, dass die Saudis mehr Geld für ihr Öl verlangen durften, wenn sie das eingenommene Geld anschließend brav in die USA tragen und es dort investieren.

In den letzten Monaten erfolgte nun die große Herausforderung. Saudi-Arabien und China vereinbarten, ihren Handel in heimischen Währungen abzuwickeln. Brasilien und China ebenso. Der brasilianische Präsident Lula hinterfragte bei der Amtseinführung von Dilma Rousseff als Chefin der BRICS-Entwicklungsbank: "Wer hat eigentlich beschlossen, dass der Dollar die Währung ist?". Unbeabsichtigt haben die Länder des Westens mit den Sanktionen gegen Russland, insbesondere dem Ausschluss von SWIFT, einen Impuls gegeben, der die Bewegung weg vom US-Dollar deutlich beschleunigt hat.

Welche Bedeutung diese Entwicklung für die Länder des globalen Südens hat, zeigt sich in Momenten wie der Begrüßung Lulas in den Arabischen Emiraten. Es zeigt sich auch im plötzlichen Ausbruch unerwarteten Friedens, wie im Jemen. Für die überwiegenden Teile der Welt wäre ein Ende des Dollar-Regimes endlich eine Chance zu eigenständiger Entwicklung, ohne beständig durch Eingriffe seitens des IWF oder gar Regimewechsel immer wieder zurück auf Los gesetzt zu werden.

Der Westen, so die indische Politikwissenschaftlerin Radhika Desai jüngst im Gespräch mit Michael Hudson, hat ein Problem: "Alles, was der Westen anzubieten hat, sind Stöcke [Das englische Gegenstück zum deutschen 'Zuckerbrot und Peitsche' lautet 'carrots and sticks', 'Karotten und Stöcke']. Und China kommt beladen mit allen Karotten, die man sich vorstellen kann. Mit den saftigsten Karotten, die man sich denken kann."

Ein afrikanischer Staatschef formulierte das vor einigen Tagen so: "Die Chinesen kommen und bringen einen Flughafen. Der Westen bringt Belehrungen." Augenblicklich sind das vor allem Belehrungen, sich nicht auf Geschäfte mit China oder Russland einzulassen.

Die Auseinandersetzungen, die derzeit zwischen dem IWF und China stattfinden, sind, so Desai, ein Teil dieses Kampfes. Der IWF verlangt, dass China seinen Schuldnern gegenüber auf Teile der Kredite verzichtet, während er selbst und kommerzielle westliche Kreditgeber ihre Kredite garantiert bekommen. Klar, an chinesischen Krediten hat der IWF kein Interesse, seine Aufgabe ist es ja, die Länder beim Westen verschuldet und damit unter Kontrolle zu halten. Aber China lässt sich auf das Spiel nicht ein und fordert, alle müssten gleichermaßen ihre Kredite abschreiben.

"Und das", sagt Desai, "ist ein Teil des Untergrabens. Das ist eine der größten Veränderungen seit dem Ersten Weltkrieg. Und ein Teil dieser Veränderungen ist, dass die Welt, die die imperialistischen Mächte am Ende des Zweiten Weltkriegs schufen, die immer noch sehr mächtig sind, jetzt zunehmend verschwindet."

Aber es geht nicht nur darum, dass die Dominanz des Westens endet. Es geht auch um ein Ende der neoliberalen Wirtschaftsordnung, die sich seit den 1970ern im Westen durchgesetzt hat und deren Kern die Betonung einer auf Verschuldung beruhenden Finanzwirtschaft ist. Michael Hudson: "Offensichtlich ist die eine Sache, die die neue globale Weltmehrheit kennzeichnet, eine gemischte Wirtschaft, in der andere Länder das tun, was China getan hat. Sie werden Geld und Land, genauer, Wohnung und Beschäftigung, zu öffentlichen Rechten, öffentlichen Dienstleistungen machen, statt sie in Waren zu verwandeln, zu privatisieren und zu finanzialisieren, wie das im Westen geschehen

ist. (...) Das wird nicht die Frage sein, ob der chinesische Yuan und der russische Rubel und andere Währungen den Dollar ersetzen. Das ist ein völlig anderes Wirtschaftssystem."

Eine Währungsordnung, die es unmöglich macht, dass ein Land andere unterordnet, war bereits nach dem Zweiten Weltkrieg im Gespräch. Es war ein Vorschlag des britischen Ökonomen Maynard Keynes namens "Bancor". Dabei sollte über Kapitalkontrollen und ein System des Zahlungsausgleichs sichergestellt werden, dass weder Defizite noch Überschüsse unbegrenzt wachsen können, und auf diese Weise wirtschaftliche Ungleichgewichte begrenzt werden (für die die gegenwärtige US-Handelsbilanz ein Extrembeispiel ist). Ähnliche Überlegungen gab es auch noch auf der Wirtschaftskonferenz in Moskau 1952. Aber den Vereinigten Staaten gelang es, das System von Bretton Woods durchzusetzen, das den Dollar im Westen in die Stellung brachte, die zuvor das britische Pfund eingenommen hatte.

An diesem Punkt ist sich Desai mit Hudson einig – das neoliberale Wirtschaftsmodell wird abgelöst; nicht aus ideologischen Gründen, sondern schlicht aus Notwendigkeit. "Ich denke, die meisten Länder werden herausfinden, dass sie, wenn sie irgendeine Art Entwicklung schaffen wollen, eine anti-neoliberale Entwicklungspolitik annehmen müssen. Auf diese Weise gibt es zwar Wirkungen von Überresten des Neoliberalismus, aber die Umstände stellen sicher, dass der Neoliberalismus im Kern erledigt ist, denn jeder erfolgreiche Versuch, Entwicklung zu schaffen, wird die Art von Staatseingriffen beinhalten, die gerade 'ein Stückchen' vom Sozialismus entfernt sind."

"Man stelle sich einmal vor", so Hudson, "die Vereinigten Staaten hätten das 1945 getan und die Pläne von Keynes akzeptiert. Man stelle sich einmal vor, wie anders die Entwicklung der Welt in den letzten 75 Jahren gewesen wäre."

Eine Welt ohne Austeritätsprogramme, ohne Farbrevolutionen und Putsche, ohne Kolonialkriege und ohne ständige Lohndrückerei? Selbst für die Bevölkerungen des Westens, die in den letzten vierzig Jahren gewaltig an Lebensstandard eingebüßt haben, wäre das eine gewaltige Verbesserung. Genau darum ist es so wichtig, den Krieg in der Ukraine am Laufen zu halten. Es könnte sonst noch jemand dort bemerken, dass gerade wirkliche Freiheit im Angebot ist.

* * *

"Keine Daten vorhanden": PEI gibt zu, brisante Verdachtsfälle gar nicht auszuwerten

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/167988-keine-daten-vorhanden-pei-gibt/>

18.04.2023

Das Paul-Ehrlich-Institut wertet gemeldete Verdachtsfälle von tödlichen und schweren Nebenwirkungen nach einer Coronaimpfung offenbar weder aus noch zählt es sie. Dies behauptete es selbst im Zuge einer Informationsfreiheitsanfrage. Demnach verweigert es seine gesetzliche Pflicht – und die Regierung schaut zu.

Von Susan Bonath

Seit fast einem Jahr versuche ich vergeblich mittels Presseanfragen und Anträgen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG), Auskunft vom Paul-Ehrlich-Institut (PEI) über geheim gehaltene Sicherheitsdaten zu den COVID-19-Vakzinen zu erhalten. Dazu gehören gemeldete Todesfälle sowie tödliche und schwere Komplikationen bei Kindern und Jugendlichen, die im Verdacht stehen, durch die Spritzen ausgelöst worden zu sein. Angeblich liegen dem PEI die Daten nicht vor.

Sollte dies stimmen, käme das PEI nicht einmal seinen grundlegendsten gesetzlichen Pflichten nach, denn die ureigene Aufgabe dieser dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) unterstellten Behörde ist es, dort gemeldete Verdachtsfälle von Nebenwirkungen zu sammeln, zu überprüfen und auszuwerten. Wenn das PEI aber gar keine Zahlen – wie es behauptet – zu den gravierendsten Sicherheitsrisiken wie Tod oder schweren Schädigungen herausgefiltert hat, überwacht es die Sicherheit der neuartigen Präparate schlicht nicht.

Verheimlichte Tote und geschädigte Kinder

Von vorn: Zu Beginn der Corona-Impfkampagne gab das PEI noch regelmäßig sogenannte Sicherheitsberichte heraus. Darin führte es allerlei unterschiedliche gemeldete Verdachtsfälle von Nebenwirkungen auf, darunter auch Todesfälle. Letztere beliefen sich bis Ende 2021, also binnen eines Jahres, auf 2.255 Verstorbene, darunter bereits acht Kinder. Bis Ende Juni 2022 waren der Behörde schon 3.023 Todesfälle im engen zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung gemeldet worden.

Für die Zeit ab Juli 2022 veröffentlichte das PEI einen neuen Bericht bis Ende Oktober. In diesem machte es jedoch keine Angaben mehr zu weiteren Todesfällen. Allerdings nannte es die Zahl schwerwiegender Verdachtsfälle: fast 51.000 angezeigte Schäden. Das macht einen Fall auf rund 3.700 Impfdosen oder auf rund 1.275 geimpfte Personen. Von "sehr selten" kann da kaum die Rede sein, vor allem, wenn man die seit Langem bekannte massive Untererfassung einbezieht.

Gesonderte Daten zu schweren und tödlichen Verdachtsfällen bei Minderjährigen fehlen in den PEI-Zahlenwerken bereits seit Anfang des vergangenen Jahres. Gerade bei Kindern, die in der Medizin bekanntlich keine "kleinen Erwachsenen" sind, sollte man eigentlich genauer hinschauen.

PEI watscht Presse und Bürger ab ...

Seit vielen Monaten weigert sich das PEI, diese Zahlen an die Presse herauszugeben, wie *RT DE* berichtete. Dafür lieferte es drei Begründungen: Erstens verwies es an die Europäische Arzneimittelbehörde EMA, wo man allerdings die erfragten Angaben für Deutschland nicht bekommt. Zweitens erklärte das PEI, dass es ein Offenlegen dieser Daten für "nicht relevant" oder "nicht zielführend" halte. Drittens behauptete es, dass es nicht über diese Zahlen verfüge oder sie nicht verpflichtend für die Presse aufbereiten müsse.

Um eine öffentliche Verfolgung des Vorganges zu ermöglichen, entschied ich mich Mitte Januar dieses Jahres, das Gewünschte nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) über das Onlineportal *Frag den Staat* zu beantragen. Ich beehrte folgende Daten jeweils bis Ende 2022: die Anzahl der gemeldeten Todesfälle insgesamt, die Anzahl der schwerwiegenden und tödlichen Verdachtsfälle bei Kindern sowie die Anzahl der gemeldeten Fälle von Herzmuskel- und Herzbeutelentzündungen. Letztere gehören zu den anerkannten schwerwiegenden Nebenwirkungen, insbesondere bei jungen Menschen. Außerdem sollte das PEI alle amtlichen Informationen zum Ausgang dieser schweren Verdachtsfälle herausgeben.

... wertet Sicherheitsdaten nicht aus ...

Das PEI reagierte abweisend, die Öffentlichkeit müsse sich mit den lückenhaften Angaben in seinen Sicherheitsberichten begnügen, erklärte es sinngemäß. Überdies gebe es keinen Anspruch der Bürger darauf, dass Behörden – gezielt für diese – weitere Informationen erstellen. Das PEI machte damit unmissverständlich deutlich, dass egal, wie viel gemeldet wird, es nicht daran interessiert sei, wie viele Todesfälle, Herzentzündungen oder schwere Schäden bei Kindern darunter seien. Wir sehen uns die Fälle noch nicht einmal an.

Glaubt man den Ausführungen des PEI, verschwinden die von Ärzten, Betroffenen oder Angehörigen gemeldeten Verdachtsfälle offenbar in einem dunklen Loch. Die Behörde interessiert sich anscheinend nicht dafür, wofür sie zuständig ist: Sicherheitsdaten. Da die Impfstoffe nicht aktiv überwacht werden, ist das (viel kritisierte) passive Meldesystem die einzige Möglichkeit, Risiken zu erkennen. Das jedoch ist wohl kaum möglich, wenn das PEI nicht einmal die Anzahl der Todesfälle oder auffälliger Nebenwirkungen kennt.

Ich beantragte daraufhin einen widerspruchsfähigen Bescheid, um dagegen vorgehen zu können. Auch in diesem suggerierte das PEI, dass es die erfragten Zahlen erst aufwendig erstellen müsse, da sie nicht vorhanden seien. Es wisse also nicht, wie viele Verstorbene, schwer erkrankte Kinder und Betroffene von Herzentzündungen unter den Meldedfällen seien. Den Ausgang der Erkrankungen hat das Institut demnach in keinem einzigen Fall dokumentiert. Wenn das PEI nicht gelogen hat, könnte man es wohl abschaffen.

Zusammen mit Rechtsanwältin Brigitte Röhrig legte ich Anfang März Widerspruch ein. Dazu verdeutlichte ich die Relevanz und Brisanz dieser Daten, da es massive Hinweise auf erhöhte Risiken gibt. So wurden im Zusammenhang mit den COVID-19-Präparaten 28-mal mehr Todesfälle und fast 9-mal mehr schwere Nebenwirkungen gemeldet als in den 21 Jahren davor für alle Impfstoffe zusammen. Solange das PEI aber die Daten verheimlicht, ist das für die Öffentlichkeit nicht überprüfbar. Auch die Datenbank für die Jahre 2000 bis 2020 entfernte das PEI vor gut einem Jahr von seiner Webseite.

... weist die Informationsfreiheitsbehörde ab ...

Ich wurde noch in anderer Hinsicht tätig: Anfang Februar kontaktierte ich den Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (BfDI). Diese Behörde soll sich auch für den Zugang von Bürgern zu Informationen nach dem IFG einsetzen. Am 6. Februar erbat sie daraufhin eine Stellungnahme vom PEI. Es sollte erläutern, warum es die erwünschten Informationen nicht herausgeben wolle.

Das PEI ließ die Frist zunächst tatenlos verstreichen. Anfang März erinnerte der BfDI das Institut erneut und setzte eine weitere Frist bis zum Ende desselben Monats. Die Antwort traf offenbar Anfang April dort ein. Das PEI hatte dem BfDI Ähnliches mitgeteilt, wie zuvor auf die Anfrage. Wörtlich schrieb der Verantwortliche mir:

"Zusammengefasst hat das PEI im Wesentlichen darauf abgestellt, dass die von Ihnen erbetene Zusammenstellung von Impfnebenwirkungen von COVID-19-Impfstoffen dem PEI in der gewünschten Form nicht vorlägen."

Ich reagierte darauf wiederum mit einer Stellungnahme, die ebenfalls auf dem Onlineportal *Frag den Staat* einsehbar ist. Die Erfolgsaussichten erscheinen allerdings gering. Auch den Widerspruch hat das PEI bisher nicht in der Sache beschieden. Sollte es diesen ebenfalls abweisen, bliebe nur eine Klage auf Herausgabe der erfragten Daten übrig.

... und ignoriert das Infektionsschutzgesetz.

Man kann nur darüber spekulieren, warum das PEI derart mauert. Bekam es vielleicht eine entsprechende Order von oben, also vom BMG unter Minister Karl Lauterbach (SPD), dem es untersteht? Das ist wahrscheinlich, denn auch das Ministerium hatte entsprechende Anfragen bereits mit ähnlichen Begründungen abgewiesen.

Anders könnte das PEI wohl kaum damit durchkommen. Schließlich hält es sich auch in anderer Hinsicht nicht an Gesetze. So verpflichtete das Infektionsschutzgesetz das Institut dazu, die Daten der gesetzlichen Krankenkassen einzuholen und auszuwerten, um möglichen Impfschäden gezielt auf die Spur zu kommen. Doch die wurden nicht einmal übermittelt, beide Seiten zeigten keinerlei Interesse.

Anfang 2022 geriet das PEI deshalb unter Druck. Der damalige Vorstandschef der Betriebskrankenkasse BKK ProVita, Andreas Schöpfbeck, hatte das PEI mit einem Brief auf erhebliche Warnsignale hingewiesen und Alarm geschlagen. Zu einer Beratung kam es nie, denn die Kasse warf Schöpfbeck wenig später raus.

Zugleich aber flog auf, dass die gesetzlichen Kassen allesamt niemals die geforderten Daten an das PEI geliefert hatten. Ende März 2022 behauptete das PEI schließlich, es halte diese Patientendaten ohnehin für nicht relevant. Angeblich seien die Codierungen zu ungenau, um Schlüsse daraus zu ziehen. Mit anderen Worten: Das PEI selbst hält es nicht für notwendig, sich an das Gesetz zu halten und kommt damit durch.

Regierungsamtlich gemanagter Pharmaskandal?

Bis heute hat das Bundesinstitut diese Daten weder eingefordert noch ausgewertet. Dabei liegen sie seit einer Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag zumindest bis zum ersten Quartal 2022 vor, veröffentlicht von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) unter "Datentabelle Diagnosecodes". Bereits im Sommer vergangenen Jahres hatte die KBV auf Druck der AfD eine Auswertung ins Internet gestellt, wonach die Kassenärzte im Jahr 2021 fast 2,5 Millionen mal Patienten wegen einer Impfnebenwirkung behandelten. Das war eine Behandlung pro bundesweit 62 verspritzten Dosen.

Bei all dem drängt sich ein Eindruck geradezu auf: Die Bundesregierung und ihre Behörden wollen offenbar keinerlei Sicherheitsdaten zu den Coronaimpfstoffen erheben – Gesetze hin oder her. Anfragende Journalisten und Bürger werden mit fadenscheinigen Ausflüchten abgewimmelt, Daten nicht erhoben, nicht ausgewertet oder einfach nur vor der Öffentlichkeit verheimlicht.

Erinnert sei an die regierungsamtlich organisierte, monatelange Nötigung von Alt und Jung, sich mit den COVID-19-Präparaten impfen zu lassen. Hat man schwerwiegende Risiken zulasten der Bevölkerung bewusst in Kauf genommen und will man sie nun vertuschen? Die Geschichte hat das Potenzial, zum größten Medizin- und Pharmaskandal in der Geschichte der Bundesrepublik zu werden – und das unter dem Management der Bundesregierung.

* * *

Merkels Betrug und die westlichen Pläne

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/167966-merkels-betrug-und-westlichen-plaene/>

19.04.2023

Die Geständnisse von Merkel und Hollande bezüglich der Minsker Abkommen werden im Westen behandelt wie eine kleine Unanständigkeit. In Wirklichkeit ermöglichen sie einen Blick in einen Abgrund aus Hybris und wahnhaften Plänen.

Von Dagmar Henn

Deutschland ist schon eigenartig unempfindlich geworden. Als wäre alles, was politisch geschieht, nur eine Fernsehsendung, keine Wirklichkeit; Handlungen ohne Bedeutung und ohne Sinn, für die

niemand verantwortlich ist, weil sie keine Folgen haben. So in etwa war die Reaktion auf Merkels Enthüllung, mit den Minsker Abkommen habe sie nur der Ukraine Zeit verschaffen wollen. Die Aussage wurde hingenommen, als sei sie alltäglich, obwohl sieben Jahre lang behauptet worden war, Deutschland setze sich für einen Frieden in der Ukraine ein, den nur Russland verhindere.

Die doppelte Täuschung, Russlands wie der deutschen Öffentlichkeit, setzte sich nicht in Empörung um. Nicht einmal, als der ehemalige französische Präsident François Hollande seinerseits bestätigte, mit demselben Motiv verhandelt zu haben. Auch die Tatsache, dass das Minsker Abkommen durch Beschluss des UN-Sicherheitsrats zu geltendem Völkerrecht wurde – ohne dass die Vetomacht Frankreich dies verhinderte – und eine von Anbeginn geplante Sabotage dieses Abkommens einen gravierenden Verstoß gegen das Völkerrecht darstellte, ließ dieses Verhalten nicht als kritikwürdig wahrnehmen. Nicht in den deutschen Medien. Nicht einmal die Tatsache, dass bereits ein Jahr nach Unterzeichnung dieser Abkommen die EU Sanktionen gegen Russland verhängte, weil Russland die Abkommen nicht umsetze, obwohl die beiden entscheidenden Staatschefs der EU wussten, dass sie selbst eine Umsetzung nie beabsichtigt hatten, verlieh diesen Handlungen ein besonderes Gewicht.

Doch selbst mit all diesen Punkten ist die Tiefe des Abgrunds, der sich mit diesen Aussagen eröffnet, noch lange nicht ausgelotet. Ich zumindest kann mich an keine vergleichbaren Aussagen erinnern. Nicht aus der eigenen Lebenszeit, aber auch nicht aus der Geschichte, dass Staatschefs zugegeben hätten, Friedensverhandlungen nur zum Schein geführt zu haben. Ganz zu schweigen davon, sich mit dieser Tat auch noch zu brüsten. Das heißt nicht, dass es ähnliche Handlungen nicht gegeben hat; aber was es nicht gab, war die öffentliche Aussage, Verträge nur zum Betrug genutzt zu haben, und die Überzeugung, für eine solche Aussage mitnichten verachtet, sondern gelobt zu werden.

Es ist schließlich nicht so, als hätte es keine Konsequenzen, wenn man Verträge von extrem hoher rechtlicher und politischer Qualität nur für Manövriermasse im eigenen Interesse hält. Man verliert gewaltig an Vertrauen, nicht nur beim Gegenüber dieses konkreten Vertrages, sondern ebenfalls bei allen anderen. Und genau an diesem Punkt beginnt eine ganze Reihe von Fragen.

Ja, es war bereits 2014 erkennbar, dass der Westen bereit war, eine ganze Menge von Institutionen und Normen zu opfern, um seine Absichten in der Ukraine zu verfolgen. Zwei Beispiele: Als im Frühjahr 2014 die russische Botschaft in Kiew angegriffen und mit Molotow-Cocktails beworfen wurde, war bereits keine Verurteilung durch den UN-Sicherheitsrat mehr möglich, obwohl das in den Jahrzehnten des Kalten Kriegs selbstverständlich gewesen wäre – der Schutz der diplomatischen Vertretungen war schließlich ein gemeinsames Interesse. Ähnliches passierte im Sommer 2014, als sich der erste humanitäre Konvoi aus Russland auf den Weg in den Donbass machte und von der ukrainischen Grenzbehörde nicht eingelassen wurde, obwohl das ein klarer Verstoß gegen die Genfer Konventionen ist. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das in diesem Fall gefragt gewesen wäre, gegen dieses Verhalten zu protestieren und die Durchfahrt einzufordern, äußerte sich nicht. Während sich im belagerten Donezk, das von der ukrainischen Armee selbst von der Wasserversorgung abgeschnitten worden war, eine humanitäre Katastrophe entwickelte, hatte man in den Medien wie in diversen im Westen angesiedelten internationalen Organisationen mal eben vergessen, was in den Genfer Konventionen über humanitäre Lieferungen steht.

Das hatte bereits einen eigenartigen Geschmack, weil Organisationen, die auf diese Art und Weise verwendet werden, dadurch kompromittiert werden und ihren lagerübergreifenden Charakter verlieren. Beide Fälle, in denen nicht reagiert wurde, betrafen Punkte, in denen eigentlich ein langfristiges Interesse bestehen sollte, die Funktionsfähigkeit der diplomatischen Strukturen wie der humanitären Organisationen zu wahren; weil es um Institutionen geht, die nützlich sind, wenn sich

die Richtung des Handelns wieder ändert. Keine Konfrontation ist unbegrenzt, also ist es immer sinnvoll, ein Grundmaß an Kommunikationsmöglichkeiten zu halten. Das Verhalten des Westens in jenem Sommer vor acht Jahren hatte etwas von jemandem, der die Brücken hinter sich niederbrennt. Und das war schon so, lange ehe der Betrug von Merkel und Hollande bekannt wurde.

Aber ein solches Verhalten, insbesondere, wenn es eine derartige Missachtung des Völkerrechts mit einschließt, signalisiert nicht nur, dass man um jeden Preis auf Konfrontation setzt. Das ist immer noch nur die halbe Geschichte. Denn der einzige Moment, in dem man mit der Dreistigkeit, die Merkel und Hollande an den Tag legten, einen möglichen Gegner betrügt und belügt, ist, wenn man sich sicher glaubt, mit ebendiesem Gegner nie wieder über irgendetwas verhandeln zu müssen. Anders gesagt, wenn man überzeugt ist, dass dieser Gegner in der angestrebten Zukunft nicht mehr existieren wird, denn andernfalls hat ein solches Verhalten gravierende Konsequenzen. Mehr noch – man muss davon ausgehen, dass alle übrigen Beobachter, die dieses Verhalten wahrnehmen und ablehnen, so unbedeutend sind, dass auch sie keine Konsequenzen daraus ziehen können und sich weiter so verhalten müssen, als wäre da nichts gewesen.

Wäre der gesamte Westen tatsächlich an einer demokratischen Ukraine interessiert gewesen, und an deren "territorialer Integrität", er hätte Minsk umsetzen müssen. Ja, eine Umsetzung hätte einen Preis gefordert, einen einzigen – das Land hätte nicht weiter der Ideologie eines Stepan Bandera huldigen können, denn ein Frieden mit dem Donbass, beruhend auf direkten Gesprächen zwischen den Donbass-Republicen und Kiew, wäre mit dieser Ideologie nicht zu haben gewesen. Man kann also sagen, der Westen musste sich zwischen einer befriedeten, nicht nazistischen und einer aggressiven, nazistischen Ukraine entscheiden. Und er wählte Letztere.

Auch das lässt sich immer wieder in der Entwicklung der letzten neun Jahre belegen. Selbst ein Beharren auf der Vereinbarung zwischen Janukowitsch und der "Opposition" durch die Vertreter der EU hätte dazu geführt, dass die für Mai angesetzten Wahlen unter völlig anderen, weit demokratischeren Bedingungen stattgefunden hätten, weil der Terror, der sich am Tag nach dem Putsch zu entfalten begann, nicht möglich gewesen wäre. Ohne diesen Terror, ohne die Drohungen, die aus Kiew sofort in Richtung Krim erfolgten, hätte sich auch diese Frage anders entwickelt. An jeder einzelnen Wegkreuzung, an der die Vereinigten Staaten und die Länder der EU die Möglichkeit hatten, zwischen einer demokratischen und einer Bandera-Ukraine zu entscheiden, wählten sie die Bandera-Ukraine. Und es soll keiner behaupten, damit habe man der ukrainischen Bevölkerung einen Gefallen getan. Jedes einzelne Opfer der militärischen Auseinandersetzungen seit 2014 steht auf der Rechnung dieser westlichen Politik.

Hätte Merkel Stolz über diesen Betrug gezeigt, wenn sie dazu gezwungen worden wäre? Äußerst unwahrscheinlich; Handlungen, die man unter Druck vollzieht, beschämen, man ist nicht stolz auf sie. Sie aber freut sich daran, wie erfolgreich sie die Russen über den Tisch gezogen hat.

Man fragt sich, was so besprochen wurde, abends, bei Staatsbesuchen in Washington oder bei den G7-Treffen. Das letzte Jahr hat gezeigt, dass im gesamten Westen die Erwartung bestand, Russland mit Sanktionen in die Knie zwingen zu können. Wenn man auf das Verhalten 2014 und 2015 zurückblickt, kommt es einem vor, als wären all die irrwitzigen Pläne, Russland in Stücke zu teilen, bereits vor zehn, wenn nicht zwanzig Jahren Gesprächsthema zwischen den westlichen Politikern gewesen, und zwar nicht gelegentlich irgendwo am Rand, sondern immer wieder; als hätte jeder der Akteure, auch Merkel und Hollande, gewissermaßen sein Stückchen Beute schon vor Augen gehabt. Wie anders ist diese ungeheure Arroganz möglich, mit der die eigene Verhandlungsfähigkeit preisgegeben wurde? Nur wer absolut, unbedingt, blind vom eigenen Sieg überzeugt ist, von einem Sieg nicht nur über Russland, sondern ebenso über China, würde es riskieren, einen Krieg gegen einen Gegner zu beginnen, mit dem man alle Gesprächsoptionen zerstört.

Der Betrug von Merkel und Hollande und ihr Stolz darauf ermöglichen einen Einblick in die wirklichen Überzeugungen dieser westlichen Führungsgestalten. Wenn man wahrnimmt, wie ungewöhnlich dieses Verhalten war und unter welchen Voraussetzungen es überhaupt möglich ist, wird sichtbar, dass schon der Putsch 2014 das Produkt eines wahnhaften Vernichtungsplans war, der zu diesem Zeitpunkt innerhalb der politischen Eliten des Westens abgesprochen, etabliert und vertraut gewesen sein muss. Das Geständnis der beiden belegt nicht nur die absolute Verachtung des Völkerrechts. Es belegt die grenzenlose Hybris des kolonialen Systems ebenso wie den Umfang und die Tiefe der Vorbereitungen für den heutigen Konflikt. Es belegt eine Schuld, die einen hohen Preis fordern wird.

* * *

Der Spiegel: "Ist Macron jetzt völlig von Sinnen?"

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/167871-spiegel-ist-macron-jetzt-voellig/>

20.04.2023

Auf seinem Rückflug von Peking nach Paris am 7. April ließ der französische Präsident einige Sätze fallen, die in den am stärksten ausgerichteten atlantischen Kreisen – in Frankreich, Europa und den USA – eine Schockwelle auslösten.

Von Pierre Levy

In Bezug auf die Taiwan-Frage – eine Insel, die China als Teil seines Territoriums betrachtet, die aber seit sieben Jahrzehnten von Kräften regiert wird, die eng mit Washington verbunden sind – plädierte Emmanuel Macron dafür, dass die Europäische Union in dieser Frage nicht blindlings die USA, die sich heute in einer eskalierenden Konfrontation mit Peking befinden, unterstützen sollte.

"Das Schlimmste wäre zu denken, dass wir Europäer in dieser Frage mitlaufen und uns dem amerikanischen Rhythmus und einer chinesischen Überreaktion anpassen müssten",

sagte der Bewohner des Élysée-Palasts und fuhr fort: "Wir wollen nicht in eine Logik der Blöcke eintreten", die die EU dazu zwingen würde, sich schlicht und einfach hinter Washington zu stellen.

Das war natürlich alles, was es brauchte, um den Zorn der bedingungslosen Groupies von Uncle Sam zu entfachen, vor allem in Deutschland. Norbert Röttgen, der einst den CDU-Vorsitz anstrebte, empörte sich: "Macron hat es geschafft, aus seinem China-Besuch eine PR-Aktion für Xi und ein diplomatisches Desaster für Europa zu machen".

Der sozialdemokratische Abgeordnete Metin Hakverdi erinnerte an die Analysen des französischen Staatschefs aus dem Jahr 2021, in denen er die NATO als "hirntot" bezeichnete. Hakverdi verlor also die Beherrschung: "Macron macht es schon wieder. Es ist ein großer Fehler für den Westen, sich in seinen Beziehungen zu Peking spalten zu lassen". Schlimmer noch: Der französische Präsident "spricht in Peking ohne jegliche Genehmigung der EU". Ein wenig mehr, und der Parlamentarier forderte seine Vorführung vor den Internationalen Strafgerichtshof ...

Die "Mainstream"-Presse stimmt mit ein, wie *Der Spiegel*, der sich ernsthaft fragte: "Ist Macron jetzt völlig von Sinnen?"

Am offensten entlud sich die Wut jedoch in der Tschechischen Republik, deren Regierung sich in letzter Zeit durch diplomatische Initiativen pro Taipeh hervorgetan hatte. Die Senatorin Miroslava Němcová (ODS, rechts) twitterte wütend: "Macron in China hat ein Schlüsselbündnis zwischen Europa und den USA geschwächt". Der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige

Angelegenheiten im Abgeordnetenhaus, Marek Zenisek (TOP-09, Liberale), erklärte:

"Laut Herrn Macron sollten wir uns dem Druck widersetzen, unsere Abhängigkeit von den USA zu verringern, und uns nicht in eine Konfrontation zwischen China und den USA hineinziehen lassen. Das ist absolut beschämend und falsch".

Zumindest ist das klar.

Wie sind angesichts dieses Tumults die Äußerungen Emmanuel Macrons zu analysieren, die er im Übrigen einige Tage später wiederholte?

Zunächst sollte man daran erinnern, dass der französische Präsident eine gewisse Kontinuität an den Tag legt. Er hat sich immer wieder für eine, wie er es nennt, "strategische Autonomie" der EU gegenüber denjenigen ausgesprochen, die eine lückenlose "atlantische Solidarität" bevorzugen.

Im Falle Chinas stellt er jedoch klar, dass er keineswegs dafür plädiert, dass sich Brüssel "auf gleicher Distanz" zu Washington und Peking befindet. Denn er betrachtet die USA als enge Verbündete und Freunde und erkennt sich in der klassischen Charakterisierung Chinas durch Brüssel, die China als "Partner", aber auch als "Konkurrent" und "Rivale" beschreibt.

Er strebt jedoch danach, die EU zu einem eigenständigen Block zu machen, der "europäische Interessen" vertritt. Er hat sich selbst darüber gefreut, dass er in den vergangenen Jahren in dieser Hinsicht bei den 27 ideologisch gepunktet und sie dazu gebracht habe, das Konzept der "europäischen Souveränität" anzunehmen.

Das Problem ist, dass diese Formulierung ein Oxymoron ist: Sie enthält einen Widerspruch in den Begriffen, der verhindert, dass sie einen konkreten, auf jeden Fall volksfreundlichen Inhalt erhält. Die einzige wirkliche Bedeutung verweist vielmehr auf die wirtschaftlichen Interessen der großen Industrie-, Handels- und Bankkonzerne mit europäischer Basis gegenüber ihren Rivalen von der anderen Seite des Atlantiks.

Hat also gegenüber Washington die wirtschaftliche Rivalität Vorrang oder die politische Unterwerfung? In Brüssel scheint derzeit letzteres die Oberhand zu gewinnen, insbesondere seit dem 24. Februar 2022. Denn der Krieg in der Ukraine hat die extremsten Führer – Polen, Balten, Tschechen, Rumänen – beflügelt, während Paris, Berlin und einige andere von den geopolitischen Entwicklungen überrumpelt worden zu sein scheinen, was Warschau dazu veranlasst hat, zu triumphieren, und zwar mit dem Motto: Seht ihr, wir hatten recht Russland als Todfeind zu bezeichnen.

Die Trennlinie zwischen den Befürwortern eines "europäischen Europas" und den Anhängern eines amerikanischen Europas verläuft aber nicht unbedingt zwischen den EU-Mitgliedstaaten, sondern vielmehr innerhalb einiger dieser Staaten. In der Bundesrepublik beispielsweise haben die Ultra-Atlantiker derzeit die Oberhand. In den drei Jahrzehnten nach der "Wiedervereinigung" war die Zeit jedoch eher reif für die Förderung autonomer Interessen, auch gegenüber den Amerikanern. Dies könnte eines Tages wiederkehren (wenn auch nicht kurzfristig).

Was Frankreich betrifft, woher kommen Macrons Erklärungen? Aus historisch-kulturellen Gründen hat das französische Volk eine lange Tradition von nationaler Unabhängigkeit (wo seine herrschenden Eliten eher den Reflex der Unterwerfung unter ausländische Mächte haben). So sah die Französische Revolution das koalierte Europa der Aristokratien gegen sich, die sich zusammengeschlossen hatten, um den König wieder auf den Thron zu bringen; sie ging im September 1792 siegreich daraus hervor. Anderthalb Jahrhunderte später befürwortete die

überwiegende Mehrheit der französischen Großbourgeoisie die Kollaboration mit Nazi-Deutschland nach dem Motto "Lieber Hitler als die Volksfront"; schließlich war es die Résistance, die entscheidend zum Sieg über die Besatzung beitrug. Während seiner beiden Amtszeiten sorgte dann General de Gaulle dafür, dass die von Washington erträumte Hegemonie über Frankreich in Schach gehalten wurde.

Leider ist Emmanuel Macron nicht de Gaulle. Während der erste die Unabhängigkeit jedes Landes verteidigte, träumt sein ferner Nachfolger davon, die nationalen Souveränitäten in einem europäischen Imperium aufzulösen, das seinen Namen nicht nennt. Nun weht der Wind in der Brüsseler Oligarchie, die wie Ursula von der Leyen mehrheitlich auf Uncle Sam ausgerichtet ist, nicht in seine Richtung. Der französische Präsident könnte zumindest stolz darauf sein, von Norbert Röttgen getadelt zu werden. Eine echte Ehre, aber es ist nicht sicher, ob er sie auch wirklich zu schätzen weiß ...

In der Zwischenzeit haben all diejenigen in Frankreich, Deutschland und anderswo, die Herrschaft und Abhängigkeiten ablehnen, zumindest einen Grund zur Zufriedenheit: Die Streitigkeiten und Widersprüche innerhalb der EU laufen hervorragend. Und ein Ende ist nicht abzusehen.

* * *

Strafbefehl wegen Beleidigung: Die gekränkte Frau Baerbock

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/168253-beleidigte-frau-baerbock/>

21.04.2023

Es ist kaum zu glauben, da verbringt diese Frau ihre Tage damit, den Ruf Deutschlands, seiner Diplomatie und seines Bildungswesens in der Welt zu ruinieren, und ist selbst angefressen, wenn ihr nicht gelobhudelt wird. Eine Attitüde, die schon an Marie Antoinette erinnert.

Von Dagmar Henn

Dass Bundesaußenministerin Annalena Baerbock sehr auf ihr Image bedacht ist, ist mittlerweile bekannt. Schließlich kosten ihre Visagisten einiges. Allerdings wird mittlerweile sichtbar, dass Schminke alleine nicht genügt, wenn man stammelnd von Fettnapf zu Fettnapf durch die Weltpolitik hüpfet.

Vermutlich wird die nächste Meldung über die Dienstbotenränge rund um Madame Außenministerin ein fester Staatsanwalt sein. Denn es reicht nicht, optisch zu kontrollieren, was vorne in die öffentliche Meinung eingespeist wird, man muss auch kontrollieren, wie es als Meinungsäußerung hinten wieder herauskommt. Und bei so vielen Steilvorlagen für Spott und Verachtung ist das nicht einfach.

Jüngst gab es jedenfalls bereits zwei Fälle, in denen in Baerbocks Namen oder im Interesse ihrer zarten Seele (ja, die hat sie vermutlich, irgendwo, auch wenn sie nicht so wirkt) staatlicherseits zugeschlagen wurde.

Beim ersten handelte es sich um einen Strafbefehl, weil Baerbock dumm genannt wurde, was eine Beleidigung darstelle. Man kann das zwar etwas eleganter formulieren, aber es gibt starke Indizien dafür, dass es sich um eine Tatsachenbehauptung handelt. Jedenfalls fand sich ein Staatsanwalt, der daraus einen Strafbefehl zauberte. Und zehntausend Euro, weil Madame sich gekränkt fühlt, ist schon großzügig. Man kann sich förmlich vorstellen, wie die Telefone heißliefen zwischen Baerbock und Bundesjustizminister Buschmann.

Baerbock: Marco, da wieder jemand gemein mit mir.

Buschmann: Das heißt zu, Annalena.

Baerbock: Egal. Der hat gesagt dass ich dumm bin, und du musst da sofort, oder wir müssen zusammen gemeinsam, mit Rechtsstaat und eingreifen.

Buschmann: Bist du sicher, dass das eine gute Idee ist? Immerhin bist du eine Person des öffentlichen Lebens, da muss man auch mal einstecken können, sonst macht man sich lächerlich.

Baerbock: Du nennst mich lächerlich? Das sage ich gleich Robert, dann platzt die Kolabition!

Buschmann: Ach, Annalena, nein, beruhige dich. Also, was willst du?

Baerbock: Auspeitschen, den Schuft!

Buschmann: Das gibt es nicht im deutschen Strafrecht.

Baerbock: Dann muss das rein! Ich bin Ministerin!

Buschmann: (betretenes Schweigen)

Buschmann: Also gut, ich kann ja mal die Staatsanwaltschaft ansetzen...

Baerbock: Ja, morgen, und ganz scharf, wirklich, ganz doll scharf.

Wie auch immer, so bizarr dieser erste Fall bereits war, die verlorene Ehre der Annalena Baerbock forderte bereits ein weiteres Opfer. Diesmal ist es der Videoblogger Tim Kellner, der es gewagt hatte, Baerbocks so unkundige wie missratene Äußerungen über nigerianische Dorftoiletten zu einem Video zu verarbeiten. Und selbstverständlich fühlte sich Baerbock in diesem Fall noch heftiger beleidigt, wozu sicher mit beigetragen haben mag, dass ihre Darstellung Nigerias mit dessen Wirklichkeit etwa so viel zu tun hatte wie Grimms Märchen mit dem Deutschland des Jahres 2023.

Nur, dass diesmal zu noch größeren Kanonen gegriffen wurde. Die Beleidigung der Ministerin soll in diesem Fall mit ganzen acht Monaten Haft, ausgesetzt auf drei Jahre Bewährung, zuzüglich einer Spende an einen Verein für Flüchtlingshilfe, geahndet werden. Offenkundig hat sie (oder Marco Buschmann) diesmal der Staatsanwaltschaft die Aufgabe gestellt, diese Stimme dauerhaft zum Verstummen zu bringen.

Es gab ja in der bundesdeutschen Geschichte schon einige Politiker, die besonders gerne wegen Beleidigung klagten. Seltsamerweise war Franz Josef Strauß, der selbst Beleidigungen mit der Gießkanne verteilte, einer davon. Aber so weit wie Baerbock ist noch keiner gegangen. Das Strafmaß stinkt geradezu nach unmittelbarer Einmischung von oben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich zwei Punkte klarstellen. Zum einen, bei mir macht es keinen Sinn, den deutschen Staatsanwalt in Bewegung zu setzen, weil ich mich nicht in Deutschland befinde. Und zum anderen, es würde sowohl den deutschen Staatsanwaltschaften als auch der Öffentlichkeit viel Schmerz ersparen, wenn das Problem der gekränkten Frau Baerbock schlicht dadurch gelöst würde, dass sie keinen weiteren Anlass zu Äußerungen gibt, die sie für Beleidigungen hält.

Sowohl viele deutsche Bürger als auch viele ihrer augenblicklichen Kollegen rund um den Globus (ganz zu schweigen von den Dolmetschern, die ihr Gestammel übersetzen müssen) wären wirklich erleichtert, folgte sie ihrem kindlichen Gemüt und würde das Amt schmolend in die Ecke. Vielleicht ließe sich zu diesem Zweck sogar eine Spendensammlung "ein Trampolin für Baerbock" initiieren, um sie über diesen Verlust hinwegzutrusten. Dann könnte sie fröhlich hüpfen, und die Welt hätte ihre Ruhe.

* * *

Wie der 50. US-Bundesstaat beinahe unter die Kontrolle des russischen Zaren geriet

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/167828-wie-amerikas-50-bundesstaat-beinahe/>

23.04.2023

Der Aufstieg und Fall des "Russischen Hawaiis": Das Versäumnis, die Inselgruppe im Pazifik zu sichern, ist ein Beispiel dafür, wie das zaristische Russland in der Neuen Welt nicht Fuß fassen konnte. Unser Autor zeichnet eine weitgehend unbekannt, aber kuriose Episode in der Geschichte des 19. Jahrhunderts nach.

Von Anatolij Brusnikin

Fast jeder in Russland und den USA kennt die Geschichte über Alaska, das von Russland für praktisch einen Apfel und ein Ei an die Vereinigten Staaten verkauft wurde. Wesentlich weniger Menschen haben von der russischen Kolonie in Kalifornien gehört. Und nur Historiker scheinen zu wissen, dass nur durch Zufall verhindert werden konnte, dass der künftige 50. Bundesstaat der USA vor 205 Jahren Teil des russischen Imperiums wurde.

Der "Schäffer-Betrug", wie die nachfolgend beschriebenen Ereignisse in der amerikanischen Geschichtsschreibung genannt werden, war zwar eine Randepisode der Kolonialzeit, aber das macht die Geschichte nicht weniger spannend. Was geschah wirklich zwischen 1815 und 1817 auf den Sandwich-Inseln, warum taufte ein bayerischer Arzt einheimische Häuptlinge in Erinnerung an russische Helden des Napoleonischen Krieges, und wann wurden auf Hawaii die letzten Menschenopfer erbracht?

Der Butterkrebs als großer Eroberer

Der erste Herrscher des Königreichs Hawaii hatte eine schwierige Kindheit. Er wurde Mitte des 18. Jahrhunderts als Sohn einer Adelsfamilie auf der größten Insel des Archipels geboren. Die Clans des Stammes befanden sich ständig im Krieg, sowohl untereinander als auch mit benachbarten Stämmen – über Jahrhunderte tobte ein klassischer "Krieg aller gegen alle".

Bei der Geburt erhielt das Kind den Namen Paiea – der lokale Name für eine inzwischen ausgestorbene Unterart des Butterkrebse – und die Geburt fand vor dem Hintergrund eines ungewöhnlichen Naturphänomens statt. Einer Version zufolge war der Komet Halley am Himmel zu sehen, der 1758 die Erde passierte. Die Priester betrachteten dies als göttliches Zeichen und sagten voraus, dass das Kind ein großer Eroberer werden würde, der alle seine Feinde zermalmte. Nachdem er den Weisen zugehört hatte, befahl der Großvater des Kindes und Herrscher der Insel, das Neugeborene unschädlich zu machen und zu töten. Den Eltern gelang es jedoch, das Kind zu verstecken, und in den ersten Jahren seines Lebens wurde nichts über seinen Aufenthaltsort bekannt. Als der Junge nach dem Tod des Großvaters und vor der nächsten Machtumbildung an den Hof zurückkehren konnte, hieß er Kamehameha, was in der Sprache der Eingeborenen "sehr

einsamer Mann" bedeutet.

Bis 1778 war die Existenz einer Gruppe großer Inseln mitten im Pazifischen Ozean nur wenigen Auserwählten in Europa bekannt. Die Spanier, die zwischen ihren Kolonien auf den Philippinen und in der Neuen Welt Handel trieben, verbargen klugerweise ihre Routen vor den feindlichen Briten. Daher gab es keine schriftlichen Daten über die Besuche von Europäern auf den Inseln, obwohl Archäologen später Hinweise auf seltene Kontakte zwischen der lokalen Bevölkerung und den Spaniern fanden.

Offizieller Entdecker des Archipels war James Cook, der im Januar 1778 in der Waimea Bucht vor Hawaiis viertgrößter Insel Kauai vor Anker ging. 40 Jahre später sollte dort die russische Flagge gehisst werden, doch zunächst war der Engländer überglücklich mit seiner geografischen Entdeckung. Er widmete sie John Montagu, dem 4. Earl of Sandwich und Erster Lord der Admiralität – und zufällig der Erfinder des gleichnamigen belegten Brotes.

Ein Jahr später, nach einem erfolglosen Versuch, einen Seeweg nach Großbritannien um Nordamerika herum zu finden, kehrte Cook auf die Insel Hawaii zurück, wo damals der Onkel von Kamehameha regierte. Einen Monat verbrachten die Briten damit, ihr Schiff auf Vordermann zu bringen und Proviant zu sammeln. Die Besatzung, die während der langen Zeit auf See ziemlich undiszipliniert geworden war, begann regelmäßige Scharmützel mit der lokalen Bevölkerung anzuzetteln. Der Konflikt endete, als Cook versuchte, den Häuptling persönlich einzufangen. Dabei wurde Cook getötet, sein Körper von den Einheimischen gekocht, die Knochen sorgfältig vom Fleisch abgetrennt und für eine ehrenvolle Seebestattung auf das Schiff zurückgebracht. Der Häuptling, der seiner Gefangennahme entgangen war, starb wenige Jahre später friedlich, hinterließ die Insel seinem Sohn und ernannte seinen Neffen zum Vertreter des Kriegsgottes Ku. Kamehameha brauchte jedoch nicht lange, um die ominöse Prophezeiung über sich selbst zu erfüllen. Er tötete seinen Cousin und machte sich zum Herrscher der größten Insel.

Bald zog der Ort unternehmungslustige amerikanische Händler aus Neuengland an, die durch die Expedition von James Cook vom Archipel erfahren hatten. Kamehameha, der nach einem Besuch der Briten die Kraft des Schießpulvers entdeckt hatte, etablierte mit den Amerikanern den Handel mit Sandelholz, im Austausch für Waffen. Dann stellte er eine – nach lokalen Maßstäben – kolossale Armee von 10.000 Soldaten zusammen und unterwarf innerhalb von zehn Jahren fast alle Nachbarinseln mithilfe von Schießpulver und Schwert, mit Ausnahme der beiden am weitesten entfernten, westlichen Inseln Kauai und Niihau. Der Häuptling auf Kauai namens Kaumualii war erst 18 Jahre alt, als sich eine Armada von 1.500 Booten auf sein Reich zubewegte. Es schien zunächst, als würde es keine Rettung geben, aber die Flotte des mächtigen Eroberers wurde von einem plötzlich aufkommenden Sturm auseinandergetrieben. Einige Jahre später begann Kamehameha auf der zentralen Insel Oahu, eine neue Invasionsarmee zusammenzustellen. Genau zu dieser Zeit tauchten am Horizont zwei Schiffe unter russischer Flagge auf.

Das Land der Pelze

Obwohl russische Forschungs- und Fischereiexpeditionen bereits im 17. Jahrhundert die Küste des heutigen Alaskas besuchten, kann 1783 als das Gründungsjahr des russischen Amerikas betrachtet werden. Dies ist dasselbe Jahr, in dem die Krim und Georgien Teil des Russischen Reiches wurden. Durch ein Dekret von Katharina II. wurde die amerikanisch-orthodoxe Diözese und die Nordöstliche Pelz-Kompanie gegründet. Ein Jahr später wurde der erste permanente Handelsposten auf der Kodiak-Insel vor der Südküste Alaskas errichtet. Ursprünglich war es ein privates Unternehmen, an dem eine Gruppe sibirischer Fischer beteiligt war. Sie extrahierten Pelze und schickten sie nach Ochotsk, von wo aus die Ware unter großen Mühen auf dem Landweg in den zentralen Teil Russlands geliefert wurde.

Im Jahr 1799 wurde der Handelsposten Nowo-Archangelsk gegründet und Zar Pawel I. gründete die Russisch-Amerikanische Kompanie. Es wurde entschieden, den Handel nicht auf den europäischen Markt zu beschränken, sondern die chinesische Hafenstadt Kanton – das heutige Guangzhou – und die dortigen europäischen Handelsposten als Hauptmarkt zu nutzen. Die ständige russische Bevölkerung Alaskas wuchs und erreichte mehrere hundert Familien. Anstatt sich den Neuankömmlingen zu widersetzen, begannen die Menschen auf den Aleuten, für sie zu arbeiten, lernten die russische Sprache und konvertierten zum orthodoxen Glauben.

Ab 1790 war der Kaufmann Alexander Baranow der Hauptgeschäftsführer des Unternehmens, aber der Firmenmitbegründer Nikolai Resanow wollte sich erstmal alles selbst ansehen. 1803 nahm er mit einem kleinen Gefolge an der ersten russischen Expedition rund um die Welt teil, die von Iwan Krusenstern und Juri Lissjanski geleitet wurde. Zehn Tage nach ihrer Abreise wurde dem Leiter der Expedition mitgeteilt, dass es tatsächlich Resanow war, der die oberste Autorität über das Unternehmen hatte, die gesamte Reise sponserte und zum ersten Botschafter Russlands in Japan ernannt werden sollte. Während der gesamten Reise waren Krusenstern und Resanow in Machtkämpfe verwickelt, und nur der Gouverneur von Kamtschatka konnte sie schließlich am anderen Ende der Welt erneut versöhnen.

Einige Zeit zuvor segelten die Schiffe "Hoffnung" und "Newa" an die Küste von Hawaii, um Vorräte aufzufüllen. Die Besucher wurden herzlich empfangen, obwohl König Kamehameha die Entdecker nicht selbst empfangen konnte. Er bereitete sich zusammen mit seinen Kriegern auf einer Nachbarinsel auf den zweiten Versuch vor, auf Kauai einzufallen, war aber zusammen mit seinen Truppen an einer unbekanntem Krankheit erkrankt, so dass der geplante Feldzug nie stattfinden konnte. Russische Seeleute besuchten auch seinen Rivalen Kaumualii, der in seiner aussichtslosen Lage bereit war, dem russischen Zaren an Ort und Stelle die Treue zu schwören, nur um dadurch militärische Hilfe zu erhalten. Krusenstern hatte jedoch andere Pläne, und die Schiffe segelten weiter auf ihren geplanten Routen.

Resanow wurde im isolationistischen Japan nie als Botschafter akzeptiert und fand bei seiner Ankunft in Nowo-Archangelsk die Siedlung in einem desolaten Zustand vor. Bis auf den Fisch wurden damals alle Lebensmittel aus Sibirien über Ochotsk auf dem Seeweg mit nur einem Schiff angeliefert. Die Reise dauerte zwei bis drei Monate. Natürlich war die Fracht zum Zeitpunkt der Ankunft alles andere als frisch. Resanow wurde klar, dass es zur Fortsetzung des Unternehmens notwendig war, die Sicherheit der Waren zu gewährleisten. Zu diesem Zweck fuhr er mit zwei Schiffen die Küste hinunter, fand einen Ort in Nordkalifornien, um eine Agrarkolonie zu gründen – das spätere Fort Ross –, und besuchte das spanische San Francisco, wo er großen Eindruck auf den Gouverneur machte, Handelsbeziehungen aufbauen konnte und zudem die Tochter eines örtlichen Generals heiratete. Das letztendlich traurige Schicksal von Resanow ist aus dem Werk "Juno und Avos" bekannt, aber seine Ideen wurden später vom "Herrscher des russischen Amerikas", Alexander Baranow, umgesetzt.

Es wurde viel getan, um den Transithandel mit Hawaii zu organisieren. Zu diesem Zeitpunkt hatte Kamehameha aufgehört, Truppen auf Kauai zu landen, und sein Ziel durch Diplomatie erreicht – er erlaubte Kaumualii, Anführer der Insel zu bleiben, aber unter der Bedingung, dass nach seinem Tod alle Besitztümer ihm, dem König, zufallen würden. Kaumualii blieb nichts anderes übrig, als sich dieser Bedingung unterzuordnen, bis eines Tages die Götter von Hawaii ihm das Glück direkt vor die Haustür legten.

Im Januar 1815 spülte ein Sturm das Schiff "Bering" an Land, das der Russisch-Amerikanischen Kompanie gehörte. Dies geschah in der Bucht von Waimea – demselben Ort, an dem einst James Cook vor Anker ging. Kaumualii nutzte den alten Brauch des Küstenrechts und beschlagnahmte die

Schiffsladung, die auf rund 100.000 Rubel geschätzt wurde. Als die Nachricht davon Nowo-Archangelsk erreichte, machte sich Baranow auf den Weg, um die Fracht zurückzufordern. Allerdings hatte er weder die Kraft noch die Mittel dazu. Aber er hatte einen deutschen Arzt.

Das Imperium des Dr. Schäffer

Georg Anton Schäffer wurde 1779 in Bayern geboren. Im Alter von 26 Jahren schloss er sein Studium als Chirurg ab und arbeitete anschließend in Ungarn und Galizien. 1808 trat er in die russische Armee ein und begann nach dem Ende der napoleonischen Invasion, als Schiffsarzt für die Russisch-Amerikanische Kompanie zu arbeiten. Im selben Jahr segelte er an Bord des Zweimasters "Suworow" nach Alaska, wo er sich aufgrund eines Konflikts mit dem Schiffskapitän entschied, an Land zu gehen. Dieser Arzt erwies sich als die gebildetste und zuverlässigste Person, die Baranow zur Verfügung stand.

Alaska besaß keine segelfertigen Schiffe. So segelte Schäffer im Oktober 1815 in Begleitung zweier Assistenten, von denen einer Baranows Sohn Antipater war, mehrere tausend Kilometer auf einem amerikanischen Schiff, um eine riesige Fracht zurückzuholen, die von einem Stamm von Eingeborenen beschlagnahmt worden war, und für die Menschenopfer noch als Norm galt. Der Plan war wie folgt: Der als Naturforscher getarnte Arzt sollte am Hof von Kamehameha eintreffen, sich beim Herrscher einschmeicheln und warten, bis Unterstützung der Russisch-Amerikanischen Kompanie in Form ihres Schiffes "Discovery" eintraf. Im passenden Moment würde der Arzt dem König ein Dokument unterbreiten, das seine wirkliche Position als Vertreter der Russisch-Amerikanischen Kompanie und des Russischen Reiches belegte. Danach sollte mithilfe des Herrschers das Firmeneigentum von Kaumualii abtransportiert oder mit Sandelholz Lösegeld geleistet werden, die Fracht auf die "Kodiak", ein anderes Schiff, verladen werden, das dann anschließend nach China segeln würde, um das Transportgut zu verkaufen.

Die Dinge liefen jedoch nicht ganz nach Plan. Die "Berater" von Kamehameha aus dem Kreise amerikanischer Kaufleute hatten umgehend eine Vorahnung und warnten den Herrscher, bei dem Russlanddeutschen auf der Hut zu sein. Der Arzt konnte jedoch das Vertrauen des Königs gewinnen, indem er sowohl den Herrscher als auch eine seiner Ehefrauen von langwierigen Krankheiten heilte, wofür er ein Haus aus Stein geschenkt bekam in einem Palmenhain am Ufer, in der Gegend des modernen Honolulu. Während er auf die Ankunft der "Discovery" wartete, legte Schäffer einen Garten neben dem Haus an und studierte die Natur und Geografie der Insel. Das Erscheinen des russischen Schiffes alarmierte jedoch den König und seine amerikanischen Handelspartner erneut, die Angst vor Konkurrenz hatten.

Der Prozess geriet ins Stocken, und Schäffer erwog "Plan B". Er würde allein nach Kauai segeln – schließlich hatte er bereits ein Schiff und alle notwendigen Genehmigungen, um die Insel sogar mit Gewalt einnehmen zu können. Man stelle sich seine Überraschung vor, als Kaumualii, der das Unternehmen vor kurzem buchstäblich ausgeraubt hatte, anstelle langer Verhandlungen und Widerstände anbot, eine Entschädigung für die gesamten Frachtkosten zu zahlen, sich als Vasall des russischen Zaren zu bekennen, das Recht auf das Monopol im Handel mit Holz zu erteilen und dem Bau von Handelsposten sowie befestigten Stellungen auf allen Inseln zuzustimmen. Schäffer, ein offensichtlich abenteuer- und unternehmungslustiger Mann, sah darin eine großartige Gelegenheit, die Territorien des Unternehmens zu erweitern.

Nachdem er alle Götter und Priester befragt hatte, hisste Kaumualii, gekleidet in die Uniform eines Offiziers der russischen Marine, im Mai 1816 persönlich die Flagge der Russisch-Amerikanischen Kompanie, zusammen mit seinem Familienbanner über der Bucht von Waimea. Am selben Abend folgten religiöse Feiern zu Ehren der Vereinigung mit dem russischen Kaiser, bei denen nach Angaben der Matrosen der "Discovery" zwei Menschen geopfert wurden. Dies ist das letzte

dokumentierte Menschenopfer in der Geschichte des Archipels.

Die Freundschaft entwickelte sich rasant. Schäffer erhielt Land am gegenüberliegenden Nordufer der Insel. Der Arzt nannte den Ort Schäffertal und errichtete dort den ersten Handelsposten, zum Meer hinaus geschützt durch zwei Schanzen mit Kanonen, benannt nach Zar Alexander und dem Feldherrn Barclay. Die Destillerie war eines der ersten Gebäude, das gebaut wurde – und später das erste, das von den Inselbewohnern zerstört wurde. Schäffer benannte den größten Fluss der Insel Hanapepe "Don" und taufte sogar zwei lokale Häuptlinge auf die Namen Michail Woronzow und Matwej Platow, zu Ehren zweier Helden des Vaterländischen Krieges von 1812.

Kaumualii unterstützte gekonnt den Enthusiasmus Schäffers. Schließlich verfolgte er praktische Eigeninteressen, die der Arzt offenbar bis zum letzten Moment nicht erkannte. Bald wurde ein zweites "geheimes" Abkommen geschlossen, in dem Kaumualii versprach, 500 Soldaten bereitzustellen, während die Russisch-Amerikanische Kompanie sie mit modernen Waffen bewaffnen und diese verdeckt auf Kriegsschiffen nach Oahu und Hawaii bringen würde, um gemeinsam den Archipel von König Kamehameha zurückzuerobern.

Kaumualii schlug auch vor, neben der bestehenden Siedlung ein weiteres Fort aus Stein zu bauen, nach allen Regeln der europäischen Ingenieurskunst, mit der sich Schäffer auskannte. Die Festung wurde schließlich nach Elisabeth benannt, der Frau des russischen Zaren. Fragmente von Vulkangestein, aus denen die Mauern bestanden, wurden nach lokaler Tradition von örtlichen Adligen und sogar von den Ehefrauen von Kaumualii herangetragen. Schäffer war sich sicher, dass er eine Festung für Russland baute, obwohl diese für das kommende halbe Jahrhundert nur für die lokalen Herrscher ein verlässliches Machtzentrum bildete.

Schäffer kaufte zudem zwei amerikanische Schiffe, im vollen Vertrauen darauf, dass deren Leistungen diese Kosten mehr als wettmachen würden und der Kauf dieser Schiffe von der Geschäftsführung der Kompanie unterstützt würde. Als die ehemaligen Eigner der Schiffe Nowo-Archangelsk erreichten und Baranow den Kaufvertrag zeigten, wurde dieser äußerst wütend. Anstatt 100.000 Rubel wiederzubeschaffen, hatte Schäffer für das Unternehmen weitere 200.000 Schulden gemacht.

Im Herbst begann sich die Situation rapide zu verschlechtern. Im September befahl Kamehameha – der natürlich von den Abmachungen seines Rivalen wusste – die Zerstörung des russischen Handelspostens auf Oahu. Die Sache nahm im Dezember eine sehr unangenehme Wendung, als der Zweimaster "Rurik" vor der Küste von Hawaii ankerte, der im Zuge einer Weltumsegelung von der Ostsee nach Alaska und weiter nach China unterwegs war. Der Kommandant des Schiffes, Otto von Kotzebue, war sehr überrascht, als er feststellte, dass 400 bewaffnete einheimische Soldaten seiner Mannschaft am Ufer begegneten. Kotzebue hatte Hawaii als Schiffsjunge während der ersten Expedition von Iwan Krusenstern rund um die Welt besucht und erinnerte sich an die Freundlichkeit der Einheimischen. Als er nun erfahren musste, dass die Inselbewohner die von Schäffer versprochenen russischen Kriegsschiffe erwartet hatten, war der Kapitän ratlos. Er bestand darauf, dass es unmöglich sei, sich mit den Einheimischen zu verbünden, und dass der Arzt offenbar in eigenem Namen gehandelt hatte. Schließlich segelte Kotzebue weiter, ohne herauszufinden, was wirklich mit Schäffer los war.

Als sie bemerkten, dass sich der Wind gedreht hatte, begannen amerikanische Kaufleute aus dem Gefolge von Kamehameha zu bluffen und drohten, fünf Kriegsschiffe herbeizurufen. Schäffer konnte weder aus Alaska noch aus St. Petersburg Hilfe erwarten, und die angeheuerten Amerikaner begannen allmählich, sich von ihm abzuwenden. Aber Schäffer schien nicht zu bemerken, was wirklich um ihn herum geschah. Was gab es zu befürchten? Immerhin hatte er ein unterschriebenes militärisches Abkommen und war der bevollmächtigte Vertreter des mächtigsten Landes der Erde.

Alles endete im Juni 1817, als er und mehrere ihm verbliebene Matrosen gewaltsam aus ihrer Behausung in Waimea gezerrt und in ein kaum noch funktionierendes Boot gesetzt wurden, mit der Aufforderung, in Richtung der nicht weniger ramponierten "Kodiak" zu rudern, die vor der Küste vor Anker lag.

Die meisten Besatzungsmitglieder kehrten über vorbeifahrende Schiffe nach Alaska zurück. Schäffer, als Hauptverursacher der Unruhen, sollte zuerst nach Macau geschickt werden. Durch Zufallsbekanntschaften gelang es ihm, zunächst nach Brasilien und dann weiter nach Norddeutschland zu gelangen. Dort versuchte Schäffer erfolglos, eine Audienz bei Zar Alexander I. zu erhalten, der sich zu jener Zeit in Europa aufhielt, und ihm das wunderbare – vielleicht noch nicht ganz verlorene – Versprechen des Unternehmens auf Hawaii zu erklären. Später kehrte er nach St. Petersburg zurück, wo er versuchte, die Russisch-Amerikanische Kompanie davon zu überzeugen, das Unternehmen neu zu starten, wurde jedoch unter Schimpf und Schande entlassen. Sein Glück fand Schäffer schließlich in Brasilien, wo er erfolgreich die Umsiedlung von Deutschen organisierte.

Der Gründer des Königreichs von Hawaii, Kamehameha I., starb 1819 in einem ehrwürdigen Alter. Kaumualii wurde zu einem Treffen aller Häuptlinge auf Oahu eingeladen, wo sie ihn zwangen, eine der Witwen seines Rivalen zu heiraten, damit dessen Sohn das Land erben würde. Damit endete die politische Einigung auf dem Archipel.

Imperiale Trägheit

Die Russisch-Amerikanische Kompanie existierte noch mehrere Jahrzehnte, aber während dieser ganzen Zeit betrachtete der Hof des Zaren sie eher als Belastung, denn als mögliche Opportunität. Die Idee, Alaska an die Vereinigten Staaten zu verkaufen, entstand erstmals während des Krieges um die Krim. Britische und französische Truppen wurden damals nicht nur im Schwarzen Meer, sondern auch in der Ost- und Nordsee erwartet. Unter solchen Bedingungen galt es als unmöglich, mehrere tausend russische Untertanen auf der anderen Seite des Globus zu schützen. Der Verkauf von Alaska erfolgte 1867. Innerhalb von nur 30 Jahren wurden anschließend in Alaska Goldvorkommen und weitere 70 Jahre später Erdöl entdeckt.

Aus dem fernen zaristischen St. Petersburg schien die Idee überseeischer Kolonien nicht realistisch. Aber wie haben andererseits die Kolonien Spaniens und Portugals, der Niederlande und Frankreichs, Tausende von Seemeilen von ihrem Mutterland entfernt, über Jahrhunderte überlebt? Im Gegensatz zum russischen Alaska versuchten die meisten von ihnen, von Anfang an autark zu werden. Die Führung der Russisch-Amerikanischen Kompanie verließ sich jedoch auf jährliche Warenlieferungen vom anderen Ende des Globus. Eine so lange und teure Logistikkette war natürlich weder aus wirtschaftlicher noch aus militärischer Sicht zu rechtfertigen.

Folgt man dieser Logik, wird deutlich, warum Schäffer so eifrig darauf bedacht war, sich auf Hawaii niederzulassen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts herrschte im Ostpazifik ein geopolitisches Vakuum. Britische Unternehmen hatten British Columbia noch nicht erreicht, die Vereinigten Staaten würden auf Kalifornien erst mit dem Beginn des Goldrausches 1837 aufmerksam werden und Spanien hatte nicht mehr die Kraft, nördlich der Bucht von San Francisco vorzudringen. Zwei oder drei Jahrzehnte lang hatte Russland wirklich alle Karten in der Hand, aber man war sich dessen nicht bewusst – oder hatte nicht die Zeit, daraus Kapital zu schlagen.

Die Führung der Russisch-Amerikanischen Kompanie nahm die ersten Berichte von Schäffer mit Begeisterung auf. Aber die Übermittlung an die höchsten Würdenträger des Staates erwies sich als viel schwieriger. Kanzler Karl Robert von Nesselrode stand dem Erwerb der Inseln skeptisch gegenüber und legte ihn auf Eis. Als der Vorschlag den Zaren Alexander I. erreichte, hielt er es für

unangemessen, irgendwo auf der anderen Seite der Welt einen potenziellen Konflikt mit England oder Amerika herbeizuführen. Dann kam das Jahr 1817: Napoleon wurde erst kürzlich bei Waterloo besiegt, eine Heilige Allianz wurde geschmiedet und die Unabhängigkeit Griechenlands und die Kontrolle über den Bosphorus standen bevor. Darüber hinaus begann der Zar 1816, wie wir heute sagen würden, "in Depressionen zu verfallen". Es war jedenfalls nicht die beste Zeit für Abenteuer im Pazifischen Ozean.

Zufälligerweise hörte damit die "russische Spur" in der Geschichte Hawaiis nicht auf. Der russische sozialrevolutionäre Narodnik Nikolai Sudsilowski sollte später Gründer der Partei der Unabhängigen Heimat von Hawaii und 1901 erster Präsident des Senats von Hawaii werden. Aber das ist eine andere Geschichte.

Aus dem Englischen

Anatolij Brusnikin ist ein russischer Historiker und Journalist.

* * *

Die Washington Post und die "Querfront" – Verschwörungstheorie oder Geständnis?

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/168425-washington-post-und-querfront-verschwoerungstheorie/>

24.04.2023

Und schon ist es wieder soweit, und die Freunde echter ukrainischer Nazis verteilen "Nazi"-Etiketten an ihre Gegner wie Karnevalsprinzen Kamelle. Nur, weil sich vielleicht doch noch eine breitere Friedensbewegung in Deutschland finden könnte.

Von Dagmar Henn

Die *Washington Post* (WP) hat, wie viele andere Zeitungen, ein Motto auf ihrem Titel: "Democracy dies in darkness", die Demokratie stirbt in der Dunkelheit. Mittlerweile sollte die Zeitung es eigentlich ergänzen: Die Demokratie stirbt in der Dunkelheit, die wir verbreiten.

Vor einigen Tagen veröffentlichte die WP einen Artikel, der ein mögliches Bündnis zwischen Sahara Wagenknecht und der AfD skandalisierte, dessen Grundgedanken weithin aufgegriffen wurden, bis hin zur Tagesschau. Russische Dienste betrieben ein solches Bündnis, wird darin behauptet, auch wenn das Blatt zugeben muss, keinerlei Beweise zu haben, dass die in Russland stattgefundenen Debatten irgendeinen praktischen Kontakt zu deutscher Politik haben. Wenn man genauer hinsieht, verrät dieser Artikel allerdings noch ganz andere Dinge.

Aber beginnen wir mit der skandalisierten Grundüberlegung, die tatsächlich nur eine Funktion erfüllt: bei der politisch mäßig gebildeten deutschen Linken die nötigen Stichworte anzubringen, um damit jeden in Verruf zu bringen, der sich gegen die NATO-Politik stellt. Denn schon die Grundannahme, dass ein solches Bündnis verwerflich sei, übergeht historische Musterfälle.

Der Erste ist das überaus komplizierte Verhältnis zwischen de Gaulle und der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF), die im Maquis dominierte. De Gaulle, der vor der Besetzung Frankreichs durch die Nazi-Wehrmacht Mitglied der französischen Faschisten gewesen war, aber zu jenem Teil gehörte, der sich nicht Berlin unterordnen wollte, und aus dem Londoner Exil zur Führung des Widerstands gehörte, hatte über Jahrzehnte hinweg ein fragiles, auf wechselseitigem Respekt beruhendes Bündnis mit der KPF, die ihm mindestens zweimal das Amt rettete und seinen Sturz

verhinderte. Symbolisiert wird diese Kooperation vielleicht am besten durch seinen Einzug in Paris 1944, bei dem er ein Gedicht des kommunistischen Autors Louis Aragon vortrug. Der verbindende Faktor zwischen beiden Partnern war die französische Souveränität.

Ein anderes Beispiel wäre das Nationalkomitee Freies Deutschland sowie diverse Strukturen des deutschen Widerstands, die tatsächlich, wenn man das ganze Umfeld von 20. Juni bis Roter Kapelle betrachtet, ein Bündnis darstellten, das alle umfasste außer den Nazis, von Konservativen bis Kommunisten. Genau darin liegt das Problem dieses Begriffs "rechts", dass er eine Grenzziehung zwischen Konservativen und Faschisten unmöglich macht (obwohl diese Grenze ideologisch wie praktisch verglichen mit dem fließenden Übergang zwischen Neoliberalismus und Faschismus geradezu der Chinesischen Mauer gleicht).

Da man davon ausgehen kann, dass diese historischen Fakten auch in Russland bekannt sind, ist es eigentlich keine Meldung, dass in Russland darüber diskutiert wird, und es wäre nicht einmal nötig, das hinter geschlossenen Türen zu tun. Eigenartig ist eher, dass dies in Deutschland nicht geschieht. Schließlich ist objektiv (auch wenn die *WP* das nie schreiben würde) spätestens seit dem Anschlag auf Nord Stream jegliche deutsche Souveränität Geschichte, und es gibt handfeste ökonomische Gründe, im gegenwärtigen Kurs der Bundesregierung ein Verhängnis für Deutschland zu sehen, sowohl was den blinden Gehorsam gegenüber den USA als auch was die industrielle Grundlage angeht, als auch was die Beziehungen zu Russland betrifft, das ein unverzichtbarer Partner wäre, sollte eine deutsche Regierung beabsichtigen, als souveräner Staat einen Platz in einer multipolaren Welt zu finden.

Nun, in der Weltsicht der *Washington Post* gibt es keine originären politischen Bewegungen.

"Demonstranten, die an Protestmärschen teilnahmen, die jeden Montag in Leipzig und Neustrelitz abgehalten wurden, trugen Losungen, die von Kreml-Strategen entworfen wurden, und forderten in Leipzig: 'Nord Stream 2 sofort starten!' 'Die antirussischen Sanktionen aufheben!' und 'Senkt die Strompreise!'. In Neustrelitz erklärten sie: 'Wir wollen leben und nicht nur überleben!' und 'Womit werden wir im Winter heizen?'"

Es ist kein derart gewaltiger intellektueller Kraftakt, zu einer Forderung wie "Senkt die Strompreise!" zu kommen. Im Gegenteil, alle oben zitierten Losungen könnten jedem mühelos in den Sinn kommen, der nicht mit grünen Scheuklappen in die Welt schaut und imstande ist, seine Strom- und Gasrechnung zu lesen. Für die *Washington Post* sind das allerdings "Losungen, die von Kreml-Strategen entworfen wurden".

Wenn das keine Wahnvorstellungen sind, dann kann es nur noch eines sein – Projektion. Und da fängt es an, interessant zu werden. Denn immerhin machte man gerade im Verlauf der letzten Jahre massive Erfahrungen mit Astroturfing im Westen, auch in Deutschland. Zur Erinnerung: Im Englischen nennt man aus der Bevölkerung heraus gewachsene Bewegungen "grassroot movements", Graswurzelbewegungen; AstroTurf ist der größte US-amerikanische Hersteller von Kunstrasen. Astroturfing sind also Bewegungen, die nur natürlich scheinen, wie beispielsweise "Fridays for Future" oder die Klimakleber oder auch Farbrevolutionsbewegungen, wie der Maidan, die durch überdimensionierte Bühnen verraten, dass hier mit viel Geld aufgeblasen wurde.

Astroturfing-Bewegungen haben selbstverständlich Losungen, die vorab von Werbeagenturen entworfen wurden, wie auch deren Logos; aber Astroturfing-Bewegungen sind in der Regel an einem Punkt leicht zu erkennen – sie haben eine feste Führung, aber keine demokratischen Strukturen. Und meist muss man nicht allzu tief recherchieren, um auf die Geldgeber zu stoßen.

Die montäglichen Märsche, die die *Washington Post* anführt und die in hunderten Orten stattfanden,

hatten größtenteils gar keine Führung – Hauptsache, es fand sich jemand, der den Marsch anmeldete.

Die *WP* gibt sogar zu, dass sie keinerlei Belege für einen tatsächlichen Einfluss russischer Dienste hat, aber führt ihre Leser geschickt in die Irre: "Die Strategen hofften, die Demonstrationen als Gelegenheiten zu nutzen, um ihre eigenen Pläne voranzubringen, sagte ein Sicherheitsmitarbeiter, der mit den Dokumenten vertraut ist, und fügte hinzu, sie könnten einige dieser Proteste angestoßen haben."

Genau. Die Heizkosten schießen in astronomische Höhen, aber die kreuzbraven und lendenlahmen Deutschen brauchen russische Anstifter, um sich zu Protesten aufzuraffen? So verblödet hätte die *WP* die deutsche Bevölkerung gern, nur mit der Wirklichkeit hat das wieder einmal wenig zu tun.

Jedenfalls kann man festhalten, dass die *WP* sich keine, auf realen Interessen beruhende, originäre politische Bewegung vorstellen kann. Nebenbei, das ist nicht nur bei der *WP* so, da befindet sie sich in bester Übereinstimmung mit Äußerungen des deutschen Verfassungsschutzes wie auch jener pseudolinken Berufszensoren, die ihre Zeit damit verbringen, mithilfe von Fotos und falschen Definitionen politische Vorwürfe zu kreieren.

Nun gibt es allerdings eine ganze Menge mehr oder weniger politischer Organisationen in Deutschland, neben dem bekannten Astroturfing und dem, was die *WP* für das Werk russischer Agenten hält. Diese Vielfalt an Organisationen müsste eigentlich innehalten lassen und die Beantwortung einer Frage erforderlich machen: Warum hält die *WP* die Demonstrationen in Neustrelitz und Leipzig für das Werk von Agenten (oder tut zumindest so), hält es aber nicht für nötig, diese Frage auch nur zu argumentieren? Kriterien zu geben, die darauf hinweisen, dass politische Organisationen manipuliert sind, wie oben im Absatz über Astroturfing beispielsweise?

Das ist nun der kitzlige Punkt. Klar, das Interesse in solchen Artikeln liegt auf Organisationen oder Bewegungen, wie klein auch immer, die nicht der NATO-Linie folgen. Das ist allerdings kein Beleg für Manipulation oder Nichtmanipulation, sondern einzig ein Beleg dafür, dass es nicht die NATO und deren Dienste sind, die hier manipulieren. Es ist auch kein Beleg dafür, dass die Pro-NATO-Haltung nicht das Ergebnis von Manipulationen ist.

Klar, die Behauptung, politische Bewegungen seien von Russland gelenkt, ist ein zentraler Punkt der aktuellen westlichen Propaganda, und, nebenbei bemerkt, der demokratiefeindlichste davon (da Demokratie nur funktionieren kann, wenn die vorhandenen Positionen als gegeben akzeptiert werden; sobald die Sicht dominiert, einzelne Punkte seien echt, andere nicht, sind Verhandlungen und Kompromisse unmöglich, womit die demokratischen Prozesse im Kern tot sind). Aber wenn man mit solcher Absolutheit behauptet, bestimmte politische Überzeugungen seien das Ergebnis externer Manipulation, genauer, externer Manipulation, die einem geopolitischen Gegner zugeschrieben wird, und in der Darstellung die nicht unbedeutende Frage nach originärer politischer Bewegung gar nicht auftaucht, dann gibt es eine Bedingung, unter der so etwas tatsächlich geglaubt wird (und es gibt leider deutliche Hinweise darauf, dass die Verbreiter solcher Behauptungen es wirklich glauben): dass alle anderen Organisationen, Bewegungen und Strukturen unter der eigenen Kontrolle sind.

Die *WP* ist nicht gerade ein der US-Buchstabensuppe fernstehendes Medium, im Gegenteil, sie spuckt in der Regel aus, was die Buchstabensuppe gedruckt sehen will. Wir reden hier nicht von den Ergebnissen von Recherchen, sondern von Informationen, die zum Zwecke der Veröffentlichung aus der Buchstabensuppe durchgestochen wurden, um verschiedene Ziele zu erreichen. Das Ziel, das mit diesem Artikel erreicht werden soll, ist klar. Jene Teile möglicher Wagenknecht-Anhänger abzuschrecken, die die Funktion des "Querfront"-Vorwurfs immer noch

nicht durchschaut haben, und Wagenknecht selbst, die als konfliktscheu bekannt ist, zu einem Dementi zu bewegen, das die objektiv nötige Sortierung der deutschen Opposition erschwert.

Ein Musterbeispiel für diese Vorgehensweise lieferte jüngst auch das *Neue Deutschland* (ND), seit Jahren Sprachrohr des rechten Flügels der Linkspartei, der inzwischen ganz in den Armen der NATO angekommen ist. Weil Jürgen Elsässer auf der vom Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden (OKV) organisierten Friedenskonferenz anwesend war – wohlgemerkt, nur anwesend, kein Referent –, ist das gleich Anlass, um die Räume des OKV im ND-Gebäude am Franz-Mehring-Platz in Frage zu stellen. So, wie in dem Artikel der *WP* Ralph Niemeyer, der Ex-Ehemann von Sahra Wagenknecht, genutzt wird (oder sich nutzen lässt), um die gewünschte Aussage zu erreichen, so ist es in diesem Fall Jürgen Elsässer, der bereits seit 2014 die Rolle spielt, wo immer es gewünscht ist, einen Anlass für Verdächtigungen zu liefern. Bei beiden ist eine Tätigkeit für russische Dienste eher unwahrscheinlich, weil sie sich in den letzten Jahren schlicht als gar zu nützlich für die westliche Seite erwiesen. Nachdem niemand im OKV wusste, wie Elsässer von der Veranstaltung, die auf persönliche Einladung erfolgte, erfahren konnte, stellt sich die Frage, ob nicht die Rosa-Luxemburg-Stiftung oder andere Exponenten des NATO-freundlichen Flügels der Linkspartei Herrn Elsässer informierten, um auf diese Weise den Stachel im Fleisch zu entfernen, den sie im OKV sehen.

Nun ist der OKV eines der wenigen, weitgehend unbeeinträchtigten Reststücke der ursprünglichen deutschen Linken, wenn auch womöglich nur, weil die Mitgliedschaft der Verbände eine starke DDR-Bindung hat und die Wendung ins Woke nicht mitvollzog (andere Organisationen, wie die VVN, wurden in den letzten Jahren erfolgreich auf NATO-Kurs gebracht). Und weder den ehemaligen NVA-Militärs noch Rainer Rupp könnte man auch nur ansatzweise glaubwürdig unterstellen, "rechts" zu sein. Was die Konferenz tatsächlich besprach, lässt sich im Internet betrachten. Darüber lässt sich das *ND* wohlweislich nicht näher aus. Aber es ist wie mit dem Artikel in der *Washington Post*. Eine wirkliche, offene Debatte um die Fragen, die über die deutsche Zukunft entscheiden, wird mit allen Mitteln sabotiert.

Wobei natürlich die vielfachen Strippen, an denen die deutsche Politik hängt, genau so lange halten, wie die Machtposition des Strippenziehers hält, und auch die vielfachen Beeinflussungen im Inneren durch sechzehn Verfassungsschutzämter und hunderte Stiftungen nur funktionieren, solange das Geld fließt. Bis dahin jedoch sollte man sich darüber im Klaren sein, dass ein Ende dieser allgegenwärtigen Einflussnahmen eine notwendige Voraussetzung dafür ist, in Deutschland überhaupt wieder von einer Demokratie sprechen zu können. Und es ist nicht Russland, das die Demokratie in Deutschland stranguliert.

* * *

Die Rache des Imperiums: Der Versuch, das südliche Eurasien in Brand zu setzen

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/168582-rache-imperiums-versuch-suedliche-urasien/>
26.04.2023

Die Journaille im Westen strickt neuerdings am Narrativ, dass sich der Nordatlantik nach Südchina verlagert hat. Die kollektive kognitive Dissonanz, die von diesem Rudel von Hyänen mit ihren polierten Visagen an den Tag gelegt wird, sollte niemals unterschätzt werden.

Von Pepe Escobar

Und doch konnten die neokonservativen Psychos einen taktischen Erfolg erzielen. Europa ist ein Narrenschiff, das auf seinen Untergang zusteuert, mit Quislingen an Bord, wie Frankreichs kleiner

Sonnenkönig und Deutschlands Kanzler der Leberwurst, die bei diesem Debakel zusammenarbeiten, komplett mit den Schießbudenfiguren, die in einem Strudel von hysterischem Moralismus ertrinken. Es sind diese Leute, die den Hegemon antreiben und Europa zerstören. Nicht Russland.

Aber da ist noch das größere Ganze in diesem neuen großen Spiel 2.0. Zwei russische Analysten haben auf unterschiedliche Weise einen erstaunlichen, sich ziemlich ergänzenden und ziemlich realistischen Fahrplan für die kommende Zukunft vorgelegt.

Der pensionierte General Andrei Gurulyow ist ein derzeitiges Mitglied der russischen Staatsduma. Er ist der Ansicht, dass der Krieg zwischen der NATO und Russland auf ukrainischem Boden erst 2030 enden wird – wenn die Ukraine im Grunde aufgehört hat zu existieren. Seine Frist liegt irgendwann zwischen 2027 und 2030 – eine Prognose, die bisher niemand gewagt hat abzugeben. Und für Gurulyow bedeutet "aufhören zu existieren", tatsächlich von der Landkarte zu verschwinden. Impliziert ist die logische Schlussfolgerung der militärischen Sonderoperation, die immer wieder vom Kreml und vom russischen Sicherheitsrat wiederholt wird: die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine; ein neutraler Status der Ukraine und keine NATO-Mitgliedschaft sowie die "Unteilbarkeit der Sicherheit" für Europa und den postsowjetischen Raum gleichermaßen.

Was Gurulyow im Wesentlichen sagte, ist, dass bis wir vor diesen Tatsachen stehen, der Kreml und der russische Generalstab keine Zugeständnisse machen werden. Man wird keinem von Washington auferlegten "eingefrorenen Konflikt" oder einem vorgetäuschten Waffenstillstand zustimmen, von dem jeder weiß, dass er nicht eingehalten wird, so wie die Vereinbarungen von Minsk auch nie eingehalten wurden.

Und doch hat Moskau ein Problem. Sosehr der Kreml darauf bestehen mag, dass dies kein Krieg gegen die slawisch-ukrainischen Brüder und Cousins ist – was bedeutet, dass keine Strategie des Schocks und des Schreckens im amerikanischen Stil zum Einsatz kommt, mit dem alles, was in Sichtweite ist, pulverisiert wird –, impliziert die Einschätzung von Gurulyow, dass die Zerstörung des gegenwärtigen korrupten ukrainischen Staats ein Muss ist.

Eine umfassende Analyse dieses ausschlaggebenden Scheideweges, wie er sich derzeit darbietet, argumentiert zu Recht, dass, wenn sich Russland zehn Jahre in Afghanistan und zusammengenommen weitere zehn Jahre in Tschetschenien engagieren konnte, dann könnte die derzeitige militärische Sonderoperation – obendrein noch gegen die volle Macht der NATO – durchaus noch sieben Jahre dauern. Die Analyse argumentiert auch richtigerweise, dass für Russland der kinetische Aspekt dieses "Beinahe-Krieges" nicht einmal der relevanteste ist.

Was in diesem Konflikt, der in allen Aspekten ein Krieg auf Leben und Tod gegen den westlichen Neoliberalismus ist, wirklich zählt, ist ein großes russisches Erwachen, das bereits stattgefunden hat: "Russlands Ziel ist es, in den Jahren 2027 bis 2030 nicht als bloßer 'Sieger' hervorzugehen, der über den Ruinen eines bereits vergessenen Landes steht, aber als ein Staat, der sich wieder mit seinem historischen Erbe verbunden und seine Prinzipien wiederhergestellt hat, sich selbst und seinen Mut wiedergefunden hat, um seine eigene Vision der Welt zu verteidigen."

Ja, dies ist ein zivilisatorischer Krieg, wie Alexander Dugin meisterhaft argumentiert hat. Und hier geht es um eine zivilisatorische Wiedergeburt. Und doch ist dieser Krieg für die neokonservativen Psychos im Westen nur ein weiterer Versuch, um Russland ins Chaos zu stürzen, eine Marionettenregierung zu installieren und seine natürlichen Ressourcen zu plündern.

Die Lunte brennt

Die Einschätzung von Gurulyow wird von jener von Andrei Besrukov hervorragend ergänzt. Besrukov ist ehemaliger Oberst des russischen Auslandsgeheimdienstes SVR und ist jetzt Professor des Lehrstuhls für angewandte Analyse internationaler Probleme in der Kadenschmiede MGIMO in Moskau und Vorsitzender der Denkfabrik des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik.

Besrukov weiß, dass das Imperium die kommende massive NATO-Demütigung in der Ukraine nicht hinnehmen wird. Er argumentiert zudem, dass das Imperium sogar noch vor dem von Gurulyow genannten Zeitfenster von 2027 bis 2030 zwangsläufig das südliche Eurasien in Brand setzen wird – von der Türkei bis nach China.

Präsident Xi Jinping sagte zu Präsident Putin bei seinem denkwürdigen Besuch im Kreml im vergangenen Monat, die Welt erlebe jetzt Veränderungen, wie sie "seit 100 Jahren nicht mehr gesehen wurden". Besrukov erinnert uns passenderweise an den damaligen Stand der Dinge: "In den Jahren von 1914 bis 1945 befand sich die Welt in demselben Zwischenzustand, in dem sie sich jetzt befindet. Diese dreißig Jahre haben die Welt komplett verändert: von Imperien mit Pferden hin zur Entstehung von Atommächten, der UNO und den interkontinentalen Flugreisen. Wir treten in eine ähnliche Periode ein, die diesmal etwa zwanzig Jahre dauern wird."

Europa wird vorhersehbar "dahinschwinden", da es "nicht mehr das absolute Zentrum des Universums ist". Inmitten dieser Machtumverteilung greift Besrukov einen der Kernpunkte auf, aus einer in jüngerer Vergangenheit von André Gunder Frank entwickelten wegweisenden Analyse: "Vor 200 bis 250 Jahren befanden sich 70 Prozent der Produktion in China und Indien. Wir gehen ungefähr dorthin zurück, was auch der Bevölkerungsgröße entsprechen wird."

Kein Wunder also, dass diese sich rasant entwickelnde Region – die Besrukov als südliches Eurasien bezeichnet – zu einer "Risikozone" werden könnte, die möglicherweise vom Hegemon in ein riesiges Pulverfass verwandelt wird. Er skizziert zudem, wie das südliche Eurasien von umstrittenen Grenzen durchzogen ist – wie in Kaschmir, zwischen Armenien und Aserbaidschan oder zwischen Tadschikistan und Kirgisistan. Der Hegemon wird zwangsläufig an einem Aufflammen militärischer Konflikte um diese umstrittenen Grenzen interessiert sein sowie an einem Aufkommen separatistischer Tendenzen, wie zum Beispiel in Belutschistan – Gelegenheiten für klandestine CIA-Operationen in Hülle und Fülle.

Dennoch werde Russland über die Runden kommen, so Besrukov: "Russland hat sehr große Vorteile, weil es der größte Nahrungsmittelproduzent und Energielieferant ist. Und ohne billige Energie gibt es keinen Fortschritt und keine Digitalisierung. Außerdem sind wir das Bindeglied zwischen Ost und West, ohne das der Kontinent nicht leben kann, weil der Kontinent Handel betreiben muss. Und wenn es im Süden brennt, dann werden die Haupttrouten für den Handel nicht über die Ozeane im Süden führen, sondern über jene im Norden, hauptsächlich über Land."

Die größte Herausforderung für Russland wird darin bestehen, die innere Stabilität zu wahren. "Alle Staaten werden sich an diesem historischen Wendepunkt in zwei Gruppen aufspalten: In die Gruppe jener Staaten, die ihre innere Stabilität wahren und vernünftig und unblutig in den nächsten technologischen Zyklus übergehen können – und in die Gruppe derjenigen Staaten, die dazu nicht in der Lage sein werden, die vom Weg abkommen und einen blutigen inneren Konflikt auslösen, wie wir es vor hundert Jahren schon einmal erlebt haben. Letztere werden in ihrer Entwicklung zehn bis zwanzig Jahre zurückgeworfen, werden anschließend ihre Wunden lecken und versuchen, alle anderen einzuholen. Die wichtigste Aufgabe ist also, die innere Stabilität aufrechtzuerhalten."

Und hier wird das von Gurulyow angedeutete große russische Erwachen, die Wiederverbindung Russlands mit seinem wahren zivilisatorischen Ethos, eine einigende Rolle spielen. Es ist noch ein

langer Weg bis dahin – und nebenbei muss noch ein Krieg gegen die NATO gewonnen werden. In der Zwischenzeit strickt die Journaille im Westen neuerdings am Narrativ, dass sich der Nordatlantik nach Südchina verlagert hat. Na dann: Gute Nacht und viel Glück.

Übersetzt aus dem [Englischen](#).

Pepe Escobar ist ein unabhängiger geopolitischer Analyst und Autor. Sein neuestes Buch heißt "Raging Twenties" (Die wütenden Zwanziger). Er wurde von Facebook und Twitter aus politischen Gründen verbannt, aber man kann ihm auf [Telegram](#) folgen.

* * *

Klimaaktivisten – Wer über das Klima spricht, darf über den Krieg nicht schweigen

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/168564-klimaaktivisten-wer-ueber-klima-spricht/>

26.04.2023

Vor einer Weile war Pauline Brünger, Aktivistin bei "Fridays for Future", bei Markus Lanz zu Besuch. Die Themen der Sendung waren der Ukraine-Krieg und das Klima. Brünger tat das, was bezeichnend für die Klimaaktivisten ist: Sie schenkte dem Krieg keine große Aufmerksamkeit.

Von Tom J. Wellbrock

Von Markus Lanz auf das Thema Ukraine-Krieg angesprochen, antwortete Brünger, dass auch Klimaaktivisten sich große Sorgen machen und Angst hätten. Scheinbar – so Brünger – warteten die Krisen nicht mehr aufeinander, alles käme gleichzeitig, und sie frage sich, wie das alles noch zu schaffen sein solle. Lanz wies auf den Zusammenhang Klimaschutz und Krieg hin, auf die Nutzung fossiler Energiequellen und fragte Brünger nach ihrer Einschätzung.

Schade nur, dass Lanz die Antwort gar nicht abwarten wollte, sondern stattdessen sofort zum Thema Lützerath wechselte. Von dort aus war es bis zu globalen Themen nicht mehr weit – Brünger legte los und sprach das Pariser Klimaschutzabkommen an, nachdem Lanz sie gefragt hatte, wieso sich die Aktivisten gegen geltendes Recht stellen. Das sei nötig, antwortete sie, ziviler Ungehorsam müsse stattfinden, auch gegen geltendes Recht, denn das Pariser Klimaschutzabkommen sei der große Kompromiss, der über all dem stünde. Dazu ist zu sagen, dass das Unsinn ist. Das Pariser Klimaschutzabkommen steht keineswegs "über allem", da es rechtlich nicht bindend ist. Insofern ist die ohnehin brüchige Argumentation der Aktivistin noch dünner.

Ich schreibe das, weil es zum Kontext dessen gehört, was in diesem Text noch folgt. Die Prämisse, unter der Brünger und viele andere antreten, ist die Überzeugung absoluter Priorität mit ihrem Thema. Die Tatsache, dass der Ukraine-Krieg und die politischen Reaktionen darauf uns in eine andere Situation gebracht haben, erkennt Brünger zwar an. An den Prioritäten – also ihren formulierten Zielen – ändere das aber nichts. Man müsse dann eben andere Möglichkeiten finden, das übergeordnete Ziel zu erreichen. Welche genau, ließ Brünger offen. Da diese Möglichkeiten aber inzwischen aus beispielsweise Kohle und LNG-Terminals bestehen, von den Klimaaktivisten dazu aber nichts kommt, lässt das bereits tief blicken.

Wer über das Klima spricht, darf über den Krieg nicht schweigen

Während sich Brünger noch über RWE echauffierte (durchaus zu Recht), freut sich die Rüstungsindustrie ein paar Löcher in den Bauch – wohlgermerkt entstanden aus lauter guter Laune,

nicht durch scharfe Munition. Wenn wir einmal davon ausgehen, dass die Erzählung stimmt und das CO₂ uns alle dem Klimatod entgegenbringt, müsste Brünger jedoch eine der größten und lautesten Friedensaktivistin sein, die auf dem erwärmten Globus wandeln. Denn Krieg, Rüstungsindustrie und die Aktivitäten des Militärs gehören zu den schlimmsten Umweltsündern überhaupt. Das wurde allerdings im Pariser Abkommen (sicher ganz bewusst) ausgeklammert.

Was Brünger als irgendwie nicht so schön und auch beunruhigend bezeichnet, sieht in Zahlen so aus:

"Der Treibstoff-Verbrauch bei Panzern, Kriegsflugzeugen und Kriegsschiffen ist selbst in Friedenszeiten enorm, entsprechend hoch sind auch die Emissionen. Auf mehr als 260 Bundeswehrstandorten wird täglich der Krieg eingeübt, dazu kommen zusätzlich die weltweit durchgeführten mehr als 160 NATO-Militärübungen – fast jeden zweiten Tag also! Der Kampfpanzer Leopard 2 verbraucht auf 100 Kilometer bis zu 530 Liter Diesel, ein Eurofighter verbraucht ca. 70-100 Liter Kerosin pro Minute und produziert pro Flugstunde 11 Tonnen CO₂ – das ist so viel, wie durchschnittlich eine in Deutschland lebende Person im gesamten Jahr. Allein auf der Base Ramstein finden jährlich 30.000 Starts und Landungen statt. Dabei werden 1,35 Milliarden m³ klimaschädliche Abgase freigesetzt. Das US-Militär ist mit seinen über 1000 Militärstützpunkten weltweit der größte Verbraucher fossiler Brennstoffe. Der jährliche CO₂-Ausstoß des US-Militärs beträgt 73 Millionen Tonnen und damit mehr als die meisten (140) Länder. Im Jahr 2017 waren die Treibhausgasemissionen des Pentagons größer als die der Industriestaaten Dänemark oder Schweden."

Und weiter heißt es:

"Selbst ein begrenzter Atomkrieg, z.B. zwischen Indien und Pakistan würde durch die enorme Feinstaubbelastung in der Atmosphäre einen sofortigen radikalen Klimawandel auslösen, nur in die andere Richtung: Nuklearer Winter. Rußpartikel würden die Erdatmosphäre verdunkeln, die Freisetzung von Stickoxyden und Radikalen würde zu einem enormen Temperatursturz führen und die Natur stirbt unweigerlich. Würde man alle vorhandenen 15.000 Atomwaffen zünden, stürben 3 Milliarden Menschen sofort, die jeweilige Umgebung stünde in Flammen und die Temperatur läge bei minus 16 bis 26 Grad – die Erde wäre unbewohnbar." [Quelle: Die Linke]

Woher das Desinteresse?

Man kann nur spekulieren, warum der Zusammenhang zwischen militärischen Aktivitäten und dem Klimawandel den Klimaaktivisten nicht klar zu sein scheint. Unwissenheit ist die naheliegende Erklärung, wenn auch nicht in Stein gemeißelt. Und doch liegt sie nahe, denn die von Fridays for Future und dem Umfeld geschilderten und befürchteten Szenarien sind nun einmal ebenfalls auf ganzer Linie Spekulationen. Die Optimisten geben der Menschheit noch 20 oder 30 Jahre, bis die Lichter ausgehen. Die Pessimisten werfen bereits heute ihre Jobs, die Ausbildung oder die Schule hin, weil sie davon ausgehen, in einem halben Jahr schon durch die Klimaerwärmung pulverisiert zu sein.

Modellrechnungen – und nichts anderes sind die zahlreichen Szenarien, mit denen wir täglich gefüttert werden – werden von Aktivisten offenbar als mathematische Axiome interpretiert, die abzuwenden nur möglich ist, wenn genau nach dem Plan der Klimaaktivisten verfahren wird. Woher sie die Gewissheit nehmen, dass dann alles in Butter ist, muss ein weiteres Axiom sein, das sich jedoch ahnungslosen Betrachtern nicht erschließt.

Wie auch immer – es macht den Eindruck, dass bei der Auswahl dessen, was dem Klima schadet

und was nicht, eine gewisse Sorglosigkeit vorherrscht. Dabei geht es ja nicht nur um den Ukraine-Krieg, sondern um die weltweiten Kriege insgesamt, die jeden Tag geführt werden und dem Klima gegenüber eher feindlich als freundlich gesinnt sind.

Doch es gibt einen weiteren Grund für das fehlende Interesse. Man kann ihn festmachen an einer Diskussion, die Luisa Neubauer vor ungefähr zwei Jahren mit Kevin Kühnert bei Markus Lanz geführt hat. Es ging darum, was Klimaschutz "den kleinen Mann" kostet, und Kühnert – damals noch um den Anschein bemüht, ein echt gutes Verhältnis mit "dem kleinen Mann" zu haben – entgegnete Neubauer auf ihre Forderungen hin, dass zum Beispiel Leute mit kleinen Renten sich die hohen Kosten des Klimaschutzes einfach nicht leisten könnten und daher die soziale Frage in zwingendem Zusammenhang mit dem Klimaschutz stehe. Die Entgegnung Neubauers war bezeichnend und lautet aus dem Erinnerungsprotokoll sinngemäß so:

"Ich würde mir ja gern Gedanken um meine Rente machen, aber das lässt die Klimakrise einfach nicht zu."

Plumps, da stürzt sie ab, die soziale Frage, mit allem, was dazugehört. Wenn wir sowieso alle den Klimatod gestorben sind, spielt die Rente eh keine Rolle mehr.

Nur was, wenn es anders kommt? Was, wenn wir wider Erwarten alle überleben und dann eben doch nicht ganz unbedeutend ist, was wir als junge oder alte Menschen im Portemonnaie haben? Man kann die Frage ohne den Anflug eines schlechten Gewissens folgendermaßen beantworten: Ereilt Rentner in Armut nicht der Klimatod, stehen sie vor dem gleichen Problem wie jetzt.

Der Krieg ist weit weg. Florida auch

An dieser Stelle folgt der Meinungsblock dieses Textes:

Der ganze Moralismus der Klimaaktivisten ist heuchlerisch und verlogen. Sie konstruieren – wohlgermerkt mit Hilfe von Politik und Teilen der Wissenschaft – ein in der Zukunft liegendes Szenario, das unser gesamtes Handeln der Gegenwart beeinflusst. Das ist insofern arrogant, als davon ausgegangen wird, dass das Erwartete auch eintreten wird. In Anbetracht von Milliarden Kleinigkeiten, die Einfluss auf den Verlauf der Geschichte nehmen können und nehmen werden, ist diese Arroganz eigentlich eine Form von Dummheit, wäre sie nicht so durchtrieben. Da allgemein inzwischen die Horror-Szenarien der Klimaaktivisten anerkannt sind, ist jeder Versuch, andere zu entwerfen, zum Scheitern verurteilt. Weder die eine noch die andere Seite kann den Beweis über die Richtigkeit der eigenen Annahmen antreten. Doch die Klimaaktivisten brauchen sich diese Mühe auch gar nicht erst zu machen, ihre Spekulationen werden akzeptiert und als wahr titulierte. Punkt.

Der ganze Moralismus der Klimaaktivisten ist zudem das Zeichen dafür, dass wir es zu einem erheblichen Teil mit – ja, ich drücke das so aus! – verwöhnten Gören zu tun haben. Sie entscheiden, was wichtig ist, sie entscheiden, was zu tun ist, sie entscheiden, wie ihr Widerstand aussehen muss. Ob Hungerstreik, Straßenkleberei oder andere Formen der Bockigkeit, immer schwebt über all dem die Prämisse, mit seinen Forderungen der Mittelpunkt des Universums zu sein. Der Krieg spielt in diesen Überlegungen maximal eine rhetorische Rolle, ja, er ist schrecklich und bereitet Sorgen, so wie auch die Menschen mit wenig Geld eine krasse Ladung Mitgefühl abkriegen. Das war's dann aber auch, Krieg oder Armut finden in einer anderen Liga statt, in einer, die in den Klimaaktivisten echt unangenehme Gefühle erzeugen, weshalb sie zur Erholung mal nach Florida oder sonst wohin fliegen müssen – als Privatpersonen, wohlgermerkt, nicht als Aktivisten.

Der ganze Moralismus der Klimaaktivisten ist noch etwas: egoistisch. Und zwar auf rekordverdächtigem Niveau. Als jüngst stolz angekündigt wurde, "Berlin lahmzulegen", ging dieser

Ankündigung wochenlanges Geplärre voraus, weil viele Menschen andere Dinge im Kopf haben, als sich Gedanken über den Klimatod in 30 oder 40 Jahren zu machen. Profane Gedanken wie die Frage, wie man noch pünktlich zur Arbeit kommt, zum Arzt, das Kind in die Schule bringen kann oder – als Fahrer eines Rettungswagens – Gedanken über die Frage, ob und inwieweit 10 Minuten Verzögerung einen Einfluss darauf haben könnten, ob der Mensch auf der Krankentrage hinten im Fahrzeug weiter atmet oder nicht. Voller Inbrunst tönen die Aktivisten, dass sie immer Rettungsgassen bilden, was eine infame Behauptung ist. Denn selbst, wenn sie das wollen, gibt es unzählige Umstände, die dennoch dazu führen können, dass es nicht zu dieser Rettungsgasse kommt, wegen oder neben den Klimaaktivisten.

Mit nicht weniger inbrünstigem Stolz verkünden die Aktivisten, ganz Berlin lahmzulegen, das sei schon etwas provokativ, aber nützt ja nix, wat mutt, dat mutt (norddeutsch für "Was muss, das muss"), geht ja um das Überleben aller, und in erster Linie um ihr eigenes, das könnte einigen Leuten vielleicht nicht passen. Schade an sich, aber nicht zu ändern.

Der ganze Moralismus der Klimaaktivisten ist vor allem auf der sachlich-argumentativen Ebene nicht mehr als ein schlechter Witz. Die Forderungen nach einem Tempolimit und der Wiedereinführung des 9-Euro-Tickets sind in Relation zu den geäußerten Befürchtungen und der zur Schau getragenen Todesangst nicht nur unverhältnismäßig, sondern nicht ernstzunehmen. Das weltweite Ende aller Kriege wäre als Forderung zwar naiv und unrealistisch in der Durchsetzung, sie würde aber immerhin den Finger in die Wunde legen.

Junge (und alte) Leute kleben sich auf der Straße fest, um ein Tempolimit und das 9-Euro-Ticket durchzusetzen. Echt jetzt? Nein, es gibt noch mehr: den Gesellschaftsrat. Per Los werden Mitglieder der Gesellschaft ausgelost, um die Geschehnisse der Politikgestaltung aktiv zu beeinflussen. Das klingt nicht nur gut, das wäre es auch, wäre jener Rat denn einer, der die Menschen im Land repräsentiert. Doch davon ist er weit entfernt.

Der Gesellschaftsrat geht laut "Letzte Generation" folgendermaßen vor:

"Der Gesellschaftsrat erarbeitet in einem definierten Zeitraum die nötigen Schritte unter der Fragestellung: Wie beendet Deutschland bis 2030 die Nutzung fossiler Rohstoffe? Das bedeutet, dass wir unsere Energieversorgung komplett auf 100% erneuerbare Energien umstellen. Zudem müssen menschengemachte Treibhausgasemissionen, die nicht durch das Verbrennen fossiler Rohstoffe entstehen, ebenfalls beendet werden. Dazu gehört eine Kreislaufwirtschaft, die der Verschwendung ein Ende bereitet und somit den Energiebedarf erheblich reduziert und eine klimapositive, also kohlenstoffbindende Landwirtschaft."

Nicht vor kommt der Gedanke, dass womöglich gar nicht alle Menschen im Land mit einer Umstellung von 100 Prozent der "erneuerbaren" Energien einverstanden sind. Insbesondere die, die ohnehin schon unter der katastrophalen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung leiden und nun auch noch die Aussicht auf diverse Heizverbote haben, wälzen ganz sicher andere Probleme. Der Gesellschaftsrat wäre also nichts anderes als ein verlängerter Arm der Klimaaktivisten – und wer auch immer dort sitzt, hat sich an die Vorgaben zu halten. Klingt irgendwie ziemlich nach grüner, totalitärer Politik.

Und zum Schluss ...

Darum geht es also:

"Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, einen Gesellschaftsrat einzuberufen, der Maßnahmen erarbeitet, wie Deutschland bis 2030 die Nutzung fossiler Rohstoffe beendet."

Von den bereits genannten Punkten abgesehen, fällt eines auf: Die Tatsache, dass durch eine desaströse Energiepolitik, basierend auf Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die deutsche CO₂-Bilanz von Tag zu Tag schlechter wird, wird von den Aktivisten nicht thematisiert. Wenn wir einmal unterstellen, dass der Weg hin zur Klimaneutralität (was immer das in letzter Konsequenz bedeuten mag, darüber lässt sich vortrefflich streiten) vernünftig und sinnvoll ist, wo bleibt dann die Forderung nach dem Ende des Ukraine-Krieges? Wo bleibt die Forderung nach dem Ende der Wirtschaftssanktionen, die sich spürbar negativ auf die Klimabilanz auswirken? Wo bleibt die Forderung nach dem sofortigen Ende des Gebrauchs von Fracking-Gas?

Schließen wir mit einem Satz, der wie eine Drohung klingt:

"Wir sind die letzte Generation vor den Kippunkten. Niemand wird uns aufhalten, während wir den tödlichen Kurs mit aller Kraft beenden."

Dazu ist zu sagen, dass es weitere Kräfte gibt. Kräfte, die sich nicht vorschreiben lassen, was sie zu denken oder zu tun haben. Schon gar nicht, wenn die Gegenseite für sich die mit Holzlöffeln gefressene Weisheit in Anspruch nimmt. Alle, die sich darüber den Kopf zerbrechen müssen, wie sie heute – nicht 2030 – ihren Kühlschrank füllen können, gehören sicher dazu.

Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Texter, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs "[neulandrebellen](https://gegenzensur.rtde.life/meinung/168561-politische-corona-aufarbeitung-einpeitscher-dahmen/)".

* * *

Politische Corona-Aufarbeitung: Einpeitscher Dahmen fürchtet den "Kampf um Deutungshoheiten"

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/168561-politische-corona-aufarbeitung-einpeitscher-dahmen/>
27.04.2023

Das politische Berlin windet sich um eine dringend benötigte Corona-Kommission im Parlament. Unglaubliche Rückblicke wie auch diffuse Mitteilungen und Befürchtungen können die Opfer der dreijährigen Corona-Politik nur als reinen Hohn empfinden.

Von Bernhard Loyen

Wenig überraschend lautet die miese und leicht durchschaubare aktuelle Strategie der ehemals unerbittlichen Gesellschaftsspalter in der Corona-Krise, die Bürger mögen doch nun bitte etwas mehr Verständnis aufbringen. Man habe es nicht besser gewusst, man sei unsicher gewesen. Alles sei rein zum Wohle der Menschen im Land verordnet worden. Das nächste Mal sei man ja nun klüger und empathischer in Bezug auf eine menschenverachtende Maßnahmenpolitik.

Wer ist "man"? Die Täter, anders möchte ich sie nicht bezeichnen, sind wegen ihres Narzissmus und ihrer protegierten Medienpräsenz bekannt und gefürchtet. Da gab es die wissenschaftliche und die medial-prominente Front gegen kritische und wachsame Menschen im Land. Mahner und Warner wurden diskreditiert, lächerlich gemacht, der Lüge beschuldigt und gesellschaftlich gebrandmarkt und ausgeschlossen.

All dies wäre jedoch nur bedingt möglich gewesen, hätte nicht die ausführende und damit maßgeblich gesamtverantwortliche Politik Tür und Tor aufgerissen, um eine noch nie dagewesene Manipulation der Massen in so kurzer Zeit zu modellieren, einzufordern und in alle Bereiche der Gesellschaft konditionierend zu infiltrieren.

Zwei wesentliche politische Protagonisten dieser bizarren drei langen Jahre waren die sogenannten gesundheitspolitischen Sprecher bzw. Experten ihrer Parteien. Karl Lauterbach von der SPD, seit Dezember 2021 Bundesgesundheitsminister, und Janosch Dahmen von Bündnis 90/Die Grünen. Letztgenannter bekommt nun die berühmten nassen Füße. Aufarbeitung, warum? War da was? Eine dementsprechende Enquete-Kommission "sei mit hohem Aufwand, Bürokratie und Kosten verbunden", so Dahmen gegenüber der *Neuen Osnabrücker Zeitung (NOZ)* (Bezahlschranke).

Ach, auf einmal sind diese drei Punkte Sorgenpunkte? "Nach einer Aufstellung des Bundesfinanzministeriums hat der Bund für die Corona-Krise die exorbitante Summe von 440 Milliarden Euro ausgegeben. Pro Kopf entspricht das einer Summe von etwa 5.000 Euro", lautet der Eingangstext eines Artikels auf *RT DE* in diesen Tagen. Dahmen legt noch eine anmaßende Schippe Unglaubwürdigkeit obendrauf. Er befürchtet allen Ernstes:

"Es besteht die Gefahr, dass es am Ende eher ein Kampf um Deutungshoheiten und nachträgliche Schuldzuweisungen wird und damit weiteres Vertrauen der Bevölkerung verloren geht."

Der *NOZ*-Artikel trägt den unfassbaren Titel: "Nach Ende der Maßnahmen: Keine Aufarbeitung der Corona-Pandemie – aus Furcht vor Populisten". Etwa Furcht vor diesen bösen Rechten, Verschwörungserzählern und Populisten, die drei Jahre lang beharrlich versucht haben, die alten und jungen Menschen in diesem Land vor einer verantwortungslosen, gefährlichen und mittlerweile nachweislich gesundheitsschädigenden bis hin tödlichen Politik zu schützen? Angst vor diesen "Corona-Leugnern" und Störern, die vor den unbekanntem Folgen eines halbherzig getesteten und neuartigen mRNA-Wirkstoffs mit Nachdruck und Sorge warnten?

Wer war denn einer der führenden Corona-Versteher und Maßnahmen-Populisten par excellence im Deutschen Bundestag? Janosch Dahmen. Er sorgt sich nun also davor, dass "weiteres Vertrauen der Bevölkerung verloren geht". Möglicherweise resultierend aus zurückliegenden Empfehlungen Dahmens?

- März 2021: "Die Gruppe, die jetzt gefährdet ist, die 50- bis 80-Jährigen, die sind alle ungeimpft. Die werden alle sterben. Es werden viele sterben. Es werden viele ihr Leben lang Folgen behalten."
- Juli 2021: "Wir müssen (sic!) den Impfstoff zu den Menschen bringen."
- November 2021: "'Brauchen flächendeckend 2G'. Zudem 'müssen in dieser Pandemie der Ungeimpften' auch konsequente Maßnahmen 'einschließlich Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte' durchgesetzt werden."
- Januar 2022: "Die Impfpflicht kann zur Befriedung der Gesellschaft beitragen, weil sie für Klarheit sorgt."
- Januar 2022: "Dahmen: 2G-plus-Regelung ausweiten. Auch wenn es noch keine eindeutigen Datenlagen dazu gäbe, mache es "Sinn", solche Maßnahmen zu ergreifen."
- Februar 2022: "Impfpflicht im Gesundheitswesen: Dahmen will dagegen daran festhalten, dass Ausnahmen nicht zur Regel werden und das Gesetz gegebenenfalls nachschärfen."
- März 2022: "In (Feuerwehr-)Uniform mit Nazis demonstrieren, Wissenschaft leugnen und den Schutz anderer Menschen diskreditieren, geht gar nicht!"
- Mai 2022: "Grünenexperte gegen Ende der Maskenpflicht in Verkehrsmitteln."
- Juli 2022: "Grünen-Politiker fordert Maskenpflicht und warnt vor neuem Lockdown."

Im Januar 2022 behauptete Dahmen mit Tunnelblick, dass die von ihm eingeforderte Impfpflicht ab 18 Jahren "einen weiteren Pandemie-Winter verhindern, Leben retten & Freiheit zurückgewinnen" würde.

Der *Rheinischen Post* diktierte Dahmen dieser Tage ins Mikrofon, dass "es jetzt nicht darauf ankommt, mit viel Aufwand in einer Enquete-Kommission oder einem Untersuchungsausschuss theoretische Erörterungen zu offensichtlichen Schwachstellen anzustellen". Gesundheitspolitik habe "kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsdefizit", so Dahmen aufschlussreich argumentierend.

Abermillionen Menschen in diesem Land erkennen demgegenüber jedoch in der realen, nicht gefühlten Gegenwart, dass die von Dahmen wissentlich mitgetragene, weil eingeforderte Corona-Politik nachhaltig zerstört hat: die Zerstörung der individuellen Biografie, des Lebens, des Körpers. Der Seele.

"Es werden viele ihr Leben lang Folgen behalten", polterte im März 2021 ein sich hysterisch darstellender Dahmen in der *ARD* bei Anne Will. Recht hat er da gehabt, aber eben auf vollkommen konträrer Ebene. Der FDP-Politiker Wolfgang Kubicki war in den letzten drei Jahren zumindest bemüht, den Maßnahmen-Amoklauf aus dem Kanzleramt in Ansätzen zu hinterfragen. So denkt Dahmen im April 2023 über seinen Bundestagskollegen:

"Wolfgang Kubicki hat während der Pandemie immer wieder extreme Positionen vertreten und durch eine zum Teil AfD-nahe Rhetorik versucht, eine gesellschaftliche Spaltung herbeizureden. Mit fehlt die Fantasie zu glauben, dass ausgerechnet er Interesse an seriöser nach vorne gerichteter Aufarbeitung hat."

Mahnungen, eine Zwischenfrage und Kritik sind für den Grünen-Politiker und Arzt also "extreme Positionen". Was Dahmen hier zeigt: Er erkennt für sich keinerlei Mitverantwortung an den Hunderttausenden, wenn nicht Millionen Opfern individuellen Leids in diesem Land. Er ist ein beharrlicher Mittäter und sollte dann auch so behandelt werden. Als geladener Zeuge einer dringend benötigten Aufarbeitung dieser drei dunklen und furchtbaren Jahre.

Eine Aussage aus dem Mund des besessenen und gnadenlosen Karrieristen Karl Lauterbach lautete jüngst im Bundestag:

"Von allen, die Opfer in der Pandemie erbracht haben, haben die Kinder die meisten Opfer erbracht. Wir schulden den Kindern viel."

Opfer erbracht? Das klingt nach Freiwilligkeit. Nach solidarischem, bewusstem Gesellschaftshandeln. Hatten sie denn eine Alternative zu den schädigenden Forderungen eines Karl Lauterbach oder Janosch Dahmen?

Diese Aussage des Bundesgesundheitsministers bewirkt reine Fassungslosigkeit ausgehend von der Frechheit und Anmaßung dieses Mannes, der für ein millionenfaches Leid von Kindern und Jugendlichen verantwortlich ist. In Bezug auf die das weitere Leben prägende Seelenschädigungen, Lernverzögerungen, massive Essstörungen, Perspektiv- und Antriebslosigkeit.

Nein, Lauterbach wie auch Dahmen und noch einige mehr müssen juristisch belangt werden. Dass im politischen Berlin der Gesundheitsminister vollkommen unbeeindruckt, ungefährdet und gut abgeschirmt so weitermachen kann wie bisher, ist so lange ein Skandal, bis die Tinte auf dem Rücktrittsschreiben noch nicht getrocknet ist.

Möge einen Janosch Dahmen zumindest in der Nacht die ein oder andere gebrochene Seele heimsuchen und ihn daran erinnern, welche tiefe Schuld auch er in sich trägt.

Der Autor hat aus seinem digitalen Corona-Archiv drei Videocollagen zur Aufarbeitung der

Corona-Krise erstellt. Sie sind zu finden auf seinem [Odysee-Kanal Niveauregulierung](#).

* * *

Sozialismus im Anmarsch? Die irrationale Panikmache im realimperialistischen "Wertewesten"

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/168410-sozialismus-im-anmarsch-irrationale-panikmache/>

27.04.2023

Laut jüngster Novelle des Energiesicherungsgesetzes kann der Staat im äußersten Notfall Vermögen von Energiekonzernen vorübergehend beschlagnahmen, angeblich um soziale Härten durch Preistreiberei abzufedern. Manch Kritiker sieht hier den "Sozialismus" im Anmarsch. Das ist Unfug.

Von Susan Bonath

Corona, Energie, Klima und Kriegsrhetorik: Die deutsche Politik agiert immer aggressiver und autoritärer. Sie treibt das Land in den Krieg, Teile der Bevölkerung in die Armut und das Kleinkapital in den Ruin. Damit die sozialen Folgen nicht zu Unruhen führen, scheint sie jetzt zu handeln. Die am Donnerstag vom Bundestag beschlossene Novelle des Energiesicherungsgesetzes sieht vor, Privatvermögen von Energiekonzernen notfalls beschlagnahmen zu können.

Die Regierung will sich so "auf alle denkbaren Notlagen vorbereiten", um "die Energieversorgung sicherzustellen", wie sie behauptet. Der neue Paragraph 17b des Gesetzes soll "die Übertragung von Vermögensgegenständen von Unternehmen unter eine Treuhandverwaltung zur Energiesicherung" ermöglichen, um zu vermeiden, dass die Versorgung mit Strom und Wärme zusammenbricht.

Die Regelung ist eine Kann-Bestimmung. Offensichtlich will die "Ampel" damit Teile der Bevölkerung beruhigen, die angesichts der Teuerung schon jetzt nicht wissen, wie sie über den Monat kommen sollen. Grund für die explodierten Preise für Energie und Nahrungsmittel ist vor allem ihre eigene Sanktionspolitik gegen Russland – das verordnete Feindbild Nummer 1.

Die Bundesregierung hat es damit wohl primär auf die Erdölraffinerie in Schwedt abgesehen. Die befindet sich großteils in russischem Besitz und versorgt hauptsächlich Berlin und Brandenburg mit Heizöl, Diesel und Benzin. E.ON, RWE und anderen deutschen Energiekonzernen wird man mutmaßlich eher nicht ans Leder gehen. Mit anderen Worten: Der deutsche Staat soll offenbar per Gesetz russisches Kapital enteignen können. Das erinnert ein wenig an ein dunkles deutsches Kapitel, nicht aber an irgendwelche geheimen Sozialismus-Pläne. Davon abgesehen: Um die Armen ging es der Regierung noch nie.

Sozialismus im Anmarsch?

Trotzdem sieht der AfD-Abgeordnete Karsten Hilse mal wieder rot. In seiner Rede im Bundestag vergangenen Donnerstag beschwor er einen "Sozialismus" herbei, den eine "grün-kommunistische Bundesregierung" mit diesem Gesetz angeblich anstrebe. So dankbar man der AfD bezüglich Corona-Aufklärung und Kritik an Waffenlieferungen an das Kiewer Regime sein kann, der Sozialismus-Alarm ist ein Produkt der im Westen besonders tief verwurzelten antikommunistischen Propaganda – und blanker Unsinn.

Man müsste vielleicht erst einmal klären, was die Theorien von Sozialismus und Kommunismus von der des Kapitalismus unterscheiden. Es geht primär um das Eigentum an Produktionsmitteln. Im Sozialismus sollen diese der gesamten Gesellschaft gehören, im Kapitalismus sind sie in

Privatbesitz. Um es zu verdeutlichen: Das private Wohnhaus oder Auto sind keine Produktionsmittel. Es geht um das Eigentum an Konzernen, Rohstoffen, Agrarflächen und so weiter, also um Kapital für die Produktion von Waren aller Art.

Kapitalisten sind zum Beispiel Großaktionäre von Rheinmetall und Pfizer, die fürstlich davon profitieren, ihre Waren mit maximalem Profit zu verkaufen. Profit fällt für sie ab, wenn sie Lohnarbeitern nicht das bezahlen, was sie eigentlich erwirtschaften. Der sogenannte Mehrwert wandert in die Kassen der Konzerne. Das führt zu gegensätzlichen Interessen von Kapitalisten und Lohnabhängigen. Der Staat muss diese Widersprüche managen und verhindern, dass die "kleinen Leute" auf die Barrikaden gehen.

Würde die Regierung tatsächlich "Sozialismus" anstreben, müsste sie erst einmal die Interessen der Lohnabhängigen obenan stellen. Doch seit Jahrzehnten tut sie in Deutschland genau das Gegenteil: Sie kürzte Renten sowie soziale und Gesundheitsleistungen. Sie führte das repressive Hartz-IV-Sanktionsregime ein, das auch für das Bürgergeld gilt. Sie privatisierte Kliniken und Pflegeheime zuhauf. Eine Abkehr davon ist wahrlich nicht in Sicht – eher ist das Gegenteil der Fall – schon gar nicht ist die Regierung in irgendeiner Form "kommunistisch".

In der Theorie soll Sozialismus den Übergang zum Kommunismus bereiten. Die Utopie des Kommunismus beschreibt eine Gesellschaft ohne Herrschaft, Staat und Geld. Die Produktionsmittel sollen der Bevölkerung gehören und kommunal verwaltet werden. Die Menschen sollen selbst bestimmen, was produziert werden muss, um ihren Bedarf zu decken. Statt Konkurrenz ist Kooperation vorgesehen, jeder soll sich nach seinen Fähigkeiten einbringen und nach seinen Bedürfnissen erhalten. Das ist freilich Utopie.

In Deutschland und im gesamten Westen hat jetzt niemand angekündigt, das Kapital zu enteignen und den Staat in die Hände der Arbeiterklasse zu legen, um dann dafür zu sorgen, dass Betriebe nicht mehr für Profit, sondern für die Versorgung der Gesellschaft produzieren. Bei aller Fantasie: Davon sind wir weit entfernt.

Der imperialistische Realkapitalismus

Nun verbindet mancher mit Kapitalismus eine Art friedlichen Gemüsemarkt, wo jeder fröhlich produziert, verkauft und kauft. Die freie Konkurrenz bringt viele schöne Innovationen, und jeder kann je nach Leistung auf- oder absteigen. Das entspricht natürlich nicht der Realität. Und so geht die These um: Was wir erleben, sei überhaupt kein Kapitalismus mehr.

Indessen gab es diesen "friedlichen Gemüsemarkt" zu keiner Zeit. Selbst die freieste Konkurrenz bedurfte vor 200 Jahren eines Staates, der die Widersprüche zwischen Besitzlosen und Besitzenden reguliert. Man musste immer dafür sorgen, dass die Arbeiter ohne zu murren in den Fabriken schufteten. Auch die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten bedurfte seit jeher eines politischen Rahmens, damit die Überbietungswettbewerbe nicht im kriminellen Hauen und Stechen enden.

Der Konkurrenzkampf hat natürlich trotzdem dazu geführt, dass der Starke gewinnt und der Schwache untergeht. Die größeren Unternehmen sind gewachsen, haben sich mit dem Geldkapital vereint, daraus hervorgegangen sind riesige Konzernverbände, bei denen sich das Vermögen konzentriert hat. Deren Lobbyverbände, Stiftungen und Beratungsgesellschaften gehen heute bei der Regierung ein und aus, ihre Vertreter sitzen zuweilen selbst in Parlamenten. Zwischen Staat und Kapital passt kaum ein Blatt Papier.

Das System der permanenten, profitablen Kapitalverwertung hat zu dem geführt, was wir heute live erleben. Die fortschreitende Monopolisierung konnte Karl Marx schon vor 150 Jahren voraussehen,

und Lenin beschrieb die Verschmelzung von Staat und Finanzkapital zu einer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einheit. Er nannte dies Imperialismus, der zu konkurrierenden Machtblöcken führt.

Aus den beiden Weltkriegen im 20. Jahrhundert sind die USA als stärkste imperiale Macht hervorgegangen. Ihr Dollar ist die Leitwährung, ihr weltweit stationiertes Militär mimt eine globale Polizei. US-Konzerne beuten Menschen in aller Welt aus, Regierungen anderer Länder, die der US-Führung nicht passen, wechselt sie aus. Und wer nicht willig ist, den überziehen sie mit Krieg. Weil sie als einzelner Staat die Weltmacht längst nicht mehr sichern können, haben die USA einen Block um sich geschart.

Die NATO ist der militärische Ausfluss dieser imperialen Herrschaft. Sie soll den wirtschaftlichen Einfluss westlicher Monopole und Politik vergrößern. Es geht um das Beherrschen der Märkte, denn wer diese dominiert, beherrscht die Welt. So marodiert die NATO durch Europa und buhlt um Mitgliedschaften, um ihren Einfluss stetig auszuweiten. Man könnte dies ein wenig mit der Schutzgelderpressung der Mafia vergleichen: "Sicherheit" gegen Unterwerfung.

Konkurrenzkampf auf höherer Stufe

Heute stehen sich im Wesentlichen zwei Machtblöcke gegenüber: die NATO-Staaten in Nordamerika und der EU und die Riesenländer China und Russland. Wer von beiden imperialistischer agiert (Militärbasen, Wirtschaftskriege, Aktivitäten von Konzernen in anderen Ländern, also Kapitalexpert und so weiter) kann sich jeder selbst überlegen. Am Ende wird es wohl darauf ankommen, wem sich der Rest von Asien, Lateinamerika und Afrika zuwendet – und da sieht es für Europa nicht gerade gut aus.

Wo Finanzmonopole die Märkte dominieren, die Wirtschaftskreisläufe und Preise bestimmen, kann freilich von freier Konkurrenz nicht mehr die Rede sein. Dennoch existiert die Konkurrenz, allerdings auf einer höheren Stufe, sonst dürfte es nur noch ein Supermonopol geben, das die ganze Welt beherrscht.

Doch selbst ein Supermonopol wäre das Gegenteil von Sozialismus. Die Theorie besagt schließlich nicht, dass die gesamte Weltwirtschaft einem Privatkonzern mit irgendwelchen superreichen Anteilseignern gehören soll, sondern eben allen. Und alle sollen danach bestimmen dürfen, was für ihren Bedarf entwickelt und produziert werden muss. Hier schrillt gewöhnlich bei vielen die nächste Alarmglocke: Planwirtschaft!

Nun ist es ja nicht so, dass es im Kapitalismus keine Planwirtschaft gibt. Vor allem plant jeder Konzern seine Produktion, wovon auch immer, im Voraus und mit dem Ziel des größtmöglichen Gewinns. Dabei geht es nicht darum, was die Bevölkerung so benötigt, sondern darum, was man zu Geld machen kann. Dabei kommen dann auch Produkte heraus, die manche von uns nicht gut finden: Atombomben zum Beispiel oder mRNA-Therapeutika, Billionen von FFP2-Masken für die Gesamtbevölkerung und weiteres in dieser Art.

Jedoch konnten Marx und Lenin noch nicht ahnen, wie weit sich die Technologie entwickeln würde. Die Digitalisierung beispielsweise sahen sie freilich nicht voraus. Diese sorgt ganz offensichtlich dafür, dass der Imperialismus des 20. Jahrhunderts, der unter anderem zu zwei Weltkriegen führte, noch nicht das Ende der kapitalistischen Entwicklung ist, wie Lenin glaubte. Der digitale Fortschritt, aber auch der Vorstoß zur "grünen Energie" haben riesige neue Märkte und Anlagemöglichkeiten für die Kapitalverwertung geschaffen. Ein Ende ist also nicht in Sicht und schon gar kein Sozialismus in Deutschland.

Die gescheiterten Versuche

Nein, Deutschland mit seinen neuen Verelendungstendenzen à la USA droht nicht zu einem "Arbeiter- und Bauernparadies" zu werden. Warum hält sich das Gerücht dennoch so wacker? Das liegt vielleicht auch an verkürzten Vergleichen mit den gescheiterten Sozialismusversuchen in der Sowjetunion, der DDR und im restlichen sogenannten "Ostblock", die mehr oder weniger im Autoritarismus stecken blieben.

Natürlich: Gängelei war dort mehr oder weniger Alltag und die Reisefreiheit stark beschränkt, und China soll doch seine Leute auch extrem durchleuchten. Da liegt der Vergleich mit der Coronapolitik sehr nahe, nur haben die Entwicklungen von damals und heute völlig andere Ursachen.

Im Kapitalismus geht es immer noch darum, die Interessen bestimmter Kapitalfraktionen zu bedienen. An Corona-Präparaten etwa verdienten sich bestimmte Pharmariesen eine sprichwörtlich goldene Nase, auch die deutschen Energiekonzerne zockten in den vergangenen Monaten besonders kräftig ab. Der Kapitalismus wird autoritärer, wenn die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit nicht mehr "demokratisch" lösbar erscheinen, sondern nur noch mit Gewalt.

Der damalige "Ostblock" indes litt unter vielen Problemen, er war von imperialem Markttreiben umgeben. Wegen fehlender eigener Ressourcen konnte er nicht wirtschaftlich unabhängig werden. Der "Kalte Krieg" zwang ihn dazu, viel Geld in die Verteidigungsfähigkeit zu stecken. Der Mauerbau in der DDR war vorrangig eine Folge der massiven Abwerbung von gut ausgebildeten Fachkräften, ohne die das kleine Land aufgeschmissen gewesen wäre.

Wir kennen das heute auch: Anstatt eigene Fachkräfte auszubilden und dann gut zu bezahlen, nimmt der deutsche Staat ein Fünf-Millionen-Heer an Arbeitslosen in Kauf und rekrutiert die Gesuchten aus ärmeren Ländern. Das degradiert die Betroffenen zu einer Art Handelsware, zu schnödem Humankapital, und schwächt zugleich ihre Heimatländer. Auch so bewahrt sich der Westen imperiale Vormacht.

Zurück zum "autoritär" strukturierten "Ostblock": Diese Entwicklung damals war sicher eine Reaktion auf äußere Bedrohungen und innere Widersprüche. Die Angst, vom imperialen Westen geschluckt zu werden, war nicht ganz unbegründet, wie man heute weiß. Man kann das nun schlimm finden, Fakt ist aber dennoch, ob DDR, Sowjetunion oder heute China, sie alle schafften es unter schwierigsten Bedingungen, Sozialsysteme aufzubauen, die in der kapitalistischen Welt ihresgleichen suchen. Ein Grund dafür war sicher, dass es, zumindest im damaligen Ostblock, wirtschaftlich nicht um Profit von Privatiers ging.

Gleichwohl haben alle Versuche dieser Art bisher eines gezeigt: Ein sozialistischer Weg nach Lehrbuch ist inmitten des globalen imperialen Treibens schlicht genauso wenig möglich wie beim heutigen Entwicklungsstand der Technologie eine abgeschottete nationale Wirtschaft. Auch China kann man beileibe keine sozialistische Entwicklung nach Lehrbuch bescheinigen, dafür gibt es dort bereits zu viel Privatkapital.

Der glorifizierte Markt

Die Annahme, dass es je einen friedlich-freien Markt mit fröhlich-innovativer Konkurrenz gegeben habe, ist wohl vorwiegend auf die westliche Dauerpropaganda zurückzuführen. Das Wörtchen "alternativlos" spielt darin eine große Rolle. Wir kennen es – ob es um Privatisierung von Kliniken oder die Sanktionen gegen Russland geht – alles ist "alternativlos", man wolle schließlich keinen "bösen Sozialismus".

Grund für alles wirtschaftliche und sozialpolitische Handeln ist stets "der Markt" mit seinem "Wettbewerb", wie man den dauerpräsenten Konkurrenzkampf verniedlichend bezeichnet. Wie ein gottgleiches Etwas ist der glorreiche Markt mal prosperierend, mal verhalten, stellenweise auch unruhig, und wenn die Politik das Rentenalter anhebt oder die Arbeitslosenhilfe kürzt, reagiert sie eben damit auf "den Markt".

Nun ist der Markt aber weder eine Person noch ein Gott, sondern just menschengemacht und politisch geregelt. Er hat dafür gesorgt, dass die Reichen reicher und die Armen mehr werden. Wer sich nichts kaufen kann, verhungert eben. Der Markt ist hart umkämpft, um seinetwillen wird Krieg geführt und sanktioniert, Wasser abgegraben, die Umwelt zerstört, werden die Ozeane verseucht. Der lohnabhängige Mensch muss seine Arbeitskraft auf diesem Markt zur Ware machen, und jeder konkurriert gegen jeden. Das ist eben der Markt, auch wenn das nicht so gut zur Propaganda passt. Wir sollen schließlich alle mitmachen.

Und mit allem geht es munter weiter wie bisher. Und weil es gerade so viele Verlierer gibt, wird die Politik eben zur Diktatur. Ein Sozialismus ist weit und breit nicht in Sicht, die Panikmache von Karsten Hilse völlig unbegründet. Ob das jetzt eine gute oder schlechte Nachricht ist, muss jeder für sich selbst entscheiden.

* * *

Ukrainistik-Professor bezeichnet Rechtsextremismus in der Ukraine als staatstragend

<https://gegenzensur.rtdelife.meinung/168776-ukrainistik-professor-gibt-zu-nationalistische-tradition-bandera-kult-sind-staatstragend/>

29.04.2023

Ein in Deutschland lehrender Kulturwissenschaftler aus der Westukraine glaubt nicht an einen ukrainischen Sieg und bewertet die Verehrung der ukrainischen Nazi-Kollaborateure als fatal für sein Land. Klammheimlich gibt er zu, dass der ukrainische Staat vom Bandera-Kult durchdrungen ist.

Von Wladislaw Sankin

Ist die Ukraine ein Nazi-Staat? Im Westen wird jeder, der das behauptet, sofort "russischer Propaganda" verdächtigt. Das russische Nazi-Narrativ sei Quatsch, Russland greife die Ukraine an, weil der Diktator Putin keine demokratische, prosperierende Ukraine vor seinen Grenzen dulden wolle, lautet die offizielle westliche Gegen-Erzählung dazu.

Wissenschaftlich "abgesegnet" wurde sie zuletzt von Klaus Gestwa, Geschichtspräsident aus Tübingen, der überzeugt war, auf Youtube in einem Thesencheck acht angeblich falsche "Behauptungen über den Krieg" in der Ukraine widerlegt zu haben mit Thesen, die von der US-Beamtin Victoria Nuland und Bundeskanzler Olaf Scholz stammen. Ihm pflichten viele andere Experten aus dem Bereich der Geisteswissenschaften bei, wie etwa der Leiter der deutsch-ukrainischen Geschichtskommission Martin Schulze Wessel oder Osteuropa-Forscher Karl Schlögel. Ob sie sich für immer massivere Waffenlieferungen an die Ukraine aussprechen oder nicht, muss an dieser Stelle gar nicht gefragt werden.

Es gibt sie dennoch, differenziertere Töne, und zwar aus der Ecke, wo diese eigentlich kaum erwartet werden dürfen. Professor Roman Dubasevych, Inhaber des Lehrstuhls für Ukrainische Kulturwissenschaft an der Universität Greifswald, gehört zu den wenigen medial auftretenden

Wissenschaftlern, die es vermeiden, gegenüber Russland und Wladimir Putin hetzerisch zu werden. Überraschend kommt hinzu, dass Dubasevych selbst aus Lwow in der Westukraine stammt, einem Ort, der zu Recht als wichtigste Brutstätte des militanten ukrainischen Nationalismus gilt.

So weigert er sich beispielsweise in Wladimir Putin einen neuen Adolf Hitler zu sehen. Putin sei eben nicht Hitler und man müsse mit ihm verhandeln und Spielräume ausloten, sagte er im *Deutschlandfunk*. Für Dubasevych ist klar, dass die russische Armee der ukrainischen überlegen ist und den Krieg gewinnen wird. "Was ist das Ziel unserer Verteidigung?", fragt er sich. "Menschenleben, Infrastruktur zu schonen? Oder ist das Ziel unserer Verteidigung, eine Situation zu erreichen, über die man salopp sagen könnte: Operation erfolgreich, Patient tot?".

Von absolutistischen Parolen "Freiheit oder Tod" hält er nicht viel. Außerdem plädiert Dubasevych für eine ehrliche Diskussion darüber, wie es zu diesem Krieg gekommen ist und ob alle Spielräume auch tatsächlich genutzt wurden, um ihn zu verhindern. Im von ihm 2019 herausgegebenen Buch "Sirenen des Krieges" hat er sich um einen vergleichsweise objektiven Blick auf die Genese des Donbass-Krieges 2014-2022 bemüht, was ihn im Kreise seiner "liberal-nationalistischen" (seine eigene Bezeichnung) Landsleute beinahe zu einem Dissidenten machte.

"Die Ursachen für den stockenden Friedensprozess sind jedoch auch auf ukrainischer Seite zu suchen, und zwar in nationalistischen Identitätsvorstellungen und nationalen Opfer- und Widerstandsnarrativen, vor allem dem ukrainischen Heldenmythos", wagte er sich in einer Analyse aus dem Jahr 2020 zu behaupten."

Auch ist Dubasevych derjenige, der es nicht leugnet, den ukrainischen Nationalisten Stepan Bandera einen Faschisten und Nazi-Kollaborateur zu nennen. In seinem vierstündigen Interview für den Youtube-Kanal "Jung & Naiv" hat er sogar zugegeben, dass der Bandera-Kult und überhaupt der Rechtsextremismus das moderne ukrainische Staatswesen durchdrungen hätten.

Auf die Frage des Journalisten Hans Jessen, ob die Wahrnehmung richtig sei, dass sich Präsident Wladimir Selenskij vom Rechtsextremismus in seinem Land nicht distanziert habe, sagte er wortwörtlich:

"Ich glaube nicht, dass er ihn bejaht, aber ich glaube, dass er nicht die Kraft hat, sich davon zu distanzieren, weil gewisse Elemente aus dieser nationalistischen Tradition als staatstragend anerkannt wurden und gesehen werden."

Von der Behauptung, dass die Ukraine im Grunde ein nazistischer Staat sei, ist diese Feststellung nicht einmal einen halben Schritt entfernt. Es kommt nicht darauf an, ob mit entsprechenden Tattoos dekorierte Neonazis im ukrainischen Parlament oder in der Regierung vertreten sind oder ob Selenskij als ethnischer Jude dies niemals zulassen würde, was zählt, ist das totalitäre System, das konsequent wie eine Walze auf die Ausmerzungen von allem Russischen in der Ukraine gerichtet ist. Repression, Büchervernichtung, Denkmalstürze, Fackelzüge und Unbarmherzigkeit gegenüber den "Prorussen" im Kriegsgebiet sind nur äußere Erscheinungen davon.

Natürlich benutzt auch Dubasevych in seinem Vokabular diffamierende Begriffe wie "russische Propaganda" und hält den "Krieg gegen die Ukraine" für einen brutalen russischen Angriffskrieg. Von seiner Grundeinstellung bleibt Dubasevych ein durch und durch liberaler Westler, der seinerzeit auch den sogenannten Euromaidan euphorisch begrüßt hat.

Gleichzeitig sieht er den Konflikt als sich hochschaukelnde Eskalationsspirale, wo sich jede Seite mit jedem neuen Schmerz und Verlust in ihrer "Paranoia" bestätigt fühlt. Jede Kriegspartei habe ihre "Traumata", die jeweils zumindest teilweise berechtigt seien. Von der russischen Seite sei es

die Angst, vom Westen belagert und bedroht zu werden, wobei der Ukraine als "Agentin des Westens" eine zentrale Rolle in der Zerstörung Russlands zukommt. Für die Ukraine sei es die Vorstellung, dass Russland die Ukraine über Jahrhunderte "kolonial" und "genozidal" unterdrückt habe. Zu Selenskij im Speziellen sagt er:

"Er muss zeigen, dass er der Führer der Nation ist."

Durch ihre Radikalität und Selbstaufopferung würden nun auch die Nazi-Kollaborateure als Beschützer der Nation empfunden, erklärt der Kulturwissenschaftler gegenüber dem *SWR*. Ausgeblendet werde dabei, dass Stepan Bandera ein Faschist und Antisemit gewesen sei, mitverantwortlich für Pogrome an Juden und auch für Massaker an der polnischen Bevölkerung.

Tragisch sei dieser Bezug zu Bandera besonders deshalb, weil die russische Propaganda den Bandera-Kult benutze, um dessen Anhänger in der Ukraine als "Nazis" zu bezeichnen und auf diese Art zu begründen, dass die Ukraine "entnazifiziert" und deshalb mit allen Mitteln bekriegt werden müsse. Im Gespräch mit *SWR* wird auch erwähnt, dass der Oberbefehlshaber des ukrainischen Militärs auf Twitter vor einem Bandera-Foto posiert. "Wenn ich fatalistisch wäre", erklärt Dubasevych, "würde ich sagen, für eine andere Geschichtspolitik ist es leider schon zu spät".

Seinem Land bleibt er derzeit fern. Nach Beginn der russischen Militäroperation hat Dubasevych laut eigenen Angaben die Ukraine kein einziges Mal besucht. Ob dies mit seiner kritischen Einstellung zur offiziellen ukrainischen Ideologie oder einfach mit Kriegsgefahren zu tun hat, ist allerdings unklar. *SWR* bezeichnet ihn als "Exil-Ukrainer".

Entgegen den im Westen gängigen Vorstellungen, sagt er, dass Russland und die Ukraine miteinander aufs Engste verflochten seien. "Ich würde es in den Kategorien Verflechtung und Entflechtung beschreiben", antwortete Dubasevych politisch korrekt auf die Frage von Tilo Jung, ob die Russen und Ukrainer trotz all der "russischen Gräuel" Brüdervölker seien. Seine Tochter wachse nicht nur ukrainisch, sondern auch russischsprachig auf, erzählt der Kulturforscher.

Auch legt er nicht fest, wie der Konflikt und seine Ursachen von der kommenden Historiker-Generation bewertet werden. Offenbar lässt er zumindest die Frage offen, ob die Ukraine als Staat überhaupt eine Zukunft hat. Die Frage, ob er bereit wäre, zwischen Russen und Ukrainern im Falle der Friedensverhandlungen zu vermitteln, bejahte der Wissenschaftler.

Bei all seinem Dissens zum vorherrschenden russophoben Zeitgeist darf man natürlich das "Dissidententum" Dubasevychs nicht überbewerten. Auch er denkt in den üblichen Schablonen des westlichen Establishments. Die Frage, ob Russland und die Prorussen in der Ukraine etwas Böses, Unzivilisiertes oder Rückständiges verkörpern oder nicht, stellt sich für ihn nicht. Das ist die unerschütterliche Grundannahme, die in dem Milieu, in dem sich der Wissenschaftler bewegt, nie angezweifelt werden darf. So gehen "Fake-News" und "Propaganda" auch in seiner Rhetorik nur von Russland aus, niemals von der Ukraine oder dem Westen. Auch analysiert er den Opferkult um die sogenannte "Himmlische Hundertschaft" vom Maidan, ohne seine Echtheit anzuzweifeln, vielfach dokumentierten Hinweisen auf False-Flag-Operationen aus eigenen Reihen zum Trotz.

Dennoch ist der Lwower Dubasevych, der in Greifswald Ukrainistik lehrt, wahrscheinlich einer der ganz wenigen, die sich bislang geweigert haben, nach dem russischen Einmarsch im Februar 2022 ihre gemäßigte Position radikal zu überdenken. Auch heute traut er sich, über fatale Versäumnisse auf der ukrainischen Seite zu sprechen, und ist in der Lage, in einem tiefgründigen Gespräch über Schmerz und Leid in seinem Land tiefe Emotionalität zu entwickeln, ohne dabei hysterisch zu werden.

Da die Zukunft der Ukraine als gegen Russland gerichtete NATO-Speertruppe immer trüber zu werden scheint, wird auch die Zeit kommen, wenn differenziert denkende Experten vom Schlage Dubasevychs auf Krieg gebürstete Propagandisten im wissenschaftlichen Gewand in öffentlichen Diskussionen ablösen.

* * *

Es ist nicht vorbei: Die besonderen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland

<https://gegenzensur.rtde.life/meinung/168936-es-ist-nicht-vorbei-spezifischen/>

30.04.2023

Das deutsche Auswärtige Amt hat die vorzeitige Beendigung der diplomatischen Akkreditierung von rund 20 Mitarbeitern der russischen Vertretung im Lande verkündet. Damit erreicht die Beziehung zwischen Deutschland und Russland einen Tiefpunkt. Doch diese Beziehung war immer besonders – und wird es wohl bleiben.

Von Timofei Bordatschow

Das deutsche Auswärtige Amt hat die vorzeitige Beendigung der diplomatischen Akkreditierung von rund 20 Mitarbeitern der russischen Vertretung im Lande verkündet. Medienberichten zufolge könnte daher im Gegenzug etwa auch ein Drittel des gesamten Personals der deutschen Vertretung in Russland demnächst Moskau verlassen müssen, und das sind mehr als 30 Personen.

Unter diesen Umständen ist die Chance groß, dass die Ankunft eines neuen Botschafters der Bundesrepublik Deutschland, des erfahrenen Politikers und Diplomaten Alexander Graf Lambsdorff, ihren Sinn verlieren könnte. Im Prinzip könnten die Beziehungen weiter eingefroren werden, worauf die deutsche Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock offensichtlich hinarbeitet. Der Kampf gegen Russland ist für sie zum zentralen Anliegen ihres hohen Amtes geworden. In Russland selbst herrscht darüber keine besondere Verbitterung mehr, aber auch kein Schuldgefühl als Gegenseite.

Die Herabstufung des Stellenwerts der diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Deutschland dürfte keine Tragödie von globalem Ausmaß mit sich bringen und keine historische Bedeutung für unsere Völker und Staaten besitzen. Erstens, weil jedes Modell der Interaktion zwischen zwei großen Mächten nicht ewig halten muss, solange sie als formal unabhängige Teilnehmer an der internationalen Politik existieren.

Und es ergibt jetzt keinen Sinn, über das Schicksal der "besonderen Beziehungen" zwischen Russland und Deutschland zu wehklagen, die unter einmaligen historischen Umständen entstanden und nun unter ganz anderen Bedingungen, nämlich im Jahr 2023 unter den Bedingungen der heutigen Zeit enden. Einen Grund zur Sorge sollte es nicht geben, denn jede Beziehung resultiert aus der Fähigkeit der Vertreter verschiedener Kulturen, sich miteinander zu arrangieren, sowie aus den grundlegenden Interessen, die sich aus der beiderseitigen geopolitischen Lage und den daraus resultierenden Möglichkeiten ergeben.

Die Russen und die Deutschen scheinen sich durchaus verständigen zu können: Über mehrere Jahrhunderte enger Nachbarschaft, beginnend in der Mitte des 16. Jahrhunderts, hatten wir eine sehr fruchtbare Zusammenarbeit. Und auch einen Krieg gegeneinander können wir führen: Im letzten Jahrhundert gab es zwei heftige Zusammenstöße. Einmal war der Krieg die Folge der Entwicklung europäischer Imperien, die dazu verdammt waren, früher oder später aufeinander zu prallen. Beim zweiten Mal musste Russland gegen Deutschland kämpfen, als die Deutschen infolge der

Niederlage und der Demütigung von 1918 vom kollektiven Wahnsinn erfasst wurden und mit dem ihnen stets eigenen Eifer die grausamsten Gräueltaten der Menschheitsgeschichte begingen.

Dabei hat es zwischen Deutschland und Russland niemals diese schleichende Konkurrenz gegeben, die seit jeher die Beziehungen beider Völker zu den Franzosen und den Briten prägt. Folglich ist der Konflikt zwischen Russland und Deutschland eher ein zufälliges, durch besondere Umstände bedingtes Phänomen, und die Kooperation stellt eigentlich ein objektives Erfordernis ihrer Lebensinteressen dar. Dies bedeutet aber nicht, dass der sich jetzt verschärfende Konflikt nur von kurzer Dauer sein wird; er kann durchaus eine ganze Generation andauern. Aber natürlich sind beide Mächte nicht zu einer ewigen Konfrontation verdammt.

Das vorherrschende Gefühl in den russisch-deutschen Beziehungen ist derzeit das der Enttäuschung. Wir sind zutiefst enttäuscht darüber, wie willenlos sich die Deutschen gegenüber der Einflussnahme der USA auf europäische Angelegenheiten verhalten haben. Man hatte von Deutschland viel mehr erwartet, und seine wirtschaftliche Stärke wäre auch eine reale Grund für diese Erwartungen. Mittlerweile haben die deutschen Behörden nicht einfach nur die Basis der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zerstört, sondern sie entwickeln Deutschland allmählich auch zu einem der wichtigsten Sponsoren Kiews.

Deutschland ist darüber enttäuscht, dass Russland unbeabsichtigt auch das Schicksal der friedlichen Vorherrschaft Berlins über das übrige Westeuropa begraben hat. Diese Vorherrschaft wurde ohnehin zunehmend problematisch, da der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, die Stärkung der politischen Position Polens und die Sabotage durch das schwächelnde Frankreich ihren Teil dazu beitrugen. Nun hatten die Vereinigten Staaten die einmalige Gelegenheit, all ihre europäischen Reserven zu aktivieren und die Deutschen endgültig in die NATO-Kaserne zu treiben, aus der viele seit dem Ende des Kalten Krieges eigentlich zu entkommen versucht hatten.

Der fundamentale Grund für die gegenseitige Verärgerung ist in beiden Fällen die Zerstörung der idealisierten Zukunftsvision aus dem Blickwinkel des jeweiligen Akteurs. Die Frage ist nur, wie lange die Abkühlung andauern wird und welche Veränderungen sich in der Zwischenzeit ergeben könnten. Es gibt wenige Länder auf der Welt, die eigentlich so gut zueinander passen wie Russland und Deutschland, oder besser gesagt, Völker wie die Russen und die Deutschen. Im Hinblick auf die eurasische Geopolitik bilden die beiden sozialen Gemeinschaften ein Gleichgewicht im Zentrum dieses riesigen eurasischen Kontinents, an dessen Peripherie China und das atlantische Westeuropa, angeführt von Großbritannien (USA) liegen.

Aus wirtschaftlicher Sicht entspricht Deutschland mit seiner dichten Besiedlung und Industrialisierung ideal den Interessen der russischen Energieexporte. In kultureller Hinsicht sind Russen und Deutsche genau die Gegensätze, die sich anziehen. Es ist kein Zufall, dass sich bereits im zaristischen Russland so viele Deutsche im öffentlichen Dienst, in der Kultur und in der Wirtschaft wiederfanden.

Die deutsche Veranlagung zur Bescheidenheit ist genau das, was dem grenzenlosen russischen Naturell fehlt. Und in den letzten zwei Jahrzehnten war es selbstverständlich, einen deutschen Manager irgendwo in Urengoi unermüdlich arbeiten zu sehen. Für die Deutschen sind wir aber auch diejenigen, die nicht wie die Franzosen oder die Angelsachsen voller Überheblichkeit auf sie herabschauen.

Historisch gesehen sind Russland und Deutschland der späten Phase der Industrialisierung zuzuordnen, lange nach Großbritannien, Frankreich, den Vereinigten Staaten und deren logistischer und finanzieller "Drehscheibe", den Benelux-Staaten. Deshalb war das zwanzigste Jahrhundert für beide Völker so grausam: Es hat ganz allgemein die Spitzenposition der führenden kapitalistischen

Länder weiter gefestigt und die anderen an den Rand des Überlebens gedrängt.

Für Russland verlief das etwas erfolgreicher, denn Russland verlor nur sein Imperium, behielt aber die volle Souveränität und Kontrolle über sein eigenes Territorium. Deutschland hatte weniger Glück: Infolge der Ereignisse des letzten Jahrhunderts wurde es zugunsten der Vereinigten Staaten faktisch dauerhaft des Rechts beraubt, sein eigenes Schicksal unabhängig bestimmen zu dürfen. Bisher war die deutsche Elite jedoch noch in der Lage, wenigstens über die außenwirtschaftlichen Beziehungen selbst zu entscheiden, und nun ist auch diese Möglichkeit entfallen.

Die allgemeine Krise der Weltwirtschaft und das Ende einer 500 Jahre währenden bedingungslosen Vorherrschaft zwingen den Westens nun, sich auch intern neu zu strukturieren. Zumindest zwingt ihn die Lage zur Suche nach neuen Daseinsformen. An der Spitze Deutschlands stehen dafür geeignete Vertreter: Bundeskanzler Scholz ist ein schwacher Repräsentant einer angeschlagenen Partei, denn die deutschen Sozialdemokraten befinden sich in einer der schlimmsten Verfassungen ihrer gesamten Existenz als politische Kraft.

Die beiden anderen Parteien sind Die Grünen und die Liberaldemokraten. Nach Ansicht anerkannter russischer Experten für das Leben in Deutschland sind Die Grünen eine Ansammlung exaltierter Moralisten, für die der Kampf gegen Russland und die Freundschaft mit den USA eine Glaubensfrage darstellen. Mir persönlich fällt es allerdings schwer, diese Sichtweise zu akzeptieren.

Die Verantwortungslosigkeit eben jener Leiterin des Auswärtigen Amtes Annalena Baerbock scheint nicht anderes zu sein als reines Karrieredenken einer Politikerin, hinter dem sich keine der konservativen Gruppierungen in Deutschland mit klaren wirtschaftlichen Interessen verbirgt. Doch was zum Teufel, wenn das kein Scherz ist, vielleicht gibt es in der deutschen Politik tatsächlich einen Platz für pure Ideologie. Zumal die Größe der angeblich so "kreativen Klasse", die keinen Beitrag zum Gemeinwohl leistet, auch in Deutschland erheblich ist.

So richtet sich die Politik der Grünen nun gleichzeitig sowohl gegen das klassische deutsche Wirtschaftsmodell mit seinem Rückhalt in russischen Energieressourcen als auch gegen Russland selbst, weil es als Symbol der Renitenz gegenüber jeder globalen Agenda des Westens gilt. Die Kehrtwende weg von Russland und hinüber über den Atlantik vollzieht sich ziemlich entschlossen. Und zugleich schrumpfen die Möglichkeiten jeder Eigenständigkeit: Neulich wurde in Deutschland "feierlich" das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet.

Die Wähler dieses Landes schweigen wie das Volk in Puschkins Tragödie "Boris Godunow". Die deutschen Normalbürger verspüren zwar keinen Drang, sich in einen Konflikt mit Russland zu begeben. Ganz allgemein vertieft sich aber damit auch die Kluft zwischen den Eliten und der Bevölkerung. Und die sich herausbildende Konstruktion der Beziehungen zum großen östlichen Nachbarn hat einen eindeutig politischen, gekünstelten Charakter.

Auch in Russland sorgen die Deutschen als solche nicht für andauernde Anfeindungen, im Gegensatz zu den Polen oder den Briten beispielsweise. Daher kann man nicht sagen, wie lange die Verschlechterung der Beziehungen andauern wird. Doch ich hege keinen besonderen Zweifel, dass sich Russland und Deutschland bei der nächsten Wende in der Geschichte wieder begegnen und definitiv zu Freunden werden.

Übersetzt aus dem [Russischen](#), zuerst erschienen bei Wsgljad

Timofei W. Bordatschow (geboren 1973) ist ein russischer Politikwissenschaftler und Experte für internationale Beziehungen, Direktor des Zentrums für komplexe europäische und internationale Studien an der Fakultät für Weltwirtschaft und Weltpolitik der HSE Universität in Moskau. Unter

anderem ist er Programmdirektor des Internationalen Diskussionsklubs Waldai.

* * *

Diese Auswahl von Texten, die *RT DE* im April 2023 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf *RT DE* keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2023. Alle Rechte vorbehalten.